

VII. Die liberal-konservative Sammlung in der Politik der 1920er Jahre: Parlamentarische Aktion und Parteigene

1. Politisches Handeln I: Zusammensetzung und politische Aktion der ERD 1919–1924: Die ERD im „Chambre Bleu Horizon“

Hatten die vorangegangenen Kapitel zu zeigen versucht, warum, d. h. auf welchen programmatischen und ideologisch-weltanschaulichen Gebieten die liberal-konservative Sammlung entstehen konnte, so wird sich dieser Abschnitt nun ausschließlich dem „wie“, d. h. den politischen Handlungsformen und der Parteigene widmen. Dafür soll zunächst die ERD als parlamentarische Fraktion im Zentrum des Interesses stehen, d. h. ihre politische Strategie, ihre Träger und auch ihre internen Probleme. Gerade im letzten Kapitel wurde bereits ein bedeutendes Feld ihrer internen Spannungen, die religiöse Frage, behandelt, weshalb der Fokus im folgenden eher auf andere Konfliktfelder gelenkt werden wird. In einem zweiten Abschnitt wird die Mobilisierungsphase des bürgerlich-nationalen Lagers ab 1924 untersucht werden, als aus der liberal-konservativen Fraktion im Parlament auch eine politische Partei, die *Fédération républicaine de France (FR)*, wurde und damit die lockere Organisationsform der *modérés* aufgegeben wurde. War diese kurzzeitig zwischen der *Ligue Millerand* und der *Fédération Nationale Catholique* des Generals de Castelnau eingeklemt, konnte sie später doch deren Mobilisierungserfolge abschöpfen und zu sich kanalisieren. Der letzte Abschnitt wird sich sodann den Jahren 1926–1928 widmen, wo die Teilnahme der FR an einer breiten Regierungskoalition der *Union Nationale* zu heftigen internen Spannungen in der Partei, vor allem mit den jungen Abgeordneten und den Departementalverbänden, geführt hat.

Hochburgen und soziale Zusammensetzung der ERD

(I) Bei der bisherigen Erörterung ist die historische Relevanz regionaler Prägungen und Kulturen weitgehend ausgeblendet worden. „Progressistisch-liberal“ und „katholisch-konservativ“ wurden als für ganz Frankreich geltende, idealtypische Strömungen verstanden, die als die Grundtriebkkräfte der liberal-konservativen Sammlung gelten konnten. Ohne diese im allgemeinen richtige Aussage nun in Frage stellen zu wollen, muß doch für ein näheres Verständnis der liberal-konservativen Sammlung wenigstens eine kurze Erörterung der regionalen Spezifika ihrer Mitglieder in Angriff genommen werden¹. Mit anderen Worten soll nun ver-

¹ Sie basiert im wesentlichen auf den wertvollen statistischen Auswertungen zu den Wahlen 1919 von Vavasseur-Desperriers, *Culture*, S. 886, Sanson, *Alliance Démocratique*, S. 540f.,

sucht werden, die parlamentarische Zusammensetzung der ERD und die Herkunft ihrer Abgeordneten in Verbindung mit den regional unterschiedlichen Milieus zu bringen, aus denen die Abgeordneten stammten. Bei dieser notwendigerweise nur in groben Skizzen möglichen Analyse werden soziale und religiöse Signaturen derjenigen Regionen und Departements betrachtet werden, in denen die ERD besonders erfolgreich war. Die Analyse kann sich dabei auf eine zunehmende Erforschung von Wahlverhalten und sozialkulturellen Prägungen auf der Mikroebene von Kantonen oder der Mesoebene von Departements stützen². Diese sozialkulturellen Prägungen sollen im folgenden jedoch nicht automatisch als politische Orientierungen interpretiert werden, sondern lediglich als bestimmende Faktoren für die Entwicklung eines speziellen, für eine Region typischen politischen Klimas. Obwohl Frankreich seit dem ausgehenden Mittelalter ein einheitliches Staatsgebilde war, hatten sich doch bis weit in das 20. Jahrhundert hinein Temperamente und mentale Signaturen der Regionen erhalten und auf die nationale politische Ebene ausgestrahlt³. Ihre Eingliederung in eine homogene politische Parteienlandschaft war schwierig und langwierig und spiegelt den Akkulturationsprozeß der Regionen selbst in den französischen Nationalstaat wider. Bei einer liberal-konservativen Partei, die sich vor Ort aus den traditionsbewahrenden Elementen rekrutierte, mußte das Gewicht des Regionalen daher besonders hoch und von erheblicher parteipolitischer Relevanz sein.

Beginnen wir mit dem Gebiet Frankreichs, das auf Grund seiner landwirtschaftlichen Prägung, seiner Dominanz durch den grundbesitzenden Feudaladel und seiner tiefen katholischen Volksfrömmigkeit stets als Paradefall des französischen Konservatismus angeführt wird: der Westen, d. h. die Bretagne und das untere Ende der Loire. Seit dem maßgeblichen Werk von André Siegfried über die sozialen, ökonomischen, kulturellen und religiösen Strukturen im französischen Westen ist die Sonderrolle dieses Gebietes auch in einer wissenschaftlichen Form erwiesen. Der bretonische Westen bildete jedoch nicht nur objektiv eine „Welt für sich“, sondern die Bretonen waren sich auch subjektiv ihrer Sonderrolle bewußt und hatten ein eigenes kollektives Bewußtsein entwickelt, das den unitarischen und zentralisierenden Tendenzen des französischen Republikanismus diametral entgegend⁴. Die traditionelle Bewirtschaftung, das vom Adel beherrschte

und einigen Informationen bei Joly, Dictionnaire. Die Listenanalyse von Rousselier, *Phénomène*, S. 33f., ist zwar hilfreich, bringt jedoch keine detaillierten Angaben zu der genauen Verortung der Kandidaten.

² Die beiden klassischen Werke sind immer noch Siegfried, *Tableau politique de la France de l'Ouest* (1913), und ders., *Géographie électorale de l'Ardèche* (1949). Auch Siegfried geht von regional unterschiedlichen „tempéraments“ aus, die die Region charakterisierten. Die weitere Literatur wird bei der jeweiligen Region genannt werden.

³ Hierfür können z. B. die Unterschiede im Sozialismus stehen, der mit Jaurès aus dem Süden eine humanitäre Aufladung hatte, während Guesde im Norden sich eher an den dogmatischen Marxismus deutscher und belgischer Prägung anlehnte. Derartige Unterschiede bestanden auch bei den Radikalen, z. B. zwischen den eher pazifistisch-freimaurerisch orientierten Radikalen im Umkreis der *Dépêche de Toulouse* und den eher nationalliberal ausgerichteten Radikalen nördlich der Loire.

⁴ Man sollte deshalb nicht automatisch von einer „rechten“ Kultur, sondern eher von einer „eigenen“ Kultur sprechen. Sie war geprägt durch ein eigenes Geschichtsbild und -be-

Pachtsystem sowie die geringe Siedlungsdichte bewirkten, daß die Departements von der Vendée über Finistère bis zur Mayenne Hochburgen des Monarchismus und in dessen Gefolge des Katholizismus wurden – der *Blancs* –, wenngleich sich in manchen Hafenstädten auch ein republikanisches Bürgertum (*Bleus*) herausbilden konnte. Die Gegenüberstellung von *Blancs* und *Bleus*, d.h. von katholisch-konservativen Aristokraten und liberalkatholischem Bürgertum beherrschte auch die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg und schloß eine Annäherung aller sozialkonservativen Kräfte aus. Typisch war vielmehr ein konservativ-katholisches Lager, das sich in der Zusammenarbeit der Abgeordneten de Mun (ALP) und de Lamarzelle (*Droite*) widerspiegelte⁵. Da sich an der sozialkulturellen Grundlage auch nach dem Ersten Weltkrieg wenig änderte, blieb der Westen eine konservative Hochburg, in die die liberal-konservative Sammlung, mit ihrem Anspruch Republik und Katholizismus zu verbinden, nur mühsam eindringen konnte⁶.

So standen sich in den klerikal dominierten Departements Finistère und Côtes-du-Nord 1919 wie schon 1914 *Blancs* und *Bleus*, d.h. Monarchisten und *républicains de gauche* gegenüber, die keinen Platz für *Progressisten* und liberale Katholiken ließen⁷. Im benachbarten Ille-et-Vilaine kam es sogar zu dem kuriosen Fall, daß sich zwei *Progressisten* auf einer Listenallianz mit den *républicains de gauche* einschrieben, gegen eine Liste der *Droite* aus Monarchisten und ALP. Im Parlament saßen die beiden *Progressisten* jedoch gemeinsam mit den beiden ALP-Mitgliedern, die auf der rechten Konkurrenzliste kandidiert hatten, in der ERD-Fraktion!⁸ In manchen Gebieten wie in Maine-et-Loire, Morbihan und der Vendée gelang es der liberal-konservativen Sammlung jedoch auch, durch eine feste Struktur dem bipolaren Spannungsfeld zu entkommen und eine gemeinsame Liste mit der *Droite* zu bilden – mit großem Erfolg im übrigen. Sie profitierte dabei einerseits vom Rückgang des Pachtwesens und dem Aufstieg einer selbstständigen Bauernschaft 1918/19 und andererseits der endgültigen Akzeptanz der Republik bei Tei-

wußsein (Angelpunkt Vendéeaufstand), eigenen Riten (katholischer Kalender), den bretonischen Katechismus und die hohe soziale Autorität des Pfarrers und des Schloßherrn, der zugleich der größte Grundbesitzer war. Vgl. grundsätzlich Lagrée, *Religion et cultures en Bretagne*.

⁵ Grundlegend Siegfried, *Tableau politique de la France de l'Ouest*, S. 361–380, 389ff., 407–411 und 427–441. Für den katholischen Adel in Nantes: Bourreau, *Monarchie et modernité*; für das von Reaktionären dominierte katholische Lager vgl. Joly, *Dictionnaire*, S. 596, Ford, *Creating the Nation in Provincial France*, und Denis, *Royalistes*, S. 509ff. und 530ff.; auch die neue Arbeit von Patrick, *Les Bretons et la République*, bestätigt den Befund von den ländlichen Wahlkreisen, die von Aristokratie und Klerus dominiert wurden, während die Städte Mehrheiten für die Republikaner brachten.

⁶ Brief de Lamarzelles an Guiraud vom 6. 1. 1919: „J'ai réussi à maintenir l'union des catholiques jusqu'au bout. Ce qui se passe en Vendée me paraît inouï.“ Der Bruch von *conservateurs* und *républicains libéraux* kam erst 1923, Brief an Guiraud vom 19. 10. 1923, beide in: AN 362, AP 149.

⁷ Vor allem im Léon dominierte ein Priesterkollegium die ländlichen Wahlbezirke, vgl. Anderson, *Conservative Politics*, S. 100.

⁸ Die beiden *Progressisten* waren René Brice und Fernand Marçais, die im Gefolge von Alexandre Lefas die Allianz mit der *Droite* verweigerten. Von dieser saßen der Comte de La Ribosière und Poussineau bei der ERD.

len des Klerus und der Aristokratie⁹. Im Departement Maine-et-Loire vermochten es die beiden *Progressisten* Monprofit und de Grandmaison sogar, alle antiradikalen und antisozialistischen Kräfte auf einer gemeinsamen *Bloc-National*-Liste zu vereinen. Im Departement Mayenne, einer katholisch-konservativen Hochburg der grundbesitzenden Aristokratie, wurde auf Betreiben der *Progressisten* Duboys-Fresney und Dutreil eine Kandidatur des Vorsitzenden der *Action Française*, Bernard de Vesins, verhindert, zum großen Ärger der royalistischen Aristokraten, die nur auf Drängen des Bischofs von Laval von einer Kampagne gegen die *Bloc-National*-Liste abließen¹⁰. Zusammenfassend kann man sagen, daß sich das konservativ-katholische Lager im Westen zumindest in Teilen 1919 zu erodieren begann und sich eine liberal-konservative Sammlung als Amalgam aus *Bleus* und *ralliierten Blancs* auch vor Ort entwickeln konnte. Sie stellte zunehmend ihre Eigenständigkeit unter Beweis, brach sogar bisweilen ihre Allianz mit den Monarchisten und repräsentierte alle sozialkonservativen Kräfte – bäuerliche, bürgerliche und adlige – die die Republik als endgültige Staatsform akzeptiert hatten¹¹.

Einen wahren Triumph konnten die liberal-konservativen Kräfte in der Normandie erringen. Die Region war in sehr viel stärkerem Maße als die Bretagne von einer unabhängigen Bauernschaft und einem Handelsbürgertum geprägt, das bereits vor 1914 für sozialkonservative und nationalistische Parolen empfänglich war¹². Dieses „bonapartistische“ Temperament, das sich im Bürgertum der normannischen Städte und auf dem Land erhalten hatte, vereinbarte Vorstellungen von nationaler Größe, traditioneller Moral und einer besitzenden Bürgergesellschaft, ohne den Einfluß des Adels oder der Kirche zu akzeptieren. Bereits vor 1914 hatten sich Vertreter dieser politischen Richtung wie Camille Blaisot oder Ernest Flandin von der ALP entfernt, da sie deren ultramontanen Charakter nicht mittragen. Das nationale Versöhnungsklima und die Ankündigung einer Stärkung des Präsidenten fielen 1919 daher in den „bonapartistisch“ geprägten Gebieten auf fruchtbaren Boden, und liberal-konservative Listen konnten in allen normanni-

⁹ Beispiele für den Erfolg der liberal-konservativen Sammlung mit rechten Listen: Mayenne: drei von vier Kandidaten der Rechten stießen zur ERD, darunter César Chabrun, in der Sarthe vier von sechs der Rechten, in Morbihan drei von vier, in der Vendée zwei von sechs. Ausnahme war die Loire-Inférieure, wo sich nur der Industrielle Delafoy bei der ERD einschrieb, die anderen bei den Monarchisten. Als wesentlich erwies sich, daß in diesen Gebieten bereits eine Vorkriegsstruktur des liberalen Katholizismus existierte, der sich von der *Droite* gelöst hatte. Für liberale Vorkriegsstrukturen in Maine-et-Loire vgl. Joly, Dictionnaire, S.584. Zur Kritik der Monarchisten an der Allianz mit den *Progressisten* in Morbihan vgl. den Ausschluß de Lamarzelles aus dem Royalistenkomitee, Eintrag Baudrillarts vom 25. 10. 1919, Carnets, S.299.

¹⁰ Denis, Royalistes, S.519ff. Statt Vesins wurden die liberalen Katholiken César Chabrun und de Montjou auf die Liste genommen, was erneut 1921 zu heftigen Unruhen bei der Aristokratie führte, als Chabrun in der Kammer die *lois scolaires* der Republik öffentlich anerkannte.

¹¹ So z.B. durch die Gründung der *Fédération républicaine de la Vendée* 1922 durch de Tinguy.

¹² Papet, Cléricaux et anticléricaux dans l'arrondissement de Senlis, Chaline, Des catholiques normands. Für die bonapartistische Tradition, die ab 1904 in die ALP einfloß, vgl. Quellien, Bleus, Blancs, Rouges, S.169 (Ernest Flandin) und 200-206, sowie Fuller, Belle Époque French Nationalism.

schen Departements, z. T. ohne Allianzen mit anderen Kandidaten, große Erfolge erzielen: Im Calvados stellte die ERD sieben von sieben, in der Eure sechs von sechs, in der Orne drei von vier Abgeordneten, von denen die meisten aus dem nationalistisch-bonapartistischen Milieu kamen, das sich mit dem Krieg nun vollends an die Republik *ralliiert* hatte¹³. Lediglich in den stark industrialisierten Departements Manche und Seine-Inférieure mußten liberal-konservative Kandidaten eine Listenverbindung mit der gemäßigt liberalen AD eingehen, um gegen die sozialistischen Listen eine Chance zu haben. Die Basis des Wahlerfolgs der liberal-konservativen Sammlung in der Normandie war also sozialgeschichtlich die Vereinigung von Bauernschaft und Bürgertum, die beide von der sozialkonservativen und nationalistischen Programmatik der ERD-Kandidaten angesprochen wurden. Das Beispiel Normandie zeigt, wie sehr die von Rémond hervorgehobene „bonapartistische“ Grundströmung innerhalb der französischen Rechten während der 1920er Jahre in die ERD/FR eingeflossen ist.

Der Nordosten Frankreichs war, wie auch schon die Bretagne, im Grunde ein schwieriges Gebiet für die liberal-konservative Sammlung. Eine vor allem in der flandrischen Grenzregion stark verankerte Religiosität hatte vor 1914 zu einer scharfen Zuspitzung des Konflikts zwischen Republikanern und Katholiken geführt und ein sehr fest organisiertes konservativ-katholisches Lager hervorgebracht¹⁴. Versuche eines Abbé Lemire, einen liberal-republikanischen und sozialen Katholizismus zu verbreiten, blieben gleichermaßen außergewöhnlich und isoliert¹⁵. Die Virulenz des Kulturkampfes überschneidet sich mit der zunehmend wichtigeren sozialen Frage, da der *Nord* mit Lille-Roubaix-Tourcoing eines der industriellen Zentren Frankreichs darstellte. Die katholische Unternehmerschaft versuchte mit Hilfe sozialkatholischer Initiativen die Arbeiterschaft an sich zu binden und dem entstehenden Sozialismus das Wasser abzugraben, distanzierte sich also nicht wie in anderen Gebieten vom konservativ-katholischen Lager. Die Zementierung der Blöcke von *Droite* und *Gauche* verhinderte infolgedessen auch bei den Wahlen 1919 eine *Bloc-National*-Liste; es blieb vielmehr die Gegenüberstellung einer katholischen (mit Plichon und Grousseau), einer republikanisch-radikalen (mit Daniel-Vincent) und einer sozialistischen Liste bestehen, die kaum Platz für einen liberal-konservativen Kandidaten ließ. Lediglich im zweiten Sektor des Pas-de-Calais, einem eher ländlichen Wahlbezirk, gelang es dem liberalen

¹³ Beispiele sind die langjährigen FR-Abgeordneten Join-Lambert (Eure) und Camille Blaisot (Calvados), die in Fortführung einer bonapartistischen Tradition 1925 die *Ligue des Patriotes* in ihrem Departement wieder aufbauten. Vgl. Joly, Dictionnaire, S. 546 (Eure) und 528 (Calvados). Für den Erfolg der *Droite républicaine* im ländlichen Milieu und den bürgerlichen Stadtvierteln vgl. Quélien, Bleus, Blancs, Rouges, S. 264ff., 300-304 und 321ff.

¹⁴ Der Streit um die *inventaires* hatte immerhin im flandrischen Boeschèpe ein Todesopfer gefordert. Auf Grund der starken katholischen Organisation (ACJF, LDPF, etc.) spricht Cholvy sogar von einer *contre-société catholique*, in: ders./Hilaire, Histoire religieuse, S. 192.

¹⁵ Über Probleme Lemires mit der ALP Mayeur, Abbé Lemire, S. 106ff. und 300ff. Lemire hatte die ALP als „une sorte de parti catholique alimenté par tous les braves prêtres et excellents chrétiens qui sont toujours prêts à refaire l'union conservatrice“ (ibidem, S. 301), bezeichnet. Über die Wahlen 1919 vgl. S. 541ff.

Katholiken Lefebvre du Prey, dem späteren ERD-Minister, eine gemeinsame Liste mit den *républicains de gauche* einzugehen und sich so seinen Wahlsieg zu sichern. Die Konsequenz aus der anhaltenden Gegenüberstellung von *Droite* und *Gauche* war jedoch, daß sich von 44 möglichen Abgeordneten nur drei bei der ERD einschrieben, während die anderen entweder zu den rechten *Indépendants* oder zu den republikanischen Gruppierungen der Mitte gingen. Weil das katholische Patronat die Arbeiterschaft mit Hilfe eines sozialkatholischen Programms für seine Kandidaten gewinnen wollte und das städtische und ländliche Handwerk und Gewerbe weiter radikalrepublikanische Kandidaten unterstützte, setzte sich die weltanschauliche Dichotomie der Vorkriegszeit fort. Obwohl der Nordosten auf Grund seines hohen Industrialisierungsgrades eigentlich ein ideales Terrain für eine bürgerlich-nationale Sammlung wie die ERD hätte sein müssen, konnte sie dort erst nach 1924 und nur langsam Fuß fassen¹⁶.

Picardie, Ardennen und Lothringen bildeten hingegen ein günstigeres Gebiet für die liberal-konservative Sammlung. Vor 1914 hatte sich der Katholizismus dort weniger zu einem Lager verdichtet als im Nordosten und war bis in die Reihen des Episkopats hinein stark nationalistisch geprägt. Ähnlich wie in der Normandie herrschte auch in diesen Gebieten ein kleines und mittleres Bauerntum auf dem Lande vor, während die Städte zunehmend vom sozialen Konflikt zwischen dem Bürgertum in Handel und Gewerbe und einer entstehenden Arbeiterschaft gekennzeichnet waren. Die Nähe zur deutschen Grenze und die Erinnerung an den deutschen Vormarsch 1870/1 machten aus diesen Regionen, vor allem Lothringen, Bastionen des Nationalismus – mit Hochburgen in Nancy oder Amiens – wo dieser früh die politische Mentalität der Bevölkerung beherrschte und selbständige Formen der Organisation hervorbrachte¹⁷. Alle drei Regionen waren heftig vom Kriegsgeschehen mitgenommen worden und standen 1919 vor einer ökonomischen Katastrophe. Dies und die Erfahrung feindlicher Besatzung hatte in großen Teilen der Bevölkerung einen Konsens hervorgebracht, der im Zeichen des Wiederaufbaus die alten weltanschaulichen Divergenzen vergessen machen wollte. Daher kam es in den Departements Somme, Aisne, Orne, Ardennes, Haute-Marne, Meuse, Meurthe-et-Moselle und Vosges zu großen Koalitionen, die wie der *BNR de la Seine* von der bürgerlichen Mitte bis ganz rechts reichten. Diese Koalition aller sozialkonservativ-nationalen Elemente, die sozialgeschichtlich das linksliberale Kleinbürgertum in Handel und Gewerbe, die *bourgeoisie catholique* und die Bauernschaft bis zur landsässigen Aristokratie umfaßte, hatte durchweg Erfolg und ermöglichte vielen Kandidaten den Einzug in die Kammer, die

¹⁶ Eine besondere Rolle sollte dabei der Neffe des FR-Gründers Motte, Fernand Motte, spielen, der es zwischen 1924 und 1926 schaffte, eine *Entente républicaine* auf die Beine zu stellen, der der Fundamentalkatholik Grousseau genauso angehörte wie die liberalen Katholiken Plichon und Vandame sowie einige *républicains de gauche*.

¹⁷ Dieser Nationalismus konnte republikanisch sein, wie im Falle eines Méline, Ferry oder Poincaré, oder katholisch, wie im Falle eines Driant oder de Ludre. Es lag ihm aber derselbe Grundgedanke von der Nation als höchstem Wert zu Grunde. Vgl. Barral, *L'Esprit lorrain*, S. 96–103, Joly, *Dictionnaire*, S. 590–595, sehr ausführlich und gut dokumentiert Eck, Louis Marin, *passim*, Serman, *The Nationalists of Meurthe-et-Moselle*, über Bar-le-Duc (Meuse) vgl. George, „Provinciaux“, S. 122–126.

sich bei der ERD einschrieben. Am markantesten war das Departement Meurthe-et-Moselle, das mit dem späteren Parteivorsitzenden Louis Marin, dem Stahlindustriellen de Wendel, dem Großgrundbesitzer de Warren und dem hochdekorierten Kriegsveteran Désiré Ferry vier ERD-Abgeordnete stellte – neben drei bürgerlichen Linksliberalen –, in denen sich die soziale Zusammensetzung der liberal-konservativen Sammlung, wie noch zu zeigen sein wird, *en miniature* abgebildet hat.

Es wurde bereits darüber gesprochen, daß ein wesentliches Merkmal der ERD die Aufnahme der katholischen Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen gewesen ist. Die konfessionelle Sonderprägung und die Anbindung an das Deutsche Reich hatten in den drei neuen Departements Moselle, Haut- und Bas-Rhin eigene parteipolitische Entwicklungen gefördert, unter die unter anderem die elsass-lothringischen Landespartei zu zählen war, in der regionalistische und katholische Potentiale konvergiert waren. Diese der bayrischen Volkspartei ähnliche Formation blieb über den Krieg hinweg erhalten und erzielte einen durchschlagenden Erfolg (in Moselle allein, im Elsaß auf einer Listenverbindung mit den konservativen Protestanten) und stellte insgesamt achtzehn der vierundzwanzig Abgeordneten des ehemaligen Reichslandes, die alle als Zeichen des nationalen Triumphes und der inneren Aussöhnung mit dem Katholizismus in der ERD Platz nahmen¹⁸. Das Spektrum der Abgeordneten reichte von den Sozialkatholiken Robert Schuman (*Union républicaine lorraine*) und Seltz (*Union populaire républicaine*), über den Industriellen Guy de Wendel, die Stabsoffiziere de Maudhuy und de Leusse bis zu den Klerikern Abbé Wetterlé, Abbé Hackspill und Chanoine Muller. Diese heterogene Gruppe wurde dadurch zusammengehalten, daß sie, wie schon im deutschen Kaiserreich, die katholisch-regionalistischen Sonderinteressen des ehemaligen Reichslandes vertraten, d.h. eine möglichst autonome Angliederung an die französische Republik anstrebten. Erst 1924 spalteten sich die sozialkatholischen Teile von der von ihnen als „bürgerlich-nationalistisch“ verschrieenen URD ab und halfen, den christlich-demokratischen PDP mitzube-gründen.

Zwei weitere östliche Randgebiete, Savoyen und die Franche-Comté, erwiesen sich ebenfalls als Hochburgen für die liberal-konservative Sammlung. Beide waren relativ spät an Frankreich gefallen (1693 und 1870) und hatten sich daher ein begrenztes regionales Sonderbewußtsein gewahrt, das sich unter anderem durch eine tiefe religiöse Frömmigkeit und Bindung an lokale Heilige auszeichnete. Beide Regionen waren durch ein unabhängiges Bauern- und Bürgertum geprägt, das früh die traditionelle Machtstellung des ohnehin nicht zahlreichen Adels beseitigt hatte und für eine konservative Republik der *modérés* eingetreten war. Der Katholizismus stellte daher bei der Mehrheit der männlichen Bevölkerung eher ein soziologisches denn ein politisches Phänomen dar und hatte nur im letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg eine politische Dimension angenommen und

¹⁸ Vgl. Baechler, *Le Parti catholique alsacien*, S. 331 ff. Auch noch 1924 saßen zehn der 15 „rechten“ Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen bei der URD (François, Moncelle, Paqué, Schuman, Sérot, de Wendel, Muller, Oberkirch, Pfleger, Silbermann), nur fünf waren zum neugegründeten PDP übergegangen.

zu einer konservativ-katholischen Lagerbildung geführt¹⁹. Die innere Aussöhnung zwischen Republik und Katholizismus sowie die nationale Konsensstimmung nach 1918 sorgten für eine Annäherung der konservativen Kräfte der Bauernschaft und des Bürgertums, die vor allem gegen eine entstehende sozialistische Arbeiterbewegung und gegen die klerikal-aristokratische Rechte gerichtet war. In allen sechs Departements kam es 1919 zu einer Liste aus *Progressisten* und Katholiken, die in der Regel gegen eine Liste der Radikalen antrat, und die soziologisch wie kulturell ein bürgerlich-nationalistisches Milieu widerspiegelte. Elf der dreizehn Abgeordneten der Franche-Comté und elf der siebzehn Abgeordneten Savoyens schrieben sich bei der ERD ein und unterstrichen die Bedeutung der voralpinen Regionen des Ostens für die liberal-konservative Strömung²⁰. Wie auch schon in den Regionen Picardie, Ardennen und Lothringen konnten die fundamentalkatholischen und monarchistischen Kräfte dadurch komplett neutralisiert werden.

Ein letzter regionaler Schwerpunkt der ERD, neben den abschließend zu erörternden Großstädten Paris und Lyon, stellten die *hautes terres méridionales* dar, d. h. die zum Mittelmeer hin abfallenden Hochebenen des Zentralmassivs zwischen dem Rhône-Tal und den Pyrenäen um die Departements Loire, Haute-Loire, Ardèche, Lozère, Aveyron, Tarn, Tarn-et-Garonne und Haute-Garonne. Auch sie waren nach 1789 Hochburgen der Religiosität geblieben, wobei diese, wie in der Lozère mit einem hohen Protestantenanteil, konfessionelle Konturen annehmen konnte. Die Abgrenzung gegenüber den Protestanten und die traditionalistisch-rurale Lebenswelt in den Hochebenen des Zentralmassivs machten dieses Gebiet bereits vor dem Krieg zu einem Schwerpunkt der ALP. Ein dichtes Netzwerk aus Bauernverbänden und Vereinskatholizismus um Léonce de Castelnau und Hyacinthe de Gailhard-Bancel zeugten von einem ländlich-katholischen Milieu, das vor 1914 alle antiradikalen Kräfte, vom liberalen Stadtbürgertum über die konservative Bauernschaft bis hin zu Teilen der alten Aristokratie, gesammelt hatte²¹. Dieses Milieu existierte auch nach dem Ersten Weltkrieg weiter, mit dem entscheidenden Unterschied jedoch, daß sich die Mehrzahl der Katholiken, allen voran General de Castelnau, definitiv an die Republik *ralliiert* hatten und für eine Aussöhnung von Republik und Katholizismus eintraten. Die Wahllisten waren daher, wie die Zeitgenossen sagten, „liberale“ Listen, d. h. auf ihnen fanden sich fast ausschließlich

¹⁹ Für die Franche-Comté vgl. meine Untersuchung „Konservative und der politische Katholizismus im Doubs 1900–1940“, die voraussichtlich 2007 erscheinen wird. Für Savoyen vgl. Barral, *Le Département de l'Isère*, S. 332–336 und 414–423. Zu der in der Isère gegründeten *Union dauphinoise nationale et républicaine* als liberal-konservativer Sammlung vor Ort gehörten die ERD-Abgeordneten Rocher, Dugueyt, Gourin und Blanchet. Zur Haute-Saône vgl. Carel, *Les Forces Politiques en Haute-Saône*.

²⁰ Unter den Abgeordneten fanden sich nicht selten Katholiken wie About (Haute-Saône) oder Tapponier (Savoie), die von der ACJF kamen, aber durch das Kriegserlebnis zu überzeugten Vertretern einer nationalen Republik im Geiste der *Union Sacrée* geworden sind.

²¹ Rivet, *Haute-Loire*, S. 292–300, 314, 337ff. und 525. Zur Loire ausführlich Joly, *Dictionnaire*, S. 570–574, Siegfried, *Géographie électorale de l'Ardèche*, Faury, *Cléricalisme et anticléricalisme*, S. 223ff., sowie zur Lozère das sehr eindrucksvolle Tagebuch von Emmanuel de Las Cases, *Ephémérides*, S. 165ff.

ehemalige ALP-Mitglieder, die ihr Etikett abgelegt hatten und nun als *républicains libéraux* antraten. Nur in manchen Fällen schlossen die Listen auch Vertreter der monarchistischen Rechten mit ein, die sich nicht bei der ERD einschrieben²². Die Erfolge dieser Listen waren um so bedeutender, als es ihnen auch gelang, die bürgerlich-liberalen Kräfte, zu denen später Jacques Bardoux gehören sollte, einzugliedern. Sie repräsentierten damit nicht nur das katholische Land, sondern auch die bürgerlichen Schichten der Provinzstädte: Die Liste General de Castelnaus erreichte im Aveyron sechs der sieben Sitze. Die gewählten Kandidaten schrieben sich komplett bei der ERD ein. Ähnlich verlief es auch in den anderen Departements, mit Ausnahme der Loire, deren fünf ERD-Abgeordnete zwar allesamt einer liberal-progressivistischen Tradition entstammten, aber auf einer Liste der *Anciens Combattants* gewählt wurden²³.

Zuletzt seien schließlich noch die beiden größten Städte Frankreichs erwähnt, Paris und Lyon, die ebenfalls zu den Hochburgen der ERD gehörten. Anders als in den bisher besprochenen, eher ländlich-vorindustriell geprägten Gebieten, hatten die weltanschaulichen Gegensätze in den wachsenden Metropolen bereits vor 1914 ihre Virulenz verloren. Vielmehr bestimmte die soziale Frage als Konflikt zwischen einer amorphen Masse abhängig Beschäftigter und dem grund- und kapitalbesitzenden Stadtbürgertum den politischen Kampf, wobei jedoch in beiden Städten katholisches und republikanisches Bürgertum vor 1914 noch nicht organisatorisch verschmolzen waren²⁴. Dies änderte sich mit dem Krieg, der vor allem in Paris drastische Veränderungen der Wohn- und Arbeitskultur mit sich brachte und zu einer Radikalisierung der Arbeiterbewegung und ihrer sozialen Forderungen führte. Im Angesicht der klassenkämpferisch auftretenden Gewerkschaften und Sozialisten hatte sich daher im *Bloc National Républicain de la Seine* eine breite Allianz aller antisozialistischen Kräfte gebildet, die von der linken Mitte bis zur Rechten reichte, unter Ausschluß der *Action Française*. Innerhalb dieses heterogenen Gemischs waren alle Varianten bürgerlich-nationaler Gruppierungen vertreten, und so schrieben sich am Ende nur elf der einundvierzig *Bloc-National*-Abgeordneten, die in Paris gewählt wurden, bei der ERD ein. Unter diesen ragten vor allem die Nationalisten Barrès, Galli und Habert heraus, die in denjenigen

²² Es handelt sich hierbei um de Gailhard-Bancel, Vallat und Rendu, die alle zu den *Indépendants* gingen.

²³ In der Loire schrieben sich fünf von fünf Abgeordneten, in der Lozère zwei von vier Abgeordneten bei der ERD ein. Im Laufe der 1920er Jahre entwickelte sich daraus ein sehr schlagkräftiger regionaler Verband, die *Fédération républicaine et sociale du Massif Central* unter dem Vorsitz des FR-Abgeordneten François-Marsal. Sie umfaßte den *Parti Républicain Fédéral du Puy-de-Dôme* (Vorsitz Jacques Bardoux), den *Parti Républicain Social du Cantal* (Fontailles) sowie die FR-Verbände Aveyron (Dr. Augé), Haute-Loire (Antier) und Lozère (de Chambrun). Den Parteivorstand bildeten neben Bardoux die liberalkatholischen Senatoren Bonnet de Paillerets, Monsservin und Néron.

²⁴ In Paris hatte sich seit 1900 eine Zusammenarbeit aller bürgerlich-nationalen Kräfte abgezeichnet, vertreten durch den Orleanisten Denys Cochin, den Nationalisten Maurice Binder, den liberalen Protestanten Georges Berger sowie die *Progressisten* Laurent Prache und Charles Benoist. Als Fraktionen saßen *Progressisten* (*républicains municipaux*), Nationalisten und *Droite* aber getrennt, vgl. Combeau, Paris et les élections municipales, S. 255ff.

großbürgerlichen Arrondissements der Hauptstadt gewählt wurden, in denen bereits die *Ligue de la Patrie Française* stark organisiert gewesen war. Der *Bloc National* als politische Vertretung aller im marxistischen Sinne „bourgeois“ Kräfte bot also zwar auch der liberal-konservativen Strömung eine Heimat, angesichts der Vielfalt der alten und neuen Bewegungen, die in Paris gediehen waren, vermochte sie es jedoch nicht, mehr als nur ein Teil des antisozialistischen Zweckbündnisses für den Wahlkampf zu werden.

Anders verhielt sich die Lage in der zweitgrößten Stadt Frankreichs, Lyon, wo sich bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine starke liberal-progressivistische Organisation herausgebildet hatte. Die *FR du Rhône* war vor 1914 nicht nur die erste und einzige Partei der *progressistischen modérés* auf Departementebene mit einer umfassenden Struktur gewesen, sondern hatte auch alle liberalkatholischen und sozialkonservativen Kräfte vor Ort an sich gezogen. Mathias Bernhard hat gezeigt, daß gerade das Großbürgertum aus Industrie und Handel seinen liberalen Katholizismus mit paternalistisch-sozialreformerischen Inhalten verband, jedoch gleichzeitig die Nähe zur katholischen Kirche gescheut hatte²⁵. Durch die Stärke dieser wirtschaftsliberalen Zirkel, die auch das rurale Umland Lyons in die Organisation mit einbanden, konnten die weltanschaulichen Konflikte zurückgedrängt werden, bzw. nicht die Ausmaße annehmen, die sie z. B. im *Nord* angenommen haben²⁶. Es entstand zwar auch in der Rhône eine ALP, diese war jedoch nur schwach organisiert und wies eine große Nähe zum Erzbischof und monarchistischen Kreisen auf. Sie vermochte es nicht, republikanisch-liberale Katholiken wie Auguste Isaac an sich zu binden. Die *FR du Rhône* wurde deswegen 1919 auch zur Achse einer bürgerlichen Konsensliste, die von *Progressisten* dominiert war, und der sich die Reste der ALP und der *républicains de gauche* angeschlossen hatten. Sechs Abgeordnete dieser Liste, einer von der ALP und fünf *Progressisten*, schrieben sich bei der ERD ein und versinnbildlichen das Gewicht der liberal-konservativen Strömung im Departement Rhône.

Nachdem nun vieles über die Hochburgen der ERD gesagt worden ist, sollen auch kurz ihre Schwachstellen aufgezeigt werden. Dazu gehört, wie man auf der Karte der ERD-Abgeordneten deutlich sieht, ein breiter geographischer Streifen, der vom Südwesten diagonal nach Nord-Osten verläuft und vor allem die Regionen Aquitaine, Limousin, Centre, Burgund und Champagne umschließt²⁷. Daneben blieben auch große Teile des Midi, vom Languedoc bis zur Provence, für libe-

²⁵ Entscheidend war, daß eine Figur der liberalen Bourgeoisie wie Aynard einen katholischen Patron wie Isaac dazu veranlaßt hatte, sich von der ALP zu distanzieren und in die *FR du Rhône* einzutreten. Bernard, *La dérive*, S. 143–184.

²⁶ Sie hätten dies zweifellos getan, da sich mit Edouard Herriot, dem Bürgermeister von Lyon, und dem Kardinal Maurin, Erzbischof von Lyon, zwei intransigente Vertreter des Antiklerikalismus bzw. des Katholizismus gegenüberstanden.

²⁷ Zu den Hochburgen der *Alliance démocratique* und des bürgerlichen Laizismus, der für die ERD-Programmatik nicht empfänglich war, vor allem in den stark entchristianisierten Gebieten des Centre vgl. Pataut, *Sociologie électorale de la Nièvre*, zu den AD-Hochburgen in der Gironde und der Yonne vgl. Sanson, *L'Alliance Démocratique*, S. 257–265, Long, *Les Elections législatives en Côte d'Or*, S. 90ff. Für die antiklerikale und egalitär-demokratische Prägung der Bauernschaft im Limousin vgl. Vallin, *Paysans rouges du Limousin*, S. 206–209, 268–277.

ral-konservative Kandidaten unzugänglich²⁸. Die Frage, warum es gerade dort entweder zu keinen Listen mit potentiellen ERD-Kandidaten kam, oder diese, wenn sie existierten, nicht gewählt wurden, ist sicherlich kaum pauschal zu beantworten, sondern müßte von Fall zu Fall durch eine entsprechende Wahlforschung und Milieuanalyse geprüft werden. Gleichwohl sprechen einige Indizien dafür, daß es wiederum die Verstrickung regionaler Besonderheiten war, die zu diesem Ergebnis geführt hat. Die Regionen des Centre, des Limousin und Burgunds gehörten zu den am stärksten „entchristianisierten“ Gebieten Frankreichs nach 1789, die von der katholischen Kirche sogar bisweilen als „Missionsgebiete“ bezeichnet wurden. Aus diesem Grund hatten sozialkonservative Kräfte, d. h. Vertreter der Bauernschaft und des Bürgertums, Wahlchancen nur auf der Basis der Laizität, d. h. sie waren als Teilverbände der *Alliance Démocratique* – wie in Burgund oder der Gironde bereits vor 1914 – entstanden²⁹. Wenn überhaupt einzelne Kandidaten der *Progressisten* oder Katholiken Platz auf diesen AD-Listen 1919 fanden, so nur durch ein striktes Laizitätsprogramm³⁰. Die französische Mittelmeerküste, insbesondere die „roten“ Hafenstädte Toulon und Marseille, waren zur gleichen Zeit auf dem Weg, nach Paris die stärksten Bastionen der Sozialisten zu werden, weshalb es auch dort zu großen antisozialistischen Blockbildungen aller bürgerlichen Fraktionen kam. Wie in Paris erwies sich eine derartige Sammlung als eher ungünstig für die ERD, zumal der Katholizismus immer noch von den wenigen, aber einflußreichen royalistischen *Blancs de Midi* kontrolliert wurde, die eine Allianz mit den konservativen Republikanern ablehnten³¹. Sozialistische Dominanz und anhaltende katholische Intransigenz verhinderten also das Entstehen einer liberal-konservativen Strömung im Midi. Bezeichnenderweise wurden auch die drei einzigen ERD-Abgeordneten der Mittelmeerküste (Alpes-Maritimes), Arago, Baréty und Raiberti, eigentlich Mitglieder der AD, auf einer republikanisch-liberalen Liste gegen eine konservativ-katholische Liste gewählt.

Man könnte bei der Betrachtung der Regionen und Departements noch weiter ins Detail gehen und würde immer mehr lokale Besonderheiten finden, die eine liberal-konservative Liste verhindert oder begünstigt haben. So wurden z. B. in der Charente-Inferieure, einem Departement mit einer ausgeprägten Landwirtschaft

²⁸ Der Midi wies immer noch stark royalistische Konturen auf, weshalb bürgerlich-liberale Katholiken wie Arago oder Raiberti in der Regel im Namen der AD antraten. Vgl. grundsätzlich: Autrand, *Un siècle de politique en Vaucluse*, sowie Droite et gauche de 1789 à nos jours en Languedoc-Roussillon, Schram, *Traditions religieuses et réalités politiques*, Girault, *Le Var rouge*.

²⁹ Vgl. Sanson, *L'Alliance Démocratique*, S. 262–273, mit weiteren Beispiel für die beiden Charentes und den Gers.

³⁰ So z. B. der der katholischen Bourgeoisie entstammende Charles de Lasteyrie in der Corrèze. Für deren „politische Mentalität“ und die Schwierigkeiten der Konservativen vgl. Kittel, *Provinz zwischen Reich und Republik*, S. 467.

³¹ Vgl. den Brief des monarchistischen Kardinals de Cabrières von Montpellier an Guiraud vom 28. 11. 1919: „Attaché de cœur aux principes monarchiques j'avais remarqué avec une peine réellement sans le dire ouvertement, plusieurs des comités [...] au moment des élections, condamnaient les Royalistes à disparaître de toutes les listes.“ Man habe die Royalisten von den gemäßigten Wahllisten gestrichen, obwohl sie doch allein die „intérêts politiques et religieux du pays“ repräsentierten: „En réalité les royalistes [...] sont d'excellents citoyens.“ In: AN 362, AP 145.

und Fischereitradition, 1919 vier spätere FR-Mitglieder gewählt, von denen sich aber keiner 1919 in die ERD einschrieb³². Der Grund dafür war, daß sich die sozialkonservativen Bauernvertreter, republikanische und katholische, auf ein laizistisches Revisionismusprogramm in bonapartistischer Tradition geeinigt hatten, das die vier Abgeordneten eher in den Reihen der *Action républicaine et sociale* (ARS) verwirklichen zu können glaubten. Die ARS verstand sich, wir hatten es gesehen, als rein reformistische und „technische“ Gruppe auf der Basis der Laizität und stellte die Verfassungsreform in den Vordergrund ihrer Bemühungen. Erst später, nachdem die ARS verschwunden war und die „bonapartistischen“ Kräfte sich der FR zugewandt hatten, wurde auch die Charente-Inférieure zu einer Hochburg der liberal-konservativen Sammlung.

Wenn man die regionale Verwurzelung der ERD 1919 zusammenfassend bestimmen will, kann man zunächst festhalten, daß es eine unbestreitbare Verbindung zwischen dem Erfolg von liberal-konservativen Kandidaten und der katholischen Prägung der Bevölkerung gab. ERD-Kandidaten kamen vor allem aus den Regionen, in denen der Katholizismus als soziale Kraft und als Teil der konservativen Moralvorstellung akzeptiert war. War ein Gebiet jedoch entchristianisiert oder wiesen die besitzenden Schichten dort antiklerikale Traditionen auf, bot es keinen fruchtbaren Boden für die ERD, da sich dort die bürgerlichen-sozialkonservativen Kräfte unter dem Banner der *Alliance démocratique* sammelten. Ferner stieß die liberal-konservative Sammlung auch dort auf Schwierigkeiten, wo vor dem Weltkrieg ein festes konservativ-katholisches Lager entstanden war, in dem die monarchistische Feudalaristokratie weiterhin wichtige Positionen besetzte³³. Dort wiederum hatten es die liberalen Kräfte des Katholizismus schwer, sich aus der klerikalen und aristokratischen Klammer zu lösen und wurden umgekehrt auch von den bürgerlichen Republikanern immer noch mit Mißgunst beübt. Daher war die liberal-konservative Sammlung v. a. in den Gebieten erfolgreich, wo der Katholizismus als Teil der traditionellen Mentalität nicht zu einer eigenen, intransigenten Weltanschauung unter dem Einfluß von kirchlicher Hierarchie und grundbesitzender Aristokratie ausgeformt war, sondern wo er bereit war, die liberale Republik als Garantin wirtschaftlichen Fortschritts und endgültige Staatsform Frankreichs anzuerkennen. Nur dort brachten bürgerliche und bäuerliche Schichten ihre eigenen politischen Vertreter hervor, die das sozialkonservative Interesse mit konservativ-katholischen Moralvorstellungen verbanden. Diese Koinzidenz von sozialem Kriterium (Bauernschaft/Bürgertum) und kulturellem Kriterium (Katholizismus) war die wichtigste Bedingung für die Entstehung einer liberal-konservativen Sammlung auf Departementebene 1919.

(II) Wenn man die soziale Zusammensetzung der ERD näher betrachtet, ist zunächst festzustellen, daß bereits den Zeitgenossen die Heterogenität der Fraktion

³² Es handelt sich um Pierre Taittinger, Le Provost de Launay, Voyer und Villeneau. Die beiden ersteren entstammten bonapartistischen Zirkeln, Voyer gehörte schon 1910 zu den *Progressisten*, Villeneau zur ALP. Alle vier wurden 1924 Mitglied der FR.

³³ Neben der Bretagne und dem Midi können hier auch noch die Pyrenäen als Beispiel angeführt werden, in denen sich Katholiken und Republikaner auch 1919 noch unerbittlich gegenüberstanden.

ins Auge gefallen ist. Jean Guiraud, Paul Reynaud und Robert Cornilleau haben wertvolle Beschreibungen der Gruppe hinterlassen, die, indem sie den je eigenen Standpunkt des Betrachters reflektieren, mehrere unterschiedliche soziale und kulturelle Stränge in der ERD ausmachten. Am nächsten zu dem, was in dieser Arbeit über die Herkunft der liberal-konservativen Abgeordneten gesagt worden ist, kommt die Analyse von Jean Guiraud, der die Fraktion als Amalgam aus fünf verschiedenen Strömungen betrachtet: republikanische Nationalisten (Barrès, Habert), „laizistische“ Katholiken (Boissard, Bellet, Chabrun), „eigentliche“ ALP-Katholiken (de Tinguy, Duval-Arnould), republikanische *Progressisten* (Marin, Brice, Raiberti) und *rallierte* Monarchisten (de Bagneux) saßen ungeordnet, d. h. ohne weltanschauliche Basis, nebeneinander³⁴. Dieser Einteilung des Fundamentalkatholiken Guiraud liegen eindeutig nur weltanschauliche Kriterien zugrunde, d. h. die persönliche Glaubensüberzeugung und die Haltung zum Katholizismus als gesellschaftlich-politischer Kraft. So blieb für ihn der nationalistische Flügel um Barrès und Habert, der ohne Zweifel aus der politischen Kultur der *Droite* kam, „republikanisch“, also links, weil er die Laizitätsgesetze akzeptierte. Liberale Republikaner, die zugleich praktizierende Katholiken waren, wie die beiden Minister Isaac und Dior, konnte er in sein Raster nicht einsortieren und ließ sie daher beiseite. Die *Progressisten*, die nur der Nationalismus an die Katholiken band, ordnete er ebenfalls dem Lager der Republikaner zu. Die Bemerkungen Guirauds beweisen, daß, von einem katholisch-weltanschaulichen Standpunkt aus gesehen, die ERD eine Mixtur aus „Katholiken“ und „Nichtkatholiken“ (*Progressisten*/Nationalisten) darstellte, d. h. eine Sammlung war, die nicht mehr auf der Basis des gemeinsamen Glaubens als politischem Motor operierte, wie es bei der ALP noch der Fall gewesen war.

Was die ideengeschichtliche Herkunft der ERD-Abgeordneten betrifft, war die Analyse Guirauds sicher richtig. Bereits die Zeitgenossen bemerkten jedoch, daß die Besonderheit der ERD nicht in ihrer doppelten weltanschaulichen Verwurzelung lag, sondern in den sozialen, ökonomischen und, in einem weiteren Sinne, im persönlichen Hintergrund der ERD-Abgeordneten, die Unterschiede zu den bisherigen rechten Gruppen im Parlament aufwiesen. Als erstes fallen darunter die Weltkriegsveteranen, die durch ihre blauen Uniformen dem *Chambre Bleu Horizon* den Namen gegeben haben. Prozentual war ihr Anteil in der ERD der zweithöchste aller Fraktionen, gleich hinter der ARS, absolut gesehen sogar der höchste. Sehr häufig waren diese Veteranen Neulinge in der politischen Arena und von dem Gedanken beseelt, den französischen Wiederaufbau im *esprit combattant*, d. h. mit Tatkraft und innerer Eintracht anzugehen. Repräsentanten dieser neuen Politikergeneration aus dem Veteranenmilieu waren z. B. der hochdekorierte Kriegsversehrte Gaston About aus der Haute-Saône oder der Abgeordnete Taurines aus Savoyen, die neben anderen die Verbindung zum größten konservativen Veteranenverband, der *Union nationale des Combattants*, herstellten. Deren Generalsekretäre Ernest Pezet und Humbert Isaac standen der ERD ebenfalls nahe,

³⁴ Jean Guiraud, L'Évolution des partis politiques en France de décembre 1920 à juin 1922, in: DC 7/8 (1922), S. 223-256, 495-512 und 685-701.

letzterer war sogar der Sohn des ERD-Ministers Auguste Isaac³⁵. Daneben fanden sich in der ERD auch schillernde Figuren der Weltkriegszeit wie der baskische Fliegeroffizier Jean Ybarnégaray³⁶, oder auch eine Reihe von Offizieren und Stabsoffizieren³⁷, darunter die beiden Generäle de Castelnau und de Maud'huy. Als Repräsentanten eines nationalistischen und militaristischen Milieus standen sie für eine soziale Gruppe, die nach der Dreyfus-Affäre an den politischen Rand gedrängt worden war, nun aber, im Zuge der Versöhnung von zivilem und militärischem Prinzip, wieder Aufnahme in den republikanischen Konsens fand. Sie standen sinnbildlich für die gesellschaftliche Aufwertung und Reintegration der Armee in eine neue Republik und verkörperten jenen „nationalen“ Katholizismus der oberen Militärführung um Foch, Lyautey oder Pétain, der durch den Kampf für die Republik sich 1919 an diese *ralliiert* hatte³⁸.

Eine weitere Besonderheit der ERD bestand in der Tatsache, daß ihr drei von vier katholischen Geistlichen in der Kammer angehörten, die als elsässische Abgeordnete nicht nur die Rückkehr des Elsaß an Frankreich, sondern auch die nationale Versöhnung mit der katholischen Kirche symbolisierten³⁹. In ihnen manifestierte sich der zum Programm gewordene Wille der liberal-konservativen Sammlung, regionale Prägungen zu achten und zu repräsentieren, in diesem Fall also die

³⁵ Über Gaston About vgl. seine Wahlkampfauftrufe 1919–1928 in Archives Départementales de la Haute-Saône (Vesoul), 3 M, 124–126. Über Pezet und Isaac vgl. Prost, *Les Anciens Combattants*, Bd. 1, S. 56ff. und 104f. Allgemein zum Hintergrund der Veteranen, die 44% der gesamten Abgeordneten stellten, vgl. Rousselier, *Phénomène*, S. 62ff., der zu Recht betont, daß weniger die Uniform oder Medaillen als vielmehr körperliche Blessuren, wie z.B. bei den beinamputierten Abgeordneten Maginot und Vallat oder dem Kriegsblinden Scapini, für Hochachtung sorgten. Weitere Verbindungsleute der ERD zur UNC waren Anquetil, Barillet, Bartholoni, Bouteille, Boissard, Blaisot, de Castellane, Crolard, Duval-Arnould, Evain, Engerand, Ferraris, Fonck, Gérard, Habert, Josse, Kempf, Leger, de Lesseux, Poitou-Duplessy, Ruellan, Tapponier, de Wendel (Guy), Ybarnégaray, Roullin. Vgl. über die Verbindung von ARS und ERD zum Veteranenmilieu Gilles Le Béguet, *Entrée*, S. 420ff.

³⁶ Über Ybarnégaray als „basque frémissant“ vgl. Reynaud, *Mémoires: Venu de ma montagne*, S. 138, und einen sehr aufschlußreichen Polizeibericht vom Juni 1926 in: APP, BA 2036: „Politiquement il est à la droite des républicains nationaux et à la gauche des royalistes [...] d'une humeur assez rude et parfois peu engageante avec ses collègues, Y. est toujours prêt au combat et surtout à l'attaque, sans grand souci des conseils de modération ou de prudence [...] un batailleur en quête d'offensive ou d'interpellation.“ Er gehörte den JP und später der Croix-de-Feu-Bewegung de la Rocques an.

³⁷ Dies bemerken auch Paul Reynaud, *Mémoires: Venu de ma montagne*, S. 139, Cornilleau, *Du Bloc National au Front Populaire*, sowie retrospektivisch Paul-Boncour, *Entre deux guerres*, Bd. 1., S. 35f. Der General Louis-Ernest de Maud'huy war Befehlshaber der 10. Armee und leitete 1914 den französischen *Course à la mer*. Der General Edouard de Castelnau war Generalstabsoffizier im GQG unter Joffre und später Befehlshaber der Armeegruppe Ost.

³⁸ Ideologisch war damit die *troisième France* gemeint, vgl. oben S. 115ff. Die Zahl der Generäle im Parlament nahm dennoch seit der Dreyfus-Affäre konstant ab, allein die ERD verfügte mit diesen genannten und später mit Hirschauer, Stuhl, Bourgeois über Vertreter des Generalstabs, vgl. allgemein Le Béguet, *Amiraux et généraux au parlement*, sowie für de Castelnau Bonafous-Verax, *Le Général de Castelnau*.

³⁹ Es handelt sich um die Abbés Hackspill, Wetterlé und den Chanoine Muller, der vierte Kleriker war der fraktionslose Abbé Lemire.

konfessionelle Tradition des ehemaligen Reichslandes. In enger Verbindung zur kirchlichen Hierarchie standen auch die ERD-Abgeordneten Duval-Arnauld, Chabrun und Boissard, alle drei Professoren des *Institut catholique*, die regelmäßigen Kontakt zum einflussreichen Kardinal Baudrillart unterhielten und somit die Brücke zum nationalkatholischen Flügel des französischen Episkopats schlugen. So sehr die Gegenwart dieser sechs Abgeordneten auch den Antiklerikalen Anlaß zu einer Wiederbelebung der religiösen Frage bot, zumal die kirchliche Hierarchie nun direkt über Statthalter im Parlament zu verfügen schien, so bezeichnend ist es für die weltanschaulich entspannte Lage der Nachkriegszeit, daß alle sechs bald aus dem Fokus der Kritik verschwanden. Vor allem ihre der sozialkatholischen Prägung geschuldete Kompetenz auf sozialökonomischen Gebiet machte sie zu gesuchten Gesprächspartnern der Radikalen und Sozialisten. Ferner verkörperten die drei Professoren Duval-Arnauld, Chabrun und Boissard jenen universitärmodernistischen Flügel des Katholizismus, der sich in der ersten Jahrhunderthälfte des 20. Jahrhunderts immer mehr gegen den intransigenten und doktrinären Neothomismus durchzusetzen begann⁴⁰. In ihnen spiegelte sich also auch die innerkatholische Emanzipation katholischer Laien von Dogma und Doktrin, die einerseits zu so schweren Spannungen im französischen Katholizismus führte⁴¹, andererseits aber auch die Grundvoraussetzung für die Einbindung der Katholiken in eine moderne und demokratische Republik war.

Eine dritte Besonderheit der ERD-Fraktion betraf den sozialen Hintergrund der Abgeordneten und lag in der massiven Präsenz eines Unternehmerflügels aus Industrie und Handel, die weit über dem Durchschnitt der anderen Fraktionen lag. 44 aller 87 hauptberuflichen Unternehmer, Bankiers und Großhändler der Kammer saßen in den Reihen der ERD und stellten dort 24% der Abgeordneten. Katholisches und republikanisches Bürgertum hatten sich vermischt und repräsentierten vor allem die großen Handelsstädte mit wirtschaftsliberaler Tradition. Der Seidenfabrikant Isaac aus Lyon, der katholische Industrielle Vandamme aus Roubaix, der Waffenfabrikant Ballande aus Bordeaux, der Großhändler Dior aus dem Manche und der Stahlindustrielle de Wendel aus Lothringen verkörperten genau jenes bürgerliche Klassenelement der liberal-konservativen Sammlung, das, wie oben gezeigt wurde, eine antietatistische Wirtschaftspolitik durchzusetzen bemüht war, ohne allerdings jemals untereinander zu einer klaren Entscheidung

⁴⁰ Louis Duval-Arnauld hatte der ACJF angehört und später den Vorsitz der *Société d'économie sociale* bekleidet, seit 1900 war er *conseiller municipal* von Paris für den Bezirk Saint-Germain-des-Près. Über Duval-Arnauld vgl. ein umfangreiches Dossier in: AN 317, AP 77 und seine Rede am 21.6.1920 in der Kammer. Adéodat Boissard war Mitbegründer der *Semaines Sociales* und zeitweise Professor an der katholischen Fakultät von Lille und Paris. Nach 1924 verwirklichte er seine sozialreformerischen Vorstellungen als Generalsekretär der *Association française pour le progrès social*. Vgl. Dictionnaire Lille-Flandres, S. 76f. Für Chabrun vgl. den Eintrag von Baudrillart vom 15. 1. 1922, Carnets, S. 57. Weitere Beispiele sozialliberaler Katholiken, die aus der ALP kamen und in die ERD eingetreten waren, sind Joseph Denais und Louis Rollin, vgl. Mayeur, *Attitudes religieuses et options politiques*.

⁴¹ Das spannungsgeladene Dreieck von modernem Katholizismus, päpstlicher Dogmatik und positivistischem Nemonarchismus spitzte sich vor allem in der Frage um die *Action Française* zu. Vgl. grundlegend Prévotat, *Condamnation, passim*.

zwischen Protektionismus und Freihandel gekommen zu sein⁴². Zu dieser Gruppierung gehörten auch professionelle Vertreter aus dem Finanzwesen, wie die beiden späteren Finanzminister Charles de Lasteyrie und Frédéric François-Marsal, die das Haushaltsgleichgewicht zur Parteidoktrin erhoben und die Tradition des *Centre-gauche*-Liberalismus fortsetzten.

Der hohe Prozentsatz von Vertretern des Industrie- und Handelsbürgertums brachte notwendigerweise eine große Nähe zu den Interessenverbänden der Industrie und des Handels mit sich, deren Einfluß auf die liberal-konservative Sammlung zumindest ideell stets vorhanden war. Auch wenn die Studie von Jeanneney über den Stahlindustriellen de Wendel und die französische Wirtschaft die These entkräftet hat, wonach einige wenige einflußreiche Familien eine *mur d'argent* gegen sozial fortschrittliche Regierungsprojekte errichtet hätten – vor allem 1924–26⁴³ –, so ist doch nicht zu leugnen, daß die Mitgliedschaft einzelner ERD-Abgeordneten in Arbeitgeberverbänden wie der *Fédération Lébon* oder der *Union des intérêts économiques*, in Interessenverbänden der Schwerindustrie (*Comité des forges*, UIMM) oder der Textilindustrie einen Einfluß auf die politische Orientierung der Abgeordneten hatte⁴⁴. Die liberal-konservative Sammlung setzte insofern die Tradition der *modérés* fort, in sozialkonservativen Interessenverbänden mitzuarbeiten, wobei nun aber das Gewicht deutlich auf den schwerindustriellen

⁴² Über die Beziehungen de Wendels zum *Comité des Forges* und zur Banque de France vgl. grundsätzlich Jeanneney, de Wendel, und ein Dossier in: APP, GA –W2, Familie de Wendel, Bericht vom 31.5.1926. Die Textilindustrie, vertreten durch Isaac, deren Exporte nach England und Amerika gingen, war freihändlerisch orientiert, während die Schwerindustrie, vertreten durch de Wendel, den „protectionnisme intégral“ vertrat. Vgl. das Zitat bei Isaac, Eintrag vom 28.3.1927, Carnets, S.450. Weitere Unternehmensvertreter in den Reihen der liberal-konservativen Sammlung waren Jean Plichon (*Comité Central des Houillères de France* und UIMM), Louis Nicolle, Pierre de Haut etc. Hintergründe dafür bietet Hamon, *Les Maîtres de la France*, Bd.2, S.318ff.

⁴³ Vgl. Jeanneney, de Wendel, S.317ff. Er betont, daß de Wendel seinen harten Kurs gegenüber dem Linkskartell, als Ausdruck seiner privaten ökonomischen Interessen, gerade nicht habe durchsetzen können und vor allem von den anderen Unternehmern um die *Fédération Lébon* und das *Comité Mascuraud* geschnitten worden sei. Die Grundüberzeugung de Wendels läßt sich einem Brief an Louis Marin vom 20.4.1946 entnehmen, als der neue französische Staat erste Formen des wirtschaftlichen Dirigismus zur Anwendung brachte. De Wendel schrieb: „Faites-moi de la bonne politique et je vous ferai de bonne finances [...] le premier devoir est de substituer à la notion de l'Etat vleur la notion de l'Etat honnête homme. C'est ce qu'a fait Poincaré“, in: AN 190, AQ 29.

⁴⁴ De Wendel selbst hatte dazu gesagt: „J'ai le sentiment que la situation d'ensemble que j'ai – le fait d'être à la fois régent, député et industriel – m'a permis d'exercer une action que peu d'autres auraient pu exercer à ma place“, zitiert nach bei Jeanneney, de Wendel, S.321. Ein weiterer wichtiger Sammlungsort dieser Interessen war die *Compagnie universelle du Canal maritime de Suez*, der neben Lebon der Vertraute de Wendels, de Nalèche, Eugène Motte und François-Marsal angehörten. Letzterer führte ferner auch die *Union du commerce et de l'industrie pour la défense sociale* an. Vgl. Dubos, André Lebon, S.370ff. Auf dem Kongreß der in den 1920er Jahren zur wichtigsten Spenden-sammelstelle der Arbeitgeber aufsteigenden *Union des Intérêts Economiques* (UIE) 1927 fanden sich etwa gleich viele Abgeordnete der AD um Bérard, Colrat, Maginot und Ratier wie der FR um Taittinger, Lemire, Prévot, Dubois, Missoffe, Soulier. Vgl. *L'Avenir* vom 23.11.1927. Louis Dubois, ein Druckereibesitzer aus Paris, war während der 1920er Jahre Vorsitzender des *Comité de Patronage* der industrienahen *Monde économique*.

und textilindustriellen Organisationen lag⁴⁵. Diese bürgerlich-kapitalistische Strömung innerhalb der ERD, zu der auch der Fraktionschef Arago selbst gehörte, verfügte über den größten Einfluß auf die nationale Politik, da ihm fast alle Minister und Staatssekretäre entstammten, die die ERD in den *Bloc-National*-Regierungen stellte. Aus diesem Grund wies die Wirtschaftspolitik des *Bloc National*, wie oben im Kapitel V.2. gezeigt werden konnte, am klarsten liberal-konservative Züge auf und wurde von Charles S. Maier *ex post* nicht zu Unrecht als *bourgeois politics* bezeichnet⁴⁶.

Trotz des Gewichts bürgerlich-kapitalistischer Repräsentanten war die ERD nicht nur eine bürgerliche Klassenfraktion. Industrielle und Großhändler fanden sich auch bei den Fraktionen der republikanischen Mitte und, was schwerer wog, dem liberalen Stadtbürgertum der ERD saß ein selbstbewußtes Großagrarierumt zur Seite, das Paul Reynaud spöttisch und etwas übertrieben als „noblesse de l'ancien régime, de l'empire et de la monarchie de Juillet“ beschrieben hat⁴⁷. Es sei gleich vorweg gesagt, daß die Reste der legitimistischen Feudalaristokratie des *Ancien Régime*, z. B. die Marquis de La Ferronays, de Juigné und de Dion (alle Loire-Inférieure), nicht in die ERD eingetreten waren, sondern sich als soziologisch letzte Repräsentanten des Konservatismus der monarchistischen Gruppe der *Indépendants* angeschlossen hatten. Gleichwohl fand sich in der ERD eine Reihe von Großgrundbesitzern, meist ehemalige Orleanisten oder Bonapartisten, wie z. B. der Duc d'Audiffred-Pasquier, der Marquis de Moustier „avec sa belle tête d'officier du Second Empire“, wie Reynaud schreibt, oder der Marquis de Chambrun. Obwohl der eigentliche Kern der Großgrundbesitzer nur 21 Abgeordnete ausmachte, also nur gut 12% der Fraktion, waren mindest doppelt so viele ihrer familiären Herkunft nach dem agrarischen Milieu zuzuordnen⁴⁸. Sie alle unterschieden sich nicht nur in ihrem politischen Temperament von der legitimistischen Feudalaristokratie, sondern auch in ihrer Bereitschaft, die Chancen der Modernität für die agrarische Produktion anzuerkennen. Sie allein dominierten den Vorsitz der *Rue d'Athènes*, des konservativen Bauernverbandes, und traten für eine Landwirtschaft mit modernen, kapitalintensiven Methoden ein, die nach rationalen Gesichtspunkten betrieben werden sollte. Ein besonders prominentes Beispiel hierfür ist der Großgrundbesitzer de Monicault aus dem Ain, der nicht müde wurde,

⁴⁵ Der *Parti Radical* wies hingegen eher personelle Verflechtungen mit den Verbänden des Kleingewerbes und Handwerks, wie das *Comité Mascuvraud*, auf. Es ist allerdings zu betonen, daß der einflußreichste industrielle Spendensammler der 1920er Jahre, Ernest Billiet (UIE), die FR stets zu einer Allianz mit den anderen Liberalen und selbst den *Radicaux nationaux* drängte, während er eine Unterstützung seitens der katholischen Kräfte, die nicht an die Republik *ralliiert* waren, ablehnte. Vgl. seinen im ganzen Land veröffentlichten Artikel nach den Wahlen im 2. Sektor in Paris, in: *La Dépêche républicaine* vom 2. 4. 1926.

⁴⁶ Zu de Lasteyrie vgl. die oben S. 233 zitierte Literatur sowie seine Bücher: *Les Finances de la France au cours de la dernière législature* (1924), und *Le Bilan du Bloc National* (1924). Zu François-Marsal vgl. seinen Artikel *Finances et Liberté*, in: RDDM vom 1. 3. 1925, S. 57–65. Allgemein Maier, *Recasting Bourgeois Europe*, S. 91–108 und 153–158.

⁴⁷ Reynaud, *Mémoires. Venu de ma montagne*, S. 144.

⁴⁸ Etwa die Hälfte der ERD-Abgeordneten stimmten 1923 gegen die Einführung der Sommerzeit, da sie nur den Städtern zugute komme. Über die Verbindung zur *Rue d'Athènes* und den Bauernverbänden vgl. oben S. 186f.

die Modernisierung der Landwirtschaft zu predigen⁴⁹ und zum Agrarspezialisten der ERD und später der FR aufstieg. So sehr die prozentual starke Repräsentanz der Großagrarien in der ERD daher ein Ausdruck ihrer Verankerung in einem ländlich-konservativen Frankreich war, so wichtig war andererseits deren Schritt, Landwirtschaft als Teil der modernen Ökonomie und ihrer Gesetze zu begreifen und sich damit von den Strukturen einer aristokratisch-präindustriellen Lebenswelt und deren Repräsentanten zu lösen⁵⁰.

Sozialgeschichtlich betrachtet manifestierte sich also in der liberal-konservativen Sammlung genau jene großindustriell-agrarische Interessenverbindung, von der wir gesehen hatten, daß sie auf Grund der weltanschaulichen Gräben vor 1914 nicht gelingen konnte. Trotz des *Ralliements* hatten sich *Progressisten* und Katholiken immer wieder entfremdet und zerstritten, so daß keine französische Tory-Partei entstehen konnte. Erst die „Urkatastrophe“ des Ersten Weltkriegs brachte die notwendigen mentalen und strukturellen Veränderungen mit sich. Zur dauerhaften Überbrückung der weltanschaulichen Gräben innerhalb dieser Interessenverbindung bedurfte es jedoch gewissermaßen der nationalistischen Elemente, allen voran der Vertreter des intellektuellen (Maurice Barrès) und militärischen (de Castelnau) Triumphes, deren Gefolge die zahlreichen Veteranen, die in der Kammer saßen, bildeten. Sie waren die Personifikationen des „neuen“ Nationalismus, der als gemeinsame ideologische Basis der ERD diente. Sie gewährleisteten nicht nur in einem übertragenen, sondern auch in einem sehr konkreten Sinne den Zusammenhalt, da es immer wieder ihre Vertreter waren – allen voran Barrès und Habert – die die Fraktion zu einem einheitlichen Votum bewegten.

Daß die liberal-konservative Sammlung durch die Dominanz des bürgerlichen und agrarischen Klasselements eine qualitativ neuartige Verbindung darstellte, zeigt sich vor allem dann, wenn man ihre soziale Zusammensetzung mit der der bürgerlichen Gruppen der Vorkriegszeit, den *modérés*, vergleicht. Zu deren parlamentarischen Soziologie hatte es, wie oben gezeigt, gehört, daß sich die republikanischen Parteien, von den Radikalen bis zu den *Progressisten*, aus „Honoratioren“ zusammensetzten, die einen wirtschafts- oder bildungsbürgerlichen Provinzliberalismus repräsentierten und sich vor allem aus der Anwalte- und Ärzteschaft rekrutierten. Die jüngste Forschung hat mit Recht diesen sozialprofessionellen Charakter der *république des avocats* hervorgehoben und auf seine Dynastienbildung hingewiesen⁵¹. Dies hatte sich, zumindest bei der ERD, 1919 schlagartig gewan-

⁴⁹ Durch Gründung von Kreditanstalten zur Finanzierung kapitalintensiver Maschinen (Dampfpflüge, motorisierte Dreschmaschinen, Traktoren), Elektrifizierung des Landes, Monokulturen etc., vgl. *La Nation* vom 1.1.1927 und 2.4.1927. Über die Rolle von de Monicault in der Landwirtschaftskommission der URD vgl. den Brief de Warrens an Marin vom 9.11.1927, in: AN 317, AP 183.

⁵⁰ Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Anwendung moderner Mittel keinesfalls im Widerspruch zu der gerade von diesen Großagrariern geäußerten Agrarromantik stand. Diese war, wie gezeigt, eben nicht fundamentalistisch, sondern wollte einen eigenen Weg in die Moderne gehen, der die traditionelle Mentalität und Lebensweise mit den modernen Methoden zu verbinden suchte.

⁵¹ Oftmals funktionierten die Anwaltszirkel einer Provinzstadt als parteipolitische *antechambres* und ersetzten den nicht existierenden Parteiapparat. Ein bekanntes Beispiel für eine liberal-bürgerliche Dynastie ist die Familie Carnot in Burgund. Vgl. grundsätz-

delt. Daß 1919 nur mehr 28 Anwälte und Notare in der ERD saßen, d. h. nur etwa 15% ihrer Abgeordneten stellten, bedeutete sozialgeschichtlich einen gewaltigen Bruch mit der Vorkriegszeit, wo die *Progressisten*, wie alle übrigen *modérés*, zu über 50% Juristen gewesen waren. Während die gemäßigt liberale *Alliance démocratique* und auch die Radikalen 1919 weiterhin von diesen freiberuflichen Honoratioren dominiert wurden und somit die bürgerlich-liberale Lebenswelt des 19. Jahrhunderts perpetuierten, hatte die liberal-konservative Sammlung personell den Schritt zu einer sozialökonomischen Interessenpartei modernen Stils vollzogen.

Bürgerliche Industrielle und Großagrarien bildeten also das Rückgrat der ERD und später auch der FR, wobei stets, als Ausdruck der Nähe zum Militär, einige Offiziere und Generäle in gehobene Parteifunktionen avancierten, die als Bindeglied zwischen den unterschiedlichen Temperamenten – *Progressisten*/Katholiken, Freihändler/Protektionisten – fungierten. Mit der Brille Jean Guirauds gesehen, war die ERD also eine heterogene Allianz aus Laizisten, gemäßigten und dogmatischen Katholiken; für den heutigen Historiker erweist sie sich jedoch als eine durch industriell-agrarische Interessen und eine nationalistische Kultur zusammengehaltene Fraktion, die gleichwohl einige Anstrengungen unternehmen mußte, um die unterschiedliche weltanschauliche Verwurzelung, auf die Guiraud hinwies, zurückzudrängen. Es bestätigt sich damit die Analyse, die André Siegfried bereits 1930 zur FR gegeben hatte, nämlich daß sie eine Partei sei „où [...] une réaction chimique ferait apparaître au moins trois couleurs, la couleur de la féodalité industrielle, celle du nationalisme intransigeant et celle de la défense sociale catholique“⁵².

Kohäsion und Diffusion: Die ERD als Teil der Bloc-National-Regierungen 1919–1924

Da die allermeisten Mitglieder der ERD auf *Bloc-National*-Listen gewählt worden waren, teils in einer großen Allianz bis zu den Radikalsozialisten (Typus *Bloc-National-Républicain*), teils nur auf antiradikalen Listen (Typus *Bloc-National*, von AD bis ALP), waren ihre Mitglieder der Devise der *Union Sacrée*, d. h. der Fortsetzung des Burgfriedens aus dem Weltkrieg, verpflichtet. Dieser hatte, wie wir gesehen haben, nicht nur den Triumph Frankreichs ermöglicht, sondern auch eine innere Aussöhnung der *deux France* auf gesellschaftlicher Ebene bewirkt. Nur die Perpetuierung dieses Zustandes versprach den ehemaligen *Progressisten* und *ralliierten* Katholiken, die in der neuen Fraktion der ERD zusammenkommen waren, eine dauerhafte innere Kohäsion. Das Schicksal der ERD war somit nicht nur an ihren eigenen Erfolg, sondern in viel größerem Maße an den Erfolg der gesamten Koalition des nationalen Blocks gebunden, da nur dieser versprach, die weltanschaulichen Differenzen innerhalb der ERD zu übertünchen. Diese eigenartige Konstellation zu Beginn der Legislaturperiode führte dazu, daß es in den folgenden Jahren bis 1924 zu einer steten inneren Auseinandersetzung um die Frakti-

lich Le Béguec, *De la République des avocats à la république des énarques*, und ders., *Une lignée républicaine: les Carnot*.

⁵² Siegfried, *Tableau des partis en France*, S. 183.

onsstrategie kam, die zwischen den beiden Polen der *Blocisten* und der *Ententisten* oszillierte⁵³.

Bei den *Blocisten* handelte es sich um diejenigen ERD-Abgeordneten, die aus Opportunität und wegen des Erhalts der Koalition des *Bloc National* das eigene Profil der ERD in den Hintergrund stellten und bereit waren, die eigene liberal-konservative Programmatik der Koalitionsräsön⁵⁴ zu opfern. Umgekehrt versuchten die *Ententisten*, der Koalitionsräsön eine eigene „Fraktionsräsön“⁵⁵ entgegenzustellen, die bestimmte programmatische Kernforderungen der ERD nicht zu opfern bereit war, auch nicht im Interesse des Erhalts der Koalition des *Bloc National*. Zu diesen Kernforderungen gehörten die im Wahlkampf noch etwas vage gehaltenen Programmpunkte einer antietatistischen Wirtschafts- und Verwaltungsreform, einer liberalen Laizität, einer offensiven Familienpolitik und der strikten Überwachung des Systems von Versailles in Europa. Die Jahre 1919 bis 1924 waren daher ein ständiges Ringen zwischen *Blocisten* und *Ententisten*, bis zu welchem Grad die Prinzipien der ERD aufgegeben werden durften und welche Fraktionsstrategie im Einzelfalle angewandt werden sollte. Das Grundproblem dieser Dichotomie, die Fraktionsstrategie, konnte, wie man sich leicht vorstellen kann, einen fraktionssprengenden Charakter annehmen, wenn sich die strategische Frage mit einer weltanschaulichen verschränkte, mit anderen Worten, wenn es um Probleme ging, die im weitesten Sinne die religiöse Frage betrafen. Wir hatten bereits in der Schulpolitik Beispiele gesehen, wo dies zu starken Rissen in der ERD geführt hat, weil sich Fraktionsräsön und Koalitionsräsön widersprochen haben. Von besonderer politischer Relevanz war dieser Konflikt immer dann, wenn nicht nur ein Artikel des Staatshaushalts wie in der RPS-Frage auf dem Spiele stand, sondern die Regierung selbst, beispielsweise in einer Vertrauensfrage. Die folgende Erörterung wird nun chronologisch das Fraktionsverhalten der ERD prüfen, wobei zuerst eine Periode zunehmender Diffusion bis 1921 (I), dann die einer wiedergefundenen Kohäsion (II) erörtert werden wird.

⁵³ Eine ähnliche Einschätzung liefert auch der deutsche Botschafter am 12.1.1922: „Die Parteien des *Bloc National* sind eigentlich auch heute nicht Parteien im deutschen Sinne mit einem klar gefaßten individuellen Parteiprogramm, sondern mehr Nuancen von mehr oder weniger ausgesprochenen Richtungen [...]. Bei mehr als einer Gelegenheit hat sich gezeigt, daß gerade die ERD in vielen Hinsichten sehr verschieden orientiert ist und keineswegs einheitlich votiert, was in der französischen Kammer auch sonst nicht durchweg der Fall zu sein pflegt. Die Hauptschwierigkeit dieser Gruppe besteht in ihrer Stellung zur Republik und zur Laiengesetzgebung“. Er spricht ferner von einem linken Bonnevay-Flügel und einem rechten Arago-Flügel, in: PA/AA, R 70693.

⁵⁴ Unter Koalitionsräsön wird im folgenden, analog zum Begriff der Staatsräsön, derjenige Grundsatz verstanden, der den Erhalt der Koalition, hier des *Bloc National*, als oberste Richtschnur des politischen Handelns ansetzt. Auf den Punkt gebracht wird er von einem *républicain de gauche*, der 1921, gegen seine Überzeugung, die Marschallsterne für den General de Castelnau, abgelehnt hatte, weil Minister Barthou derartiges verlangte. Der Abgeordnete kam später zu de Castelnau, um dies zu erklären: „Vous le savez, nous, républicains de gauche, nous suivons toujours le gouvernement. Alors, j'ai fait voter le groupe contre“, zitiert nach Gras, de Castelnau, S. 391.

⁵⁵ Unter Fraktionsräsön wird analog zum in der vorherigen Fußnote Gesagten derjenige Grundsatz verstanden, der den Erhalt und die Konsistenz der neuen Fraktion ERD als oberste Richtschnur politischen Handelns ansetzt.

(I) Die erste große Diskussion der Nachkriegslegislatur, die in der Kammer am 22. Januar 1920 geführt wurde, behandelte die Zusammensetzung der neuen Regierung Millerand, die sich kurz zuvor dem Land präsentiert hatte, und stellte die ERD sogleich auf die Probe⁵⁶. Millerand hatte einen alten Freund, den Radikalsozialisten Théodore Steeg, zum Innenminister berufen und damit selbst die Zeitgenossen verblüfft. Steeg war bekannt für seine antiklerikale Vergangenheit und wurde von Millerand sicherlich als Zugeständnis an den Senat ausgewählt, da dieser immer noch eine radikalsozialistische Mehrheit aufwies⁵⁷. Gleichwohl war es ein äußerst gewagtes Manöver, ausgerechnet das Innenministerium mit einem dezidierten Antiklerikalen zu besetzen, wo doch Millerand selbst mit einem Programm der inneren Aussöhnung und der Öffnung gegenüber den Katholiken angetreten war. Als größte Fraktion der *Bloc-National*-Mehrheit mit vielen *rallièrten* Katholiken in ihren Reihen stand die ERD damit vor der Frage, ob sie die Regierung aus Koalitionsrason unterstützen oder sie aus Fraktionsrason ablehnen sollte. Steeg konnte nämlich auf Grund seiner Vergangenheit keinesfalls als Garant einer liberalen Laizität gelten, und nicht wenige Katholiken in der ERD befürchteten die Rückkehr laizistischer Präfekte in ihre Departements. Noch bevor Millerand am Nachmittag des 22. Januar seine Regierungserklärung verlesen konnte, hatte die ERD am Morgen bereits eine Gruppensitzung einberufen und eine Erklärung votiert, daß Steeg nicht dem Willen zur „union nationale républicaine et sociale, affirmée par le pays le 16 novembre“ entspreche, und die Gruppe sich daher alle Handlungsfreiheit reserviere. Was dies konkret bedeutete, zeigte sich in der Vertrauensabstimmung zum Vertrauen für die neue Regierung am Abend, nachdem der Monarchist Léon Daudet auch noch eine persönlich beleidigende Rede auf den „Defätisten“ Steeg gehalten hatte. Der *ordre du jour*, der ausdrücklich Millerand und Steeg das Vertrauen aussprach, wurde mit 272 zu 23 Stimmen angenommen, wobei sich fast alle 183 Abgeordneten der ERD enthielten und damit ihr Mißtrauen gegenüber der Regierung kundtaten⁵⁸. Zwar stimmte kein einziger ERD-Abgeordneter gemeinsam mit den Monarchisten um Daudet gegen die Regierung, die komplette Enthaltung der Fraktion war aber ein deutliches Indiz dafür, daß die ERD als ganzes die Fraktionsrason über die Koalitionsrason in dieser Frage stellte und als homogener Körper handlungsfähig war.

Mit Recht ist dieses Votum *ex post* als „coup de théâtre“ bezeichnet worden⁵⁹, einerseits, weil es die Erwartungen der Regierung Millerand düpierte, andererseits, weil es die ERD als scheinbar homogene Gruppe mit eigenen Prinzipien vorführ-

⁵⁶ Die Episode ist analysiert bei Rousselier, *Phénomène*, S. 70f., und dokumentiert bei Bonnefous, *Histoire politique*, S. 110ff. Zu Millerands Politik allgemein vgl. Martens, *Alexandre Millerand*.

⁵⁷ Das konstitutionelle Gefüge der 3. Republik räumte dem Senat fast identische Rechte wie der Kammer ein, eine Regierung gegen die Senatsmehrheit war daher undenkbar. Millerand sah sich also einer eher rechten Mehrheit in der Kammer und einer linken Mehrheit im Senat gegenüber und mußte durch seine Ministerwahl eine Art *cohabitation* zustandebringen.

⁵⁸ Für Millerand gestimmt haben nur zehn ERD-Abgeordnete, darunter Isaac, Galli, Dubois und Brice.

⁵⁹ So Vavasseur-Desperriers, *Culture*, S. 148.

te, die sich auch ohne die Regierungsmehrheit behaupten konnte⁶⁰. Der Sieg der Fraktionsräson über die Koalitionsräson blieb jedoch nur von kurzer Dauer, denn nur fünf Tage später setzten sich die *Blocisten* in der ERD um den Lyoner *Progressisten* Laurent Bonnevey⁶¹ durch und brachten die ERD wieder auf Regierungslinie. Zuvor hatte der monarchistische Abgeordnete de Magallon erneut eine Interpellation gegen Steeg eingebracht, und Millerand nun in einer klareren Sprache sein Bekenntnis zur liberalen Laizität und zum Sonderstatus von Elsaß-Lothringen abgelegt. Bonnevey erklärte daraufhin im Namen der ERD, daß sie zwar nicht mit der personellen, wohl aber der programmatischen Ausrichtung der Regierung zufrieden seien, und sie deshalb die „*politique d'union nationale, d'union républicaine et d'union sociale*“ Millerands wieder unterstützen würden. Der Trick in Bonneveys Rede lag darin, die personelle Frage von der programmatischen zu trennen, und nicht weniger als fünfmal den 16. November als Neubeginn der politischen Nachkriegszeit und der inneren Aussöhnung auszurufen⁶². Damit konnte er die Balance zwischen der *ententistischen* und der *blocistischen* Tendenz wahren und zumindest zu einem gewissen Teil Koalitionsräson und Fraktionsräson vereinbaren. Gleichwohl war mit dieser Konstruktion die eigentliche Konfliktaustragung nur aufgeschoben und nicht aufgehoben, was sich in mehreren Debatten, die alle die Fraktionsstrategie mit der weltanschaulichen Frage vermengten, erweisen sollte.

Eine erste dieser Debatten fand kaum sechs Wochen später, am 5. März statt und behandelte eine Interpellation des ERD-Abgeordneten Balanant, der dem sozialistischen Bürgermeister von Brest vorgeworfen hatte, Umzüge der *Union Nationale des Combattants*, d. h. des konservativen Veteranenbundes, zu verhindern. Dies könne von einer „patriotischen“ Regierung nicht toleriert werden, wie im übrigen auch Louis Rollin (ebenfalls ERD und UNC), hinzufügte⁶³. Wenn man sich erinnert, welch große Rolle die Berufung auf das Kriegserlebnis, das *unis comme au front* gerade für den der ERD nahestehenden nationalen Flügel der Veteranenbewegung, aber auch den inneren Konsens in der ERD bedeutete, so er-

⁶⁰ Fraktionsdisziplin war im französischen Parlament vor 1914 ohnehin unüblich gewesen, und selbst kleinere Fraktionen mit nur wenigen Mitgliedern fielen bei Abstimmungen regelmäßig auseinander. Daß eine Sammelgruppe wie die ERD mit 183 Mitgliedern aber fast wie ein ganzer Block abstimmte, war im französischen Parlamentarismus ungewöhnlich.

⁶¹ Zu Bonnevey und seiner gemäßigt *progressistischen* Haltung vgl. Bernard, *La dérive*, S. 246.

⁶² Die Rede Bonneveys am 30. 1. 1920 in: Bonnefous, *Histoire politique*, S. 109f. Die wesentlichen Stellen: „Nous avons été étonnés que la composition du Cabinet ne parût pas répondre à ce passé récent (16 novembre) [...]. Qu'a voulu le pays, le 16 novembre? Il a voulu l'abandon des vieilles querelles et l'union des républicains, pour une œuvre de reconstitution nationale.“ Die Parallelität zur Argumentation von Arago und Isaac, die in der Debatte um die liberale Laizität ebenfalls den 16. 11. 1919 als Chiffre der nationalen Republik bemühten, ist evident.

⁶³ JO, Débats, Chambre, 5. 3. 1920, S. 420–480, die Reden Balanants und Rollins S. 418ff. und 470ff. Balanant warf den Sozialisten vor, sie dächten folgendermaßen: „Nous voulons empêcher les poilus et les mutilés d'aller en cortège porter des couronnes au moment des morts pour la patrie, parce que les mutilés n'étaient pas de socialistes parce que ces poilus voulaient porter un drapeau tricolore en tête de leur manifestation.“

kennt man schnell den weltanschaulichen Charakter, der dieser Interpellation zugrundelag. Zum Kriegskonsens hatte es gehört, daß die Veteranen jeglicher Couleur, also auch Katholiken und Kommunisten, ihre Toten in öffentlichen Prozessionen ehren durften. Die Verweigerungshaltung des Bürgermeisters von Brest mußte als ein Angriff auf die *Union Sacrée*, und damit auf das Wesen der ERD selbst erscheinen. Zur Zerreißprobe für die ERD kam es nun, als die Regierung Millerand einen *ordre du jour* von Bellet (ERD), der explizit den Bürgermeister von Brest tadelte, zurückwies und statt dessen einen einfachen *ordre du jour* ohne Zusatz als einzig tolerabel annahm. Die ERD, vor der Wahl, der Regierung das Vertrauen zu entziehen oder gemäß ihren Prinzipien für den *ordre du jour* Bellet zu stimmen, zerfiel bei der Abstimmung in mehrere Teile: ein *ententistischer* Flügel von 37 Abgeordneten um de Castelnau, Duval-Arnould und Marin votierte gegen den einfachen *ordre du jour*, ein weiterer Teil um 25 Abgeordnete enthielt sich, während etwa knapp 120 Abgeordnete um Barrès, Arago und Bonnevay mit der Regierungsmehrheit, also gegen die Fraktionsräson, stimmten. Fraktionsräson und Koalitionsräson hatten folglich zu starke zentrifugale Kräfte in der ERD entfaltet und zu einem Auseinanderfallen der Fraktion in einer wichtigen, die politische Kultur betreffenden Abstimmung geführt.

Die Debatten um Innenminister Steeg und den Bürgermeister von Brest können beide in gewisser Hinsicht als Chiffre für eine grundsätzliche Frage der politischen Kultur stehen. Sie hatten in der Wahl des parlamentarischen Verhaltens der ERD Fraktionsstrategie, d. h. die Entscheidung zwischen Koalitions- und Fraktionsräson, mit der Weltanschauungsfrage verschränkt. Im einen Fall war das Ergebnis die Kohäsion der Gruppe, im anderen Fall die Diffusion gewesen. Es ist *ex post* schwer nachzuvollziehen, warum im einen Fall die Fraktionsdisziplin funktionierte, und im anderen nicht; wahrscheinlich ist jedoch, daß der Grundkonflikt latent stets vorhanden war und lediglich der Bedeutungsgrad der Debatte oder auch mangelnde Absprache im Vorfeld das Votum determinierten. Dies legen auch weitere Voten nahe, bei denen die ERD im Frühjahr 1920 auseinanderfiel: Über die von der Regierung geforderte Verschiebung einer Interpellation des baskischen Nationalisten Ybarnégaray, der Millerand wegen seiner nachgiebigen Haltung gegenüber Deutschland zur Rede stellen wollte, zerbrach die ERD ebenso wie über die Anhebung der Abgeordnetendiäten⁶⁴. Beides waren Themen, die auf Grund ihres populistischen Potentials von der extremen Rechten hätten ausgeschöpft werden können und veranlaßten daher nicht wenige ERD-Mitglieder, aus Furcht vor der Kritik der eigenen Basis, zu einem Votum gegen die Regierung.

⁶⁴ JO, Débats, Chambre, 18.3.1920, S.616ff.: 77 Abgeordnete um Marin, Ybarnégaray und den General Maud'huy stimmten gegen die Verschiebung, 13 enthielten sich, der Rest um Bonnefous, de Castelnau und Duval-Arnould dafür. Die Interpellation Ybarnégarays wurde mit 373 zu 161 Stimmen verschoben. In den verschiedenen Voten zur Diätenerhöhung am 23.3.1920 zerfiel die ERD ebenfalls in zwei Teile. Ein Gegenprojekt des ERD-Abgeordneten Duval-Arnould konnte nicht einmal die Hälfte der eigenen ERD-Leute gewinnen. Vor allem die ländlichen Großgrundbesitzer stimmten gegen eine Erhöhung, während die städtischen Abgeordneten, oft aus dem Sozialkatholizismus kommend, dafür waren.

Die anhaltend gespannte internationale Lage im ersten Halbjahr 1920 (Besetzung Frankfurts, Konferenz von San Remo) vertiefte im übrigen den Riß zwischen *Blocisten* und *Ententisten* innerhalb der ERD, so daß in der großen Debatte über die Außenpolitik am 28. Mai 1920 gleich zwei *ordre du jour* von seiten der ERD vorgetragen wurden. Die Ententisten um Chassaing-Goyon, Habert und Escudier verknüpften in ihrem *ordre du jour* das Vertrauen für die Regierung mit der strikten Anwendung des Versailler Friedensvertrages, während die *Blocisten* um Arago und de Lasteyrie ein linksrepublikanisches Vertrauensvotum mitsignierten, das Millerand größeren Verhandlungsspielraum geben sollte. Zwar zogen auf Wunsch Millerands die *Ententisten* ihren *ordre du jour* zurück und verhinderten so ein Auseinanderfallen des *Bloc National*, die Debatte hatte aber sehr deutlich gezeigt, daß sich innerhalb der ERD die Gräben noch mehr vertieft hatten. Auf der einen Seite beharrten die *Ententisten* auf einer der nationalistischen Grundüberzeugung der ERD entsprechenden Außenpolitik, während auf der anderen Seite die *Blocisten* zu Kompromissen im Interesse des Koalitionserhalts auf diesem Gebiet bereit waren. Dieses Spannungsfeld präfigurierte im übrigen eine innerparteiliche Konstellation der FR 1928-1932, als ebenfalls die Außenpolitik und die Revision des Versailler Systems auf dem Spiel stand, und die FR schließlich über die Frage Koalition oder Opposition zur Regierung auf dem Feld der Außenpolitik auseinanderfiel⁶⁵.

Das Abstimmungsverhalten der ERD im ersten Jahr der Legislatur 1920 ergab somit ein Nebeneinander von Kohäsion und Diffusion, wobei letztere im Laufe der Zeit mehr und mehr zunahm. Natürlich darf nicht vergessen werden, daß in allen großen Abstimmungen, wie z. B. dem Haushalt, die Schlußabstimmung in der Regel mit der *Bloc-National*-Mehrheit von über 500 Stimmen gegen 68 Sozialisten erfolgte, wobei auch die ERD stets Koalitionsdisziplin wahrte und geschlossen dafür stimmte. Lediglich in den Vorabstimmungen und *amendements* zeigte sich immer wieder die gespaltene Haltung der Gruppe zwischen *Ententisten* und *Blocisten* und damit die Existenz zweier Flügel in der ERD. Diese Realität konnte immer dann eine kritische Stärke erreichen, wenn die Abstimmung zusätzlich zur Fraktionsstrategie auch an weltanschaulich verschiedene Grundüberzeugungen in der ERD rührte. Darunter fielen zunächst alle Abstimmungen, die mit der religiösen Frage zu tun hatten. Dies zeigte sich auch nochmals im Dezember 1920, als in einer bereits im Kapitel VII.1. besprochenen „Schlacht der *ordres du jour*“ die ERD über das weltanschauliche Bekenntnis, das in den Worten „sur la base des lois laïques“ und „contre les ménées royalistes et cléricales“ zum Ausdruck kam, zerbrach⁶⁶. Neben diesem „alten“ weltanschaulichen Graben, der mehr oder we-

⁶⁵ Dies geschah v. a. über die Räumung des Rheinlands und den Young-Plan. Vgl. die Analyse bei Weinreis, *Liberales oder autoritäres Republik*, passim.

⁶⁶ Wesentlich an diesem Votum war, daß nicht nur in den einzelnen Abschnitten des *ordre du jour*, sondern auch in der Schlußabstimmung die ERD auseinanderfiel: 56 *Blocisten* um Arago votierten für die Regierung, 66 *Ententisten* (v. a. aus Elsaß-Lothringen und dem Westen) dagegen, der Rest enthielt sich. Im Rückblick urteilte Isaac auch über das Jahr 1920 als ein verlorenes Jahr, weil zu viele Voten in Uneinigkeit erfolgt waren und keine wirkliche Programmarbeit geleistet wurde. Vgl. Bernard, *La dérive*, S. 249. Auch der deutsche Botschafter Dr. Mayer berichtet am 26. 12. 1920 über den Zerfall der ERD-Gruppe, in: PA/AA, R 70691. Ein Bruch der Fraktion konnte nur durch eine außerordentliche ERD-Sitzung am 29. 12. 1920 vermieden werden (*Le Temps* vom 29. 12. 1920).

niger zwischen den *Progressisten* und Katholiken in der ERD verlief, begann sich aber zunehmend auch ein „neuer“ Graben aufzutun. Dieser betraf die außenpolitische Haltung der Fraktion, insbesondere die Umsetzung ihres nationalistischen Programms in politische Realitäten, und verlief quer zum religiösen Graben zwischen einem intransigent-nationalistischen und einem gemäßigt nationalistischen Flügel. Gerade dieser Bruch war es auch, der während der Regierung Briand im Jahre 1921 die ERD beinahe gespalten hätte.

Paradoxerweise war es zunächst die Außenpolitik selbst, die zu Beginn des Jahres 1921 die Einheit der ERD wieder herstellte, die Regierung Leygues stürzte und den Weg für Briand freimachte. Leygues war für seine nachgiebige Haltung in der Reparationenfrage kritisiert worden, hatte aber trotzdem vor der anstehenden Konferenz von Paris unbedingtes Vertrauen in seine Politik gefordert⁶⁷. Der ERD-Abgeordnete Bonnevey versagte ihm jedoch im Namen der gesamten Fraktion diese „confiance dans la nuit“ und konnte sogar 447 Stimmen, d. h. die Mehrheit der Kammer, hinter sich bringen. Leygues trat zurück und Bonnevey wurde zu einer zentralen Figur des neuen Ministeriums Briand, wo er Briands Stellvertreter und Justizminister wurde. Er sorgte auch dafür, daß die ERD weit besser repräsentiert war als in den Kabinetten davor, und plazierte die ERD-Abgeordneten Lefebvre du Prey (Landwirtschaft), Dior (Handel und Industrie) und Leredu (Soziales) auf weitere Ministerposten. Bonneveys Plan war es, der *Bloc National*-Mehrheit deutlichere Konturen zu verleihen, indem er Briand zu einer schärferen Trennung zwischen den pazifistischen Radikalen und den nationalen Radikalen aufrief⁶⁸. Dies hätte den *Blocistenflügel* der ERD gestärkt und die lang ersehnte Spaltung der Radikalen herbeigeführt.

Diese Taktik⁶⁹ Bonneveys war zunächst erfolgreich, zumindest was die Stärkung des *Blocistenflügels* in der ERD betraf. Nur wenige katholische Abgeordnete aus den östlichen Departements haben sich bei der Vertrauenserklärung für die Regierung Briand am 21. Januar 1921 der Stimme enthalten⁷⁰, und die ERD unterstützte als ganzes die Außenpolitik Briands, insbesondere die Besetzung von Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf im März 1921⁷¹. Die Entwicklung der inter-

⁶⁷ Leygues unterstützte wie auch Millerand die Pläne des Leiters der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium, Jacques Seydoux, die deutschen Sachleistungen für den französischen Wiederaufbau nutzbar zu machen und im Zweifelsfall gegen die Reparationen aufzuwiegen. Dieser Pragmatismus stieß aber auf vehemente Kritik bei der ERD, vgl. Soutou, Die deutschen Reparationen und das Seydoux-Projekt.

⁶⁸ In einer vielbeachteten Rede in Lyon am 16. 1. 1921, vgl. Bernard, *La dérive*, S. 254.

⁶⁹ Rückblickend sprach der ERD-Abgeordnete de Wendel von einer Gruppe um Bonnevey, die sich durch eine „campagne préparé“ die ERD unterworfen habe, ohne Rücksicht auf die Mehrheit. Brief an Marin vom 27. 10. 1921, in: AN 190, AQ 29.

⁷⁰ Die Regierung erhielt das Vertrauen mit 462 zu 77 Stimmen. Unter den Enthaltungen der ERD waren die katholischen Abgeordneten Caron, Delachenal, Bartholoni, Bilger, Maire, Pflieger, Seltz, Walter.

⁷¹ Der nationalistisch-intransigente Marin wurde sogar von seinem einflußreichen Freund de Wendel dazu angehalten, keine „opposition excessive“ zu betreiben und sich wenigstens zu enthalten. De Warren und Ferry, die beiden anderen lothringischen ERD-Abgeordneten, sollten sogar für Briand stimmen, um nicht die „mésure“ des Angebrachten zu überschreiten. Brief de Wendels an Marin vom 7. 2. 1921, in: AN 190, AQ 29. Über die außenpolitischen Hintergründe vgl. Bariéty, *Les relations franco-allemandes*, S. 82ff., und Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, S. 110ff.

nationalen Situation und insbesondere die Konferenz von London im Mai 1921, die die Reparationsansprüche Frankreichs auf 132 Milliarden Goldmark festlegten, untergruben aber erneut das gestärkte Vertrauen der ERD in die Regierung. Vor die Wahl zwischen ihren nationalistischen Überzeugungen (Bemessung der deutschen Reparationen an der französischen Schadenshöhe, ohne Vorabfixierung) und der Unterstützung Briands gestellt, zerfiel die ERD am 26. Mai 1921 in der außenpolitischen Debatte. Teile schlossen sich dem *ordre du jour* Paul Reynauds (ARS) an, der der Regierung nur das Vertrauen aussprechen wollte, wenn sich diese zu einer Revision der Londoner Konferenzergebnisse bereitfände⁷²; die *Blocisten* der ERD um Arago sprachen der Regierung jedoch ohne Bedingung das Vertrauen aus. In der Schlußabstimmung votierten knapp 50 ERD-Abgeordnete gemeinsam mit den Sozialisten und Teilen der ARS gegen Briand, der nur noch 391 Stimmen der Mehrheit auf sich ziehen konnte, darunter 130 der ERD. Obwohl der intransigent-nationalistische Flügel der ERD mit 50 Stimmen noch relativ gering war, zählten dazu doch bedeutende Parlamentarier wie der General de Castelnau, Georges Bonnefous oder Louis Marin. Die Einheit der ERD-Fraktion war also erneut bedroht, und die *Blocistenstrategie* Bonneveys wegen der internationalen Entwicklung nicht aufgegangen.

Ihren Tiefpunkt erreichte die Kohäsion der ERD daher im Herbst 1921, nachdem ein erster Versuch, alle Fraktionen rechts der Mitte (ERD, ARS, *républicains de gauche*) in einem *Intergroupe Républicain* zur besseren Abstimmungsordination zu sammeln, gescheitert war⁷³. Wir hatten bereits über die tiefe Kluft gesprochen, die die Abstimmung über die RPS im Dezember 1921 in die ERD gerissen hat, weil sie religiöse Frage und Fraktionszwang miteinander kombinierte. Zwei Monate zuvor war es in einer ähnlichen Frage zu einem inneren Zerwürfnis der ERD gekommen, diesmal aber gekonnt eingefädelt von Briand, der den *Blocistenteil* der ERD um Bonnevey von den nationalistisch-katholischen Elementen trennen wollte, um seine Mehrheit nach rechts deutlich abzugrenzen⁷⁴. Briands Vorstellung von der Republik als „Haus mit unverrückbarem Mobiliar“, worunter insbesondere die *lois laïques* zu zählen waren, und seine Aufforderung an die ERD, zwischen „Regierung und Reaktion“ zu entscheiden, stürzten diese in eine existentielle Krise. Während der Kammerdiskussion vom 19. bis 26. Oktober, die

⁷² Reynaud sammelte eine Mehrheit der *Clemencisten* der ARS, die extreme Rechte und die nationalistischen Teile der ERD hinter sich. Für die reparationspolitischen Vorstellungen Reynauds vgl. Grüner, Paul Reynaud, S. 85ff., für die Spaltung der ERD trotz der Ambitionen de Wendels gegen Briand vgl. Jeanneney, de Wendel, S. 134.

⁷³ Ein Versuch, im Sommer 1921 eine *Intergroupe Républicain* aller *Bloc-National*-Fraktionen zu gründen, war gescheitert, weil die Achse der neuen Gruppe der PRDS sein sollte. Zu den Befürwortern dieser Gruppe gehörten aus der Reihe der ERD die Katholiken de Tinguy, Boissard, Chabrun, Bazire, Dutreil und der Bonapartist Chassaing-Goyon. Vgl. *Le Temps* vom 16. 6. 1921 und *Le Parlement et l'Opinion* vom 20. 6. 1921. Aufgrund ihres Festhaltens an der „absolue laïcité“ und mehreren Diskursen von Jonnart vom PRDS für eine strikte Laizität mußten sich die Katholiken auf Druck aus ihrem eigenen Lager wieder zurückziehen. Vgl. den Brief Coppins an Guiraud vom 30. 10. 1921, in: AN 362, AP 148, und die Kritik der *Libre Parole* und der *République Française* vom 16. 6. 1921.

⁷⁴ Über dieses Manöver war selbst der deutsche Botschafter Hoesch durch ein Gespräch mit Jean Hennessy informiert, Bericht vom 27. 9. 1921, in: PA/AA, R 70692.

die politische Mehrheit der Regierung Briand bestimmen sollte, berief die ERD nicht weniger als vier außerordentliche Gruppensitzungen ein, um einen Konsens zu finden⁷⁵. Nachdem die Gruppensitzungen keinen Ausgleich zwischen Blocisten und Ententisten gebracht hatten, versuchte es der Fraktionsvorsitzende Arago am 26. Oktober noch einmal mit der Beschwörung des 16. November 1919 als Ursprung eines mentalen Wandels in Frankreich, gar einer nationalen Republik auf der Basis der Kriegserrungenschaften, um seine Fraktion zu einem einheitlichen Votum zu bewegen. Zu tief und zu fest hatte sich aber der Bruch in der ERD bereits etabliert, als daß diese Rede noch etwas hätte verändern können⁷⁶. Der ERD-Abgeordnete Raiberti erklärte im Namen von „seinen Freunden der ERD“, unter den Zwischenrufen „pas tous“, daß er das Vertrauensvotum für Briand nicht unterstützen werde, da dessen Ansinnen, die ERD zu spalten, eine „injure imméritée“ gewesen sei. Sowohl in der innenpolitischen Konzeption der Republik wie in der außenpolitischen Anwendung des Versailler Vertrages stimme er mit der Regierung nicht überein und werde ihr das Vertrauen nicht aussprechen⁷⁷. Das Ergebnis der Abstimmung, die Briand mit 338 zu 172 Stimmen gewann, setzte die Aufspaltung der ERD in den vorangegangenen Gruppensitzungen fort, und ließ 85 Abgeordnete des *ententistischen* Flügels um Marin, Barrès und de Castelnau gegen Briand stimmen. Für Briand stimmte der geschrumpfte Teil (73) der *Blocisten* um Bonnevey und Isaac, 16 enthielten sich.

Die Abstimmung um das Vertrauen für die Regierung Briand ist besonders instruktiv, wenn man sich die Frage stellt, welchen Personenkreis eigentlich *Blocisten* und *Ententisten* umfaßten. Bisher schien es so, als ob im *blocistischen* Teil v. a. die ehemaligen *Progressisten* zu finden waren, die als *modérés* traditionell mit der linken Mitte zu stimmen bereit waren, während die Katholiken im Zweifelsfall für ihre weltanschauliche Überzeugung und gegen die Regierung votierten. War es nun aber in diesem Fall eher eine Abstimmung auf dem Gebiet der religiösen Frage, wie die Argumente Briands nahelegen, oder war es, am Ende eines Jahres gewaltiger außenpolitischer Veränderungen, doch eine Abstimmung über die Außenpolitik? Es ist sicherlich nicht zu leugnen, daß beide Elemente ineinandergespie-

⁷⁵ Am 20., 21., 25., und 26. Oktober. Die Abstimmungsergebnisse der Gruppe sind in *Le Temps* vom 27. 10. veröffentlicht und zeigen 71 Stimmen für, 85 Stimmen gegen die Regierung sowie 15 Enthaltungen. Vgl. Rousselier, Phénomène, S. 148. Isaac berichtete, daß auf den Gruppensitzungen fast nur 60 Briand-Gegner, also *Ententisten*, anwesend waren, die ihn und Bonnevey überstimmt und Raiberti zu seiner Intervention beauftragt hätten. Bonnevey habe daraufhin diesen *Ententisten* vorgeworfen, sie ließen sich den Kopf von der AF verdrehen, Eintrag vom 30. 10. 1921, Isaac, Carnets, S. 357.

⁷⁶ François de Wendel beklagte deshalb einen Tag später, daß seit Monaten nur etwa 80 der 183 ERD-Abgeordneten an den Gruppensitzungen teilnehmen würden und daß somit eine konzertierte Absprache im Vorfeld nicht möglich sei, vgl. Brief an Marin vom 27. 10. 1921, in: AN 190, AQ 29. Er bestätigt damit den Bericht Isaacs, was den Schluß zuläßt, daß gerade die *Blocisten*, in der Tradition der *modérés*, eine konzertierte Fraktionsstrategie und Fraktionsdisziplin ablehnten und sich von den Gruppensitzungen fernhielten.

⁷⁷ Die Rede Raibertis in JO, Débats, Chambre, 26. 10. 1921, S. 3709ff. Der *Figaro* titelte daraufhin am 27. 10. 1921: „L'Entente se comporte comme une mésentente.“ Barrès notierte zynisch in sein Tagebuch: „Le mobilier de la République? Fermez ces latrines!“ in: Mes Cahiers, S. 924.

haben und daß Briand die Laizitätsfrage gewiß deshalb aufgegriffen hatte, weil er um die weltanschaulichen Differenzen in der ERD wußte und so sein Spaltungsmanöver besonders effektiv gestalten konnte. Eine nähere Analyse der Abstimmung ergibt jedoch, daß das Ansinnen Briands, gerade die katholischen Elemente nach rechts abzuspalten, nur zum Teil erfolgreich war. Bei der Auszählung des Abstimmungsergebnisses ergab sich nämlich, daß die alte Gleichsetzung von *Blocisten* = *Progressisten* und *Ententisten* = Katholiken nicht mehr gültig war. Vielmehr hatte sich eine neue Trennlinie quer zum religiösen Graben entwickelt.

Bereits einen Tag nach der Abstimmung schrieb der verwunderte de Wendel an Marin, daß er überhaupt keine „Demarkationslinie“ zwischen den beiden Abstimmungsflügeln entdecken könne, sondern daß die Gruppe letztlich nur ein amorphes Gebilde sei, das nun auseinandergefallen war⁷⁸. Was sich für de Wendel als amorph darstellte, weil es nicht mehr der Polarität *Progressisten*/Katholiken gehorchte, ist jedoch nichts anderes als die Tatsache, daß die Trennlinie eben nicht mehr zwischen *Progressisten* und Katholiken verlief, wie es Briand erwartet hatte, sondern zwischen einem *ententistisch*-programmatischen⁷⁹ und einem *blocistisch*-gemäßigten Flügel⁸⁰. Letzterer war bereit, in außen- und religionspolitischen Abstimmungen mit der Regierung zu stimmen – auch gegen die eigene Überzeugung – während die *Ententisten* in beiden Fällen an ihrer Überzeugung wie an einer Doktrin festhielten. Daher kam es, daß prominente Katholiken wie Duval-Arnould, Boissard, Delachenal, Lenail oder Reille-Soult mit den *Progressisten* Bonnevay, Isaac und Laniel für Briand gestimmt hatten – trotz dessen Erklärung zu den *lois laïques* – während *Progressisten* wie Marin, Bonnefous oder Raiberti mit Katholiken und Nationalisten wie de Castelnau oder Barrès gegen Briand votiert hatten. Die Pole der *Blocisten* und *Ententisten* waren damit inhaltlich festgelegt und sollten sich bis zu Beginn der 1930er Jahre auch nicht mehr ändern: Auf der einen Seite hatte sich aus rechten *Progressisten* und rechten Katholiken ein nationalistisch-katholischer Flügel (*Ententisten*) herauskristallisiert, dem auf der anderen Seite ein opportunistisch-republikanischer Flügel (*Blocisten*) aus linken *Progressisten* und linken Katholiken gegenüberstand.

Eine Erklärung für diese Spaltung in einen regierungstreuen und einen regierungskritischen Flügel liegt nun darin, daß sich mit dieser Abstimmung zum ersten Mal ein neuer Spaltungstypus innerhalb der liberal-konservativen Sammlung

⁷⁸ „Je ne crois pas que M. Briand ait coupé le groupe en deux parce que je ne vois, en rélisant les noms des votants, aucune ligne de démarcation politique entre ceux qui ont voté «pour» ou «contre», mais il a démontré que le groupe était complètement amorphe.“ (Brief vom 27. 10. 1921, wie Anm. 76).

⁷⁹ Die *Ententisten* folgten dem *clemencistischen* Flügel der ARS um Tardieu, Mandel und Soulier. Der spätere FR-Vizepräsident Soulier hatte kurz vor der Abstimmung die Politik Briands als die eines „chien crevé qui suit le fil de l'eau“ bezeichnet, zitiert nach Suarez, Briand, Bd. 5, S. 232.

⁸⁰ Zu letzteren zählte Auguste Isaac, der die Hetze der „groupes indésirables de l'extrême droite“ bedauerte und erklärte, Briand sei für ihn „la moindre mal“ gewesen: „Je n'ai aucune sympathie personnelle pour Briand, qui est un charmeur mais un faux bonhomme.“ Eintrag vom 30. 10. 1921, Carnets, S. 358. Isaac selbst erwähnt eine ganze Reihe von Politikern, die für Briand stimmten, weil sie auf einen Ministerposten spekulierten, ibidem, S. 360.

durchgesetzt hatte, der quer zum traditionellen Graben zwischen *Progressisten* und Katholiken lief und der zeigte, wie der Konflikt um die Laizität an Virulenz verloren hatte. Wie wir aus einem Tagebucheintrag Kardinal Baudrillarts wissen, hatte es beim „linken“ Flügel der ERD, der bereits im Sommer am *Intergroupe républicain* mitgearbeitet hatte, eine Abmachung zwischen liberalen Katholiken und zur Mitte tendierenden *Progressisten* gegeben, die beide Briands gemäßigte Außenpolitik unterstützen wollten. Es wurde ein *programm laïque* entworfen, das die konzilianten Katholiken besänftigen konnte, indem z.B. die Revision der Kongregationsgesetzgebung in Aussicht gestellt wurde, auch gegen den Wortlaut der Erklärung Briands⁸¹. Im Gegenzug sollten die konzilianten Katholiken dem Drängen des päpstlichen Nuntius Ceretti und der päpstlichen Versöhnungspolitik Folge leisten und ihr Vertrauen in die Regierung Briand und die ersten Ansätze einer internationalen Verständigung aussprechen⁸². Diese Neuorientierung schlug sich nun in der Abstimmung nieder und sonderte den an den Prinzipien des Wahlprogramms von 1919 festhaltenden rechten Flügel der *Progressisten* und der Katholiken ab.

Dieser hier zum ersten Mal festzustellende Spaltungstypus sollte im Lauf der 1920er Jahre von immer größerer Bedeutung für die FR werden und die Divergenzen um die Laizität zugunsten der außenpolitischen Problematik zurückdrängen. Je mehr die internationale Entwicklung das politische Geschehen zu bestimmen begann, um so unbedeutender wurde die Laizitätsfrage, auch wenn Briand und die Radikalen an des *lois intangibles* festhielten, und um so wichtiger die Frage, wie das Versailler System in Europa durchzusetzen sei. Ohne daß es den Zeitgenossen aufgefallen war, hatte diese Abstimmung den latenten Konflikt der beiden unterschiedlichen politischen Kulturen innerhalb der ERD beinahe aufgelöst. Liberale und konservativ-katholische Traditionen spielten keine entscheidende Rolle mehr für die Fraktionsstrategie, dafür aber um so mehr die Frage des Nationalismus, d. h. die Umsetzung der Forderung nach innerer Aussöhnung und nach einer harten Haltung gegenüber Deutschland, in die konkrete Tagespolitik⁸³. In der Entwicklung der politischen Ideengeschichte Frankreichs ist daher mit diesem Jahreswechsel 1921/22 sicher eine wichtige Etappe vollzogen worden, indem Denktraditionen des 19. Jahrhunderts wie Liberalismus und Konservatismus aufhörten, von parteipolitischem Belang zu sein, zumindest was die liberal-konservative Sammlung betrifft.

Natürlich ist es immer schwierig, Anfang und Ende ideengeschichtlicher Strömungen konkret zu benennen, da sie als Phänomene der *longue durée* nicht an einem bestimmten Punkt beginnen oder abbrechen. Gleichwohl legt diese Ab-

⁸¹ Eintrag vom 25.10.1921, Carnets, S.926: Baudrillart sprach von einem Programm, das den Katholiken „satisfaction“ biete. Gleichzeitig konkretisierte der *Journal des Débats* vom 26.10.1921 Forderungen nach einer Rückkehr aller Kongregationen und die Revision der Gesetze von 1901 und 1904.

⁸² Für die päpstliche Verständigungspolitik und den seit 2.8.1921 in Frankreich anwesenden Nuntius Ceretti vgl. Marchese, *Francia et Santa Sede*, S. 168ff. und 230f.

⁸³ Dies sollte sich am 27.12.1921 erneut zeigen, als die ERD in der außenpolitischen Debatte um Indochina und die französische Kolonialpolitik in die beiden gleichen Teile zerfiel. Vgl. Rousselier, *Phénomène*, S. 159f.

stimmung die Interpretation nahe, daß eine zeitimmanente Dynamik der ersten Nachkriegsjahre zur Entstehung bzw. Verbreitung neuer Ideen und damit neuer Konfliktfelder geführt hat, die die alten ablösten. Wenn man daher allgemein die Jahre der Zwischenkriegszeit in der Dialektik von Verständigungspolitik und nationalen Eigenwegen, bzw. in ihrer ideologischen Aufladung zwischen pazifistischem Internationalismus und bellizistischem Nationalismus betrachten kann, so markiert das Jahr 1921 sicherlich den erstmaligen Durchbruch dieses neuen Konfliktfeldes, was die Flügelbildung bei der liberal-konservativen Sammlung betrifft. Nie mehr sollten die weltanschaulichen Gegensätze der Vorkriegszeit eine derart prominente Bedeutung für das Innenleben der Gruppe spielen, wie es von nun ab der außenpolitische Nationalismus tat. Obgleich der Nationalismus der ERD und der FR, wie er im Kapitel IV beschrieben wurde, ideengeschichtlich für die ganze Gruppe galt, entwickelten sich doch Unterschiede im politischen Handeln, d. h. in der konkreten Umsetzung der Vorstellungen. Während die intransigente Gruppe um den baldigen Parteivorsitzenden Marin Kompromisse ablehnte und bereit war, notfalls auch eine eigene „nationale Opposition“ zu bilden, blieb die konziliante Gruppe um Bonneval, zu der bald auch viele liberale Katholiken stoßen sollten, einer Verhaltensnorm verpflichtet, die typisch war für einen *modéré*: Wo es der Erhalt der Regierung oder auch die eigene Machtposition erforderte, ging man Kompromisse mit Regierungen ein, die eine internationale Verständigungspolitik betrieben⁸⁴.

(II) Zunächst aber war für die Kohäsion der ERD entscheidend, daß am 15. Januar 1922 Raymond Poincaré die Regierung übernahm, die er bis zu den Wahlen im Mai 1924 auch nicht mehr aus der Hand geben sollte. Mit Poincaré war nun nicht nur ein lothringischer Nationalist an die Regierung zurückgekehrt, der vor und während des Krieges seine außenpolitische Intransigenz unter Beweis gestellt hatte⁸⁵, sondern auch der ganze Mythos der inneren Einheit Frankreichs, der sich im Gefolge der *Union Sacrée* entwickelt hatte, erfuhr eine Neuauflage. Pfl egte sein Vorgänger Briand noch eine außenpolitische Rhetorik des Neuanfangs anzustimmen, so waren die Reden Poincarés gesättigt von Erinnerungsfloskeln und Beshwörungen des Kriegsmythos⁸⁶. Dieser Bezug auf die Kriegserinnerung garan-

⁸⁴ Diese Flügelbildung wird implizit sogar von Marin in einer Kammerrede bestätigt, als er darauf hinweist: „Bonneval est de mon parti et avec lequel cependant mes collègues savent que je ne m'entends guère sur la conduite générale des affaires du pays.“ JO, Débats, Chambre, 17. 10. 1922, S. 2677. Der deutsche Botschafter, der ebenfalls über die Aufspaltung der Gruppe berichtet (Bericht vom 27. 10. 1921), zog jedoch den falschen Schluß, wenn er glaubte, daß die „alten Gegensätze aus der Zeit vor dem Kriege“ wieder aufgetaucht wären, in: PA/AA, R 70692.

⁸⁵ Poincaré hatte seit 1920 die Leitung der *Chronique de la Quinzaine* bei der RDDM übernommen und war auch vor Kritik des englischen Verbündeten nicht zurückgeschreckt. Anders als die Regierung Briand hatte er auch immer wieder den Revanchismus in Deutschland hervorgehoben und vor einer schleichenden Revision des Versailler Vertrages gewarnt. Vgl. Georges Wormser, *Le septennat de Poincaré*, Paris 1977, S. 255 ff.

⁸⁶ Diese Analyse bei Rousselier, *Phénomène*, S. 182. Zu Poincarés Politik vgl. Jeannesson, *Poincaré, la France et la Ruhr*. Ein Polizeibericht vom 20. 1. 1922 vermerkt: „Pour la première fois depuis longtemps, l'ERD a retrouvé son unité en faisant bloc en faveur de Poincaré.“ In: AN, F/7 12951. Thibaudet, *La République des Professeurs*, S. 256, hat für Poincaré den treffenden Satz geprägt: „Aussi patriote que n'importe quel homme de droite, aussi républicain que n'importe quel homme de gauche.“

tierte einerseits den Fortbestand des *Bloc National* und der Eingliederung der Katholiken, andererseits legte er die Basis für eine strikte Umsetzung des Versailler Vertrages, insbesondere bei der Einforderung der deutschen Reparationen⁸⁷. Mit dieser Politik konnte sich die ganze ERD abfinden, zumal Poincaré den wichtigen Posten des Innenministers nicht mit einem Radikalsozialisten besetzt hatte⁸⁸. Die Reparationen stellten für die ERD nämlich nicht nur die notwendigen finanziellen Mittel dar, die für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete des Ostens gebraucht wurden, sondern repräsentierten auch die moralische Kriegsschuld Deutschlands und damit die Richtigkeit des Kampfes Frankreichs für *Droit et Justice*. Als unter diesen Voraussetzungen das neue Kabinett Poincaré beide Flügel der ERD aufnahm, de Lasteyrie für die *Blocisten*, Raiberti für die *Ententisten*, war die Bahn frei für eine innere Zusammenführung der ERD und damit die Einbindung der ganzen Fraktion in die Regierungsmehrheit.

In den vier wichtigsten innen- und außenpolitischen Abstimmungen des Jahres 1922 – am 19. Januar, am 3. April und am 2. Juni zur Außenpolitik, am 5. Juli zur Aufhebung der parlamentarischen Immunität von drei Kommunisten – stimmte die ERD geschlossen und anerkennend für die Regierung Poincaré⁸⁹. Gewiß gab es auch weiterhin kleinere Differenzen, so z. B. in der Abstimmung über die Sommerzeit, als die ERD, wie im übrigen alle anderen Fraktionen außer den Sozialisten auch, auseinanderfiel⁹⁰. Gleichwohl war das Jahr 1922 wie auch das Jahr 1923 ein Jahr der wiedergefundenen Einheit für die liberal-konservative Sammlung⁹¹.

⁸⁷ Selbst ein Jean Guiraud konzentrierte sich nun in *La Croix* auf die strikte Exekutionspolitik, z. B. *La Croix* vom 29. 8. 1922, und wurde vom früheren ALP-Gründer im Doubs, Jean Maître, am 11. 9. 1922 dafür gelobt: „Il serait très désirable que l'attention des intéressés, MM. Poincaré, Dubois etc. fut appelée sur ces articles, qui posent si clairement [...] le principe.“ In: AN 362, AP 156. Dies zeigt, daß selbst die Fundamentalkatholiken nun ihre religiösen Forderungen zurückstellten.

⁸⁸ Poincaré scheint eine Zeit lang an Herriot gedacht zu haben, berief aber nach dessen Absage den AD-nahen Maunoury als Innenminister. Zuvor hatte eine Delegation der ERD nachdrücklich bei Poincaré gegen Herriot interveniert, vgl. *Le Temps* vom 15. 1. 1922.

⁸⁹ Bemerkenswert ist dabei, daß in der Kammerdebatte am 2. 6. 1922 die ERD auf Antrag Isaacs fast vollständig mit der Regierung Poincaré stimmte. Zuvor hatten ihre Redner wie Habert das Scheitern der Konferenz von Genua und den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo zum Anlaß genommen, Poincaré zu kritisieren und sogar einen eigenen *ordre du jour* einzubringen. Erst auf Drängen Isaacs zogen Cornudet und Habert diesen zurück und stimmten für den von der Regierung verlangten *ordre du jour*. JO, Débats, Chambre, 2. 6. 1922, S. 1677ff.

⁹⁰ JO, Débats, Chambre, 9. 3. 1922, S. 750ff. Die Sommerzeit war 1917 eingeführt worden und wurde vom agrarischen Flügel der ERD bekämpft. Die Abgeordneten de Monicault, Duval und Gay sprachen vergeblich gegen die Mehrheit der industrienahen Vertreter um Marin und de Wendel.

⁹¹ Einzige Ausnahme war der Austritt von Louis Rollin und einiger Sozialkatholiken um Boissard, Dutreil und Puis am 6. 11. 1922, die die Kritik an Poincarés Innenpolitik seitens der ERD nicht unterstützten. Zu den Dissidenten gehörte anfangs auch Bonnevey, der aber in der Gruppe blieb. Vgl. Bericht vom 6. und 7. 11. 1922 in: AN, F/7 12951, sowie den Bericht des deutschen Botschafters vom 28. 10. 1922, in: PA/AA, R 70694. Symptomatisch für die Stimmung in liberal-konservativen Kreisen ist die Aussage des Akademiemitglieds Henry Bordeaux zu Poincarés Rede im Januar: gegen Deutsche und Kommunisten „plus de factions, plus de partis, plus de haine fratricide!“, in Henry Bordeaux, *Histoire d'une vie*, Bd. 8, S. 274.

In den sich von Februar bis Juni 1922 hinziehenden Verhandlungen über eine neue Wehrdienstpflicht wurden zwar einige *amendements* der Familienpolitiker der ERD um Isaac und Delachenal eingebracht, die für die vierten, fünften oder sechsten Söhne einer Familie eine Reduktion des Wehrdienstes forderten; am Ende war der Wille der ERD, die allgemeine Wehrpflicht bei 18 Monaten für alle Söhne zu halten – wie es das Regierungsprojekt vorsah – aber zu groß, als daß das ganze Projekt gefährdet gewesen wäre: „Je tiens à dire [...] que le sentiment patriotique que nous éprouvons et le désir que nous avons de voir voter sans trop tarder une loi militaire [...] ont contribué à faire cesser nos hésitations.“⁹² Poincaré war also mit seiner Außenpolitik der Schachzug gelungen, das, was er „union républicaine et nationale“ nannte, wieder herzustellen und damit die zentrifugalen Tendenzen in der ERD zu beseitigen. Die ERD agierte wieder als eine einheitliche Fraktion im Rahmen der Regierungspolitik Poincarés. Statt dessen gerieten die Radikalen zunehmend in Bedrängnis, da, wie Rousselier und Berstein nachgewiesen haben, ein linker Flügel um Daladier mit den Sozialisten votierte, während die Mitte um Herriot und die Rechten um Sarraut unschlüssig den Kurs Poincarés teils unterstützten, teils kritisierten⁹³.

Das Jahr 1923, das mit der Ruhrbesetzung die kriegerische Realität zurück auf die außenpolitische Bühne gebracht hatte, vertiefte Entwicklungen aus dem Vorjahr: Die Radikalen lösten sich, mit Ausnahme ihres rechten Flügels, aus der Regierung des *Bloc National* und formierten sich als eigenständige liberale Mitte, zwischen *Bloc National* und Sozialisten. Bald schon deutete sich außerparlamentarisch der Brückenschlag der Radikalen zu den Sozialisten an, weil die von Painlevé und Briand ins Leben gerufene *Ligue de la République* als Sammelbecken aller verständigungsbereiten Kräfte in der Außenpolitik geschaffen wurde, die auch für Sozialisten offen war. Umgekehrt scharten sich alle „nationalen“ Kräfte um Poincaré und die von Arago ins Leben gerufene *Action Nationale Républicaine*⁹⁴. Gerade die ERD erhoffte sich von der Ruhrbesetzung eine dauerhafte Absonderung des Rheinlands vom Deutschen Reich und unterstützte daher die von der Regierung betriebene Etablierung eines Wirtschaftsblocks, der neben Belgien und Frankreich auch Luxemburg und das Rheinland umfassen sollte⁹⁵. Die Konfrontation zwischen einem *Bloc de gauche* und dem *Bloc National* spitzte sich im Verlauf der Ruhrbesetzung zu, wovon in aller erster Linie die ERD profitierte. Das Abwandern der Radikalen aus der Regierungsmehrheit hatte eine klare Trennlinie in der außenpolitischen Frage in der Kammer gezogen und das von Briand erweckte Gespenst der *concentration républicaine*, das die parlamentarische Mehr-

⁹² Isaac in JO, Débats, Chambre, 13. 6. 1922, S. 1705ff.

⁹³ Vgl. Rousselier, Phénomène, S. 229ff., und Berstein, Parti Radical, Bd. 1, S. 358–365.

⁹⁴ Der ERD-Abgeordnete Bellet sagte dazu: „Le front unique contre la mauvaise foi allemande“, in: JO, Débats, Chambre, 15. 6. 1923, S. 2559. Die ANR kam über ein großes Bankett im Juli 1922 nicht hinaus, da ihr zu sehr ein Honoratiorencharakter anhaftete, vgl. unten S. 395f.

⁹⁵ Ziel dieses vor allem von Stahlindustriellen geförderten Projektes war eine Schwächung der industriellen Kraft Deutschlands und damit eine von Frankreich dominierte, den politischen *Status quo* auch auf wirtschaftlicher Ebene fortschreibende Hegemonie in der Schwerindustrie. Vgl. Bussière, La France, la Belgique, S. 161ff.

heit nach rechts abgrenzen wollte, vertrieben. Keine einzige wichtigere Abstimmung des Jahres 1923 führte deshalb zu einer Diffusion der Stimmen der ERD, und selbst in dem einen Fall, wo die ERD gegen die Regierung stimmte, tat sie dies als ganzes und ohne Dissidenten⁹⁶.

Schlaglichtartig illustriert eine Debatte zur *politique générale* im Sommer 1923 das konzertierte Verhalten der ERD. In einer programmatischen Rede formulierte Charles Bellet die Position der ERD, die Poincaré vorbehaltlos unterstütze, auch wenn sich der *Bloc National* langsam zersetze. Die Errungenschaft des *Bloc National* sei es gewesen, die weltanschaulichen Debatten vergessen zu machen und Innen- wie Außenpolitik unter „technisch-objektiven“ Gesichtspunkten zu behandeln, womit natürlich bürgerlich-nationale Gesichtspunkte gemeint waren⁹⁷. Da Poincaré dies auf das trefflichste erfülle, sei ihm die Gefolgschaft der ERD gewiß. Als es zur Abstimmung der *ordres du jour* kam, legten Vertreter der Regierungsmehrheit zwei separate Fassungen vor, die beide nur in einem Wort differierten: Während der aus der republikanischen Mitte kommende Vorschlag die Formel „respectueux des lois *laïques*“ enthielt, forderte der ERD-Vorschlag nur ein allgemeines „respectueux de toutes les lois“. Damit sollte der innere ERD-Konsens zur Laizität ausgedrückt und eine weltanschauliche Spaltung der liberal-konservativen Sammlung verhindert werden. Da Poincaré die Vertrauensfrage aber an den ersten *ordre du jour*, mit dem Wort *laïque*, knüpfte, gab es in der ERD eine kurze Unruhe darüber, ob die liberale Laizität dadurch gefährdet sei und ob der eigene *ordre du jour* auch gegen die Regierung aufrechterhalten werden sollte. Daraufhin erklärte Isaac im Namen der Fraktion, daß er den eigenen *ordre du jour* zurückziehe, weil sich Poincaré zuvor auf die *Union Sacrée* berufen habe, was Garantie genug für eine liberale Laizität sei⁹⁸.

Offenbar hatte dieses „*blocistische*“ Manöver aber nicht alle in der ERD befriedigt, denn der katholische ERD-Abgeordnete Jean Molinié beantragte, die Abstimmung des *ordre du jour* vor der Formel *respectueux des lois laïques* zu splitten, was ihm ermöglicht hätte, das Vertrauen für Poincaré zu votieren, sich beim Wort *laïques* aber zu enthalten. Da wahrscheinlich nicht wenige *Ententisten* in der ERD dies getan hätten, hätte die ERD den geschlossenen Eindruck der letzten anderthalb Jahre aufgegeben und wäre durch die weltanschaulichen Gräben erneut getrennt worden. Erst als der Nationalist Marcel Habert Molinié dazu drängte, zog auch dieser, wie Isaac zuvor, seinen Antrag zurück⁹⁹. Das Ergebnis war ein ge-

⁹⁶ Dies betraf das Votum zur öffentlichen *affichage* der Rede Herriots zur Bedrohung der Republik durch die *Action Française*, die kurz zuvor drei Abgeordnete überfallen hatte. Die ERD stimmte komplett dagegen.

⁹⁷ „Alors qu'autrefois on examinait toutes les lois sous l'angle des idées et des principes, il fut entendu que ces idées et ces principes qui divisent [...] seraient laissées de côté. Nous voulions tous examiner du point de vue purement objectif“. In: JO, Débats, Chambre, 15. 6. 1923, S. 2562.

⁹⁸ JO, Débats, Chambre, 15. 6. 1923, S. 2587. Der Ausdruck „application la plus libérale“ habe das Zögern seiner Kollegen überwunden.

⁹⁹ Habert hatte öffentlich erklärt: „N'insistez pas“, auch die ALP habe in der Laizität von 1919 alle Garantien der *liberté religieuse* gesehen. Daraufhin erklärte Molinié: „Devant l'instance de mes collègues, je retire ma demande de division.“ Isaac beklagte indes die Führungslosigkeit der ERD unter Arago, der ohne „netteté, fermeté, préparation“ vor-

schlossenes Votum der ERD für Poincaré und für die *lois laïques* in liberaler Anwendung. Diese Abstimmung beweist daher, daß der außenpolitische Kurs Poincarés auf die Koalitionsrason der ERD eine starke Wirkung ausübte und diese selbst in einer weltanschaulichen Frage, die bei manchen Mitgliedern eher die Entscheidung für die Fraktionsrason nahelegen mußte, als Ganzes hinter die Regierung brachte. Es bestätigt sich damit der Befund vom Ende des Jahres 1921, daß ideengeschichtliche Denkmuster des 19. Jahrhunderts zunehmend redundant gegenüber neuen Konfliktfeldern wurden¹⁰⁰.

Zusammenfassend kann man also feststellen, daß die Geschichte des parlamentarischen Verhaltens der ERD 1919–1924 ein beständiges Lavieren zwischen Koalitionstreue und Koalitionskritik und damit auch zwischen interner Kohäsion und Diffusion gewesen ist. Es hatten sich zwei Flügel entwickelt, zunächst noch aufgrund weltanschaulicher Unterschiede, die das Nebeneinander von *Progressisten* und Katholiken in der liberal-konservativen Sammlung mit sich brachte. Die *Blocisten*, der Tendenz nach eher *Progressisten* und Nationalisten, sahen in der Koalitionstreue zu den Regierungen des *Bloc National* die wesentliche Aufgabe der ERD. Die *Ententisten*, zu Beginn eher die rechten *Progressisten* und Katholiken, legten jedoch den Schwerpunkt auf die Verwirklichung des Programms der ERD, zu dem als *condicio sine qua non* die Verwirklichung der liberalen Laizität gehörte. Deshalb kam es zu einem häufigen Auseinanderfallen der Fraktion in wichtigen Abstimmungen bis Ende 1921. Die außenpolitischen Ereignisse der ersten Nachkriegsjahre entfalteten jedoch eine neue Dynamik, die zunehmend die Frage nach der Umsetzung einer nationalistischen Außenpolitik in den Mittelpunkt stellte. Die Entscheidung darüber, ob man seine eigene nationalistische Doktrin aus Koalitionsrason für eine weit weniger intransigente Regierung aufgeben sollte oder nicht, überschattete zunehmend das weltanschauliche Konfliktfeld der religiösen Frage. *Blocisten* und *Ententisten* definierten sich daher bald nur noch durch ihre Haltung in der Außenpolitik und nicht mehr über ihre weltanschaulich-kulturelle Herkunft. An diesem Punkt hörten die ideengeschichtlichen Traditionen des Liberalismus und Konservatismus auf, in der ERD eine entscheidende Rolle zu spielen, und wurden vom Denkmuster des „neuen“ Nationalismus abgelöst. Unter der nationalistischen Regierung Poincarés 1922–1924 fand die ERD daher zu ihrer inneren Einheit zurück, da Koalitionsrason und Fraktionsrason vor allem während der Ruhrbesetzung zusammenfielen.

Ganz unabhängig von der Frage nach Koalitions- bzw. Fraktionsrason hat das Verhalten der ersten liberal-konservativen Fraktion Frankreichs in der Kammer 1919–1924 gezeigt, daß sie sich als Ganzes stets systemloyal verhalten hat, niemals den Weg über eine außerparlamentarische Opposition gegangen ist, mithin auf der Basis der Grundregeln des parlamentarischen Systems mitgespielt hat. Dieses faktische Grundbekenntnis zur parlamentarischen Republik und die Bereitschaft von

gehe. Zudem seien andere Leute wie de Castelnau zu klerikal, de Wendel als Arbeitgeber suspekt, Bonnefous taub und Chassaing-Goyon zu intrigant. Eintrag vom 24. 7. 1923, Carnets, S. 370.

¹⁰⁰ Daß die Laizität und das *quieta non movere* 1922–1924 von der ERD voll berücksichtigt wurden, haben auch die Kapitel VI.1. und VI.4. gezeigt.

seiten der größten parlamentarischen Rechtsfraktion, pragmatische Kompromisse einzugehen und Verantwortung zu übernehmen, haben in einem erheblichen Maße zur Stabilisierung der Dritten Republik in den ersten Nachkriegsjahren beigetragen. Gleichzeitig wurden vor allem diejenigen Kräfte in der ERD bestätigt, die nicht nur in der Systemtreue, sondern auch in der Koalitionstreue – in Fortsetzung der *Union sacrée* – einen Wert an sich entdeckten und eine dogmatische Opposition bzw. eine Flucht aus der Verantwortung und in eine radikal-nationalistische Ideologie ablehnten. Dafür steht insbesondere die Einbindung des *ententistischen* Flügels in die Regierungspolitik Poincarés 1922–1924, der durch seine Person, seine Wortwahl und seine Politik virtuell an die Bedingungen der Kriegszeit anknüpfte und damit seiner Regierung der nationalen Einheit eine hohe, weil durch den Triumph 1918 bestätigte Legitimation verschaffte.

2. Politisches Handeln II: Bürgerliche Mobilisierung und Parteineugründung: Die Entstehung einer liberal-konservativen Partei (1924–1928)

Vorgeschichte 1919–1924

Die Wahlen des Jahres 1919 hatten in den französischen Departements unterschiedliche Listenverbindungen hervorgebracht, von denen die meisten jedoch einem Typus der *Bloc-National*-Liste glichen, d. h. eine Versammlung aller bürgerlichen Parteien darstellten. Diese konnte, wie in Paris, von ganz rechts bis zu den republikanischen Sozialisten reichen, oder auch nur von den *républicains de gauche* bis zu den *rallierten* Katholiken. Die Listenverbindungen resultierten aus politischen Absprachen der verschiedenen Departementalkomitees der Vorkriegszeit, die ihre parteipolitische Existenz dadurch aber keineswegs aufgaben. Die jüngsten Arbeiten über die *Fédération républicaine*, den *Bloc National* und die *Alliance Démocratique* haben die schwierigen Verhandlungen im zweiten Halbjahr 1919 in Paris nachgezeichnet, wobei sie mangels archivalischer Quellen hauptsächlich auf die Tagespresse zurückgreifen mußten¹⁰¹. Für das spätere Zustandekommen einer liberal-konservativen Sammlung, die den Eintritt der katholisch-nationalistischen Elemente in eine gemeinsame Fraktion mit den *Progressi-*

¹⁰¹ Als Beginn des *Bloc National Républicain de la Seine* gilt der Aufruf des AD-Sekretärs Chaumet zu einer großen republikanischen Partei von den Radikalen bis zu den *ralliés* am 9.7.1919. Es folgten Sitzungen im *Salle de Globe*, wo es hauptsächlich um die Achse des Blocks ging. Die Radikalen lehnten die FR als Mittelachse ab, da sie die Aufnahme der ALP zurückwiesen und bestanden auf der ARD als Mittelachse. Darüber kam es schließlich am 16.10.1919 zum Bruch und Austritt der Radikalen. Diese überließen es von nun an ihren Kandidaten, ob sie auf *Bloc-National*-Listen oder auf eigenen Radikalen-Listen antreten wollen. Vgl. Vavasseur-Desperriers, *Culture*, S. 120ff., Rousselier, *Phénomène*, S. 24–30, Sanson, *L'Alliance Démocratique*, S. 460–469. Für die Einbindung der *rallierten* Katholiken vgl. zwei Briefe Carnots an Ernest Pezet vom 20.10. und 23.10.1919, in: AFNSP, PE 2.

sten bewerkstelligte, war, wir hatten es gesehen, die Annahme einer vom ALP-Chef Jacques Piou und dem Pariser Erzbischof Amette ausgearbeiteten liberalen Laizitätsformel durch die auf einer Liste Kandidierenden erforderlich. Obgleich der *Bloc National Républicaine de la Seine* somit Vorbildcharakter für das ganze Land hatte bzw. haben sollte, kam es keinesfalls überall zu gleichen Listenverbindungen, denn die Pläne der Parteizentrale blieben auf Grund der lockeren Struktur der französischen Parteien in der Provinz oft unbefolgt¹⁰².

Wenn man sich also die Frage nach der Entwicklung von *außerparlamentarischen* Strukturen der liberal-konservativen Sammlung stellt, so muß zunächst festgestellt werden, daß eine einfache Antwort darauf nicht gegeben werden kann. Was die Parteizentralen betrifft, existierten die der FR und der ALP unabhängig voneinander weiter, und lediglich im Parlament bildeten ihre Abgeordneten eine gemeinsame Gruppe, die ERD. Sowohl der ALP-Vorsitzende de la Rochefoucauld wie auch führende Mitglieder der FR betonten die Eigenständigkeit ihrer jeweiligen Partei, die einen als Vertreter christlich-konservativer Traditionen, die anderen als Nachfahren des republikanischen *Progressisme*¹⁰³. Der Kontinuität der beiden Parteizentralen in Paris entsprach in den Departements oftmals ein Parallelismus lokaler Komitees, wobei, und darin liegt eine entscheidende Entwicklung, diese auch langsam miteinander verschmelzen konnten. Hatte man bisher in der Forschung angenommen, daß das Zustandekommen gemeinsamer Listen in den Departements von Anfang an den lokalen Verhältnissen und lokalen Initiativen überlassen worden war, so beweisen zwei im Nachlaß von Etienne Lamy aufgefundene Briefe des ALP-Mitglieds Saint-Yves, daß es bereits gegen Ende 1918 Bemühungen seitens der Pariser Parteizentralen gab, auch in der Provinz einen Vorläufer des *Bloc National* aufzustellen. Diese Verbindung trug den Namen *Alliance Républicaine Revisionniste*, und sollte sich aus den vier Gruppierungen der AD, der FR, der ALP und der *Ligue des Patriotes* zusammensetzen¹⁰⁴. Je drei Abgeordnete aus den sieben großen Regionen Frankreichs sollten deren Führungskomitee bilden und so eine Balance der parteipolitischen wie der regionalen Strömungen herstellen¹⁰⁵. Den Vorsitz sollte der Wegbereiter des ersten

¹⁰² Weitsichtig hat der FR-Generalsekretär Maurice Halays geschrieben: „Différences d'origine, nuances de sentiment et de tempérament, traditions particulières à chaque milieu politique, toutes ces raisons, malgré la similitude actuelle des programmes.“ Zitiert nach Vavasseur-Desperriers, *Culture*, S. 650.

¹⁰³ Vgl. die Sitzung der ALP-Führung 1920, wo de la Rochefoucauld erklärte, daß die ALP nicht verschwinden dürfe, da nur sie die Idee verkörpere, „que la Fance affaiblie ne retrouvera son entière vitalité que si elle revient aux traditions chrétiennes qui jadis ont fait sa force et sa grandeur.“ Undatierter Bericht von 1920, in: AN 142, AP 14, und Maurice Halays im *Bulletin de la FR* vom Januar 1920: „Il est certain qu'on ne peut pas confondre notre grand parti de la FR avec un groupe de la Chambre.“ Vgl. auch den Rundbrief Pious vom 21.2.1919 zum „esprit nouveau“ des Jahres 1919, ein Exemplar in: AN 362, AP 155.

¹⁰⁴ Brief von Saint-Yves an Lamy vom 19.11.1918. Vor allem der ALP-Abgeordnete Denais, ein späterer Vizepräsident der FR, hielt die Fäden in der Hand, in: AN 333, AP 48.

¹⁰⁵ „Il faut tenir compte de l'équilibre entre les groupes parlementaires, il faut surtout que toutes les régions soient également représentées.“ Die Vorschläge waren: 3 Abgeordnete des Südwestens: Constans/Augé (ALP) für Toulouse, Ballande (FR) für Gironde, Ybarnégaray für Pyrenäen; 3 für den Südosten: Bouge/Raiberti für Provence, Nezet für Languedoc; 3 für den Centre: Fougère für Indre, Weiller für Charente und Brunet für

Ralliements, Etienne Lamy, übernehmen, der als langjähriger Republikaner und Katholik die beste Integrationsfigur für alle Seiten dargestellt hätte. Sein Tod 1919 machte diese Bemühungen zwar hinfällig, der Briefwechsel beweist jedoch, daß es zumindest Initiativen gab, bereits 1919 einen landesweiten *progressistisch*-katholischen Verbund zu gründen.

Da es mangels einer konzentrierten Aktion – und auch wegen des Todes von Lamy – also keine „offizielle“ Entstehung liberal-konservativer Parteistrukturen parallel zur Entwicklung im Parlament gab, verlief die lokale Verschmelzung von *Progressisten* und Katholiken äußerst unterschiedlich und zeitlich verschoben oder funktionierte, wie in wenigen Ausnahmefällen, überhaupt nicht¹⁰⁶. In der Regel blieben die starken Vorkriegskomitees intakt, so z. B. die FR-Verbände der Rhone, der Seine-Inférieure¹⁰⁷ oder der Seine-et-Oise, oder auch die ALP-Verbände in Reims und Paris. Lediglich in manchen Departements kam es sofort nach den Wahlen 1919 zu Verschmelzungen *progressistischer* und katholischer Strukturen, wie etwa in Dijon, wo wir auf Grund eines Vortrags des FR-Vorsitzenden der Côte-d’Or, des Bâtonniers Nourissat, auf dem Parteikongreß 1925 gut über diesen Vorgang informiert sind¹⁰⁸. Nourissat hatte gemeinsam mit Henri Barbox 1900 eine *Union libérale républicaine* in Dijon gegründet, die sich dezidiert allen Konfessionen im Namen der Freiheit geöffnet hatte. Aus diesem Grund waren ihr

Dordogne; 3 für den Westen: Lamy (ALP) für Morbihan, Flandin/Engerand/Blaisot (ALP) für Calvados, D’Aubigny (FR) für Sarthe; 3 für den Osten: Marin/de Wendel (FR) für Lothringen, Viellard/de Mun für Belfort/Reims und Bonneval für Rhône; 3 für Paris: Denais/Lerolle (ALP), Beauregard/Spronck (FR), Galli (LDP); 3 für Norden: Dansette/Plichon (ALP), Bonnefous (FR), Seydoux/Paisant/Brébant (ARD).

¹⁰⁶ So berichtet der ACJF-Vorsitzende Coppin an Guiraud über die Weigerung der Katholiken im Nord, mit den Progressisten zusammenzugehen: „Nous hésitons à nous reconstituer sous le drapeau de l’ancienne Action Libérale, qui n’a plus de groupe à la Chambre. Mais comme nous estimons qu’il y a des concessions qu’un catholique ne peut pas faire sur le terrain des libertés religieuses, familiales ou scolaires, nous ne voulons pas non plus nous confondre avec les Progressistes qui sacrifient trop volontiers les principes essentiels à leur besoin de plaisir à gauche, par lassitude ou indifférence. La forme républicaine est pour nous hors de discussion; nous ne la prenons pas comme un dogme, mais nous l’acceptons comme un fait [...]. Toutefois, dans nos groupements, nous ne voulons pas d’excommunication à droite, où se recrutent toujours tant d’admirables dévouements pour la défense des intérêts religieux“, Brief vom 8. 6. 1920, in: AN 362, AP 148, Dossier 1.

¹⁰⁷ Der FR-Verband unter Jean Baudouin wurde 1920 durch den Beitritt des ALP-Verbandes unter Dutreil vergrößert, vgl. *Bulletin de la FR* vom 30. 9. 1921. Weitere FR-Komitees gab es in Aisne, Eure, Eure-et-Loire, Manche, Calvados, vgl. Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 150.

¹⁰⁸ Erhalten in: AN 317, AP 86, Berichterstattung zum FR-Kongreß 1925. Ähnliches vollzog sich auch in der Marne, wo die *rallierten* Katholiken um Bertrand de Mun 1924 mit den *Progressisten* zusammengingen. Vgl. den Brief von de Breguac von de UC Reims an Guiraud vom 29. 7. 1926: „Dans la Marne, les catholiques forment avec les indifférents libéraux un tiers environ des votants [...]. Partant de ce fait, avec l’approbation de leurs chefs, ils se sont, pour la plupart, unis à ces libéraux sur le terrain politique, après avoir obtenu des garanties explicites pour les libertés religieuses, et collaborent avec eux dans la presse quotidienne, dans la propagande politique, dans les élections.“ In: AN 362, AP 146, Dossier 1. Weitere Beispiele hierfür sind die *Union républicaine de la Drôme*, die *Union dauphinoise* und die *Union républicaine de l’Ardèche*. Vgl. Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 382.

aber die Katholiken, die eine Allianz mit konservativen Republikanern ablehnten, fern geblieben und hatten ihn mit einer eigenen ALP-Gründung bekämpft: „Mon affair a échoué“, mußte Nourissat 1906 konstatieren. Erst die Erfahrung des Schützengrabens des Ersten Weltkriegs habe in der Côte d'Or unter seiner Vermittlung zu einer „wahren“ nationalen Liste geführt, auf der Freimaurer genauso wie Katholiken vertreten waren. Die auftretenden Unstimmigkeiten auf Seiten der Katholiken wie der Republikaner habe er durch ein Flugblatt zu unterbinden versucht, daß das Votum für Frankreich über das der Partei, gemeint der Weltanschauung, stellen sollte¹⁰⁹. Deshalb sei die ganze Liste gewählt und die Grundlage für eine Zusammenarbeit von Republikanern und *conservateurs* geschaffen worden. Aus diesem ersten strukturellen Embryo um seine *Union libérale* konnte Nourissat nach 1924 einen starken Departementalverband der FR gründen, über den noch zu sprechen sein wird.

Während also in manchen Regionen bereits nach 1919 erste liberal-konservative Parteistrukturen entstanden, verlief auf der Ebene der Parteizentralen eine Annäherung von ALP und FR äußerst zögerlich, nicht zuletzt weil die Tätigkeit der Parteien allgemein nach dem Ersten Weltkrieg ruhte¹¹⁰. Erst im Frühjahr 1921 verkündete ein offener Brief des FR-Vorsitzenden Milliard, daß die FR ihre Aktivität wieder aufnehmen werde und ein Jahr später ließ sie auf Parteikosten 500 000 Flugblätter für die Kantonalwahlen drucken¹¹¹. Dies waren auch die einzigen faßbaren Aktivitäten der Partei, denn weder 1920 noch 1921, noch 1922 konnte ein Jahreskongreß der FR abgehalten werden, und eine kurzfristig anberaumte Vorstandssitzung 1922 mußte den FR-Mitgliedern nahelegen, sich an die politische Tagespresse ihres Departements zu wenden, um politisch wirken zu können, da es zum Aufbau von Departementalverbänden an Parteiaktivisten fehle¹¹². Auch die ALP beschränkte sich auf Banketts kleineren Stils in Paris, in denen die wenigen lokalen Erfolge von wiedererrichteten ALP-Komitees z. B. in Nancy, Lyon, Romilly oder Vesoul zelebriert wurden, ohne jedoch eine wirkliche Initiative zur Wiederbelebung der „Volksaktion“ zu starten¹¹³. Zudem scheint der Versuch de la

¹⁰⁹ Das Flugblatt hatte folgenden Inhalt: „Le catholique qui refusera de voter un tel ou tel parce qu'ils sont radicaux, et le radical qui refusera de voter pour un tel par ce qu'il est catholique, mettront leurs intérêts de parti au-dessus des intérêts français.“ Zitiert von Nourissat auf dem Kongreß 1925, vgl. Bericht (wie Anm. 108).

¹¹⁰ Isaac, Carnets, S. 327, spricht am 14. 2. 1919 von einer „déplorable anémie des forces libérales“. Typisch auch die Einschätzung des britischen *Economist* vom 12. 1. 1924: „The material of French political parties inevitably appears to English eyes as something without form and void, and the only shapes which we, in our ignorance, can distinguish are a comparatively articulate Bloc National and a somewhat more shadowy Bloc des Gauches.“

¹¹¹ Der offene Brief ist erhalten in: AN 317, AP 75, und beginnt mit den Worten: „Maintenant notre association se trouve réorganisé.“ Für die Kantonalwahlen und die Trägheit der FR zwischen 1919–1922 vgl. Vasseur-Desperriers, *Culture*, S. 151 ff. und 174. Auch Gabriel Hanotiaux sprach im Januar 1922 noch von dem *groupe Milliard*, ohne Nennung der Partei, vgl. Eintrag vom 21. 1. 1922, Hanotiaux, Carnets, S. 371.

¹¹² Die relativ dünne „Parteigeschichte“ der FR bis 1924 ist aufgearbeitet bei Vasseur-Desperriers, *Culture*, S. 175 ff., der neben den wenigen erhaltenen Exemplaren der FR-Parteizeitung auch die *République Française* und den *Journal de Rouen* ausgewertet hat.

¹¹³ Vgl. *Bulletin de l'ALP* vom 15. 1. 1921 und 15. 2. 1921. Das Bankett der ALP am 12. 2. 1921 war ein Abbild der Treffen der Vorkriegszeit, mit Piou, Lerolle, de la Roche-

Rochefoucaulds, die päpstliche Unterstützung für eine Revitalisierung der ALP zu gewinnen, fehlgeschlagen zu sein¹¹⁴. Wenn man die personellen Besetzungen der beiden Parteizentralen betrachtet, blieben die *Progressisten* um Milliard, Hervey, Marin, Bonnefous etc. genauso unter sich wie die ALP-Leute Piou, de la Rochefoucauld, Gay, Caron, etc. Es fand so gut wie kein personeller Austausch statt, mit Ausnahme der bonapartistischen Abgeordneten Chassaigne-Goyon, Spronck, Poitou-Duplessy und Taittinger, die alle vier in die FR eingetreten waren¹¹⁵. Die im vorangegangenen Kapitel diagnostizierte Diffusion der liberal-konservativen Sammlung im Parlament bis 1921 korrespondierte also mit einer außerparlamentarischen Zerklüftung der Strukturen, die erst langsam wieder aufgebaut werden mußten und deren Protagonisten noch keine Anstalten machten, aufeinander zuzugehen.

Vieles änderte sich im Jahr 1922, nach dem kurzzeitig drohenden Bruch der ERD unter der Regierung Briand. Wir hatten bereits gesehen, daß der ERD-Vorsitzende François Arago zur Wiederbelebung des *Bloc National* und zur außerparlamentarischen Konzertierung seiner Gruppe eine *Association Républicaine Nationale* (ARN) gegründet hatte¹¹⁶. Ziel war die Vernetzung aller „national-republikanischen“ Kräfte, d.h. von der *Alliance démocratique*¹¹⁷ über die *Action républicaine et sociale* zur FR und ALP, um Konflikte innerhalb des *Bloc National* im Vorfeld, und ohne parlamentarischen Eklat, abwenden zu können und die Wahlen 1924 in nationaler Eintracht vorzubereiten¹¹⁸. Für die Kantonalwahlen

foucauld, und den katholischen ERD-Abgeordneten de Tinguy, Boissard, Maire, Caron, Schuman, Nicolle, Gay. Während de la Rochefoucauld für einen Ausbau der ALP-Strukturen sprach, trat Piou für eine langsame Begrenzung der ALP-Aktivität ein.

¹¹⁴ Der wichtige Brief von Piou an de la Rochefoucauld vom 9.7.1921, in: AN 142, AP 14, ist ausführlich zitiert bei Vavasseur-Desperriers, Culture, S.669: „Les impressions que vous paraissez avoir rapportées de votre voyage ne correspondent pas aux espérances que nous avons connues. Evidemment la politique réaliste prévaut; c'est peut-être avec raison. La politique de Leon XIII. sera défendu théoriquement, oratoirement, c'est déjà quelque chose. L'avenir dira si les affirmations verbales dispensent de l'organisation effective [...]. La réponse à la quatrième question «L'AL doit-elle disparaître» m'a un peu déconcerté. Cette réponse est une autorisation à s'en aller.“

¹¹⁵ Taittinger gehörte im Parlament allerdings der ARS an, ist jedoch seit 1923 Mitglied der FR. Jacques Poitou-Duplessy ist der Bruder des gleichnamigen Bonapartisten aus der Charente, der vor 1914 bei den Nationalisten in der Kammer saß.

¹¹⁶ Die wenigen uns erhaltenen Quellen über diese Honoratiorenversammlung sind ein Polizeibericht (APP, BA 1964), einige Drucke im Nachlaß Marin (AN 317, AP 75), eine Rede im Nachlaß de la Rochefoucaulds (AN 142, AP 14) und das Buch von Edouard Soulier, *Le Bloc Républicain National* (1924).

¹¹⁷ Die AD trug zwischen 1919 und 1926 den Namen *Parti républicain démocratique et social* (PRDS) und hatte Ambitionen, zur großen Sammlungspartei aller bürgerlich-liberalen Kräfte aufzusteigen. Der Einfachheit halber wird sie in dieser Arbeit weiterhin als AD bezeichnet. Zu ihren Ambitionen vgl. Sanson, *l'Alliance démocratique*, in: René Rémond, *La France et les Français*.

¹¹⁸ Ausgeschlossen waren alle „nationaux non républicains et républicains non nationaux“. Von den kleineren Gruppen waren auch die Reformbewegungen von 1919 (Bourgin) und die christlichen Demokraten (Alfred Bour) vertreten. Von der FR saßen Isaac, Tournon, Boivin-Champeaux, Constans, Escudier, François-Marsal, Gourd, Hervey, de Wendel, von der ALP nur de la Rochefoucauld, Bazire, Dufresne, Lafarge und Blaisot im Vorstand. Piou verweigerte auch auf Anfrage eine Spende von 50000 Francs aus dem

1922, die auf Grund ihres lokalen Charakters zuvor stets örtlichen Parteikomitees überlassen worden waren, riefen ANR, FR und ALP sogar zu gemeinsamen Listen und einem konzertierten Wahlkampf auf¹¹⁹. Da sich die *républicains de gauche* der AD schnell von dem Unterfangen zurückzogen, entwickelte sich die ARN zu einem Sammelbecken der Revisionisten, *Progressisten* und Katholiken, wobei personell die FR mit Abstand die meisten Vertreter im ARN-Vorsitz stellte¹²⁰. Die ARN war insofern, trotz ihrer Propaganda, natürlich keine Fortsetzung des *Bloc National*, sondern eher eine Präfiguration der liberal-konservativen FR nach 1924, allerdings strukturell noch auf sehr schwachen Beinen. Der Revisionist Bourgin warf der ARN daher *ex post* auch vor, ein Versuch gerontokratischer Herrschaftswahrung einer Kaste von Honoratiorenpolitikern um Arago und Isaac gewesen zu sein, die keine wahren Impulse in das Land getragen hätte¹²¹. Gerade die zum ersten Mal gewählten jungen Abgeordneten der Provinz scheinen sich also mit dem zögerlichen Vorgehen Aragos und dessen Neigung zu exklusiven Debattierunden ohne organisatorische Vernetzung nicht abgefunden zu haben. In jedem Fall ist festzustellen, daß die Aktivität der ARN das Jahr 1922 kaum überdauerte und nur vor den Wahlen 1924 kurzfristig revitalisiert wurde. Obwohl sie als struktureller Konzertierungsversuch aller gemäßigt rechter Strömungen gescheitert ist, kann dennoch angenommen werden, daß sie, als Nukleus der späteren FR, zum ersten Mal Leute an einen Tisch gebracht hat, die zuvor nur in getrennten Komitees und Zirkeln verkehrt waren. Ein Indiz dafür ist, daß zu Beginn des Jahres 1923 ein erstes *dejeuner* der FR zur Vorbereitung des ersten Nachkriegskongresses im selben Jahr stattfand, bei dem im Hotel Lutetia in Paris nun auch zum ersten Mal diejenigen ERD-Katholiken anwesend waren, die bisher nur im Umfeld der ALP aufgetreten waren¹²².

Es war sicherlich kein Zufall, daß sich nur wenige Tage nach der Ruhrbesetzung und der offensichtlichen Eintracht der ERD im Parlament zum ersten Mal auch außerparlamentarisch *progressistische* und katholische Strukturen amalgamierten. Die internationale Lage und die parlamentarische Situation hatten eine günstige Atmosphäre für diese Entwicklung geschaffen, die obendrein noch von dem Umstand begleitet wurde, daß die ARN ein gutes Stück an organisatorischer und

Vermögen der ALP für die ANR. Brief Salvettis an de la Rochefoucauld vom 8. 11. 1921, in: AN 142, AP 14. Die ANR richtete ein Dokumentationszentrum 20, Boulevard Montmartre ein, das allerdings nur 2 Traktate edierte, einmal eine Auflistung der Erfolge des *Bloc National* (*L'Œuvre de la Chambre et la politique du Bloc National Républicain*) und den Aufruf *Aux républicains de France*.

¹¹⁹ Für die *Progressisten* Bonnefous in *La République Française* vom 13. 4. 1922 und Isaac im *Echo de Paris* vom 20. 4. 1922. Für die ALP *La Libre Parole* vom 30. 4. 1922.

¹²⁰ Zuvor war der im vorigen Kapitel erwähnte Versuch Jonnarts gescheitert, einen *Inter-groupe républicaine* zu gründen, die von den rechten Radikalen bis zum linken Flügel der ERD (74 Abgeordnete) reichen sollte, unter Ausschluß aller ERD-Abgeordneten, die die Laizität nicht anerkannten. Die ERD bewahrte ihre Einheit und fand zu innerer Kohäsion zurück, vgl. *La Libre Parole* vom 16. 6. 1921, *La Croix* vom 16. 6. 1921, *Le Temps* vom 26. 6. 1921.

¹²¹ Zitiert bei Vavasseur-Desperriers, *Culture*, S. 182ff.

¹²² Dazu gehörten Plichon, Blaisot, Caron, Desjardins, Maire, de Monicault, Ancel, de Tinguay u. a. Vgl. *Bulletin de la FR* vom Februar 1923.

zwischenmenschlicher Vorarbeit geleistet hatte¹²³. Ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zur liberal-konservativen Partei war sicherlich die Tatsache, daß seit Januar 1922 der mehrmalige Minister und FR-Abgeordnete Auguste Isaac die Führung der FR übernommen hatte. Isaacs katholische Wurzeln waren bekannt und sein Engagement für die Familienpolitik stieß auf großen Rückhalt bei vielen ALP-Katholiken. Als republikanischer Katholik und überzeugter Liberaler war er also ein idealer Mann des Ausgleichs zwischen *Progressisten* und Katholiken¹²⁴. Es überrascht daher kaum, daß auf dem zwei Monate später stattfindenden ersten Jahreskongreß der FR nach dem Krieg nicht nur altgediente *Progressisten*, sondern nun auch katholische Neulinge die Ausarbeitung von Programmberichten übertragen bekamen: De Tinguy und Bellet repräsentierten dabei den liberalen Flügel der ALP, Taittinger und Villeneau den bonapartistischen. Umgekehrt scheint die ALP bis zum Sommer 1923 in ein wahres Vakuum gefallen zu sein, da erst im Juli 1923 eine Vorstandssitzung beschloß, die Partei überhaupt weiterzuführen¹²⁵. Trotz dieser Bekundung dürfte es wohl realistischer sein, von der ALP ab Frühjahr 1923 als von einem Kopf ohne Körper zu sprechen, da nur das Pariser Zentralkomitee um Xavier de la Rochefoucauld weiterhin aktiv war, während die Provinzverbände, die einstmals die Basis der „Volksaktion“ ausgemacht hatten, immer mehr zur FR übergingen¹²⁶. In den ehemaligen Hochburgen der ALP im Zentralmassiv hatten sich *Progressisten* und Katholiken bereits zu einer schlagkräftigen *Fédération républicaine et sociale* zusammengeschlossen¹²⁷, und auch der römische Nuntius Ceretti schien auf ein Zusammengehen mit den *modérés* hinzuarbeiten¹²⁸.

Vor den Wahlen 1924 hatte sich also die alte *progressivistische* FR um diejenigen katholischen Elemente erweitert, die im Parlament auch in die ERD eingetreten waren. Deshalb hatte weder die ALP noch der an sie angegliederte Vereinskatholizismus aufgehört zu existieren, aber es war ein entscheidender Schritt auf einer personellen Ebene vollzogen worden, um aus der liberal-konservativen *Sammlung* eine liberal-konservative *Partei* zu machen. Der Wahlkampf wurde von einem Block aller nationalen Republikaner geführt, zu dem die ALP zwar als unabhän-

¹²³ Darauf weist Soulier, *Le Bloc Républicain National*, S. 14, hin: „Par la place fait désormais dans la majorité républicaine à l'ALP, c'est-à-dire aux républicains faisant profession d'être catholiques, était consacré un double fait d'une portée sans mesure: le cléricalisme était mort en France et les catholiques pratiquants faisaient état de la laïcité acquise de l'État.“

¹²⁴ Er selbst beklagte allerdings die Lethargie der Mitglieder: „C'est un parti sans consistance“, Eintrag vom 20. 4. 1922, Isaac, *Carnets*, S. 364, konzidierte aber: „Ma réputation de catholique est même utile à tous ceux qui, tout en tenant à être républicains, ne veulent à aucun prix des lois laïques.“ Eintrag vom 12. 7. 1924, *Carnets*, S. 384.

¹²⁵ So Louis Ollivier im *Bulletin de l'ALP* vom 15. 7. 1923.

¹²⁶ Ein sehr detaillierter Bericht der *sûreté* vom Juli 1923 spricht von der ALP als „ombre d'elle-même“, der nur dem Namen nach noch existiere. „Elle n'exerce plus aucune action, ni même aucune influence politique, ne dispose plus de comités“, in: AN, F/7 12952.

¹²⁷ Unter dem Vorsitz des FR-Abgeordneten François-Marsal umfaßte sie die Départements Aveyron, Cantal, Haute-Loire und Puy-de-Dôme.

¹²⁸ So in dem in Anm. 126 zitierten Bericht der *sûreté*: „Il semble bien que le haut clergé de province juge sans avantage pour lui et les catholiques, la reconstitution d'un groupement, affectant les allures d'un parti catholique. Dans l'esprit de la majorité des évêques et du nonce [...] cette tactique (soutenir de préférence des groupements politiques modérés) permettrait d'espérer qu'aux avantages déjà obtenus [...] viendront s'en ajouter encore.“

gige Partei gehörte, deren eigentlicher Motor aber die FR gewesen ist¹²⁹. Sie verfügte seit kurzem mit dem kriegsverwundeten Jean Guiter, einem ehemaligen ALP-Mann aus Savoyen, über einen sehr ehrgeizigen jungen Generalsekretär, der zielstrebig auf eine parlamentarische Rechtspartei, eine Art französischer Tory-Party, hinarbeitete¹³⁰. Während Pious Versuch, eine eigene ALP-Liste 1924 für die Wahlen aufzustellen, scheiterte¹³¹, gelang es Guiter in vielen Departements, eine „nationale“ Liste aus *Progressisten* mit Katholiken zustande zu bringen, bzw. zumindest eine Konfrontation zwischen Katholiken und *Progressisten* zu vermeiden¹³². Zuvor hatte auch Xavier de la Rochefoucauld, als Vertreter des liberalen Flügels der Katholiken, in einem Rundbrief alle Katholiken dazu aufgerufen, sich der „parti de l'Ordre“, d. h. dem *Bloc National*, gegen die „folie furieuse et antipatriotique des partis d'extrême-gauche“ anzuschließen und „d'oublier leurs préférences personnelles, pour ne voir que l'intérêt supérieur de leur foi et de la patrie“¹³³. Infolgedessen war der FR-Jahreskongreß im April 1924 – kurz vor den Wahlen – durch eine erweiterte Präsenz der Katholiken gekennzeichnet, die mit den Kongreßberichten von Victor Constants und Louis Duval-Arnauld zum ersten Mal auch sozialkatholische Elemente in das Parteiprogramm einbrachten¹³⁴.

¹²⁹ Wie eine von Vavasseur-Desperriers, *Culture*, S. 190, zitierte Notiz von Jean Guiter beweist, gehörten der FR 136 Abgeordnete an, darunter 119 bei der *Entente*. Dies zeigt, daß nicht alle ERD-Abgeordneten bereits 1924 in die FR eingetreten waren, manche, wie der General de Castelnau oder Arago, sollten dies auch nie tun.

¹³⁰ Guiter war ein Vetter des *progressistischen* Abgeordneten Delachenal und hatte sich mit 17 freiwillig an die Front gemeldet. Mit 19 Jahren war er bereits Hauptmann und *Chevalier de la Légion d'honneur*, vgl. Vavasseur-Desperriers, *Culture*, S. 231. Er stellte als einer der ersten innerhalb der FR den Typus des Berufspolitikers dar, der – wie Max Weber es beschrieb – die Partei als Interessenbetrieb sah, Geldmittel sammelte und die Programm- und Kandidatenwahl vom Parlament und den Honoratioren auf Parteitage verlegte, die er mit Hilfe einer Parteimaschine organisierte, vgl. Weber, *Herrschaftssoziologie*, S. 58–62.

¹³¹ So ein Bericht vom 1. 2. 1924, in: AN, F/7 12952, über die ALP-Vorstandssitzung. Nach dem Scheitern dieser Initiative einigte sich der ALP-Vorstand darauf, die „attitude modérée et ferme“ fortzusetzen, d. h. eine Allianz mit den *Progressisten* unter der Beibehaltung der Forderung „liberté pour tous“, inklusive der Kongregationen, einzugehen. Dazu eine Notiz de la Rochefoucaulds von 1924, in: AN 142, AP 14. Das große Vermögen der ALP sollte jedoch zu keiner Zeit der FR übertragen werden, sondern wurde 1935 an die FNC de Castelnau überwiesen.

¹³² Illustrativ dazu der Brief eines katholischen Wählers aus Nancy vom 18. 5. 1924 an Marin: „Nous avons confiance en vous pour défendre les droits religieux et nationaux“, und der eines Curé aus Bruley: „Nous avons en bloc voté pour votre liste.“ Beide Briefe in: AN 317, AP 239. Zu Konfrontationen mit konservativ-katholischen Listen kam es im Bouches-du-Rhône gegen de Magallon, in Maine-et-Loire gegen d'Audigné, sowie im Cher und im Gard, wo liberal-konservative Kandidaten gegen die klassische Rechte antraten, vgl. eine Zusammenfassung bei Vavasseur-Desperriers, *Culture*, S. 208ff.

¹³³ Der Rundbrief de la Rochefoucaulds vom Februar 1924 ist erhalten in: AN 362, AP 149. Als dezidiert katholische Forderungen verlangte er nur „des idées d'apaisement“, katholische Kandidaten auf den Wahllisten und eine „Union Nationale pour la Paix Religieuse“. Mit keinem Wort erwähnte er Forderungen nach der Revision der Laizität.

¹³⁴ Vgl. die Besprechung des Kongresses bei Vavasseur-Desperriers, *Culture*, S. 198ff. Duval-Arnauld sprach zu genossenschaftlichen Elementen, die bisher bei den liberalen *Progressisten* nicht behandelt wurden.

Außerparlamentarische Mobilisierung I: Die Ligue Millerand und die Fédération Nationale Catholique

Das Jahr 1924 stellt mit den Wahlen und dem erdrutschartigen Wahlsieg des Linkskartells aus Sozialisten und Radikalen einen entscheidenden Einschnitt nicht nur in der Geschichte Frankreichs, sondern auch in der liberal-konservativen Sammlung dar. Hatte diese noch im Mai 1924 eine Stärkung des bürgerlich-nationalen Lagers in den Wahlen erwartet, mußte sie mit Erschrecken eine fast alle Departements ergreifende Niederlage ihrer Wahllisten konstatieren. Prominente ERD-Politiker wie Isaac, Arago oder der General de Castelnau, die 1919 mit ihrer kompletten Liste gewählt worden waren, fielen nun ebenso komplett durch; manche *progressistischen* Hochburgen wie die Rhône oder das Zentralmassiv stellten nur noch wenige oder gar keine „nationalen“ Abgeordneten mehr. Die Wahlen waren landesweit als Konfrontation eines linken und eines „nationalen“ Blocks geführt worden, dennoch setzte sich die Unterschiedlichkeit der Listen von 1919 fort, wobei festgestellt werden kann, daß die Bündnisse der ERD/FR-Abgeordneten mal nach rechts und mal nach links orientiert waren. Im bretonischen und normannischen Westen trat man in der Regel auf einer Liste mit der klassischen Rechten um die alten Aristokraten an und konnte seine Positionen wahren; in den industrialisierten Departements Manche, Seine-Inférieure und im Norden und Osten konstituierte man mit unterschiedlichem Erfolg mit den bürgerlichen *républicains de gauche* antiradikale Wahllisten. Im südlichen Gard oder Bouches-du-Rhône einigte man sich mit allen antisozialistischen Parteien auf Wahllisten, allerdings ohne Erfolg, weil sich daneben eine monarchistisch-katholische Liste der *Blancs du Midi* halten konnte, die viele Katholiken für sich gewann. Besonders schlecht erging es den rein liberal-konservativen Listen, die in Savoyen, dem Zentralmassiv und dem Südwesten gebildet worden waren und die allesamt bittere Niederlagen erlitten¹³⁵. Als Ergebnis wurden von 161 ERD-Abgeordneten¹³⁶ im Mai 1924 nur 77 wiedergewählt, d. h. weniger als die Hälfte¹³⁷, wovon sich zehn, hauptsächlich aus dem Elsaß, der Fraktion des neugegründeten *Parti Démocrate Populaire (PDP)*, dem Versuch einer christlichen-demokratischen „Volkspartei“, anschlossen. Aus den verbleibenden 67 konstituierte sich mit 4 Überläufern der ARS und 33 Neugewählten, also insgesamt 104 Abgeordneten, die Nachfolgerin der ERD, die sich zur Unterstreichung der inneren Einheit nun *Union Républicaine Démocratique (URD)* nannte¹³⁸.

¹³⁵ Schwerpunkte der Niederlagen waren die Departements Isère, Savoie, Haute-Savoie, Tarn, Tarn-et-Garonne, Aveyron, Haute-Loire, und auch die Gironde, wo die Wahlallianz des *Clemencisten* Mandel mit dem Kleriker Abbé Bergey gegen eine radikale und eine weitere bürgerliche Liste um Alfred Capus antreten mußte.

¹³⁶ Die Zahl war zusammengeschrumpft durch den Tod mancher Abgeordneter (Barrès, Bazire), dem Austritt einiger weniger (Rollin, Chambrun) und dem Übertritt anderer in den Senat.

¹³⁷ 61 waren in den Wahlen geschlagen worden, 23 hatten sich zuvor schon zurückgezogen. Vgl. Vavasseur-Desperriers, *Culture*, S. 205.

¹³⁸ Der fließende Übergang von ERD in URD und FR wird auch von Jean Guiter in *La Nation* vom 10. 3. 1928 betont.

Die eigentliche Bedeutung der Wahlen 1924 lag jedoch nicht in der katastrophalen Niederlage des bürgerlich-nationalen Lagers, sondern in der mit besonderer Sorgfalt und quasi-religiösen Ritualen inszenierten Politik, mit der das Linkskartell seine Regierungszeit begann. Die Absetzung des als autoritär verschrieenen Präsidenten Millerand¹³⁹, die feierliche Überführung des Leichnams von Jaurès ins Pantheon, die Beschwörung der parlamentarisch-laizistischen Tradition der Republik, alles dies war Ausdruck einer politischen Kultur, die dezidiert mit dem Nachkriegskonsens des *Bloc National* und seiner militärisch-soldatischen Färbung (*Bleu horizon*) brechen wollte. Als eine der ersten Maßnahmen sollten daher auch die Errungenschaften des *Bloc National* auf religiösem Gebiet, die Vatikanbotschaft, der Sonderstatus Elsaß-Lothringens und die Tolerierung der Kongregationen, abgeschafft werden. Alle Verkörperungen dessen, was oben als liberale Laizität beschrieben worden ist, sollten zugunsten des jakobinischen Ideals der laizistischen „*République une et indivisible*“ verschwinden¹⁴⁰.

Angesichts dieser Programmatik und der Teilhabe der Sozialisten an der Regierungsmehrheit – ohne Minister freilich – kam es zu einer Mobilisierung und Politisierung des katholisch-nationalen Bürgertums und der Bauernschaft, wie sie Frankreich noch nicht erlebt hatte. Diese wurde noch verstärkt durch die Tatsache, daß das Bürgertum das Vertrauen in die staatlichen Finanzen verlor und sich seine „*bons*“ der staatlichen *Trésorie* wieder zurückzahlen ließ, wodurch wiederum eine Inflationsspirale in Gang gesetzt wurde. Hatten bisher lockere Zirkel der Honoratioren als quasi-parteiliche Strukturen in den ländlich-kleinstädtischen Gebieten Frankreichs genügt, um den politischen Willen der besitzenden bürgerlichen und bäuerlichen Schichten im Parlament zu vertreten, so offenbarte sich nun die Insuffizienz dieses dem 19. Jahrhundert verpflichteten Politikmodells der *modérés*. Die straff organisierte und programmatisch disziplinierte SFIO hatte gemeinsam mit den Radikalen ein Programm ausgearbeitet und verabschiedet, gegen das die wenig konzertierte und ohne strukturelle Verbindung zur Bevölkerung arbeitende Opposition machtlos war. Aus diesem Grund setzte sich bei führenden Politikern der Opposition, aber auch in den bürgerlich-nationalen Bevölkerungskreisen selbst, die Überzeugung durch, nur eine außerparlamentarische Sammlungsbewegung mit Aktivisten und Propaganda könne das Linkskartell stoppen und die eigenen Reihen schließen. Wegen der immer noch gärenden religiösen Frage in den Reihen der nationalen Republikaner entwickelten sich zwei Ausformungen dieser Sammlungsbewegung, die parallel operieren sollten¹⁴¹: auf politi-

¹³⁹ Millerand hatte als erster Staatspräsident seit Mac-Mahon in die Tagespolitik eingegriffen und die Regierungskoalition des *Bloc National* im Wahlkampf unterstützt. Sein energisches Eintreten für eine Aufwertung der Rolle des Staatspräsidenten führte dazu, daß sich die Kartellmehrheit nach dem Wahlsieg weigerte, Millerand im höchsten Staatsamt zu tolerieren. Vgl. Raithel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus, S.382-388 und 435f.

¹⁴⁰ Es kann kein Zweifel bestehen, daß neben der politischen Kultur der Radikalen auch funktionale Überlegungen eine Rolle spielten, denn im Linkskartell gab es große innere Differenzen über die soziale Frage, die mit diesen Maßnahmen kaschiert werden sollten, vgl. Berstein, Parti radical, Bd. 1, S. 376-386.

¹⁴¹ Dies legt der wichtige Eintrag von Baudrillart am 6.11.1924 nahe, der von einem Gespräch de Castelnau mit Millerand über eine konzertierte Aktion berichtet, Baudrillart,

schem Gebiet, d.h. vor allem in der Außen- und Wirtschaftspolitik, sollte die *Ligue Républicaine Nationale* (LRN) um den abgesetzten Staatspräsidenten Millerand das Kartell bekämpfen; auf religiösem Gebiet sollte eine Organisation der Katholiken, die *Fédération Nationale Catholique* (FNC) des Generals de Castelnau, die Kartellmaßnahmen torpedieren.

Bürgerliche Mobilisierung gegen das Linkskartell:
Die Ligue Républicaine Nationale (LRN)

Wenden wir uns zunächst der LRN zu. Die LRN entwickelte sich im Sommer 1924 als *antikartellistische Sammelbewegung* bzw., wie sie sich schnell bezeichnete, als Ordnungspartei (*parti de l'ordre*), im Umfeld des aus den Pyrenäen stammenden Abgeordneten Emmanuel Brousse und des abgesetzten Staatspräsidenten Alexandre Millerand¹⁴². Sie unterschied sich in ihrer Zielsetzung, in ihren Methoden und ihrer Aktivität von den herkömmlichen politischen Organisationen der *modérés* in mehrfacher Hinsicht. Zunächst lag ihr das Bekenntnis zugrunde, nicht als politische Partei ein eigenes positives Programm zu entfalten, sondern lediglich durch Propaganda und persönlichen Einsatz der Aktivisten die geplanten Maßnahmen der Kartellregierung zu konterkarieren und zu verhindern¹⁴³. Deshalb sah sie sich auch nicht als Ergänzung, sondern als Bindeglied der existierenden „nationalen“ Parteien und Gruppierungen. Vor allem Millerand legte großen Wert darauf, daß die religiöse Frage, die immer noch den wichtigsten Konfliktpunkt im bürgerlichen Lager zwischen der AD und der FR bildete, im Sinne der liberalen Laizität von 1919 gelöst würde, d.h. unter Annahme der Laizität bei einer sehr liberalen Auslegung derselben¹⁴⁴. Nur so konnte ein gemeinsames Vorgehen gegen die Kartellregierung gewährleistet werden.

Carnets, S. 908. Auch der deutsche Botschafter Hoesch hatte von einem Zusammengehen der LRN mit den „Kampfklerikalen“ der FNC gehört. Sein Bericht vom 23. 12. 1924 in PA/AA, R 70699; auch Isaac, Carnets, S. 389, spricht am 23. 11. 1924 vom „secours mutuel“ beider Ligen.

¹⁴² Vgl. die drei im Nachlaß Millerand erhaltenen Briefe von Brousse an Millerand vom 26. 9. („Installation est faite!“), 8. 10., 16. 10. 1924, in: AN 470, AP 87, und den Brief des AD-Sekretärs Mamelet an Millerand am 22. 8. 1924, in: AN 470, AP 88. Zur LRN als antikommunistischer Sammelbewegung vgl. auch Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 278ff., und allgemein Farrar, Principled Pragmatist, S. 383–387.

¹⁴³ So der Brief des kranken Isaac an Millerand vom 17. 12. 1924: „Vous avez répondu que vous ne compreniez pas le comité comme une émanation parlementaire des différents partis en quoi je suis complètement d'accord avec vous. Je ne demande pas un siège de droite pour la Fédération, mais regrettant [...] l'état de ma santé [...] je souhaite d'y être remplacé par M. Hervey.“ In: AN 470, AP 104, ausführlich als Dokument 13 im Anhang. Über die Aktionsform *Ligue* vgl. Berstein, La ligue, S. 85ff.

¹⁴⁴ Vgl. die handschriftliche Notiz Millerands auf dem Entwurf seiner Rede im Luna Park 1924: „L'Action libérale me fait savoir qu'elle aimerait entendre quelque chose comme cela: Paix religieuse [...] il importe d'harmoniser, dans la pratique, les exigences laïques que nul ne peut heurter et les libertés religieuses que nul ne peut méconnaître sans injustice [...]. Tous les Français ayant les mêmes devoirs envers leurs patrie, la patrie doit leur reconnaître à tous les mêmes droits.“ Vgl. ebenso die oben zitierte Überarbeitung der ersten sehr laizistischen Fassung des LRN-Entwurfs durch Millerand, in: AN 470, AP 89. Millerand zögerte auch nicht, vor der *Union chrétienne des jeunes gens* eine Rede ge-

Auch in ihren *Methoden* unterschied sich die LRN deutlich von den parteipolitischen Gruppen. Die Gründung der Departementalverbände erfolgte nach einem zentralistischen Prinzip, d. h. durch die Führung in Paris, die in jede Region bestimmte Delegierte zum Aufbau der LRN-Komitees entsandte¹⁴⁵. Zur Mobilisierung der bürgerlich-nationalen Kräfte sollten dabei ausdrücklich nicht nur bereits existierende Parteiverbände herangezogen werden, sondern auch alle möglichen vorpolitischen Organisationen wie die Bürgerwehren der *Unions civiques*, katholische Bauernverbände, nationale Gewerkschaften oder der örtliche Veteranenverband¹⁴⁶. Gleichfalls war es ein Novum, daß die *Ligue* zur Entwicklung eines Ordnungsdienstes auch Jugendverbände gründete, unter denen die *Jeunesses républicains* von Brousse mit allein 1000 Mitgliedern in den Ost-Pyrenäen herausragten¹⁴⁷. Diese neuartigen Organisationsformen der politischen Agitation brachen mit allen Traditionen, die der Honoratiorenparlamentarismus der *modérés* im bürgerlichen Lager Frankreichs verankert hatte¹⁴⁸. Obwohl sich die LRN als „unpolitische“ *Ligue* verstand¹⁴⁹, zeigten sich hier zum ersten Mal Ansätze einer für das 20. Jahrhundert typischen Mitgliederpartei, die nicht nur die weltanschaulichen Gräben im bürgerlich-nationalen Lager, sondern auch dessen honoratiorenpolitische Organisationsformen hinter sich ließ. Sie erreichte binnen eines Jahres immerhin eine Mitgliederzahl von etwa 300 000. Auf Grund dieses innovativen Charakters der LRN zögerten zunächst auch die beiden etablierten Parteizentralen der AD und der FR, geschlossen der LRN beizutreten, da sie sehr wohl die schöpferische Kraft und Dynamik dieser Bewegung erkannten und eine Absorption fürchteten¹⁵⁰.

gen die Abschaffung der Vatikanbotschaft zu halten, wofür er vom Sozialkatholiken Georges Goyau gelobt wurde, Brief an Millerand vom 17. 11. 1924, in: AN 470, AP 103.

¹⁴⁵ Brief Brousses an Millerand vom 4. 6. 1925: „Rien ne doit être fait au point de vue de la détermination des régions ni de la désignation des délégués qu’après décision du Comité Directeur“, in: AN 470, AP 87. Es wurden Delegierte in die Städte Grenoble, Amiens, Rennes, St. Etienne, Marseille und Toulouse geschickt, darunter ehemalige ERD-Abgeordnete wie Taurines oder Villeneau.

¹⁴⁶ Für die *Unions civiques* vgl. den begeisterten Brief eines Bürgermeisters aus dem Departement Somme vom 17. 12. 1924, der in „*bon ordre*“ gegen die roten Fahnen marschieren wollte; für nationale Arbeiterverbände vgl. den Brief der *Union des Syndicats Nationaux* du Rhône vom 6. 1. 1925; für einen katholischen Bauernverband vgl. den Brief des Abbé Patuel vom 12. 10. 1924 aus Haute-Savoie, der mit seiner *Fédération agricole* beiträt, alle Briefe in: AN 470, AP 89.

¹⁴⁷ Über die im November 1924 gegründete Gruppe vgl. *Le Canigou*, Organe de la Démocratie vom 23. 1. 1926.

¹⁴⁸ Innerhalb eines Jahres hatte die LRN 249 Konferenzen in 68 Departements gehalten, 368 Lokalverbände aufgestellt, darunter in allen 20 Arrondissements von Paris, 300 000 Mitglieder gesammelt und 3 Millionen Traktate verteilt. Bericht Brousses vom Juni 1925, in: AN 470, AP 89.

¹⁴⁹ Unpolitisch im dem Sinne, daß sie keine „Partei politik“ betreiben wollte, vgl. den Brief Jacques Bardoux’ an Millerand vom 26. 9. 1924, in: AN 470, AP 87.

¹⁵⁰ Die AD trat als Ganzes nicht bei, ihr Chef Jonnart wollte sogar verhindern, daß einzelne Mitglieder des rechten Flügels wie Ratier, Reynaud und Reibel der LRN beitreten, vgl. Brief Brousses an Millerand vom 1. 11. 1924, in: AN 470, AP 89, dort auch Brief Mamelets an Millerand vom 29. 10. 1924 (Die AD hat jedoch die Doppelmitgliedschaft ihrer Mitglieder erlaubt). Auch Isaac bestand auf der „*pleine liberté*“, die sich die FR

Ferner überwand auch die *Aktivität* der LRN viele Traditionen des bürgerlich-nationalen Lagers. Es kann kein Zweifel bestehen, daß ihre mobilisierende Kraft vor allem in der Präsentation eines autoritär auftretenden Mannes lag, der in der Nachfolge Clemenceaus das Geschick Frankreichs in die Hand zu nehmen versprach¹⁵¹. Millerand plante zwar keinen Staatsstreich und blieb zeit seines Lebens ein Republikaner, er repräsentierte aber *in persona* einen parlamentskritischen und autoritär auftretenden Führungsstil, der, wie ein in seinem Nachlaß aufgefundenes Dokument beweist, auch vor dem Einsatz seiner Truppen als Waffe gegen kommunistische Generalstreiks nicht zurückschreckte¹⁵². Ziel der LRN war es, notfalls auch gegen das staatliche Gewaltmonopol „Ordnung“ zu schaffen. Da es zu einem solchen Notfall nicht kam, muß Hypothese bleiben, ob Millerand seine Truppen wirklich mobilisiert hätte. Erwiesenermaßen hatte er aber den Focus seiner Aktivität vom Parlament auf die politische Öffentlichkeit und die Straße verlegt und damit einem neuen Politikstil den Weg geebnet. So war auch die Aktivität der LRN zuvörderst auf regelmäßige Konferenzen und Propaganda konzentriert, die das ganze Jahr über stattfanden, auch wenn keine Wahlen anstanden. Die Dauerhaftigkeit und Intensität dieser Veranstaltungen, die gut organisiert und mit eigenen Saalordnern durchgeführt wurden, verliehen der LRN bisweilen sogar einen antirepublikanischen Charakter, auch wenn sie diesen *a priori* nicht hatte¹⁵³. Obwohl sie an die Abgeordneten unter ihren Mitgliedern die Devise ausgab, sie

wahre, wenn sie der LRN beitrete, Brief an Millerand vom 17. 12. 1924, in: AN 470, AP 104. Auf Grund der raschen Organisation der LRN-Verbände in der Provinz verlangten die beiden Generalsekretäre der AD, Mamelet, und der FR, Guiter, Zugang von Brousse zu den LRN-Dossiers. Offenbar befürchteten sie ein Abgleiten ihrer Lokalverbände. Brief Brousses an Millerand vom 26. 12. 1924, in: AN 470, AP 89.

¹⁵¹ Die zahlreichen Beitrittsbriefe im Nachlaß Millerand haben alle den Grundtenor, daß ein „parti de l'ordre“ einen „homme énergique“ brauche, in: AN 470, AP 88. Auch ein republikanischer Abgeordneter wie Maurice Schwob schrieb an Brousse am 24. 9. 1924: „Le Chef? Ce n'est pas Poincaré qui n'a fait preuve d'aucune des qualités morales d'un chef de parti [...] c'est Millerand.“ Der Nachfolger Millerands, Maginot, betonte gegenüber Poincaré am 7. 10. 1924, daß er diese personale Ausrichtung der LRN nicht schätze: „Je n'hésite pas à dire qu'elle se constitue dans les conditions contraires à mes sentiments. Je vous avez dit que je demanderais que M. Millerand n'en fut pas nommé président [...] d'une entreprise qui apparaîtra comme ayant un caractère personnelle.“ In: BN, NAF Papiers Poincaré 16008.

¹⁵² Dieses gemeinsam mit de Castelnau ausgearbeitete Programm sah die Bewaffnung von Bürgerwehren als Unterstützung von Militär und Polizei vor. Es distanzierte sich aber ausdrücklich vom Einsatz dieser Truppen im politischen Kampf: „Si on emploie le groupement de combat à peser sur l'action politique, c'est le fascisme, avec tous ses inconvénients.“ In: AN 470, AP 87. An ein gewaltbereites Mitglied in Nantes schrieb Millerand am 20. 1. 1925: „J'estime que la ligue commettrait une grave erreur en envisageant la violence comme pouvant être un moyen efficace et fécond d'action“, in: AN 470, AP 88.

¹⁵³ Zu ihren Mitgliedern gehörte auch Anfangs ein protofaschistisches Klientel, z. B. der sich selbst als Reaktionär betitelnde Vizeadmiral Berrenger, der an Millerand am 10. 12. 1924 schrieb: „Je pense fermement [...] que notre méthode gouvernemental est incapable de nous donner la sécurité, l'ordre, la prospérité.“ In: AN 470, AP 88. Im Januar 1925 kursierten bei der Pariser *sûreté* Berichte, wonach junge Berufsoffiziere aus der Kriegsschule St. Cyr, alle Mitglieder der LRN, planten, das Lokal der kommunistischen Zeitung *L'Humanité* zu stürmen, in: AN, F/7 12953.

mögen sich den parlamentarischen Sitzungen entziehen und statt dessen Propagandakonferenzen abhalten¹⁵⁴, griff die LRN doch zu keinem Zeitpunkt öffentlich das parlamentarisch-republikanische System im Grundsatz an.

Ein weiterer wichtiger Unterschied zu den herkömmlichen Parteien war, daß die LRN die Notwendigkeit eines *nationalen Massenblattes* erkannte, das ein Pendant zur sozialistischen *L'Humanité* oder zum radikalen *Le Quotidien* bilden konnte. Keine große Tageszeitung repräsentierte für sich allein alle Strömungen der bürgerlich-nationalen Opposition, selbst die ERD und die FR waren bis dato in der Presselandschaft nicht gemeinsam vertreten, sondern hatten verschiedene Tagesblätter als Sprachrohr¹⁵⁵. Mit dem Kauf von *L'Avenir* und *La Liberté* sollte diesem Zustand ein Ende gesetzt werden, und die LRN wendete erhebliche Teile ihres Vermögens dafür auf, die beiden Blätter als wichtigste Oppositionszeitungen auflagenstark zu plazieren¹⁵⁶. Darüber hinaus sollte mit fünf großen regionalen Zeitungen, sowie mit nicht weniger als 640 (!) daran angegliederten Lokalzeitungen, jede Kommune Frankreichs erreicht werden und am besten sogar über einen eigenen, mit der jeweiligen Zeitung in Kontakt stehenden Repräsentanten der LRN verfügen.¹⁵⁷ Dieser Anspruch propagandistischer Expansion und Durchdringung des Landes sprengte jeden bekannten Rahmen von Wahlkampagnen und Mobilisierungsversuchen, die das bürgerliche Lager Frankreichs je zustande gebracht hatte. Insofern kann die innovative Kraft der LRN kaum überschätzt werden: als bürgerlich-nationaler Ordnungsbund gelang es ihr, nicht nur punktuell vor den Wahlen, sondern strukturell und dauerhaft ein bestimmtes Milieu zu mobilisieren und an sich zu binden. Wie noch zu zeigen sein wird, war dies eine entscheidende Errungenschaft, die sie an die FR vererben sollte.

Programmatisch knüpfte die LRN deutlich an die nationalistische, revisionistische und antikommunistische Thematik des Jahres 1919 an, weil sie damit am besten mobilisieren und ihre internen Differenzen überdecken konnte. Da sie kein positives Programm hatte, bestanden die Reden Millerands und der Provinzdelegierten in der Regel aus rhetorisch aufgeblähten Tiraden gegen Herriot, den Steigbügelhalter des Kommunismus, und das Linkskartell, das Deutschland zuarbeitete.

¹⁵⁴ So ein Polizeibericht vom 26. 3. 1925 in: AN, F/7 12953.

¹⁵⁵ Den *progressistischen* Flügel repräsentierte die *République Française*, den katholischen der *Echo de Paris*. Einen eher liberal-opportunistischen Kurs fuhr der *Journal des Débats*, während die Nationalisten vom *Intransigéant* unterstützt wurden. Darüber hinaus gab es noch die rein katholische *Libre Parole* und die gemäßigt republikanische *Liberté*.

¹⁵⁶ Allerdings lief die Presseinitiative nur schleppend an, vgl. den *Compte-Rendu* von Brousse 1925: „Il faudrait aux républicains nationaux un organe populaire.“ In: AN 470, AP 89. Allein die *Liberté* wurde im September 1924 mit 300 000 Francs bezuschußt.

¹⁵⁷ Die fünf Regionalzeitungen waren *Le Nouveau Journal de Lyon*, *Le Bien Public (Dijon)*, *Le Télégramme du Pas-de-Calais*, *Le Journal de Rouen*, *Le Havre Eclair*. Von diesen fünf Regionalzeitungen sollten Artikel in die Presse des Westens, des *Centre* und des Südwestens weitergeleitet werden. Berichte über die Provinzpresse finden sich in den erhaltenen *Rapports de la Quinzaine*, die Brousse für Millerand verfaßte. Ein Brief des Chefredakteurs des *Télégramme du Pas-de-Calais*, Equoy, vom 2. 5. 1925, zeigt, daß es mangels fester LRN-Strukturen das Büro seiner Zeitung war, das in 700 Kommunen Propaganda betrieb, in: AN 470, AP 87.

Allein eine Reform der Verfassung, die die Autorität der Exekutive stärke, eine nationale Außenpolitik und die Herstellung eines Haushaltsgleichgewichts könnten den Ruin Frankreichs verhindern¹⁵⁸. Die LRN war als außerparlamentarischer Bund nicht dazu gezwungen, diese Aussagen zu präzisieren, und vermied interne Debatten, die auf Grund der Disparität ihrer Mitglieder unweigerlich aufgetreten wären, indem sie ihre Aussagen äußerst vage hielt. Der rhetorisch abwägend-deliberative Stil, der die *modérés* noch gekennzeichnet hatte, war nun zugunsten von propagandistischer Kampfrhetorik, die nur auf die eigenen Anhänger zielte, aufgegeben worden. Die LRN profitierte so durch ihre Propaganda von der durch wachsende Inflation geschürten Unsicherheit eines Bürgertums, daß mit Schrecken die roten Fahnen in Paris vor dem Pantheon gesehen hatte, als der Leichnam von Jaurès dorthin überführt wurde. Dieses Bürgertum mußte zum ersten Mal erkennen, daß die industrielle Modernisierung weitaus fundamentalere innergesellschaftliche Gegensätze provozieren konnte, als es noch der Kulturkampf des 19. Jahrhunderts vermocht hatte. In den Anfangswochen der LRN war der Zulauf an Neumitgliedern daher erheblich, manche Delegierte berichteten von 200 Personen täglich, so daß nach dem ersten Auftritt Millerands im Dezember 1924 die *Ligue* auf über 300 000 Mitglieder herabblicken konnte. Damit erreichte sie den höchsten Mitgliederbestand, den je eine französische Partei oder *Ligue* bis dato für sich reklamieren konnte.

Obwohl die Inflationskrise die öffentliche Unzufriedenheit vor allem beim Geld besitzenden Bürgertum bis 1926 weiter anheizte, erwies sich das Ziel der LRN doch bald als zu ehrgeizig. Politisch gesehen umspannte sie die rechten Teile der AD, die kleine christliche Volkspartei PDP, die FR und große Teile des nationalistisch-katholischen Milieus um die *Ligue des Patriotes*¹⁵⁹. Diese heterogene Mixtur funktionierte in bestimmten Departements, vor allem in den Großstädten Paris, Marseille, Bordeaux und Lyon, wo der antisozialistische Reflex relativ stark war und die LRN an eine auf die Dreyfus-Affaire zurückgehende Tradition nationalistischer Strukturen anknüpfen konnte¹⁶⁰. In den eher ländlichen Gebieten begannen auf der Ebene der Basisorganisation jedoch schnell wieder die politischen Kulturen der *Gauche* und der *Droite* ihre Wirkung zu entfalten und unterminier-

¹⁵⁸ Vgl. die verschiedenen Propagandaschriften vor den Munizipalwahlen 1925: *Le bolchevisme et les Paysans ou de la Paix honteuse à la Famine* und *Les Bolchevistes et nous*, wo es auf S.4 heißt: „Ainsi monte à l’orient de l’Europe et cherche à la submerger le flot d’une barbarie nouvelle, monstrueux et redoutable mélange de sophistique et de technique allemande, de mysticisme slave, de cruauté asiatique et de bêtise humaine.“

¹⁵⁹ Dies traf nicht nur für die Zentrale der LRN in Paris, sondern auch für die Lokalverbände zu: Vgl. den Brief der LRN von Clermont-Ferrand vom 1.9.1925: „Depuis les républicains démocrates et les républicains progressistes, à droite, jusqu’aux radicaux indépendants à gauche“ reiche die LRN vor Ort, in: AN 470, AP 87.

¹⁶⁰ Für Paris vgl. den Brief Brousses an Millerand vom 3.2.1925, wo er von einem „grand esprit de combativité“ im 13., 15., u. 18. Arrondissement sprach, sowie den Kadern der *Action populaire* und der *Ligue des Patriotes* in den bürgerlichen Arrondissements 1-8, die man übernehmen konnte, in: AN 470, AP 87. Für Marseille, wo die LRN aus AD, *Cercle Républicain*, *Union Républicaine* und PDP bestand, vgl. den Bericht vom 29.5.1925. Er sprach zwar von „rivalité des personnes“, aber trotzdem auch von einer Kohärenz.

ten das Bemühen einer „Ordnungspartei“ jenseits der religiösen Frage. Konkret manifestierte sich dies in der Abwehrhaltung der katholischen Monarchisten und Klerikalen gegen die LRN¹⁶¹, teilweise wollte aber auch die LRN sich nicht mit diesen kompromittieren¹⁶². Bei den Gemeinderatswahlen 1925 tat die LRN durch finanzielle Unterstützung zwar ihr möglichstes, in Zusammenarbeit mit dem größten Arbeitgeberverband UIE überall Einheitslisten aufzustellen¹⁶³, jedoch nicht immer mit Erfolg, und in prominenten Fällen kam es sogar zu Doppelkandidaturen im bürgerlichen Lager¹⁶⁴. Eine weitere Problematik bestand in der Tatsache, daß die LRN im Grunde immer noch von Honoratiorenpolitikern geführt und unterstützt wurde, deren Politikstil die Jugend nicht mehr zu integrieren vermochte. Weder die LRN noch die eng mit ihr verbundene *Ligue des Patriotes* konnten das allmähliche Wegbrechen extremistischer Bewegungen wie die der *Jeunesses patriotes* oder des *Faisceau* verhindern, die sich vor allem aus der jüngeren Generation rekrutierten und deren aktionistisches Politikverständnis politische Gewalt nicht mehr ausschloß.

Die weitaus größte Problematik für die LRN erwuchs jedoch aus der Tatsache, daß die kirchliche Hierarchie, ermutigt durch die großen Erfolge der *Ligue de Castelnau*, begann, den Katholiken die Mitgliedschaft in der LRN zu untersagen. Bereits am 23. Dezember 1924 setzte als erster der Erzbischof Nègre von Tours die LRN unter Anathema, gefolgt von den Bischöfen Le Fer de la Motte von Nantes, Izard von Bourges und Garnier von Luçon. Sie ließen ein Plakat mit der Erklärung drucken, daß zwischen der LRN und der *Ligue de Castelnau* „un abîme“ bzw. „la différence entre le jour et la nuit“ liege, weil die erstere die Laizitätsgesetze akzeptiere und damit „antikatholisch“ sei, die letztere die Gesetze bekämpfe und daher in vollem Sinne „katholisch“ sei¹⁶⁵. Auch der noch amtierende Vorsitzende der ALP, de la Rochefoucauld, erklärte, er könne solange nicht der LRN beitreten, solange diese nicht die „*liberté pour tous*“, d. h. auch für die Kon-

¹⁶¹ So z. B. der royalistische *Eclair du Midi*, der im ganzen Languedoc gegen die LRN operierte, Bericht Brousses über die Propaganda-Tour in Nîmes, Montpellier und Bordeaux, vom 8. 7. 1925, in: AN 470, AP 87. Auch in der bretonischen Maine-et-Loire meldete man zu starke antiparlamentarische Kräfte gegen die LRN (Bericht vom Dezember 1925).

¹⁶² Sie verbot „confidentiellment“ ihren Mitgliedern, an den von der AF dominierten katholischen Jeanne-d’Arc-Festen teilzunehmen, vgl. Bericht vom 7. 5. 1925, in: AN, F/7 12953.

¹⁶³ Die Zusammenarbeit von Brousse mit dem Chef der UIE, Billiet war vor allem finanzieller Natur. Billiet unterstützte mit z. T. mehreren 100 000 Francs die Kampagnen der LRN, z. B. vor den Senatswahlen 1925. Vgl. den Bericht Brousses an Millerand vom Juni 1925, in: AN 470, AP 87.

¹⁶⁴ Z. B. in den Hautes-Alpes 1925 zwischen Petsche und Dechaumes, Brief an Brousse vom 5. 2. 1925, in: AN 470, AP 87. Gleiches ereignete sich auch in den Hautes-Pyrénées in einer Nachwahl im August 1925, wo der FR-Kandidat Larméroux, ein bekannter Katholik, gegen einen AD-Kandidaten antrat, der von Brousse unterstützt wurde. Selbst Millerand konnte diesen Streit zwischen den Ordnungsparteien nicht schlichten, Brief Brousses an Millerand vom 18. 8. 1925, in: AN 470, AP 87.

¹⁶⁵ „Nous ne pouvons pas admettre et nous n’admettrons jamais dans l’Union diocésaine un homme qui s’inscrit à la Ligue Millerand“. Vgl. die Kritik an diesen Plakaten bei Baudrillart, Carnets, S. 937.

gregationen, im Programm habe¹⁶⁶. Damit glitt die LRN in das gleiche Spannungsfeld, in dem die ERD schon seit Jahren lavierte, und das durch die Kartellregierung mit ihrer antikatholischen Politik noch verstärkt worden war, nämlich das zwischen Laizisten und Katholiken. Es bestand die Gefahr, daß sich das alte katholische Lager der Vorkriegszeit wieder herausbildete, das natürlich jeden Versuch der Gründung einer nationalen, liberalkatholischen Ordnungspartei zum Scheitern verurteilt hätte. Höhepunkt dieser katholischen Lagerbildung war eine Erklärung der Versammlung der Erzbischöfe und Kardinäle Frankreichs am 11. März 1925, die die staatliche Laizität heftig angriff und die Einflußnahme der Kirche in säkulare Angelegenheiten forderte. Der Konsens der liberalen Laizität, der auch der LRN zugrunde gelegen hatte, war damit dahin, und die Kooperation von LRN und *Ligue de Castelnau* mehr oder weniger beendet¹⁶⁷.

Viele Katholiken traten in der Folgezeit aus der LRN aus, manche, wie das *comité modéré* von Savoyen, waren von ihrem Erzbischof überhaupt schon am Eintritt gehindert worden¹⁶⁸. Trotz einer erneuten Konferenzserie im Winter 1925/26 sollte sich die LRN nie mehr von diesem Schlag erholen¹⁶⁹. Aus immer mehr Departements mußte vermeldet werden, daß die bischöfliche Weisung zum Zusammenbruch der Lokalkomitees geführt hatte, da gerade in Gegenden mit hoher katholischer Praxis die Katholiken das Rückgrat der LRN-Verbände gebildet hatten¹⁷⁰. Der lange Schatten der politischen Kulturen von *Droite* und *Gauche* erwies sich also besonders auf der untersten Ebene der Organisation, in den Basisverbänden, als größtes Hindernis für das Zustandekommen einer Ordnungspartei mit gesellschaftlich breiter Verankerung. Darüber hinaus kam es über die zu verfolgende politische Strategie wegen der Problematik der Laizität auch zu Schwierig-

¹⁶⁶ Auf einer Sitzung der *Fédération Républicaine de la Seine* am 5. 2. 1925: Er wolle, daß „Liberté pour tous – Egalité devant la loi – Droit commun – pas de privilèges, pas d’ostracisme fut inséré dans le manifeste de la LRN, sans cette formule, les nombreux éléments modérés et catholiques ne pourront avoir une absolue confiance dans le mouvement.“ Das Sitzungsprotokoll in: AN 317, AP 81.

¹⁶⁷ Lediglich der Pariser Erzbischof Dubois versuchte die Erklärung zu entkräften und sorgte damit für Erleichterung bei der LRN, daß wenigstens in der Hauptstadt der Katholizismus auf einer gemäßigten Linie bleibe, Polizeibericht vom 27. 7. 1925, in: APP, GA D1.

¹⁶⁸ Der Vorsitzende des Komitees, Leger, beklagte, daß die LRN kein positives Sozial- und Agrarprogramm habe, weshalb er seine katholische Bauernschaft nicht zu einem Handeln gegen die bischöfliche Order aufmuntern könne. Die Bauern würden lieber der kirchlichen Sozialmoral gehorchen, als sich einem „tagespolitischen“ Programm anzuschließen. Brief an Millerand vom 29. 5. 1925, in: AN 470, AP 87.

¹⁶⁹ In dieser massiven Konferenzserie gab die *Ligue* pro Monat ca. 137 000 Francs aus, organisierte 65 Treffen und erweiterte die Zahl der Lokalverbände von 56 auf über 70. Finanzbericht der LRN in: AN 470, AP 87. Die Früchte der Arbeit sollte aber die LRN, die wegen der obengenannten Gründe sich von innen heraus destabilisierte, nicht mehr ernten.

¹⁷⁰ Vgl. z. B. den Brief Brousses an Millerand vom 15. 1. 1926 über das bischöfliche Verbot in Indre-et-Loire und dessen fatale Konsequenzen, in: AN 470 AP 87, oder den Brief eines anonymen Katholiken mit der Bitte „Que la Ligue Millerand renverse cet obstacle (les lois laïques) en répudiant les lois néfastes pour ne former qu’une seule ligue du bien public“, in: AN 470, AP 89.

keiten in der LRN-Führung selbst. Generalsekretär Brousse, ein laizistischer Republikaner, verfolgte in der politischen Führung der *Ligue* einen kompromißlosen Kurs und verprellte damit viele Provinzdelegierte, die in Einzelfragen zu Kompromissen mit der kirchlichen Hierarchie bereit gewesen wären¹⁷¹. So überlagerten sich weltanschauliche und persönliche Motive und vertieften, indem sie sich gegenseitig verstärkten, die beginnende Krise der LRN.

So sehr die religiöse Frage also die Wurzel des Übels für die LRN darstellte, so wenig dürfen auch verbandsinterne und parteitaktische Gründe bei ihrem Niedergang außer acht gelassen werden. Eine der LRN inhärente Spannung resultierte aus der niemals gelösten Frage, ob die LRN ausschließlich ein negatives Programm – gegen das Linkskartell – oder eventuell doch auch ein positives Programm haben sollte. Als das Linkskartell 1926 immer mehr erodierte, kam es daher zu Spaltungen innerhalb der LRN über Fragen der politischen Taktik: Während der spätere Ministerpräsident Etienne Flandin die neue Regierung Briand teilweise unterstützen wollte, beharrten Reibel und Marin auf einem strikten Oppositionskurs¹⁷². Diese unterschiedliche politische Positionierung innerhalb der LRN setzte sich insbesondere nach dem Ende des Kartells fort, als Poincaré eine Regierung der *Union Nationale* von den Radikalen bis zur URD eingerichtet hatte. Die zu lösende Frage war nun, ob die LRN mit diesem „Sieg“ über das Kartell ihren Existenzgrund verloren habe, oder ob sie als dauerhaftes Zentrum des bürgerlich-nationalen Lagers weiterbestehen solle, trotz der Regierung Poincaré. Heftige Zerwürfnisse in der LRN waren die Folge, wobei vor allem die Anhänger der AD ein Fortbestehen der „Ordnungspartei“ LRN ablehnten, während die FR um Marin und Soulier an einer Kontinuität ihrer Agitation interessiert war. Um das Auseinanderfallen der LRN zu verhindern, gab es sogar Überlegungen, alle Abgeordneten aus der LRN-Führung zu verdrängen und diese nur mit außerparlamentarischen Propagandisten zu besetzen¹⁷³. Damit war aber weder der AD- noch der FR-Flügel der LRN einverstanden.

In der Dominanz der Honoratiorenpolitiker in der LRN lag wiederum ein letzter Grund für die Erosion der *Ligue*: Es war die Unfähigkeit, die junge Generation und z. T. noch die jüngeren Frontkämpfer an diese durch bürgerliche Honoratioren geführte „Ordnungspartei“ heranzuführen und dauerhaft zu binden. Mangelnde Kohärenz, „bürgerliche“ Methoden und weltanschauliche Differenzen, mit denen die im Krieg politisierte Generation nichts mehr anzufangen wußte, wirkten sich spürbar auf die Jugendverbände der LRN aus. Früh schon machte sich die Abwanderung dieser Kräfte zu den extremistischen Bewegungen bemerkbar, vor allem im studentischen Milieu, wo die LRN-Verbände zugunsten der

¹⁷¹ Eine erste Krise gab es bereits im Januar 1925, die nur durch Vermittlung von François-Poncet gelöst werden konnte. Am 25. 5. 1925 betonte Brousse gegenüber Millerand, daß er allein die „action politique“ in der Hand habe, während das Verwaltungs- und das Propagandakomitee seinen Weisungen zu folgen habe, in: AN 470, AP 87.

¹⁷² Bericht der Vorstandssitzung vom 13. 1. 1926, wo Reibel wegen der internen Schwierigkeiten sagte: „L'unité de l'opposition aura été rompue.“ In: AN 470, AP 87.

¹⁷³ Brief von François-Marsal an Millerand vom 5. 10. 1926, in: AN 470, AP 87. Der Grund war die Überlegung, Abgeordnete seien im Parlament oft zu Kompromissen gezwungen, die der LRN schaden könnten.

Jeuinesses patriotes und des *Faisceau* ausbluteten¹⁷⁴. Umgekehrt lehnten auch die bürgerlichen Honoratioren der LRN den dynamisch-aktionistischen Impetus der Jungen ab, zumal wenn diese „rauchend, lärmend und lachend“ den älteren Mitgliedern die Plätze bei Veranstaltungen wegnahmen und überhaupt ein Gebaren an den Tag legten, das der „notoriété et situation financière“ der bürgerlichen Respektspersonen nicht gerecht werde¹⁷⁵. Das Abdriften der jungen Generation hatte nicht nur personelle Konsequenzen, da diese oft das Rückgrat der Basisaktivität gebildet hatten, sondern auch finanzielle, da mit ihnen auch viele Sponsoren abwanderten oder sich zurückzogen. Sei es, daß die LRN zu wenig oder zu sehr extrem erschien, die Sponsoren der Wirtschaft glaubten ab 1926 nicht mehr an den Erfolg der nationalen Ordnungspartei und zerstreuten ihren Spenden je nach privater Vorliebe. Brousse mußte mehrere Male die finanzielle Unterstützung für die Regionaldelegierten und die Provinzpresse streichen, was zu einem beschleunigten Niedergang der dortigen Strukturen führte¹⁷⁶. Binnen kurzer Zeit war die LRN nur noch in den großen Städten vertreten, zumal in Paris, wo sie an eine bürgerlich-nationalistische Tradition der Jahrhundertwende anknüpfen konnte¹⁷⁷.

Zusammenfassend kann man also sagen, daß der Versuch, eine bürgerlich-nationale „Ordnungspartei“ im Sinne einer Sammlung aller antikartellistischen Kräfte unter dem Banner der LRN zu gründen, gescheitert ist. Der Hauptgrund dafür war die religiöse Frage, die die weltanschaulichen Gräben in der nationalen Opposition wieder aufgerissen und eine Implantierung von Basisstrukturen verhindert hat. An der gesellschaftlichen Basis der Provinz spielte der aus dem Kulturkampf resultierende Unterschied der *deux France* bzw. zwischen Laizisten und Katholiken weiterhin eine wichtige Rolle. Die mit der Weltanschauung verbundenen vopolitischen Strukturen, wie z. B. die katholische Kirchenorganisation, konkterkarierten die Vervielfältigung und Vergrößerung von LRN-Lokalkomitees jenseits der weltanschaulichen Differenzen. Gleichwohl stellte die Mobilisierungskampagne der LRN die erste moderne politische Kampagne der bürgerlichen Rechten in Frankreich dar, die nicht durch vopolitische Strukturen, wie den Vereinskatholizismus, sondern explizit von politischen Basiskomitees durchgeführt wurde. In ihrer Methodik, ihrem programmatischen Aufwand und ihrer Organisation unterschied sie sich von dem Politikverständnis, das bisher die *modérés* geprägt hatte. Die überall wie Pilze aus dem Boden geschossenen Lokalverbände gerieten allerdings in ein politisches Vakuum, zumal ihnen die jungen Mitglieder wegbrachen, denen dieser bürgerliche „Aktionismus“ immer noch zu wenig war.

¹⁷⁴ Vgl. Brief François-Poncets an Millerand 1926 (undatiert); allein die vom Sohn von Brousse geführte Jugendorganisation der östlichen Pyrenäen konnte ihre Mitgliederzahl erhalten, vgl. Brief Brousses an Millerand vom 15. 1. 1926, in: AN 470, AP 87.

¹⁷⁵ So der Brief eines empörten Bankiers aus Paris an Millerand vom 15. 11. 1925. Er beklagte sich dezidiert über die „surveillants de l'ordre“ und ihre „allures“, in: AN 470, AP 88.

¹⁷⁶ Bericht Brousses an Millerand vom Januar 1926, wo er das Wegfallen der Spenden mit dem Auseinanderfallen der nationalen Opposition in verschiedene Gruppierungen in Verbindung bringt, in: AN 470, AP 87.

¹⁷⁷ Brief des Regionaldelegierten Burgard (Gironde) an Millerand vom 24. 1. 1927: „J'ai la conviction que les jours de la ligue sont comptés“, in: AN 470, AP 88.

Obleich die Zentrale der LRN unter dem Nachfolger Millerands Maginot bis 1932 fortexistierte, trieben die Departemental- und Lokalverbände wie Kometen ohne Sonnensystem umher und warteten nur darauf, von einer anderen Gravitation angezogen und absorbiert zu werden.

Katholische Mobilisierung gegen das Linkskartell: Die Fédération Nationale Catholique (FNC)

Als zweite außerparlamentarische Form der Opposition gegen das Linkskartell konstituierte sich mit der FNC eine explizit „katholische“ Protestbewegung, die alle Katholiken im Namen der *défense religieuse* sammeln wollte¹⁷⁸. Diese katholische Protestbewegung hatte zunächst in Elsaß und Lothringen im Sommer 1924 Aufmärsche mit mehreren tausend Teilnehmern organisiert, wo diese gegen die geplante Aufhebung ihrer religionspolitischen Sonderstellung, die Auflösung der Botschaft am Vatikan und die drohende Vertreibung der Kongregationen protestierten. Der ungeheure Erfolg der Anfangswochen, der nicht zuletzt dem dichten Netzwerk des Vereinskatholizismus vor Ort geschuldet war, ermunterte die kirchliche Hierarchie und prominente Katholiken wie General de Castelnau, dieselbe Mobilisierung in allen französischen Diözesen zu wagen¹⁷⁹. Deshalb wurde ab Oktober 1924 mit Hilfe des *Echo de Paris* eine Kampagne gestartet, die alle Katholiken – demokratische, liberale, konservative und monarchistische – unter dem Banner einer schlagkräftigen, nationalen Organisation sammeln sollte. In konstitutiven Versammlungen gründeten sich unter der Führung des Bischofs in fast allen Diözesen sogenannte *Unions des catholiques* (UC), die alle Verbände des Vereinskatholizismus sowie die Kirchengemeinderäte (*Unions paroissiales*, UP) miteinander vernetzten¹⁸⁰. Als ganzes schlossen sich dann insgesamt 86 UC zur *Fédération Nationale Catholique* (FNC) des Generals de Castelnau zusammen,

¹⁷⁸ Vgl. für das Folgende Corinne Bonafous-Verax, *Fédération*, passim, sowie Prévotat, *Condamnation*, S. 250ff., und unkritisch: Coquelle-Viance, *La Fédération Nationale Catholique*, sowie Gras, Castelnau, S. 385–419.

¹⁷⁹ Der über seine Wahlniederlage enttäuschte de Castelnau schrieb am 30.5.1924 an den FR-Abgeordneten Madelin: „Je n'étais au Parlement qu'un symbole qu'il sera facile de reconstituer sous une forme ou sous une autre. Les électeurs des Vosges viennent d'y envoyer en votre personne une valeur positive et je m'en réjouis avec tous ceux qui vous connaissent et comptent sur vous pour défendre la cause de Dieu et de la Patrie [...]. Je vais continuer la lutte sur un terrain autre que le Parlement.“ In: AN 355, AP 2.

¹⁸⁰ Anders als über die LRN existieren mehrere wertvolle Dossiers der *sûreté* über die „*Action cléricale*“ ab 1924. In monatlichen Berichten wurden aus allen Departements die Aktionen der FNC zusammengestellt und bewertet. Für die Anfangsphase vgl. AN, F/7 12967, Berichte Oktober, November, Dezember und Bonafoux-Verax, *Fédération*, S. 30ff., 52ff., 62f., die als Beispiel die Heimat des Generals de Castelnau, die Rouergue anführt, wo sich binnen weniger Wochen 7000 Menschen bei der UC einschrieben. Im März 1925 waren es sogar 20000. Der Mitgliedsbeitrag war mit 3–5 Franc pro Jahr äußerst niedrig, um möglichst auch einkommenschwache Katholiken anzusprechen. Ein Drittel dieses Beitrags, der in der jährlichen Kirchengemeindeversammlung bezahlt wurde, mußte an die Pariser Zentrale abgegeben werden. Die Gesamtzahl der Mitglieder kann nicht mehr genau nachvollzogen werden, dürfte aber in der Hochphase an die zwei Millionen herangereicht haben.

der bereits Ende 1924 auf ein Heer von zwei Millionen Mitgliedern herabblicken konnte. Damit hatte sich im Zeichen der Religion der schlagkräftigste und mitgliederstärkste Interessenverband organisiert, den Frankreich bis dato gekannt hatte und der über ein gut funktionierendes logistisches Netzwerk verfügte¹⁸¹. Unter dem Weltkriegsgeneral de Castelnau war man bereit, die von der Linksergierung angekündigte „guerre fratricide“ – so de Castelnau – als Herausforderung anzunehmen.

Es ist nun in der Forschung immer wieder diskutiert worden, welche Rolle die FNC in der Politik der 1920er Jahre gespielt hat bzw. ob sie überhaupt unter dem Gesichtspunkt der „Politik“ analysiert werden kann¹⁸². Immerhin hat sie sich selbst ja stets als un- bzw. überpolitisch betrachtet, da sie mehrere politische Nuancen in sich vereinbarte und *eo ipso* nur als katholischer Interessenverband auftreten konnte. Dieser Argumentation zu folgen, hieße aber nicht nur den Beteuerungen der FNC ein allzu großes Vertrauen zu schenken, sondern grundsätzlich die Bedeutung von vopolitischen Strukturen für politische Organisationen zu verkennen. Wie im einleitenden Kapitel ausgeführt wurde, kann als ein wesentlicher Bestandteil bei der Entstehung von Parteien eine normative politische Subkultur und ein geschlossenes Vereins- und Sozialmilieu gelten, die ineinander verwoben sind. Insofern kann die Entstehung des größten katholischen Interessenverbandes Frankreichs kein „unpolitischer“ Vorgang gewesen sein, im Gegenteil, er sollte sich von höchster politischer Brisanz und im übrigen sehr großer Bedeutung für die Probleme beim Zustandekommen einer liberal-konservativen Partei erweisen.

Der Mobilisierungsschub der FNC war so enorm, daß sich binnen kurzer Zeit wieder ein *katholisches Lager* restituiert hatte, das bezüglich seines Organisationsgrades sogar das vor dem Ersten Weltkrieg existierende übertraf. Dieses Lager erfüllte in besonderem Maße die von Rohe und anderen aufgestellte Grundbedingung, daß ein politisches Lager aus der Abgrenzung gegenüber einem anderen Lager entsteht, und, anders als ein Milieu, dadurch eine gewisse Heterogenität im Innern erträgt¹⁸³. Genau dies war auch der Fall, da sowohl die Zentrale der FNC wie auch die Diözesan- und Lokalverbände eine Mixtur unterschiedlicher politischer Strömungen darstellten. Neben dem nationalistisch-katholischen de Castelnau fanden sich an der FNC-Spitze der Christdemokrat Ernest Pezet, der Monarchist Xavier Vallat, der Fundamentalkatholik Grousseau und der sozialkatholische Kleriker Abbé Desgranges. Als Abgeordnete waren sie nach 1919 in unterschiedlichen Fraktionen eingeschrieben, als „Katholiken“ operierten sie aber in der FNC gemeinsam. Auch wenn es bisweilen zu Spannungen kam, weil die verschiedenen Strömungen keineswegs immer harmonierten, konnte eine innere

¹⁸¹ Gerade die großen Veranstaltungen im bretonischen Westen mit z. T. 50 000 Teilnehmern wurden mit Omnibussen, Sonderzügen und einem Fuhrpark von nicht weniger als 15 000 Autos organisiert, vgl. Bonafoux-Verax, *Fédération*, S. 35.

¹⁸² Vgl. Mayeur, *Vie politique*, S. 281, und Bonafoux-Verax, *Fédération*, S. 233, die den halbpolitischen Charakter (*civique*) betont.

¹⁸³ Rohe, *Wahlen und Wählertradition*, S. 21. Daran war auch Jean Guiraud von *La Croix* beteiligt, der schon 1919 den Ausschluß der Royalisten aus dem *Bloc National* beklagt hatte. Vgl. *La Croix* vom 18. 10. 1919.

Einheit der FNC und des katholischen Lagers aufrechterhalten werden. Ein festigende Rolle dürfte dabei auch ein dichtes Pressewesen der FNC gespielt haben, das alle Mitglieder mit der Zentrale in Paris verband¹⁸⁴. Die einzige Ausnahme bildete 1926/27 die Abspaltung der neomonarchistischen AF, die sich der päpstlichen Verurteilung nicht unterwarf und von da an ihre eigenen Wege ging¹⁸⁵.

Auf der Ebene der Diözesanverbände ist nicht nur die politische Heterogenität, sondern insbesondere die *organisatorische Durchdringung* der katholischen Subgesellschaft bemerkenswert. Dabei gewann der katholische Klerus seine nach dem Krieg bisweilen aufgegebene soziale Macht und Deutungshoheit zurück und stoppte die vor allem auf politischem Gebiet so wichtige Laienemanzipation innerhalb des Katholizismus. Ohne Ausnahme bekleidete der Bischof den Ehrenvorsitz der UC der Diözesen und hatte großen Einfluß auf den regionalen Präsidenten der FNC. In den Bistümern selbst waren ja bereits die unterschiedlichen Vereine in einem speziell eingerichteten Büro der *Union Diocésaine* (UD) zusammengefaßt, das in engstem Kontakt zur FNC und ihren lokalen Basisstrukturen stand. Auch dieses Büro wurde in der Regel von einem Kleriker geführt¹⁸⁶. Obwohl de Castelnau versuchte, der FNC eine einheitliche Linie vorzugeben, die man am ehesten als nationalkatholisch bezeichnen kann, führte die Rückkehr der Bischöfe in prominente gesellschaftliche Positionen zu Divergenzen in der Strategie und auch über die verwendeten Mittel innerhalb des katholischen Lagers. Während de Castelnau versuchte, das Kriegserlebnis als zentrale Peripetie der französischen Geschichte zu verankern und damit zur Legitimation seiner Forderungen den „Veteranengeist“ (*esprit combattant*) anzusprechen¹⁸⁷, fielen Teile des intransigenten Episkopats in die Metaphorik der Vorkriegszeit zurück. So rief z. B. der Bischof von Valence im November 1924 zum „Kreuzzug“ gegen die Republik auf und untermauerte damit die antirepublikanische Haltung von Teilen des Klerus¹⁸⁸. Solche Äußerungen, die immer wieder aus den Reihen des intransigenten und monarchistischen Episkopats zu hören waren, wurden daher auch in den Reihen der liberalen Katholiken mit höchster Mißbilligung aufgenommen. Da sie das zweite *Ralliement* der Katholiken an die Republik zu konterkarieren drohten, arbeiteten die liberalen Katholiken darauf hin, daß sowohl der Papst wie auch der Nuntius die FNC von politischen Ambitionen fernhielt¹⁸⁹. Nur mit Mühe konnte im übrigen auch de Castelnau verhindern, daß sich nicht die Versammlung

¹⁸⁴ Für die lokalen Anführer wurde ein *Bulletin officiel de la Fédération nationale catholique* herausgegeben (Auflage 50 000), für die einfachen Mitglieder *Le Point de direction* (Auflage 400 000) und zusätzlich eine für alle gedachte Wochenzeitschrift, *La Correspondance hebdomadaire*, vgl. Bonafoux-Verax, *Fédération*, S. 76f.

¹⁸⁵ Zum Problem vgl. Prévotat, *Condamnation*, S. 291ff.

¹⁸⁶ Vgl. den Bericht vom Oktober 1924 über die Konstituierung der UC in der Bretagne, in: AN, F/7 12967. Die UC de Nancy verfügte bereits 1925 über 41 000 Mitglieder, 1928 waren es gar 55 000. Gleichzeitig wuchs die ihr verbundene katholische Frauenbewegung von 20 000 auf 70 000 Mitglieder an.

¹⁸⁷ Mit dem Motto *Unis comme au front* wurde versucht, die Vertreibung der Kongregationen zu verhindern, da auch diese ihren Dienst fürs Vaterland geleistet hätten.

¹⁸⁸ Novemberbericht über ein UC-Treffen vom 10. 11. 1924, in: AN, F/7 12967.

¹⁸⁹ Brief de la Rochefoucaulds an Kardinal Gasparri und den Nuntius Ceretti vom 20. 12. 1926, in: AN 142, AP 14.

der Erzbischöfe und Kardinäle Frankreichs (ACA) der FNC bemächtigte und sie ganz der kirchlichen Hierarchie unterwarf¹⁹⁰.

Trotz dieser Probleme, die aus der Aufwertung der bischöflichen Rolle resultierten, zeigte die FNC, ganz anders als die LRN, über die Jahre hin eine bemerkenswerte *Stabilität*. Auch nach dem Ende der Kartellregierungen 1926 setzte sie ihren Kampf und ihre Organisation fort, freilich unter neuen Vorzeichen. Eine Ursache für diese enorme innere Kohärenz liegt in der Tatsache begründet, daß die FNC an Strukturen der Vorkriegszeit anknüpfen konnte, die damals die gesellschaftliche Basis der konservativ-katholischen *Droite* und nicht zuletzt der ALP gebildet hatten. Ihre Kampagne fiel in den katholischen Gebieten auf fruchtbaren Boden, weil die dortige Bevölkerung in der Regel eine gewisse Widerstandshaltung gegen den laizistischen Staat eingeübt und in die Sozialmoral übernommen hatte. War der Vereinskatholizismus nach dem Krieg nur mühsam und verstreut wieder in Gang gekommen, so fand 1924, nach den Ankündigungen der Kartellregierung, ein starker Mobilisierungsschub statt, der die Vorkriegsstrukturen wiederbelebte und neue hinzufügte. Vor allem in den Gebieten mit hoher katholischer Frömmigkeit, also im Westen, Norden, Osten und im Zentralmassiv wurden die Frauenligen der LPDF, die katholischen Patronagen der FSGPF, die ACJF, die ACCF sowie Gruppen der Berufs- und Standesvertretung wieder aktiv und entwickelten eine enorme propagandistische Tätigkeit¹⁹¹. Dank ihres geschlossenen Auftretens mobilisierten die UC in Rennes 22 000, in Angers 30 000, in Nancy 30 000 und im bretonischen Saint-Laurent-sur-Sèvre sogar 60 000 Katholiken zu großen Festversammlungen und Umzügen, die den Kampfeswillen der FNC dokumentierten¹⁹². Der Vereins- und Sozialkatholizismus war also die wesentliche Grundlage für die hohe Integrationskraft, die das katholische Lager ab 1924 entfalten konnte.

Die strukturelle Vernetzung und der gemeinsame katholische Glaube als weltanschauliche Basis waren das Erfolgsrezept der FNC und trotzten anderen Phänomenen, die z. B. die LRN oder die nationalistische *Ligue des Patriotes* zur gleichen Zeit bedrohten. Wir hatten gesehen, daß aktive Jugendmitglieder die moderate Organisationsform dieser Ligen ablehnten und zu radikaleren Gruppierungen der extremen Rechten überliefen. Dies traf für die FNC in einem weitaus geringeren Umfang zu. Über die katholischen Sport-Patronagen und die sozialkatholische ACJF konnte sie die jungen Katholiken in die FNC integrieren, wobei sie diesen auch bestimmte Freiräume zugestand. Nachdem im Februar 1925 zwei

¹⁹⁰ Über den dauerhaften Konflikt zwischen der FNC und dem *Assemblée des Cardinaux et Archevêques* (ACA), der zeigt, wie schwer sich die Laienemanzipation im Katholizismus vollzog, vgl. Bonafoux-Verax, *Fédération*, S. 84ff., und für dieselben Probleme auf regionaler Ebene S. 92f.

¹⁹¹ Vgl. die Berichte vom Oktober bis Dezember zu Lannion, Lille, Epinal, Grenoble, Lyon in: AN, F/7 12967.

¹⁹² Die Teilnehmerzahlen sind den Berichten der Präfekten entnommen, die eher zur Untertreibung neigten, in: AN, F/7 12968. In der katholischen Tagespresse und einer weiteren Polizeiakte, die offensichtlich auf der Presse fußt, werden höhere Zahlen angegeben, vgl. die monatlichen Bestandsaufnahmen in: AN, F/7 13219. Berichtet wird immer wieder von den verschiedenen katholischen Jugendvereinen, die die Treffen organisieren, Ordner stellen etc.

FNC-Aktivistinnen in Marseille von Kommunisten ermordet worden waren, gab de Castelnau die Parole aus, man werde sich mit Gewalt zur Wehr setzen, und tolerierte die Aufstellung von katholischen Kampfabteilungen¹⁹³. Auch manche Bischöfe ließen ganz offen ihren Zuspruch zur gewaltsamen Auseinandersetzung erkennen¹⁹⁴. Mit Ausnahme der royalistischen Camelots du Roi konnte dadurch der Aktionismus und das Gewaltpotential des katholischen Lagers während der ersten *fascist wave* (1924–26) in Frankreich weitgehend in die FNC kanalisiert werden. Gewiß gab es vor allem in den Großstädten auch katholische Jugendgruppen, die geschlossen zu den extremistischen Ligen der *Jeunesses patriotiques* oder des *Faisceau* übertraten. Auf dem katholischen Land hingegen konnten die Jugendverbände flexibel reagieren und so auch gewaltbereite Mitglieder bei der Stange halten. Ein Generationenkonflikt innerhalb des katholischen Lagers fand in den 1920er noch nicht statt, erst die 1930er mit ihrer ganz eigenen Dynamik ließen an dieser Stelle das katholische Lager aufbrechen¹⁹⁵.

Betrachtet man nun die *Inhalte* der FNC-Kampagne, so ist von seiten der Parteizentrale im ersten Jahr 1924/25 ein deutlicher Willen zum Gleichschritt mit den anderen nationalen Ligen festzustellen. De Castelnau, der neben der FNC auch die nationalistische *Ligue des Patriotes* anführte, versuchte seine Verbindungen ins Lager der Republikaner nicht abreißen zu lassen. Daher wurden die katholischen Forderungen auch nicht als solche allein formuliert, sondern in einen weiteren Zusammenhang mit antikommunistischen, antigermanischen und militaristischen Inhalten gestellt: „En brisant avec le Pape, Herriot a tendu la main aux Soviets; en se dispensant des engagements de la France envers l’Alsace-Lorraine, il a dispersé l’Allemagne d’une partie de ses engagements envers la France; en faisant le poing aux religieux, il a fait visette aux déserteurs et autres Français de qualité douteuse.“¹⁹⁶ Der Bezug auf das Kriegserlebnis durchzog wie ein roter Faden die Veröffentlichungen der FNC und dokumentierte den Willen, trotz der katholischen Mobilisierung nicht mit dem „Geist von 1919“ brechen zu wollen. Teils berief man sich auf die französischen Generale, die zumeist aus katholischen Schulen kamen, teils betonte man Disziplin und Gehorsam, die der Krieg allen Menschen dauerhaft auferlegt habe¹⁹⁷. In jedem Fall stand für die FNC fest, daß die Angriffe des Linkskartells Angriffe auf alle Veteranen seien, da ihre Kameraden im Geiste der *Union Sacrée*, d. h. unter Einschluß der Katholiken, gefallen seien.

¹⁹³ De Castelnau am 9. 3. 1925 in Paris: „Les catholiques [...] s’opposeront par la force, s’il le faut“, in: AN, F/7 12968. So auch der Eintrag von Baudrillart vom 20. 2. 1925, der von Bewaffnungsplänen der FNC spricht. Schon am 6. 12. 1924 hatte sich in Nantes eine *Avant-Garde catholique* mit 20 Personen gegründet, die, mit Gewehren ausgestattet, auch Straßenkämpfe zu führen bereit war, Bericht in: AN, F/7 12967.

¹⁹⁴ So der Erzbischof von Toulouse am 19. 4. 1925: „Je salue l’esprit belliqueux de la génération actuelle qui s’appête à livrer bataille sans faiblesse“, Bericht in: AN, F/7 12968.

¹⁹⁵ Das maßgebliche Werk hierzu ist Rémond, *Les crises du catholicisme*, S. 129–137, vor allem über den Konflikt der verschiedenen Jugendorganisationen des Katholizismus (JOC, JAC, JEC) mit der FNC.

¹⁹⁶ Zitiert nach der FNC-Broschüre *A ceux qui ne veulent pas être esclaves* vom 9. 2. 1925, S. 16f.

¹⁹⁷ Die ersten Flugblätter der FNC distanzieren sich ausdrücklich von der päpstlichen Unterstützung für Briands Verständigungspolitik.

Als nach dem Rücktritt Herriots 1925 klar wurde, daß weder die Vatikanbotschaft noch der Sonderstatus von Elsaß-Lothringen angetastet würden, stand die FNC vor der Frage, ob sie die erfolgreiche Organisation nun wieder auflösen und die Kampagne beenden oder sich dauerhaft als katholischer Interessenverband etablieren sollte. Für letzteren Fall bedurfte es, nach Wegfall des Situationsdrucks von außen, eines eigenen, positiven Programms, mit dem das katholische Lager zusammengehalten werden konnte. Die FNC stand damit vor der gleichen Entscheidung wie die LRN, mit dem Unterschied, daß ihre soziale Anbindung an die katholischen Netzwerke und das Vereinsmilieu eine eigene Dynamik entwickelte. Wir hatten bereits gesehen, daß sich die Erklärung verschiedener Bischöfe und der Kardinalsversammlung im Frühjahr 1925 nicht mehr nur gegen die Regierung Herriot, sondern gegen die laizistische Republik an sich richteten. Der Episkopat vollzog damit eine Annäherung an die Vorkriegspropaganda und bestimmte auf Grund seiner Position in den UC eine neue Linie innerhalb der FNC, die langsam auf einen intransigenten Kurs umzuschwenken und Züge der „Volksaktion“ der Vorkriegszeit anzunehmen begann¹⁹⁸. Hatte die FNC die Munizipalwahlen 1925 noch ohne eigene Listen und einträchtig mit der LRN angegangen, so distanzierte sie sich danach immer mehr von dieser. Ein beredtes Zeichen dafür ist, daß der antikommunistische und nationalistische Diskurs immer mehr in den Hintergrund trat, und statt dessen der Kampf gegen die „Freimaurer“ seine Rolle übernahm: „C'est quelque chose qui n'est pas français, n'a pas de patrie, [...] c'est la Franc-Maçonnerie.“¹⁹⁹ Schließlich wurde ab Sommer 1925 auch die öffentliche Forderung nach einer Revision der Laizität in das Propagandaprogramm übernommen, wodurch der Unterschied zur LRN mehr als offensichtlich wurde und die FNC eine politische Note bekam²⁰⁰.

Der Kurswechsel in der Propaganda der FNC und die Herausbildung fester Strukturen eines katholischen Lagers verhinderten eine weitere Zusammenarbeit mit den Kräften der republikanischen Mitte und konterkarierten die Versuche der FR, sich zu einer liberal-konservativen Partei zu entwickeln. Nach einem Tagebucheintrag Kardinal Baudrillarts waren die beiden URD/FR-Abgeordneten Dior und Lefebvre du Prey sogar weinend zu ihm gekommen und hatten beklagt, daß der Brief der Kardinäle vom März 1925 und seine Konsequenzen ihre Bemühungen seit 1919 zunichte gemacht hätten²⁰¹. Selbst der zum rechten Rand der FR ge-

¹⁹⁸ Das Dokument der Kardinäle war ein Sieg der intransigenten über die versöhnungsbereiten Bischöfe gewesen und wurde vom Nuntius nicht gegengezeichnet. Einer seiner Urheber, Erzbischof Chollet aus Cambrai, schrieb an Guiraud am 28.3.1925: „Toutes les forces libérales sont soulevées contre la Déclaration. Continuez le bon combat. Il ne faut pas qu'elle devienne lettre morte et que tous les «La Rochefoucauld» viennent la torpiller, comme ils l'ont déjà essayé.“ Am 12.4.1925 teilte er Guiraud seine Sorge mit: „Nous nous dissolvons dans un libéralisme plus dangereuse que toutes les persécutions.“ In: AN 362, AP 145.

¹⁹⁹ Vgl. das von der FNC unterstützte Buch Michel, La Dictature de la Franc-Maçonnerie sur la France (1925). Für die Kritik der Bischöfe an der LRN siehe oben.

²⁰⁰ Isaac und de Castelnau waren der gleichen Meinung, daß dies das Werk von AF-freundlichen Kardinälen gewesen sei. Die Verbindung zur LRN waren damit abgebrochen, vgl. Isaac, Carnets, S. 393.

²⁰¹ Baudrillart, Eintrag vom 11.3.1925, Carnets, S. 994. Auch Baudrillart erwartete, daß die „lois laïques“ nun zum „pierre de touche“ für die Republikaner werden würden.

hörende François de Menthon witterte darin die Gefahr einer erneuten Kopplung von „catholiques et réactionnaires“, und sowohl de la Rochefoucauld wie General de Castelnau kritisierten dies insgeheim heftig²⁰². Je mehr also der französische Episkopat, der mehrheitlich von Pius X. ernannt worden war, seine intransigente Position in der FNC durchsetzen konnte, desto schwieriger wurde die Lage für die katholischen Abgeordneten der FR, ihre Allianz mit den konservativen Republikanern zu rechtfertigen. Selbst General de Castelnau wurde vom Episkopat gedrängt, den Vorsitz der *Ligue des Patriotes* zu räumen und seine Verbindungen zum national-republikanischen Lager zu kappen. „Ne pas céder sur le chapitre des concessions, ne pas retomber dans un libéralisme confiant“, lautete die Devise²⁰³. Als ein erstes Ergebnis dieser Entwicklung kann das Fernbleiben der FNC von der *Conférence des Ligues Nationales* am 27. November 1925 interpretiert werden, zu der immerhin alle antikartellistischen Oppositionsgruppierungen eingeladen worden waren. Die FNC hatte sich damit dezidiert von der republikanischen Opposition separiert und einen Weg eingeschlagen, der sie unweigerlich in die gleiche Isolierung wie vor 1914 führen mußte.

Infolgedessen begingen die meisten UC ihren ersten Jahrestag im Winter 1925 mit großen Feierlichkeiten, bei denen stets die Revision aller Laizitätsgesetze, also auch der Kirchentrennung, gefordert wurde. Sie überschritten damit den Kompromiß, der von den ralliierten Katholiken 1919 akzeptiert worden war. Diese Selbstreduktion auf die *défense-religieuse*-Strategie und den Fundamentalkatholizismus führte zu einer klaren Trennung der FNC von den Kampagnen der LRN, und Polizeiberichte sprachen bereits von erneuten Versuchen, einen „*parti catholique*“ ähnlich dem deutschen Zentrum zu gründen, der alle katholischen Elemente, auch die nicht-republikanischen, eingeschlossen hätte²⁰⁴. Die FNC war damit auf dem besten Weg, ein konservativ-katholisches Lager mit eigener Subkultur und Substruktur zu revitalisieren, wie es vor dem Ersten Weltkrieg bestanden hatte. Es kann daher kein Zweifel bestehen, daß sich im Lauf des Jahres 1926 die Rivalität zwischen den beiden Ligen zugespitzt hätte und die weltanschaulichen Gräben voll aufgerissen wären, wenn es nicht auf Seiten der FNC zu einer gewichtigen Wandlung gekommen wäre. Im katholischen Lager kam nämlich zu eben dieser Zeit ein „Selbstreinigungsprozeß“ zu seinem Ende, weil die neomonarchistisch-nationalistische *Action Française* aus der Gemeinde des Katholizismus ausgeschlossen wurde und dem katholischen Lager damit den Makel der Gegenrevolution nahm. Dank der hervorragenden Arbeit von Jacques Prévotat²⁰⁵ ist

²⁰² Zitiert nach Weber, *Action Française*, S. 182. So berichtet auch Isaac, Eintrag vom 23. 3. 1925, Carnets, S. 392. Auch für ihn selbst ist es „une manifestation des intégristes contre les modérés“.

²⁰³ Polizeibericht vom 3. 12. 1925, in: APP, BA 1905.

²⁰⁴ Bericht vom 10. 8. 1925: „Si les catholiques avaient aujourd’hui un chef de large envergure, on peut dire qu’ils se seraient trouvés d’accord pour renouveler la tentative de création d’un parti catholique, une sorte de centre catholique allemand, qui rencontrerait toutefois bien des difficultés intérieures dans sa formation, étant donné les vues politiques différentes des catholiques républicains libéraux et du petit nombre toujours irréductible des catholiques rigides.“ Auch die *Ligne dauphinoise d’action catholique* hat sich am 11. 10. 1925 für einen *parti catholique* ausgesprochen, beide Berichte in: AN, F/7 12968.

²⁰⁵ Prévotat, *Condamnation*, S. 291 ff.

man nun gut über Beweggründe und Verlauf dieses Prozesses informiert, der sich an einigen Stellen bereits 1925 angekündigt hatte und der in der Verurteilung der AF durch Papst Pius XI. 1926 gipfelte.

Hintergrund dieser Entwicklung war ein langatmiger Transformationsprozeß der katholischen Kirche in der modernen Gesellschaft, in dem sie zögerlich, aber immer klarer die dem liberalen Denken inhärente Trennung von *Temporalia* und *Spiritualia* akzeptierte²⁰⁶. Dies bedeutete im französischen Fall, daß sich der Katholizismus immer mehr als gesellschaftlich-spirituelle und immer weniger als politisch-ideologische Kraft verstand. Monarchistische Katholiken, die die katholische Basis für ihre politischen Pläne mobilisieren wollten, gerieten daher in den Verdacht der Instrumentalisierung des Katholizismus für eigennützige Zwecke, zumal wenn wie bei der AF deren Führer als Agnostiker und Neuheiden bekannt waren²⁰⁷. Im Zuge der Auseinandersetzungen zwischen kommunistischen und „faschistischen“ Gruppierungen in Paris 1924/5²⁰⁸ kam der AF eine immer wichtigere Rolle zu, und die Frage nach ihrer Stellung innerhalb des katholischen Lagers wurde virulent. Dies führte zu einer langsamen Zuspitzung des Konflikts zwischen *ralliierten* und monarchistischen Katholiken, der das katholische Lager in zwei Nachwahlen 1925 und 1926 heftig erschütterte. Im ersten Fall ging es um die Kandidatur von Léon Daudet als Nachfolger des verstorbenen Royalisten Jules Délahaye im bretonischen Departement Maine-et-Loire. Obwohl Daudet von der dortigen UC und den großen katholischen Blättern *La Croix* und *L'Echo de Paris* unterstützt wurde, ergriff der christlich-demokratisch orientierte Generalsekretär der FNC, Ernest Pezet, Partei für den republikanischen Katholiken und Gegner Daudets, Manceau, der schließlich auch gewählt wurde²⁰⁹. Die folgende Polemik der AF gegen Pezet war heftig und bitter, und als Pezet selbst in einer Nachwahl in der Marne 1926 für die *Alliance Républicaine* um Bertrand de Mun antrat, zögerte die AF nicht, die Katholiken gegen Pezet zu mobilisieren und mit einer „*politique du pire*“ den Kandidaten des Linkskartells wählen zu lassen²¹⁰.

²⁰⁶ Die geistesgeschichtliche Analyse dieses Prozesses bei Sutton, Charles Maurras et les catholiques français, S. 120ff, Fouilloux, Une Eglise en quête de liberté, S. 59–62, und Che-
neaux, Entre Maurras et Maritain.

²⁰⁷ Dieser gegen Charles Maurras und Léon Daudet schon 1911 vorgetragene Vorwurf spielte eine wesentliche Rolle in der bischöflichen und päpstlichen Argumentation bei der Verurteilung.

²⁰⁸ Bei bürgerkriegsähnlichen politischen Zuständen waren mehrere Tote zu beklagen gewesen, z. B. in der Rue Damrémont. Vgl. Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 287.

²⁰⁹ Vgl. das Dossier über die Wahlen in Maine-et-Loire mit einem Protestbrief der UC für Daudet und gegen Manceau, in: AFNSP, PE 3. De Castelnau war eher Manceau gewogen, wollte aber Neutralität in diesem Fall wahren. Der Wahlkampf ist aus dem Nachlaß des Generals nachgezeichnet bei Bonafoux-Verax, Fédération, S. 277ff. Es scheint aber, daß nicht nur Pezet, sondern fast die gesamte FNC-Führung erfreut über die Niederlage des Royalisten Daudet gewesen ist.

²¹⁰ Die AF hatte gegen den „Freimaurer Pezet“ ein Faltblatt mit einer Auflage von 100000 Stück aufgelegt, obwohl Pezet von Bischof Tissier und der *Croix de la Marne* unterstützt wurde. Vgl. den Brief der UC de Reims von de Bruignac an Pezet vom 29. 3. 1926, und Kopie eines Briefes de Castelnaus an Bertrand de Mun vom 6. 4. 1926, in: AFNSP, PE 2.

Damit hatte sich genau das ereignet, was de Castelnau stets befürchtet hatte, nämlich daß die FNC durch den Eintritt in die Politik vor dem inneren Bruch stand, symbolisiert durch die Auseinandersetzung ihres Generalsekretärs Pezet mit den Monarchisten der AF.

Da der integrale Nationalismus der AF schon länger Unbehagen bei Papst Pius XI. hervorgerufen hatte, war für diesen nun die Gelegenheit günstig, auch den intransigenten französischen Episkopat, der seither die Bindung zur AF gewahrt hatte, von einer Zurechtweisung der AF zu überzeugen. Deren Agitation und auch deren neuartige Organisationsformen, die sich der FNC und der bischöflichen Hierarchie nicht unterwarfen, drohten das katholische Lager aufzuspalten und die *défense-religieuse*-Strategie zu konterkarieren²¹¹. Deshalb schritten im Winter 1926 zuerst der für seinen Fundamentalkatholizismus bekannte Erzbischof Andrieu von Bordeaux und schließlich der Papst selbst zur Verurteilung der AF²¹². Als bedeutend für die FNC und das katholische Lager erwies sich dabei, daß Maurras und andere in einer *non-possumus*-Erklärung die Forderung zum Rückzug aus der Politik verweigerten und damit ihre Abspaltung vom katholischen Lager besiegelten. Umgekehrt zögerten viele Sympathisanten der AF, deren Weg in den Bann zu folgen und sich außerhalb des Konsenses des katholischen Lagers und der päpstlichen Direktive zu begeben. Damit wurde dieses Lager zwar nicht automatisch „republikanisch“ im Sinne einer laizistisch-liberalen Republik, es hatte aber eine deutliche Demarkationslinie zu den Monarchisten der extremen Rechten gezogen und die Legalität des republikanischen Staates offen bekundet, anders als das konservativ-katholische Lager vor 1914²¹³.

Die Kampagne der FNC hatte dagegen trotz der internen Schwierigkeiten während des Jahres 1926 kaum gelitten, im Gegenteil, die Versammlungen erreichten neue Rekordzahlen: 100 000 Teilnehmer in Landernau (28. Februar), 80 000 in Nancy (5. April), 75 000 in Lille (30. Mai) und 30 000 in Bordeaux (11. Juli)²¹⁴.

²¹¹ Brief de Castelnau an Pezet vom 31. 8. 1926: „Je me dresserai toujours contre les Matadas qui affirment urbi et orbi leur volonté de s'emparer du pouvoir par la force“. AFNSP, PE2. In einem Manifest *La FNC au dessus des partis* heißt es: „L'avenir de l'Eglise de France est en jeu [...] l'élection recente du Maine-et-Loire a montré l'écueil où peut se briser l'union si l'esprit politique continue de primer chez les catholiques de France l'esprit religieux et chrétien.“ Die päpstliche Intention, die FNC zu stärken, geht aus den Papieren des Botschafters Doucet hervor, vgl. Soutou, *La condamnation de l'AF*, S. 460ff.

²¹² Die wichtigsten Etappen: 26. 8. 1926 Warnung der Katholiken durch den Kardinal Andrieu vor Mitgliedschaft bei der AF; 5. 9. 1926 Papst bestätigt Andrieu in einem Brief; 29. 12. 1926 erscheint das Dekret von 1914, das sieben Bücher von Maurras und die Zeitung AF auf den Index setzte; 8. 3. 1927 Vatikan kündigt Sanktion gegen Katholiken an, die sich der päpstlichen Direktive nicht beugen. Einzelheiten bei Prévotat, *Condamnation*, S. 296ff., und Weber, *Action Française*, S. 250–271.

²¹³ Vgl. zwei Briefe des intransigenten Abgeordneten Le Cour Grandmaison an Guiraud, wo selbst dieser fordert, daß sich die FNC unbedingt ihrer politischen Elemente entkleiden müsse, um nicht wie die AF in die Schußlinie zu geraten. Briefe vom 18. 11. und 8. 12. 1926, in: AN 362, AP 149. Typisch auch der Triumph des liberalen Katholiken Isaac, daß nun auch die konservativ-katholische Bourgeoisie von Lyon und der Erzbischof endlich aufhörten, auf Maurras und Daudet zu hören, und die Republik als legale Staatsform anerkannten. Eintrag Isaac vom 12. 12. 1926 und 9. 1. 1927, *Carnets*, S. 438 u. 442.

²¹⁴ Aufstellung Ende 1927, in: AN, F/7 13219.

Auch nach dem Ende des Linkskartells und dem Beginn der Regierung der *Union Nationale* Poincarés bewahrte der Katholizismus also ein hohes Maß an Konsistenz und Organisation, über 2,5 Millionen Mitglieder waren dauerhaft in das katholische Lager eingebunden. Auch 1927 und 1928 setzte die FNC ihre Konferenzserien mit anhaltendem Erfolg fort²¹⁵. Damit zeigte sie, daß ihre Mobilisierung nicht nur defensiv, gegen etwas, erfolgt war, sondern daß sie auch ein positives Programm hatte, das auf dem Boden der Legalität bestimmte Gesetze der Republik abschaffen bzw. verändern wollte²¹⁶. Der systemüberwindende Zug, der dem konservativ-katholischen Lager der Vorkriegszeit innegewohnt hatte, war also verschwunden. Die Redner der FNC, die wie Xavier Vallat der AF nahestanden und dem *non possumus* zunächst gefolgt waren, trafen auf zunehmende Kritik der Bischöfe bei den UC und kamen immer weniger bei den Konferenzen zum Einsatz; selbst ein liberaler Katholik wie Georges Pernot blieb in seiner Heimatstadt Besançon einer Veranstaltung fern, die Vallat zum Thema RPS organisierte²¹⁷.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß als Reaktion auf die antiklerikalen Ankündigungen des Linkskartells 1924 mit der FNC eine schlagkräftige katholische Bewegung in Frankreich entstanden war, die die Tradition des katholischen Lagers und der Volksaktion von vor 1914 wieder aufleben ließ. Das besondere war, daß nicht nur im Elsaß, wo die Konfessionalisierung schon lange einen milieuhaft verankerten Vereinskatholizismus generiert hatte, sondern in ganz Frankreich die Entwicklung dieser Strukturen rapide zunahm. Bis in kleinste Dörfer hinein verschränkten sich so lokale katholische Subgesellschaft und nationale Interessenorganisation. Um die zunächst intendierte Allianz mit der national-republikanischen LRN nicht zu gefährden, trat die FNC mit einem negativen Programm der *défense religieuse* an. Der überwältigende Erfolg und die enge Verstrickung der FNC mit dem mehrheitlich intransigenten Episkopat führten 1925 und 1926 jedoch dazu, daß man die Allianz mit der LRN auflöste und ein eigenes positives Programm – Aufhebung der staatlichen Laizität – formulierte. Dies war ein Schritt rückwärts, hinter das Programm der liberalen Laizität, dem viele Katholiken 1919 zugestimmt hatten: schon waren Züge einer katholischen Partei mit eigenen Vertretern zu erkennen, und der Konsens mit den konservativen Republikanern schien gefährdet. Erst der Ausschluß des neomonarchistischen Flügels um die AF aus dem katholischen Lager verhinderte dessen Abdriften in eine Sondergesellschaft mit antirepublikanischer Tendenz und brachte die FNC 1926/27 wieder auf einen mittleren Kurs, der freilich immer noch die Laizität ablehnte, jedoch nur legale politische Mittel im Rahmen der republikanischen Verfassung anwen-

²¹⁵ Vgl. die Berichte in: AN, F/7 13223 und F/7 12969.

²¹⁶ Polizeibericht vom März 1927, in: AN, F/7 13219: „Tendre exclusivement à réformer la législation anticléricale sans discuter la valeur des institutions politiques ou le cadre organique du régime établie.“

²¹⁷ Vgl. den Bericht über die empörte UC de Lille angesichts der Anwesenheit des Monarchisten Vallat vom 15.7.1927, in: AN, F/7 13223, und für Pernots Fernbleiben vgl. *Dépêche Républicaine* vom 29.4.1926. Vallat trat in den 1930er Jahren in die FR ein und wurde unter Pétain Generalkommissar für Judenfragen, vgl. Joly, Xavier Vallat, und weitere Beispiele bei Gras, Castelnaud, S.402.

den wollte²¹⁸. Am Ende der Mobilisierungsphase 1927/8 stand also ein gut organisiertes katholisches Lager, das sich von den Monarchisten getrennt hatte, aber politisch nur diejenigen Kandidaten unterstützen wollte, die seinem Kampf gegen die Laizität entgegenzukommen versprochen. Anders als die LRN hatte die FNC eine innere Kohäsion über die Jahre erhalten können und stellte einen der wichtigsten Verbände im bürgerlich-nationalen Lager Frankreichs dar.

*Außerparlamentarische Mobilisierung II:
Die Gründungskampagne der FR 1925–1927*

Die Übernahme der LRN-Verbände und die Parteierneuerung durch Louis Marin

Die Veränderung der politischen und vopolitischen Organisation der bürgerlich-nationalen Schichten, die soeben geschildert wurde, konnte nicht ohne Auswirkungen auf eine Partei wie die FR bleiben. Da sie sich seit 1923 als Pendant zur liberal-konservativen ERD im Parlament zu entwickeln begonnen hatte und bei den Wahlen 1924 mit dem Anspruch angetreten war, alle *républicains nationaux*, d. h. *Progressisten* und Katholiken, zu vertreten, mußte die Mobilisierungskampagne von LRN und FNC genau jene Klientel erfassen, die eigentlich die potentielle Basis der FR ausmachte. Wir hatten bereits gesehen, daß die französischen Parteien rechts der Sozialisten ohne eine stringente Angliederung von Lokalverbänden sowie innerparteilichen Instanzen und Hierarchien ausgekommen waren. Bemühungen, in den einzelnen Departements Lokalverbände im Anschluß an die Listengemeinschaften von 1919 zu etablieren, waren nur hie und da erfolgreich, z. B. die *Union Nationale Républicaine* in der Vendée oder die *Fédération républicaine et sociale du Massif Central*, und stellten daher für den FR-Vorsitzenden Isaac im Juni 1924 noch ein Desiderat dar²¹⁹. Die Mobilisierungskampagne von FNC und LRN füllte nun dieses Vakuum und beeinträchtigte notwendigerweise Überlegungen der FR zum Aufbau einer eigenen vertikalen Parteistruktur. Aber auch ganz grundsätzlich mußte die FR als Verbund von Honoratioren und Abgeordneten fürchten, von der Welle der Mobilisierung hinweggefegt zu werden, da die außerparlamentarischen Ligen auf eine neue Art und Weise Mitglieder warben und bänden, die der FR bis dato fremd war.

²¹⁸ Vallat unterwarf sich erst 1928 der päpstlichen Direktive und separierte sich von der AF. De Castelnau bewahrte während der Verurteilung der AF schweigsame Neutralität, scheint aber, alles in allem, nicht unglücklich über die päpstliche Entscheidung gewesen zu sein, die ihn und seinen legalen Kampf für die katholischen Interessen bestätigte, vgl. Bonafoux-Verax, *Fédération*, S. 282–299.

²¹⁹ Für die UNR der Vendée vgl. *Fédération vendéenne d'Union Nationale Républicaine. Notice historique et compte-rendu de l'assemblée générale du 22. Juillet 1923*, für die FRS-Geschichte vgl. den Brief Bardoux' an Millerand vom 19. 5. 1925, in: AN 470, AP 88, und den Brief Bardoux' an Madelin vom 29. 1. 1926, in dem er betont, daß die Organisation der „opposition républicaine“ im Zentralmassiv kurz vor dem Abschluß steht, in: AN 355, AP 1. Isaac beschloß im Juni 1924, über die Regionalpresse und die Abgeordneten in allen Departements Lokalvereine zu gründen. Vgl. Brief Isaacs an Marin vom Juni 1924, in: AN 317, AP 75.

Im ersten Jahr der Kartellregierung stand daher die FR auch ganz im Schatten der beiden großen Ligen, vor allem der LRN. Departementalverbände, die eigentlich zu Basisorganisationen der FR hätten werden sollen, traten komplett zur LRN über. Darunter fielen katholisch geprägte Verbände wie die *Union Nationale Républicaine* der Haute-Saône gleichermaßen wie die eher laizistische *Alliance républicaine des Vosges*, eine Mischung aus FR und AD²²⁰. Fernand Motte, der Neffe des FR-Gründers Eugène Motte, sorgte sogar höchstpersönlich dafür, daß die *Entente Républicaine du Nord*, eine liberal-konservative Sammlung aus ALP und *Progressisten*, der LRN beitrug²²¹. Der Eingliederung der Strukturen in die LRN folgte natürlich auch der Übertritt der Personen, der *militants*, aus den *progressivistischen* oder katholischen Kreisen in die Departementalverbände der LRN. Da in den bürgerlichen Schichten und auf den Dörfern diese ohnehin nur spärlich zu finden waren, hatte sich die Basis für eine „Mitgliederpartei“ modernen Zuschnitts bald der LRN zugewandt. Die vom Linkskartell ausgelöste Mobilisierungswelle konservativer Wähler und Aktivisten verlief also auf dem politischen Gebiet fast ausschließlich zugunsten der LRN und nicht der FR.

Obwohl dies keineswegs eine erfreuliche Entwicklung für die FR darstellte, folgte sie doch im Interesse der antikartellistischen Opposition der LRN und stellte nicht wenige Redner bei deren Kampagnen. Eine weitaus größere Gefahr entwickelte sich für die FR aber aus der Tatsache, daß sich mit der FNC die Herausbildung eines katholischen Lagers abzeichnete. Als konservativ-katholische Subgesellschaft mit politischen Repräsentanten hatte dieses vor 1914 bereits alle Bemühungen der *Progressisten* zunichtegemacht, die bürgerlich-nationalen Kräfte auf dem Boden der republikanischen Verfassung zu sammeln. Zu sehr waren die katholischen Abgeordneten der ALP mit der kirchlichen Hierarchie und dem Vereinskatholizismus verstrickt gewesen, als daß sie für „echte“ Republikaner hätten gelten können. Die entscheidende Leistung der liberal-konservativen Sammlung nach dem Ersten Weltkrieg war es dann gerade gewesen, den politischen Katholizismus aus der klerikalen Klammer zu lösen und seine bürgerlich-nationalen Elemente in eine Allianz mit den rechten Republikanern einzubinden. Dafür hatten sich die katholischen Abgeordneten von der fundamentalkatholischen *défense-religieuse*-Strategie des Episkopats emanzipiert und zur Fortsetzung des innenpolitischen Burgfriedens eine liberale Laizitätsformel akzeptiert. Je mehr sich nun aber ab 1924 die FNC als unpolitischer bzw. vopolitischer Verband der *défense-religieuse*-Strategie und der kirchlichen Hierarchie wieder annäherte, um so mehr mußte der innere Konsens der FR und ihres parlamentarischen Arms, der URD, auf dem Spiel stehen. Die Entwicklung eines katholischen Lagers, auch wenn es zunächst nicht politisch auftrat, mußte die Errungenschaften der ERD und der FR wieder in Frage stellen.

²²⁰ Für die Haute-Saône vgl. den Brief von Gaston About an Millerand vom 14. 1. 1925, in: AN 470, AP 88, für die Vogesen vgl. *Le Républicain d'Épinal, Journal d'Union Républicaine Démocratique* vom 14. 4. 1928. Das katholische Akademie-Mitglied Henry Bordeaux hat 1919 die Mitgliedschaft in diesem Vogesenverband abgelehnt, weil er zu laizistisch war und nicht „le manifeste qui doit venir du horreur de la guerre“ aufgenommen habe. Brief Bordeaux' an Madelin vom 3. 5. 1919, in: AN 355, AP 1.

²²¹ Notiz Brousses vom 31. 12. 1924, in: AN 470, AP 87.

Ob es eine konzertierte Strategie der FR gegenüber diesen Bedrohungen gegeben hat, ist unklar und im übrigen aus den uns erhaltenen Quellen nicht nachvollziehbar. Das erste Kampagnenjahr der LRN und FNC fiel jedoch zusammen mit einer Führungskrise innerhalb der FR, weil drei Vizepräsidenten kurz zuvor gestorben waren und der alternde Präsident Isaac zu schwach war, die Parteizentrale in Paris zu leiten²²². Es liegt also nahe, daß innerparteiliche Probleme die FR derart lahm gelegt haben, daß sie eine eigene Antwort auf die neue Herausforderung nicht geben konnte. Andererseits kündigte sich im Frühjahr 1925 ein Führungswechsel an, der schließlich im Juli 1925 vollzogen wurde und der neuen Schwung in die Partei brachte: Der altgediente *Progressist* Louis Marin, der seit Juni 1924 Vorsitzender der URD im Parlament war, übernahm nach dem Rückzug Isaacs die FR mit dem Ziel, diese zu einem zeitgemäßen *parti des militants*, einer Mitgliederpartei, auszubauen²²³. Die Personalunion von Fraktions- und Parteivorsitzendem, ein absolutes Novum unter den bürgerlichen Fraktionen, demonstrierte den Ehrgeiz der neuen Parteiführung, Fraktion und Partei noch enger zu koppeln und aufeinander abzustimmen. Wahrscheinlich sah man darin sogar die einzige Lösung, bis zu den Wahlen 1928 eine Absorption der FR durch die LRN oder gar einen inneren Bruch zu verhindern²²⁴.

Je mehr sich LRN und FNC nach der Erklärung der Erzbischöfe zur Laizität im März 1925 auseinanderzuentwickeln begannen, um so eklatanter wurden die unterschiedlichen Handlungsmuster der FR-Abgeordneten. Während der *progressistisch*-republikanische Flügel um Marin, Hervey oder Bonnefous regelmäßig bei Veranstaltungen der LRN auftrat, sprachen katholische FR-Abgeordnete wie de Monicault, Pernot oder Join-Lambert auf FNC-Veranstaltungen²²⁵. Im Vorstand der LRN wie der FNC fanden sich FR-Mitglieder, Marin und Hervey im ersten

²²² Vgl. die Analyse bei Vavasour-Desperriers, *Culture*, S. 229f.

²²³ Gleichzeitig wurde mit Jean Guiter ein erst 28-jähriger schwer kriegsversehrter Veteran zum Generalsekretär berufen und mit Jean Baudouin ein Nicht-Abgeordneter Vertreter des Departementalverbandes Seine-Inférieure in den Vorstand gewählt, vgl. Vavasour-Desperriers, *Culture*, S. 231ff. Die friedliche Übergabe des Parteivorsitzes von Isaac an Marin in einem Brief von Guiter an Marin vom 21. 1. 1925, in: AN 317, AP 75. Zum Typus des *parti des militants* als Zwischenstufe vom *parti de cadres* zum *parti de masses* vgl. Le Béguec, *République des avocats*, S. 124. In der französischen Geschichtswissenschaft spricht man seit dem Standardwerk von Maurice Duverger, *Les partis politiques*, von dem *parti de cadres* und dem *parti de masses* (dort S. 84ff.), so z. B. Berstein, *Les partis*.

²²⁴ Das ehrgeizige Programm Marins zur Umstrukturierung der FR zeigt sich deutlich, wenn man es mit den lockeren Organisationsformen der *modérés* im *Bloc National* vergleicht. Noch 1924 hatte der deutsche Botschafter Hoesch darüber berichtet: „Derartige Parteien fehlen in Frankreich fast vollständig. Ihre Bildung steht mit dem auf individuelle Freiheit gerichteten, mehr auf persönliche Vorliebe und Abneigung als auf Massendisziplin abgestellten politischen Volkscharakter der Franzosen in grundsätzlichen Widerspruch. Parteien im britischen oder im deutschen Sinne bilden fast nur die Extreme.“ Bericht vom 19. 4. 1924, in: PA/AA R 70 697.

²²⁵ De Monicault vor der UC de l'Ain am 3. 5. 1926, Bericht in: AN, F/7 13219, Join-Lambert vor der UC de l'Eure am 5. 1. 1926, Bericht in: AN, F/7 13213, Pernot vor der UC du Doubs am 15. 11. 1925, Bericht in: AN, F/7 12968; weitere Beispiele sind die FR-Mitglieder Taittinger vor der UC Lozère und Bouteille vor der UC Oise am 19. 6. und 22. 6. 1925, Berichte in: AN, F/7 13213, sowie Henri Auriol vor der UC Toulouse am 19. 4. 1925, Bericht in: AN, F/7 12968.

Fall, Weydmann und Oberkirch im zweiten²²⁶. François de Wendel, der als Stahlindustrieller vor allem aus finanzpolitischen Gründen an einem Ende des Kartells interessiert war und nichts mehr als eine erneut ausbrechende religiöse Debatte befürchtete, hatte in weiser Voraussicht sogar davor gewarnt, eine Ausbreitung der katholischen Demonstrationen von Elsaß-Lothringen auf ganz Frankreich zu fördern. Die damit wieder entzündeten religiösen Diskussionen würden nur schaden und den intransigenten Flügel der Katholiken stärken²²⁷. Da dies spätestens mit der Erklärung der Kardinäle im März 1925 passiert war, schien es nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis die FR vor die Wahl zwischen der Linie der LRN oder der der FNC gestellt werden würde. Die Gefahr lag für die FR nun nicht mehr nur im Verlust der Glaubwürdigkeit angesichts der unterschiedlichen Positionen, die beide Ligen vertraten, sondern in der Tat in einem Bruch entlang der weltanschaulichen Grenzen in ihrem Innern, die man längst überbrückt geglaubt hatte.

Wahrscheinlich haben erfahrene Politiker wie Marin diese Gefahr geahnt, zumindest läßt der eben zitierte Brief von de Wendel ein hohes Maß an Verständnis für politische Gefahren bei der FR-Führung erkennen. Der Fall der *Fédération Républicaine de la Seine* (FRS), einem trotz Namensgleichheit mit der FR unabhängigen Verband aller bürgerlich-nationalen Gruppen in Paris, muß allen vor Augen gestanden haben²²⁸. Bereits Versuche Isaacs, diesen Verband der FR anzugliedern, waren gescheitert, da die bürgerlichen Kräfte in Paris zu heterogen waren und über diese Frage auseinandergebrochen waren²²⁹. Nachdem es bei den Wahlen 1924 zu Problemen zwischen den verschiedenen Gruppierungen gekommen war, übernahm im Sommer 1924 das ehemalige ALP-Mitglied Dufresne den Vorsitz der FRS und brachte diese auf eine katholische Linie²³⁰. Er stand dem Kurs der LRN abwartend gegenüber und näherte die FRS den katholischen Kreisen von Paris um Xavier de la Rochefoucauld an. Dieser wiederum versuchte die FRS an die ALP und die FNC anzugliedern und scheute auch vor einem Wahlkampf gegen die *républicains de gauche* in den Gemeinderatswahlen 1925 nicht zurück²³¹. Wie wir aus einem späteren Protokolleintrag wissen, haben aus diesem

²²⁶ Als Vertreter der *Ligue catholique d'Alsace* verkörperten die beiden letzteren den rechten Flügel der liberal-konservativen Sammlung.

²²⁷ Brief an Marin vom 9. 8. 1924: „On semble se mettre à la remorque de ceux qui ont, dès l'armistice, voulu régénérer la France au point de vue religieux par l'Alsace-Lorraine, et ceci me paraît répondre beaucoup moins au sentiment populaire et ne devait avoir pour conséquence que de réveiller les passions religieuses dans le pays. Or, ceci c'est précisément la chose que nos adversaires désirent le plus parce qu'ils savent qu'il y a en France un vieux levain de gallicanisme, voltairianisme, appelez-le comme vous voudrez, qui fait que chaque fois que l'on surexcite ces passions cela leur a profité.“ In: AN 190, AQ 29.

²²⁸ Ein glücklicher Zufall hat die Protokollbücher der Vorstandssitzungen der Partei für die Jahre 1922–1927 im Nachlaß Marin überdauern lassen, jetzt in: AN 317, AP 81.

²²⁹ Eintrag vom 20. 1. 1923, ibidem, wo Isaac, Prévot, Bonnefous und Duval-Arnould als Delegierte bei der FRS in Paris auftraten.

²³⁰ Listenprobleme gab es zwischen Chassaigne-Goyon und der FRS am 28. 2. 1924, Dufresne, Mitbegründer der *Union Nationale Républicaine*, kam erst am 26. 6. 1924 zur FRS, wurde aber bereits am 16. 10. 1924 zu deren Präsidenten gewählt. Vgl. die Einträge ibidem.

²³¹ Dufresne hatte am 11. 12. 1924 gesagt: „La Ligue Millerand ne donne pas toutes les satisfactions nécessaires“, de la Rochefoucauld intervenierte am 5. 2. 1925 und am 6. 3. 1925, Einträge ibidem.

Grund die *Progressisten* um Rollet-Maine die FRS sogar verlassen und damit genau die Spaltung vollzogen, die die FR auf nationaler Ebene vermeiden mußte. In der einzigen organisierten konservativen Parteigruppierung in Paris hatten sich also *Progressisten* und Katholiken in der Hochphase der antikartellistischen Bewegung 1925 separiert. Die Gretchenfrage nach der inneren Orientierung und Kohärenz der FR als Partei aus rechtsliberalen und katholischen Kräften war damit offenkundig: Wenn es nicht gelang, in der größten Stadt Frankreichs, wo das sozialökonomische Klassenkriterium der „Bürgerlichkeit“ angesichts eines mächtigen sozialistischen Stadtproletariats viel bedeutender war als weltanschauliche Differenzen, die Einheit einer liberal-konservativen Sammlung zu wahren, wie sollte dies auf dem Lande funktionieren, wo die soziale Ausdifferenzierung weit weniger fortgeschritten und das Gewicht der traditionellen politischen Kulturen viel größer war?

Den Weg aus dem Dilemma ebnete der neue Parteivorsitzende Louis Marin. Dessen erster und entscheidender Schachzug war es, von dem protestantischen Pfarrer Soulier ein religiöses Programm für die neue FR ausarbeiten zu lassen, das zwar nicht am Prinzip der Laizität rüttelte, jedoch die Revision der Gesetzgebung für die Kongregationen verlangte und damit deutlich auf die Position der FNC zuzuging. Ohne den republikanischen Boden zu verlassen, konnte die FR damit den von der LRN enttäuschten Katholiken ein akzeptables Angebot machen. Nicht zuletzt war Pastor Soulier auch der einzige republikanische FR-Abgeordnete, der sowohl für die LRN wie auch für die FNC auf Versammlungen sprach²³². Marins zweiter Schachzug war es, die AD-Kräfte aus der LRN zurückzudrängen und die antikartellistische Propaganda durch die FR zu übernehmen. Grund dafür war eine Veränderung der politischen Rahmenbedingungen im Juli 1925, die zu einem Ende des eigentlichen Linkskartells aus Radikalen und Sozialisten geführt hatten. Der radikale, aber in finanziellen Belangen konservative Finanzminister Caillaux hatte die Haushaltskrise durch erneute Anleihen, nicht aber wie von den Sozialisten gefordert durch eine Kapitalsteuer bewältigen wollen und sein Projekt nur mit den Stimmen der bürgerlichen Opposition gegen seine eigene Mehrheit durchgesetzt²³³. Dieser Ruck zur Mitte veranlaßte viele *républicains de gauche*, den systematischen Oppositionskurs der LRN aufzugeben und diese auf eine opportunistische Linie zu bringen²³⁴. Die halbherzige Unterstützung der neuen Regierung Painlevé–Caillaux durch die linken Kräfte der LRN bot Marin, seit Juli 1925 neuer Vorsitzender der FR, die Gelegenheit, die antikartellistische Propagandakampagne selbst zu übernehmen und damit von der LRN auf die FR zu verlagern. Zwar hatte auch seine Gruppe für die *projets Caillaux* votiert, eine dauerhafte Unterstützung des „Verräters von 1917“ kam für die URD jedoch nicht in Frage, anders

²³² So am 24. 3. 1926 mit Abbé Bergey in Amiens, Bericht in: AN, F/7 12968, und vor der LRN de l'Indre am 2. 6. 1926 mit Henri de Kerillis, Bericht in: AN, F/7 13213. Er wurde vor allem von den calvinistischen Protestanten des Midi dafür kritisiert, vgl. deren Zeitung *Évangile et Liberté* vom 2. 12. 1924.

²³³ Für die Hintergründe vgl. Jeanneney, de Wendel, S. 258f.

²³⁴ So der Bericht vom 5. 8. 1925, in: AN, F/7 12953. Sehr treffend ist hier der Zwischenruf Briands zu einer Rede des Linkrepublikaners Maurice Bokanowski, als dieser sagte „Nous voulon des actes“: „vous ne voulez pas des actes, vous voulez des portefeuilles“.

als für viele *républicains de gauche*²³⁵. Vielmehr gelang es Marin binnen eines Jahres, durch die Fortsetzung eines regierungskritischen Kurses, die „republikanisch-nationale“ Opposition im Namen der FR zu monopolisieren²³⁶.

Die Pläne Marins und des neuen Generalsekretärs Guiter sahen vor, die FR von einer Honoratiorenpartei zu einer Mitgliederpartei zu verändern, in der die Departementalverbände und die Parteitage eine größere Rolle spielen sollten: „Nous sommes décidés à nous organiser dans la France entière, et à mettre sur pied un ‚parti‘ digne de ce nom, qui sera seul susceptible de préparer le redressement nécessaire. Or, l’expérience nous prouve que, sans Fédérations Départementales actives et bien organisés, les soi-disant ‚Partis‘ de Paris ne sont que des Comités parlementaires sans action réelle.“²³⁷ Die Freiheit der einzelnen Abgeordneten, die bisher die FR als lose Sammlung gleichgesinnter *modérés* betrachtet hatten, sollte zugunsten eines programmatischen Konsenses aufgegeben werden, der den FR-Abgeordneten im Parlament eine gewisse Richtlinie vorgab. Bereits auf dem FR-Kongress im März 1925 wurde diese Erneuerung verabschiedet, wobei vor allem die beiden Vertreter der stärksten Departementalverbände, Baudouin (*FR de la Seine-Inférieure*) und Peissel (*FR du Rhône*) eine entscheidende Rolle spielten²³⁸. Sie wollten die unberechenbare Unabhängigkeit der Abgeordneten beenden und diese stärker an die programmatischen Beschlüsse der Basis und der Parteitage binden. Gleichzeitig veränderte sich auch die Präsenz der FR in der Presse. Ab Juni 1925 erfolgte die zweiwöchentliche und bald wöchentliche Publikation einer eigenen Parteizeitung, der bereits erwähnten *La Nation*, die das Vakuum der FR in der Presselandschaft beendete und die als Sprachrohr der Gesamtpartei dienen sollte. Zudem startete ab Herbst 1925 die FR eine große Propagandakampagne, die zunächst unter dem Deckmantel der LRN stattfand, im Laufe des Winters aber immer mehr an Eigenständigkeit gewann. Bis zum Juli 1926 fanden im Namen der FR 88 Konferenzen statt, deren Hauptredner die *Progressisten* Louis Marin, Henri Rollet-Maine, Maurice Hervey und Georges Bonnefous, die Katholiken Poitou-Duplessy und Duval-Arnauld sowie Pastor Soulier waren²³⁹.

²³⁵ Caillaux hatte bei den Meutereien der Truppen 1917 eine unklare Rolle gespielt und ein für die Nationalisten unerträgliches Maß an Konzilianz gegenüber diesen gezeigt. Er war daraufhin vom obersten Gericht zu 3 Jahren Haft und 5 Jahren Exil verurteilt worden.

²³⁶ Jules Méline, der alte Führer der Vorkriegs*progressisten*, hat Marin daher am 15. Juni 1925 als „un vrai Général“ bezeichnet, nachdem er ihn schon fünf Jahre (29. 5. 1920) zuvor als „le meilleur des amis et couronnement de ma vie publique“ gepriesen hatte. Zwei Briefe an Marin, in: BN, NAF, 14827 F52 und F53. Die Neuartigkeit der FR unter dem energischen Vorsitz Marins betont auch Le Béguec, *Le parti*, S. 53.

²³⁷ Vgl. die Protokolle über die Kongresse 1925 und 1926 in: AN 317, AP 86. Das Zitat dieses Plans ist einem Brief Gueters an Madelin vom 7. 10. 1925 entnommen, in: AN 355, AP 4.

²³⁸ Marin war auf diesem Kongress noch nicht gewählter Präsident, vertrat aber den kranken Isaac im Vorsitz. Entscheidend waren der Bericht Baudouins über die Departementorganisation und die Einigung Marins mit Perret auf eine gemeinsames Vorgehen auf regionaler Basis, vgl. das Protokoll in: AN 317, AP 86.

²³⁹ Vgl. Vavasseur-Desperriers, *Culture*, S. 259. Die Ausgaben der FR stiegen von 13 791 Francs im Oktober 1925 auf 80 762 im März 1926, vgl. Brief Gueters an Marin vom 14. 5. 1926, in: AN 317, AP 75.

Die organisatorische Erneuerung und das konzertierte Auftreten der FR-Redner ermöglichte es ihnen, im ganzen Land die existierenden LRN-Verbände zu unterwandern und für sich zu gewinnen²⁴⁰. Je mehr sich die Redner der AD aus der LRN zurückzogen, um so mehr drängten die FR-Aktivisten nach und stellten bis zum Frühjahr 1926 bei weitem die Mehrzahl der Redner auf LRN-Veranstaltungen²⁴¹. Die wenigen verbliebenen AD-Mitglieder der LRN wie Brousse, Reynaud oder Reibel waren oft nicht verfügbar²⁴², und so konnte die LRN nur tatenlos zusehen, wie ihre Verbände langsam in das Gravitationsfeld der FR gerieten. Viele Sektionen der LRN, die im Winter 1925/26 ihr einjähriges Bestehen feierten, erweiterten ihren Namen von „LRN“ zu „LRN et FR“ des jeweiligen Departements und drückten somit ihre doppelte Zugehörigkeit aus²⁴³. Bereits im Oktober 1925 hatte Guiter daher die Losung ausgegeben: „Si la LRN vit, nous appuyons ses efforts dans toute la mesure de nos moyens; si elle meurt, nous recueillons ses troupes pour continuer l'action qu'elle avait entreprise.“²⁴⁴ Die FR-Redner profitierten dabei von einer wachsenden Unzufriedenheit der bürgerlichen Schichten angesichts der steigenden Inflation, die den *Franc* auf ein Fünftel seines Vorkriegswertes reduziert hatte. Da die LRN ihre unentschiedene Haltung gegenüber den Finanzprojekten der neuen Regierung Briand fortsetzte²⁴⁵, gelang es der FR ab Februar 1926, immer mehr LRN-Sektionen zu sich zu ziehen und die unzufriedenen besitzenden Schichten anzusprechen. Marin und die FR-Finanzexperten de Lasteyrie und François-Marsal stellten stets das finanzpolitische Thema in den Mittelpunkt ihrer Kampagnen und priesen die Rückkehr zu einer *orthodoxie libérale* ohne Steuererhöhungen, die allein Stabilität und ein hohes Niveau des *Franc* garantieren könne²⁴⁶. Sie konnten sich damit als einzige bürgerlich-nationale Op-

²⁴⁰ So war im übrigen wohl der parteiinterne Plan, vgl. den Anm. 237 zitierten Brief Guiter an Madelin: „Dans ces conditions, et en raison de l'effacement croissant d'une organisation dont nous attendions bien davantage (LRN), le devoir de notre FR est d'entrer en relations, dès à présent, avec les Sections et adhérents de la LRN dans le pays tout entier.“

²⁴¹ Die Kampagne kann in AN, F/7 13237 verfolgt werden. Die unterschiedlichen Polizeiberichte sind uneins, ob es sich um eine LRN- oder FR-Kampagne handelt, was die langsame Durchdringung des einen durch den anderen beweist. Wichtig auch das Bekenntnis de Warrens: „Chaque période a ses théories et ses manières. Notre période est aux groupements, aussi bien sur les terrains économique, social, politique.“ Brief an Marin vom 16. 12. 1927, in: AN 317, AP 183.

²⁴² So kann Brousse trotz Bitten der Sektion von Nizza kein AD-Mitglied mit Bonnefous zur dortigen LRN schicken und muß die eher linke Sektion bitten, Bonnefous als alleinigen Repräsentanten der LRN zu betrachten. Notiz vom 10. 11. 1925, in: AN 470, AP 87. Das AD-Mitglied Yves Le Troquer war am 4. 11. 1925 sogar aus der LRN ausgetreten.

²⁴³ So z. B. in Amiens am 20. 5. 1926, wo sich die *LRN de la Somme* in *LRN et FR de la Somme* umbenannte, am 7. 6. 1926 in Orléans (*LRN d'Orléans* in *LRN et FR d'Orléans*), beide Berichte in: AN, F/7 13237. Am 2. 6. 1926 erfolgte der gleiche Vorgang in Issoudun (*LRN de l'Indre* in *LRN et FR de l'Indre*), Bericht in: AN, F/7 13213.

²⁴⁴ In dem oben Anm. 237 zitierten Brief an Madelin vom 7. 10. 1925.

²⁴⁵ Dies wurde gerade von den orthodox-liberalen FR-Mitgliedern in der LRN wie Jacques Bardoux kritisiert, vgl. Notiz Brousses vom 16. 2. 1926, in: AN 470, AP 87, und der Artikel von Alabet in *Mémorial de la Loire* vom 15. 2. 1926.

²⁴⁶ So schrieb der Präsident Carlier der LRN de Melun, der Generalsekretär der LRN du Tarn-et-Garonne sowie der LRN de l'Haute-Vienne, daß ihre Sektionen der FR beitre-

positionspartei etablieren, die ihr wirtschaftsliberales Programm nicht dem Kompromiß mit den Radikalsozialisten zu opfern bereit war.

Die FR hatte sich also aus der eingekleiteten Lage – zwischen LRN und FNC – von 1924 und 1925 befreit und die auf Grund interner Schwierigkeiten zerfallende LRN systematisch unterwandert²⁴⁷. Durch ein festes Programm und ein konzentriertes Vorgehen konnten die LRN-Sektionen, die in einem politischen Vakuum trieben, an die FR gebunden und ihre Strukturen übernommen werden. Auch wenn dies nicht überall im Land gelang, weil lokale Besonderheiten im Wege standen²⁴⁸, so war es doch die Regel²⁴⁹, zumal die FR im Sommer 1926 auch noch die Regionaldelegierten der LRN wie Villeneau oder Saint-Yves übernommen hatte und als eigene Regionaldelegierte installierte. Weitere Beitritte von Departementalsektionen folgten, und bis 1928 hatte sich die Zahl der departementalen Mitgliedsverbände der FR von 28 auf über 50 erhöht²⁵⁰. Als Gründe für den Erfolg der FR wurden bisher der innere Zerfall der LRN, das energische und konzentrierte Auftreten der FR unter der Führung von Marin und Guiter sowie die orthodox-liberalen wirtschaftspolitischen Forderungen der FR in der Inflationszeit herausgearbeitet. Das „bürgerliche“ Motivationselement war es jedoch nicht allein, das der FR zum Durchbruch verhalf. Vielmehr ist in der Ausarbeitung des oben besprochenen religiösen Programms ein weiterer wichtiger Grund dafür zu sehen, daß die FR, anders als die LRN, ihre Attraktivität für die Katholiken nicht verlor und damit diejenigen katholischen Gruppen wieder einbinden konnte, die der LRN nach den bischöflichen Verboten 1925 ferngeblieben waren. Die Forderung nach einer liberalen Laizität, die die Kirchentrennung nicht antastete, aber die Kongregationsgesetzgebung aufzuheben versprach, mußte für viele Katholiken und die kirchliche Hierarchie weitaus akzeptabler sein als das Programm der LRN, das keine legislativen Änderungen der *lois laïques* vorsah.

Gerade in den Gebieten mit hoher katholischer Frömmigkeit war die LRN in große Bedrängnis geraten, wenn die kirchliche Hierarchie ihr Laizitätsprinzip nicht tolerierte. Da dort die Jugendverbände des Katholizismus oftmals die Fußtruppen der LRN gestellt hatten, verfiel sie nach deren Rückzug in ein politisches Koma. Erst die Übernahme der betroffenen Sektionen durch die FR und das Auftreten dezidiert katholischer Abgeordneter belebte die Verbände wieder und führte sie in der Regel in die Mitgliedschaft der FR²⁵¹. Auch als Millerand auf dem

ten werden, wenn die URD in Zukunft die Finanzprojekte der Regierung ablehne, alle drei Briefe vom 3.3.1926, in: AN 317, AP 73.

²⁴⁷ Die von Berstein, *La Ligue*, S. 63, geäußerte Meinung, die LRN sei 1926 verschwunden, stimmt somit nicht. Sie ging, zumindest in Teilen, in die Basisverbände der FR über.

²⁴⁸ So z. B. in Toulon oder Marseille, wo die LRN weiterhin alle politischen Nuancen rechts der Mitte gruppierete. Bericht vom Oktober 1926, in: AN, F/7 13237.

²⁴⁹ Ein Brief Guiter's an Marin vom 20. 8. 1926 spricht von einer Briefaktion, die die Übernahme durch die FR beschleunigen sollte. Dafür wurden alle LRN-Sektionen „à titre confidentiel“ angeschrieben, in: AN 317, AP 71.

²⁵⁰ Vgl. die Diskussion der oft zweifelhaften Angaben von Guiter bei Vavasseur-Desperriers, *Culture*, S. 382.

²⁵¹ Ein Beispiel ist die *LRN de l'Ardeche*, die am 16.3.1926 durch Bonnefous und Duval-Arnould und durch *groupes de Jeunesse catholique* reanimiert wurde, Bericht in: AN, F/7 13237.

letzten großen Treffen der LRN in Paris im November 1926 die Laizitätsfrage bewußt ausgespart hatte, waren die Fronten zwischen LRN und dem Katholizismus bereits zu verhärtet, als daß es noch zu einer Versöhnung hätte kommen können²⁵². Die LRN blutete weiter aus und die FR absorbierte ihre Strukturen, nicht zuletzt auf Grund ihres religiösen Programms²⁵³.

Im Verlauf der Jahre 1925–1927 hatte die FR, gewissermaßen als liberal-konservative Parteineugründung, also den Schritt von einem lockeren Abgeordnetenverband zu einer programmorientierten Mitgliederpartei vollzogen. Sie stellte innerparteiliche Kommissionen auf, gliederte departementale Verbände an und publizierte eine eigene Parteizeitung. Das honoratiorenpolitische Element, das die *modérés*, wie im ersten Kapitel dargestellt wurde, charakterisiert hatte, trat in den Hintergrund und machte einer neuen Parteistruktur Platz. Ein deutliches Indiz für die Verwandlung der Partei ist die Tatsache, daß die Vorsitzenden der Departementverbände, die nicht zugleich Abgeordnete waren, in die Führungsränge der Partei und den *Conseil national* aufrückten²⁵⁴. Zwei von ihnen, Peissel und Boudouin, wirkten als Vizepräsidenten sogar unmittelbar im Exekutivorgan der FR, dem *Conseil Directeur*, mit. Beim Aufbau einer im Land verwurzelten politischen Basis profitierte die FR ferner von einer außerparlamentarischen Mobilisierung der bürgerlich-nationalen Schichten gegen das Linkskartell. Ihr gelang es, das Sammelbecken der LRN zu übernehmen, da diese als große Parteienkoalition über taktisches Verhalten und die religiöse Frage zerbrochen war und sich langsam auflöste. Dank ihres religiösen Programms konnte die FR den Rückzug der Katholiken aus den LRN-Verbänden stoppen und diese in ihre eigene Struktur eingliedern. Deshalb ist die Zahl der Mitglieder, die William D. Irvine auf etwa 10 000 geschätzt hat, deutlich nach oben zu korrigieren²⁵⁵. Wengleich auch nicht alle 300 000 Aktivisten der LRN übernommen werden konnten, so dürfte ihre Zahl doch zwischen 150 000–200 000 gelegen haben, vor allem nach dem Beitritt der personell sehr starken *URP de Gironde* und der *Fédération républicaine et sociale du Plateau Central*²⁵⁶.

²⁵² Ein Polizeibericht zitiert aus den Vorstandskreisen der LRN: „Ça va fournir à notre droite et aux troupes de Castelnau une nouvelle occasion de tenir Millerand et nous pour suspects.“ Bericht vom 27. 11. 1927, in: AN, F/7 13237.

²⁵³ Vgl. den Polizeibericht vom 21. 6. 1926 über eine Vorstandssitzung der LRN, auf der gesagt worden ist: „La LRN est à la veille de s’effondrer.“ In: AN, F/7 13237.

²⁵⁴ Waren 1924 nur sieben der 99 Mitglieder des *Conseil national* Vorsitzende von Departementverbänden gewesen, so stieg ihre Zahl auf 62 von 194 Mitgliedern 1929, vgl. Irvine, *French Conservatism in Crisis*, S. 29.

²⁵⁵ Die Schätzung von Irvine, *French Conservatism in Crisis*, S. 37, basiert auf der Auflage der Parteizeitung *La Nation*, die bei knapp 12 000 lag. Diese Interpretation ist allerdings sehr problematisch, da die umfangreiche Parteizeitung vermutlich nur von den lokalen Vorsitzenden der FR-Verbände gelesen wurde, keineswegs von jedem *militant*. Wenn man sich allein die UNR du Doubs betrachtet, verfügte diese über 2–3000 Mitglieder in den 1920er Jahren. Von diesen Verbänden verfügte die FR sicher über 43 (1925), was ebenfalls eine weitaus höhere Mitgliederzahl nahelegt.

²⁵⁶ Vavasseur-Desperriers, *Culture*, S. 380ff., schätzt die Zahl zu Recht auf etwa 180 000. Die FR selbst schrieb sich in *La Nation* vom 15. 10. 1925 ebenso viele Mitglieder wie die Sozialisten, ungefähr 100 000, zu.

Die Aktions- und Organisationsformen der parlamentarischen Rechten in Frankreich hatten sich also ab 1925 grundlegend verändert, aus der lockeren Honoratiorenpartei FR war eine bürgerliche Mitgliederpartei, ein *parti des militants*, geworden. Sie war nicht nur im Wahlkampf aktiv, sondern verfügte über ein ständiges Büro in der *Rue de Varenne*, das als Presse- und Dokumentationszentrum diente, die Arbeit der Partei und Fraktion zu koordinieren versuchte und immerhin acht festangestellte Bedienstete 1928 bezahlte²⁵⁷. Gleichwohl ist festzuhalten, das auf dem wichtigen Gebiet der Interessenintegration und -artikulation die FR auf halbem Weg zwischen Honoratiorenpartei und Mitgliederpartei stehen blieb: Dies betraf vor allem die Form der Entscheidungsfindung und der Umsetzung des Parteiprogramms. Auf den Parteitagen stellten die Abgeordneten und Senatoren weiterhin eine knappe Mehrheit vor den Delegierten der Departementverbände und gaben der FR fürderhin ein sehr parlamentslastiges Erscheinungsbild²⁵⁸. Vor allem wurde aber die Exekutive der Partei weiter von Parlamentariern kontrolliert und entschied oft allein über das Abstimmungsverhalten im Parlament. Wie das nächste Kapitel noch zeigen wird, kam es dabei vor allem zu Konflikten mit den zur Mitte tendierenden Abgeordneten der Partei wie Laurent Bonnevey, die der Tradition der *modérés* verpflichtet bleiben wollten und im Zweifelsfall auch gegen das Parteiprogramm und die Mehrzahl der Departementverbände zu stimmen bereit waren²⁵⁹. Diese Einschränkungen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß im Zuge der bürgerlich-nationalen und katholischen Mobilisierung gegen das Linkskartell mit der FR ab 1925 zum erstenmal eine durchorganisierte Partei aller liberal-konservativen Kräfte in Frankreich entstanden ist.

Die FR und das Problem des katholischen Lagers

Wir hatten bereits analysiert, daß eine wesentliche Voraussetzung für die Stabilität der liberal-konservativen Sammlung ERD im Parlament die Auflösung des konservativ-katholischen Lagers als Sammelbecken des gesellschaftlichen und politischen Katholizismus gewesen war. Dieser Prozeß, der im Ersten Weltkrieg be-

²⁵⁷ Die Finanzierung der Partei und des Wahlkampfes, immerhin 1,89 Millionen Francs 1928, wurde weiterhin nicht durch Mitgliedsbeiträge, die in der Regel zu 75% bei den Departementverbänden verblieben, sondern durch Spenden geleistet. Die Rolle des Stahlindustriellen de Wendel, der in Zusammenarbeit mit Ernest Billiet von der UIE die Spenden im bürgerlichen Lager sammelte, ist analysiert bei Jeanneney, de Wendel, S. 440-454.

²⁵⁸ Als sich die FR über die Haltung in der Außenpolitik (Young-Plan, Rüstungskonferenz, Hoover-Moratorium) zunehmend zerstritt, beklagten gerade die intransigenten *militants* der Departementverbände, daß die Parlamentarier unabhängig von Programmen abstimmen und die Führung der Partei dominierten, mit Ausnahme Marins natürlich, vgl. Irvine, French Conservatism in Crisis, S. 31.

²⁵⁹ Z. B. sorgte die doktrinär nationalistische Rede Marins zu den Locarno-Verträgen für Unruhe, da er diese Position mit Hilfe der Departementverbände der Partei aufoktroieren wollte. Daraufhin kam es im Dezember 1925 zu einer Austrittswelle einzelner Mitglieder und 1926 zu einer heftigen Debatte mit dem Progressisten Bonnevey, der die Parteiführung Marins nicht akzeptierte. Die Austrittsbriefe von verschiedenen FR-Mitgliedern in: AN 317, AP 73. Eines der ausgetretenen Mitglieder, Villard (Mitglied seit 1904), schrieb in einem von zwei Briefen an Marin: „Je n'affirme pas la politique intransigeante que fait la Fédération depuis quelques mois.“ Für die Debatte zwischen Bonnevey und Marin, die im Austritt Bonneveys aus der FR gipfelte, siehe unten S. 446.

gonnen hatte und das sogenannte zweite *Ralliement* der Katholiken an die Republik in Gang setzte, erlaubte es katholischen Abgeordneten, gemeinsame Gruppen mit den Republikanern zu bilden, um dort ihre je spezifischen Interessen zu vertreten: bonapartistische Katholiken wie Taittinger oder Villeneau in bezug auf die Staatsreform, liberale Katholiken wie Denais oder Duval-Arnould in bezug auf ein sozialkonservatives Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Die Herausbildung der FNC als einer dezidiert katholischen Interessenvertretung und deren Tendenzen, das katholische Lager wiederzubeleben, mußte also FR/URD als Nachfolgerin der ERD parlamentarisch und außerparlamentarisch unter Druck setzen. Die katholische FNC als vopolitischer Basisverband der Katholiken stellte in dieser Hinsicht eine Herausforderung, und gleichzeitig auch eine Chance für die FR dar. Entweder gelang es dieser, ihre gedeihenden Parteistrukturen an ein bestimmtes Sozialmilieu zu binden, eben das katholische, oder sie drohte, bei einem Konfliktfall mit diesem, einen Teil ihrer Wählerschaft dauerhaft zu verlieren.

Diese Problematik war auch in den Jahren des *Bloc National* 1919-1924 nur aufgehoben, aber nicht gelöst worden. Gerade in den einzelnen Departements war es nur in seltenen Fällen zur Verschmelzung von *progressistischen* Komitees mit der katholischen Substruktur gekommen, die Regel war vielmehr eine Parallelität der beiden. Solange sich der Vereinskatholizismus, der seine Aktivitäten ab 1921 ausweitete²⁶⁰, auf das soziale und gesellschaftliche Feld beschränkte, mochte das Nebeneinander noch konfliktfrei bleiben; sobald er aber wieder begann, z. B. mit Hilfe einer ehrgeizigen katholischen Lokalpresse, politisch zu agieren und die weltanschauliche Komponente des Katholizismus herauszustellen, war der Rückfall in eine katholische Gegengesellschaft möglich. Als Beispiel sei auf Lothringen verwiesen, wo der *Progressist* Edouard de Warren Louis Marin vor der Revitalisierung einer ALP um die Zeitung *L'Eclair de l'Est* warnte. Dort hatte sich die alte ALP unter dem neuen Namen *Union républicaine* rekonstituiert und begonnen, mit katholischen Forderungen an die *progressistischen* Abgeordneten de Warren und Marin heranzutreten. Sie war dabei maßgeblich mit dem Aktivpol des lothringischen Vereinskatholizismus, Abbé Thouvenin, verbunden, und de Warren argwöhnte, daß ihre Vertreter für die nächsten Lokalwahlen eigene Vertreter aufstellten und die Aktivität des *progressistischen* Journals, des *Impartial de l'Est*, beeinträchtigten²⁶¹.

Eine Lösung dieses Problems war für die *Progressisten* nicht immer möglich, außer sie verfügten, wie im lothringischen Fall, über eine finanzielle Stütze. Um eine Konkurrenz der beiden Zeitungen *L'Eclair de l'Est* und *Impartial de l'Est* zu

²⁶⁰ Vgl. die Berichte für das Jahr 1922, in: AN, F/7 13214.

²⁶¹ Brief de Warrens an Marin vom 12.7.1923: „Le Comité UR comprendra une vingtaine de membres choisis parmi les amis de l'Eclair, à l'exclusion des parlementaires [...] c'est, en somme, l'Action libérale reconstituée sous une autre forme. Elle représente une force qu'il faut regrouper [...]. Le comité est décidé à soutenir au fond nos quatre députés, en retour, et au cas où on serait amené – comme il le désire, je crois, à présenter une liste composée de 7 candidats du Bloc National il entend avoir [...] la destination des trois candidats nouveaux. Ceux-ci seraient sans doutes assez marqués à droite, genre chanoine Thouvenin [...]. C'est la campagne perfide et acharnée contre l'Impartial qui continue, et sous toutes les formes.“ In: AN 317, AP 168.

vermeiden, kaufte der *progressistische* Stahlindustrielle de Wendel kurzerhand erstere auf und installierte dort seine eigenen Leute. Eine Patentlösung für ganz Frankreich konnte dieses Vorgehen aber auf keinen Fall sein²⁶². In den Wahlen 1924 kam es dank des angekündigten Linkskartells in den allermeisten Fällen zu keinen Problemen der FR mit einem auf Eigenständigkeit drängenden politischen Katholizismus: Während die Zahl der großen *Bloc-National*-Listen im Stil von 1919, die von den rechten Radikalen bis zu den *rallierten* Katholiken reichten, weiter zurückging, etablierten sich immer mehr rein liberal-konservative Listen, die die Voraussetzung für die Entwicklung eines späteren liberal-konservativen Departementalverbandes bilden konnten. Dies war der Fall im Doubs, in der Charente²⁶³ und in der burgundischen Côte-d'Or, über die wir durch den oben erwähnten Vortrag des *Progressisten* Nourrissat auf dem FR-Kongreß 1925 gut unterrichtet sind. Nach dem Verschwinden der ALP in seinem Departement 1924 hatte er einen großen „parti républicain conservateur“ gegründet, dessen „armature“ die Katholiken bildeten, der jedoch für alle ordnungsliebenden Elemente offen sei²⁶⁴. Da das Wort „conservateur“ in Frankreich mißverständlich war und sehr oft Monarchisten damit bezeichnet wurden, stellte er sodann klar: „Nous ne rougissons pas de ce mot de conservateur [...] si par là on entend le parti qui veut résister au désordre sur le terrain républicain.“ Damit hatte Nourrissat genau das Ziel Marins umschrieben, eine nationalkonservative Ordnungspartei auf republikanischer Basis zu entwickeln, jenseits der Konfessionsgrenzen, aber mit deutlicher Verhaftung im katholischen Sozialmilieu. Nourrissat betonte, daß vor dem Krieg die ALP, als „parti de la conservation sociale“, viele potentielle Mitglieder der FR von dieser abgehalten habe, daß nun aber die Zusammenarbeit auch mit dem Vereinskatholizismus fruchtbar sei²⁶⁵.

Aus der Aufnahme der ehemaligen ALP-Abgeordneten in die FR ab 1923 und deren Ausweitung zu einer liberal-konservativen Partei resultierte also ohne Zweifel eine Anbindung der FR an ein katholisches Sozialmilieu, das in manchen Fällen die Basis für den Aufbau departementaler Parteistrukturen bilden konnte²⁶⁶. Daß die Einigung überall so glatt verlief wie in der Côte d'Or, ist wenig

²⁶² Auf Anraten de Warrens und Marins. Der obige Brief fährt fort: „Il faut que tu fasses comprendre au petit François qu'après être idiot de dépenser un million avec Teitgen à ne rien faire, il sera encore plus idiot de ne pas dépenser les 200 000 nécessaires pour mettre debout son journal.“

²⁶³ Weitere Beispiele für diese zweite Welle der Parteigründungen in: Vavasseur-Desperriers, *Culture*, S. 382.

²⁶⁴ „J'espère arriver à la suite de la disparition de l'Action Libérale dans le département de la Côte-d'Or, à constituer un parti républicain conservateur, où les catholiques seront l'armature, mais largement ouvert à toutes les confessions.“ Stenographische Mitschrift des Kongresses von 1925, in: AN 317, AP 86.

²⁶⁵ „Nous n'avions pas suffisamment d'adhérents, parce que, du côté de nos amis catholiques, nous constatons la répugnance [...]. Maintenant notre canapé s'est élargie, et ceux de toutes les provinces se réunissent aujourd'hui [...] sans le moindre difficulté [...]. Ce parti conservateur, qui sera composé en majeure partie des catholiques [...] c'est la véritable parti de la liberté religieuse et de l'amour de la France.“ Ibidem.

²⁶⁶ Z. B. trat mit Louis Bazire 1919 der Bruder des gefallenen Henri Bazire, des langjährigen Vorsitzenden der ACJF, in die ERD ein. Seine sozialkatholischen Jugendverbände bildeten das Mark der *Federation vendéenne d'Union Nationale et Republicaine*, des späteren

wahrscheinlich, vor allem in der Bretagne und in manchen Gebieten des südlichen Zentralmassivs blieben der Vereinskatholizismus und Teile des katholischen Sozialmilieus gegen diese Versuche resistent und folgten lieber ihrem intransigenten Bischof oder dem aristokratischen Großgrundbesitzer in die katholische Gegengesellschaft. Diese Bewegung verstärkte sich natürlich mit zunehmendem Erfolg der FNC ab 1925 und führte landesweit zu einer Verknüpfung aller katholischen Vereinsstrukturen und der Revitalisierung des katholischen Lagers. Daß daraus ein Problem für die FR erwuchs, ist evident, da ihr katholischer Flügel wieder zurück in die klerikale Klammer zu driften drohte. Verstärkt wurde die Problematik jedoch durch die Tatsache, daß sich nach den Wahlen 1924 aus den christlich-demokratischen Elementen des Sozialkatholizismus eine neue Partei, der *Parti Démocrate Populaire*, gegründet hatte. Im Unterschied zu FR bestand sie homogen aus katholischen Elementen, die allerdings keinen bürgerlichen Liberalismus, sondern volksdemokratische und sozialpolitisch fortschrittliche Vorstellungen vertraten. Die Stellung zur PDP allgemein (I), das komplizierte Verhältnis zur FNC und zum katholischen Lager (II) sowie ein besonderer Konfliktfall zwischen PDP und FR in Lothringen (III) werden daher im folgenden zu erörtern sein, um das Verhältnis von liberal-konservativer Partei und katholischer Subgesellschaft verstehen zu können.

(I) Hatte der große Erfolg der ERD 1919 und der FR 1924 darin bestanden, die nationalkatholischen Elemente aus den Fängen der monarchistischen Rechten zu befreien und Gruppen wie die AF politisch zu neutralisieren, so drohte nun die Gefahr von links, weil sich viele Katholiken vom *Laissez-faire*-Liberalismus der *Progressisten* in der FR abgestoßen fühlten²⁶⁷. Eine ganze Reihe von Söhnen prominenter ALP-Vertreter der Vorkriegszeit engagierte sich daher im PDP, und nicht in der FR, der sie dadurch im übrigen auch den Kampf um das katholische Vereinsmilieu ansagten²⁶⁸. Das Verhältnis der FR zum katholischen Lager zwischen 1925 und 1928 ist daher als sehr komplex zu bezeichnen. In zweifacher Hinsicht scheint sie eine Scharnierfunktion eingenommen zu haben: Einerseits verband sie die entlang der weltanschaulichen Frage getrennten LRN und FNC, da sie bei beiden persönlich vertreten war und ihr religiöses Programm einen Kompromiß aus dem der beiden Ligen darstellte. Andererseits nahm sie auch in dem sich ausdifferenzierenden katholischen Lager als bürgerlich-nationale Partei eine Mittelstellung zwischen dem demokratischen und sozial fortschrittlichen PDP und der nationalistischen und monarchistischen AF ein. Sie befand sich mit

FR-Departementalverbandes, unter de Tinguy. Ein weiteres Beispiel aus dem Sozialkatholizismus ist die von Charles Bellet mitbegründete *Union Regionale du Midi*, deren Strukturen in die FR du Tarn übergangen. Für die *Equipe Bazire* vgl. Le Béguec, Entrée, S. 1287-1293.

²⁶⁷ So hatte sich der christlich-demokratische Flügel der Elsässer-Abgeordneten um Seltz und Walter sowie der Sozialkatholik Boissard schon 1923 von der ERD abgespalten. Der Generalsekretär des PDP, Cornilleau, entwarf bereits 1924 die Strategie, der FR das Wasser abzugraben. Vgl. für dies und das folgende Delbreil, *Centrisme*, S. 35 f.

²⁶⁸ Es handelt sich hierbei um Jean Lerolle, Sohn von Paul Lerolle, Philippe de las Cases, Sohn von Emmanuel, und François Reille-Soult, Sohn des *ralliierten* Abgeordneten André. Zum Filiationsprinzip und der Verbindung dieser jungen Sozialkatholiken zu den katholischen Jugendorganisationen vgl. Delbreil, *Centrisme*, S. 39-49.

anderen Worten genau am Schnittpunkt der zwei *cleavage*-Linien „Säkularisierungskonflikt“ und „soziale Frage“, und damit in einer sehr heiklen Position. Zwar stellte die FR im Parlament mit der 100-Mann starken URD immer noch die größte Oppositionsfraktion, zusammengesetzt aus Progressisten und Katholiken, wie aber würden die nächsten Wahlen verlaufen, wenn die PDP die Bindung an das katholische Lager ausnutzen und katholische Wähler für sich mobilisieren konnte?

Zunächst muß man feststellen, daß die FR im Vorstand oder auf dem Parteitag keine geschlossene Antwort auf diese Frage gegeben zu haben scheint; als parlamentarische Konkurrenz wurde die PDP sogar erst nach 1928 wirklich ernstgenommen²⁶⁹. Unsere Quellen überliefern keine Problematisierung dieser Frage auf zentraler Ebene, sondern es scheint vielmehr den departementalen Komitees und den betroffenen Abgeordneten überlassen worden zu sein, wie sie damit umgehen wollten. Da der PDP nur in den katholischen Randgebieten der Bretagne, des flandrischen Nordens, Elsaß-Lothringens und den Pyrenäen erfolgreich war, betraf die neue Konkurrenz ohnehin nur einen Teil der FR-Verbände, allerdings nicht gerade die unbedeutendsten. In Marseille, wo es schon länger ein antikartellistisches Bündnis zwischen *Progressisten* und christlichen Demokraten gab, wurde dieses aufrechterhalten und für Wahlabsprachen genutzt, ebenso in der Vendée, wo die PDP-Abgeordneten sogar in die *Union Nationale Républicaine* des FR-Abgeordneten de Tinguy eingebettet waren²⁷⁰. Anders verhielt es sich in Paris, wo die beiden Parteizentralen um die Generalsekretäre Guiter (FR) und Cornilleau (PDP) eher in einem gespannten Verhältnis standen. Dennoch kam es vor den Wahlen 1928 zu keinerlei Rangeleien der beiden Verbände, auch nicht in den Munizipalwahlen 1925, und die AF hatte der PDP sogar vorgeworfen, sie hätte öffentlich zu einer Unterstützung der FR aufgerufen²⁷¹. Im Parlament stimmte die kleine PDP-Gruppe ohnehin in den meisten Fällen mit der URD, und ein Abgeordneter wie Robert Schuman, der 1928 noch bei der URD eingeschrieben war und erst 1931 zur PDP-Gruppe übertreten sollte, kann in dieser Zeit geradezu als Schnittstelle beider Fraktionen gelten²⁷². Jean-Claude Delbreil hat daher zu Recht für die Jahre 1924–1928 von einem „virtuellen“ statt eines „offenen“ Konfliktes zwischen den beiden Parteien gesprochen²⁷³.

Dennoch versuchten Teile der FR, insbesondere ihr Vorsitzender Louis Marin, die Verbindung an das katholische Sozialmilieu nicht zu verlieren, sondern eher

²⁶⁹ Der liberale Katholik Joseph Denais, langjähriges Vorstandsmitglied der ALP und seit 1925 auch Vizepräsident der FR, hatte den PDP anfangs sogar moralisch unterstützt. Vgl. eine Notiz Pezets vom 27. 10. 1924 in: AFNSP, PE 2. Erst nach den Wahlen 1928 wird der PDP in der Zeitung *La Nation* überhaupt erwähnt.

²⁷⁰ Vgl. Delbreil, *Centrisme*, S. 72.

²⁷¹ So die *Action Française* vom 28. 8. 1924. In Wahrheit hatte Pezet (PDP) nur gesagt, daß das Programm der FR „favorable aux catholiques“ sei, zu keiner Zeit aber zu deren Wahl aufgerufen. Vgl. das im Nachlaß Pezet erhaltene Manuskript *Mes démêlés avec l'AF* von Jean Suberville, S. 18, erhalten in: AFNSP, PE 2.

²⁷² De Wendel hat über Schuman gesagt, er sei „politiquement sur la frontière des démocrates et de notre groupe“, zitiert nach Poidevin, Schuman, S. 84. Als ganz ähnlich dürfen auch Duval-Arnould und Georges Pernot eingeschätzt werden.

²⁷³ Delbreil, *Centrisme*, S. 160.

zu festigen und damit die Organisationsbemühungen des PDP zu konterkarieren. Da der PDP vor allem den Führungskadern der sozialkatholischen *Semaines Sociales* und der ACJF entstammte und auf diesem Weg die Verbindung zur katholischen Subgesellschaft hielt, versuchte Marin auf einem für ihn günstigeren Gebiet zu operieren: Nicht der Sozialkatholizismus als solcher, sondern das weniger religiös dominierte katholische Sport- und Vereinsmilieu aus Patronagen und patriotischen Schützenvereinen wurde Ziel seines Handelns. Ein in seinem Nachlaß erhaltenes Dossier²⁷⁴ beweist, daß er sich ganz besonders für diese Gruppen einsetzte, da sie dem politischen Ethos der FR, dem „Veteranengeist“ (*esprit ancien combattant*) und den Lehren des Ersten Weltkriegs zu entsprechen schienen: Kampfgeist, Disziplin und Patriotismus sowie vormilitärische Übungen zeichneten sie vor allen anderen Verbänden aus und deckten sich mit den Grundwerten, die von der liberal-konservativen Sammlung vertreten wurden²⁷⁵. Seit 1903 waren die katholischen Patronagen, vom niederen Klerus geführte Sport- und Jugendgruppen, in der FGSPF des Dr. Michaux zusammengefaßt und hatten zur Basisstruktur des konservativ-katholischen Lagers der Vorkriegszeit gehört²⁷⁶. Marins Intention war es nun, dieses Vereinsnnetzwerk zu einem Rekrutierungspool junger FR-Mitglieder zu machen, um so eine direkte Verbindung der Partei zur katholischen Subgesellschaft aufzubauen, ohne den Umweg über die vom Klerus geführten sozialkatholischen Werke machen zu müssen. Ein wesentlicher Charakterzug der Patronagen war es nämlich gewesen, daß sie, trotz interner Kritik der kirchlichen Hierarchie, meist von katholischen Laien geführt wurden. Wo dies nicht der Fall war, arbeitete Marin sogar darauf hin, die geistlichen Leiter der einzelnen Gruppen durch Laien zu ersetzen²⁷⁷. Während er sich sonst niemals in innerkirchliche Angelegenheiten eingemischt hatte, lag ihm dieser Aspekt doch sehr am Herzen, und er sorgte auch dafür, daß den katholischen Sport- und Schützenvereinen selbst unter der Regierung des Linkskartells öffentliche Subventionen zuflossen.

²⁷⁴ AN 317, AP 188/9. Bereits 1922 hatte Marin die Legalisierung von nicht weniger als 14 katholischen Schützenvereinen bei Kriegsminister Maginot durchgebracht. Briefe Maginots an Marin vom 16. 2. und 8. 3. 1922, in: AN 317, AP 188.

²⁷⁵ Vgl. das Selbstbekenntnis der FGSPF „Ce qui fait notre force c'est de n'être jamais sorti de ce domaine physique et patriotique où il y a tant de bien à réaliser“, in: *Les Jeunes* vom 24. 4. 1921.

²⁷⁶ Vgl. den Polizeibericht vom 15. 12. 1913: „La FGSPF est patronnée par le monde réactionnaire et clérical, la haute bourgeoisie et l'épiscopat [...] elle est une preuve nouvelle de l'effort accompli par les catholiques pour accaparer et retenir toutes les forces de la jeunesse, avec l'arrière-pensée d'en recueillir plus tard les bénéfiques en matière religieuse et politique.“ Sie hatte 1546 Verbände, 30 000 Mitglieder und ein Budget von 200 000 Francs im Jahr, vgl. Bericht in: AN, F/7 13214. Allgemein vgl. Arnaud, *Dividing and uniting: sports societies and nationalism*, und Lagrée, *Les origines de la FGSFP*.

²⁷⁷ Marin stand in engem Kontakt mit dem Vorsitzenden des FGSPF-Regionalverbandes Ost, der sogenannten Union Drouot. Deren Vorsitzender des Robert schrieb am 6. 3. 1926 an Marin: Man sei als katholischer Verband auch am 14. Juli in Uniform und mit Trompeten aufmarschiert und wolle sich nun von den Priestern losmachen, denn: „Les Patronages n'ont pas su après la guerre grouper chez eux tous les éléments catholiques et patriotiques [...] faute des prêtres, avec leurs éternelles habitudes de mettre des batons dans les roues des organisations civiles.“ Er erklärte, daß man ausdrücklich den „parti libéral“ Marins unterstütze und gegen die Kommunisten und Deutschen mobil machen wolle.

Gegenüber dem Erziehungsminister de Monzie betonte er 1925 in zwei Briefen v. a. den patriotisch-militärischen Aspekt der Patronagen, die dank seines Eintretens keine katholischen Werke mehr seien, sondern nationale Kampfverbände²⁷⁸.

Die Lösung der katholischen Patronagen aus der kirchlichen Dominanz unter Betonung ihres Nutzens für die patriotische Moral und die militärische Wehrkraft Frankreichs war also ein Mittel der FR, Teile des katholischen Sozialmilieus an sich zu binden. Daher saß Louis Marin auch als erster nicht-katholischer Abgeordneter am 17. Juni 1925 einem großen Sportlertreffen katholischer Patronagen in Bordeaux vor und leitete sogar zwei Jahre später als Pensionsminister das große nationale Treffen der FSGPF in Paris²⁷⁹. Die Reaktionen der radikalen und sozialistischen Presse auf diese angebliche Verletzung der Neutralitätspflicht eines Ministers in weltanschaulichen Fragen waren heftig, wurden aber von seiten der FR mit der gleichen Deutlichkeit unter Berufung auf die Bedeutung der Patronagen für die nationale Wehrkraft zurückgewiesen²⁸⁰. Obwohl Jugendarbeit gerade nicht in Marins Ressort fiel, nahm er als erster Minister der Dritten Republik an einem derartigen Treffen teil, was, wie er zehn Jahre später gegenüber dem päpstlichen Nuntius Valerio Valeri betonte, eine unglaubliche Sensation gewesen sei²⁸¹. Obwohl die FR also eindeutig den nationalistisch-militaristischen Flügel der katholischen Jugendbewegung ansprach, versuchte sie dennoch weiterhin, den Kontakt zum Sozialkatholizismus nicht abreißen zu lassen. Im Sommer 1927 nahmen sowohl Marin als auch de Warren und der liberale Katholik Duval-Arnould im Namen der FR am Jahreskongreß der großen sozialkatholischen Bewegung *Semaines Sociales* teil, ein Jahr zuvor hatte der liberale Katholik Georges Pernot das landesweite ACJF-Treffen in Besançon geleitet²⁸². Die FR war also bemüht, möglichst große Teile des katholischen Sozialmilieus, insbesondere den Vereinskatholizismus, als potentielle Wählerbasis weiter anzusprechen und durch Präsenz ihrer Vertreter dort zu kontrollieren. Daß es gerade über diese Frage bei den Wahlen 1928 zu Konflikten mit dem PDP kommen sollte, wird noch zu zeigen sein.

(II) Eine zweite wichtige Frage im Verhältnis der FR zum katholischen Lager betraf die Stellung zur FNC. Wir hatten bereits gesehen, daß es hier keine eindeutige Linie gab und daß die FR vielmehr stark gespalten auftrat. Während die FR-Mitglieder Weydmann und Oberkirch die FNC aktiv bei ihrer Kampagne gegen die Laizität 1925 unterstützten²⁸³, hatten FR-Senatoren der Gruppe *Union républicaine* um Henry Cheron nach der Erklärung der Kardinäle im März 1925 demonstrativ für die Aufrechterhaltung der Laizität votiert und ihr Mißfallen gegen-

²⁷⁸ Zwei Briefe vom 18. 6. 1925, in: AN 317, AP 189.

²⁷⁹ Das Treffen in Bordeaux am 17. 6. 1925 und in Paris am 2. 8. 1927, Berichte in: AN, F/7 13214.

²⁸⁰ Z. B. *Dépêche Républicaine* vom 3. 8. 1927, die den Zweck der Patronagen darin sieht: „pour refaire une race forte et saine“. Dort auch eine Besprechung der Kritik der radikalen und sozialistischen Linken.

²⁸¹ Der lange Brief an Valerio Valeri vom 5. 3. 1937, S. 18, in: AN 317, AP 104.

²⁸² Vgl. *La Croix* vom 3. 8. 1927. Auch noch 1931 nahmen sowohl Marin wie de Warren an einer Fahnenweihe der UC bzw. ACJF von Nancy teil, vgl. Briefe der ACJF an Marin vom 16. 8. 1931 und 31. 7. 1931, in: AN 317, AP 228.

²⁸³ Für weitere Beispiele katholischer FR-Abgeordneter bei FNC-Veranstaltungen siehe Anm. 226.

über der kirchlichen Einmischung in die Politik zum Ausdruck gebracht²⁸⁴. Beides widersprach dem Wortlaut des FR-Programms und zeigt, wie prekär der weltanschauliche Kompromiß innerhalb der FR war und wie schnell die weltanschaulichen Kräfte *Gauche* und *Droite* wieder zu wirken begannen. Dieser verfahrenen Situation der ersten beiden Jahre der Kartellregierung folgte eine leichte Entspannung ab 1926 in dem Maße, wie sich die FNC von ihren „Rändern“ trennte. Im Mai 1926 mußte ihr Generalsekretär, der christliche Demokrat Ernest Pezet, auf Druck der konservativen Kräfte weichen und kurze Zeit später separierte das *non possumus* der AF die monarchistischen Elemente von der FNC. Nachdem der rechte und linke Rand also abgespalten waren, blieb eine konservativ-katholische Organisation übrig, die republikanisch war, ohne die Laizität zu akzeptieren, und die eine nationalistische Außenpolitik vertrat, ohne mit dem Papst brechen zu wollen. Wahrscheinlich war es diese Entwicklung der FNC, die Marin dazu veranlaßte, zum ersten Mal als Republikaner einer großen Protestkundgebung der UC von Nancy 1926 beizuwohnen und damit ein deutliches Bekenntnis der Nähe der FR zur FNC abzugeben²⁸⁵. Auch de Castelnau, der ja mit Marin in der ERD gesessen hatte und in einem guten persönlichem Verhältnis zu diesem stand, hielt seine Truppen zur „modération“ an und verzichtete ab Dezember 1926 auf eine allzu lautstarke Propagandakampagne, um die Regierung der *Union Nationale* Poincarés nicht zu gefährden²⁸⁶.

Das Problem, das ein katholisches Lager mit den Tendenzen der Vorkriegszeit für die FR als liberal-konservative Partei dargestellt hätte, konnte also vermieden werden. FR und FNC ergänzten sich in ihren Kampagnen, ohne ihr jeweiliges Terrain, das politische bzw. religiöse, zu verlassen, aber auch ohne sich gegenseitig organisatorisch zu durchdringen. Die Gründe für dieses harmonische Nebeneinander hatten einerseits mit der Ausdifferenzierung des katholischen Lagers und der Abspaltung einer christlich-demokratischen und einer neomonarchistischen Gruppierung zu tun. Das katholische Lager konnte also bei weitem nicht die Kohäsionskräfte aufbringen wie vor 1914. Andererseits muß auch berücksichtigt werden, daß das Jahr 1926 erneut eine starke antikommunistische Mobilisierung kannte, die auch die katholischen Verbände der FNC erfaßte. In einer Nachwahl im zweiten Sektor von Paris waren Paul Reynaud (AD) und Henri de Kerillis (FR) von zwei Kommunisten geschlagen worden, zu deren Gunsten sich Soziali-

²⁸⁴ Auch im Calvados hielten sich die sieben URD-Kandidaten von der örtlichen FNC fern, vgl. Quellien, *Bleus, Blancs, Rouges*, S. 358–362. Selbst de Warren, der in Lothringen regelmäßig den ACJF-Treffen beiwohnte (*Eclair de l'Est* vom 28. 9. 1925), blieb vom Gründungskongreß der UC de Nancy fern (*Eclair de l'Est* vom 10. 11. 1924).

²⁸⁵ Dies und sein gutes Verhältnis zu den Bischöfen Turinaz und de la Celle betonte er auch im Brief an Valeri (wie Anm. 281).

²⁸⁶ Vgl. Polizeibericht vom 13. 12. 1926, in: APP, BA 1905: „De Castelnau conseille la méthode plus lente [...] qu'est la conquête de l'opinion publique par le bon exemple et la parole bien documentée.“ Gleichzeitig rief der Bischof de la Celle (Nancy) die Katholiken dazu auf, keinen „parti catholique“ zu bilden, sondern in den politischen Parteien aktiv zu werden, die dem Programm der FNC am nächsten kamen. Ohne es zu formulieren, war damit die FR gemeint. „Sur le terrain politique à proprement parler, L'UC n'agit pas directement, en tant que corps ou société constituée, mais indirectement, si je puis m'exprimer ainsi.“ *Semaine religieuse de Nancy* vom 27. 10. 1926.

sten und Radikale im zweiten Wahlgang zurückgezogen hatten. Fast alle Katholiken hatten für Reynaud und de Kerillis gestimmt, nicht zuletzt auf Drängen der FNC²⁸⁷. Der Antikommunismus wirkte also wie ein festigendes Band auf alle Strömungen rechts der Mitte und näherte daher auch FR und FNC weiter an. Schließlich versuchte auch General de Castelnau sein möglichstes, die Fundamental-katholiken in seinen Reihen, die für die Herstellung eines „ordre social chrétien“ eintraten, zu entmachten und seine öffentliche Propaganda mit der der FR zu harmonisieren, beispielsweise gegen die 80 000 in der CGT organisierten Lehrer an staatlichen Schulen, die von konservativer Seite als Kommunisten verunglimpft wurden²⁸⁸.

Der Höhepunkt dieser Annäherung wurde 1927 erreicht, als mit der *Union républicaine populaire* (URP) Abbé Bergeys aus der Gironde zum ersten Mal ein explizit katholischer Departementalverband der FR beitrug. Bergey und sein Stellvertreter, Philippe Henriot, waren führende Redner der FNC und der *Ligue pour les droits des religieux anciens combattants* (DRAC) und verkörperten jenen nationalen Katholizismus, der sich auch nach der Verurteilung der AF als solcher politisch artikulieren wollte, allerdings auf der Basis der republikanischen Verfassung²⁸⁹. Mit dem Beitritt der URP zur FR entstand daher zum ersten Mal eine offizielle organisatorische Durchdringung der FR mit dem katholischen Lager. Die URP hatte nicht wenige sozialkatholische Unterabteilungen und war über Abbé Bergey selbst eng mit dem Klerus und dem Erzbistum von Bordeaux verbunden.

Damit war ein neuer Grad der Verschränkung der liberal-konservativen Sammlung mit der katholischen Subgesellschaft erreicht, der die verbliebenen unabhängigen Reste des politischen Katholizismus um Xavier de la Rochefoucauld und den Nukleus der ALP in Paris stark erschüttern mußte. Wir wissen aus dessen Nachlaß, daß dieser ab März 1927 versuchte, die alte ALP wiederzubeleben, um ihr genau jene Scharnierfunktion zwischen der religiösen Interessengemeinschaft FNC und den katholischen Abgeordneten zukommen zu lassen, die die FR und in

²⁸⁷ Für den Wahlkampf vgl. Grüner, Paul Reynaud, S. 110–123, für die Katholiken vgl. Polizeibericht vom 20. 3. 1926, in: AN, F/7 13254. Kurze Zeit später notierte Kardinal Baudrillart, Eintrag vom 30. 3. 1926: „C'est de plus en plus la révolution en marche. Il semble que la France soit folle.“ In: Baudrillart, Carnets, S. 339.

²⁸⁸ De Castelnau selbst plädierte immer wieder dafür, nicht die Laizität als solche anzugreifen. Über die internen Kämpfe und de Castelnaus nationalkatholischen Kurs vgl. Bonafoux-Verax, Fédération, S. 138–142.

²⁸⁹ Die URP hatten ihren Sitz in Bordeaux, dessen Erzbischof Andrieu wesentlich die Verurteilung der AF beschleunigt hatte. Sie verfügte 1927 bereits über 12 000 Mitglieder und 400 Komitees v. a. aus dem ländlichen Weinbauernmilieu um St. Emilion. Ihr Führungskomitee war eng mit sozialkatholischen Interessengruppen wie der *Union chrétienne des Syndicats professionnels* verbunden. Vgl. die Polizeiberichte vom 29. 1., 6. 2. und 6. 3. 1928 aus Bordeaux, in: AN, F/7 13255, vom 24. 5. 1928, in: AN, F/7 13224, sowie den Brief Abbé Bergeys vom 4. 4. 1932 an Tardieu, wo sich dieser als „Clemenciste“ bezeichnet, in: AN 324, AP 4. Ferner *Echo de Paris* vom 27. 4. 1924 für die Kriegstaten und *Eclair* vom 27. 5. 1924 für den Wahlkreis von Bergey. In der Kammer war er nicht bei der URD, sondern bei den Rechten eingeschrieben; er sagte über sich selbst: „Je suis un sauvage: je siége à droite mais je suis partout“, so in: DC 13 (1925), S. 926. Für Henriot vgl. sein Buch *Mort de la trêve* (1934), das entschieden das Auftreten der FR als Ordnungsmacht im Staat betont.

geringerem Maße der PDP einzunehmen begannen. Sein Unterfangen, das er sowohl vor Nuntius Ceretti wie vor de Gasparri und Pius XI. vorbrachte, wurde aber nicht gebilligt, der Vatikan drängte die Katholiken vielmehr zu einer Sammlung auf ausschließlich religiösem Gebiet (FNC)²⁹⁰. Enttäuscht zog sich de la Rochefoucauld von der Politik zurück und verschaffte so, ohne es zu wissen, der FR weitere Stabilität. Ein gleiches Schicksal erlitt auch die Initiative Dr. Monges in Lyon, ein regionales ALP-Komitee als politisches Pendant zur FNC entstehen zu lassen²⁹¹. Sein ehrgeiziges Ziel, das mit Piou in Paris abgestimmt wurde, scheiterte aber daran, daß dieser der vom Papst vorgegebenen Linie folgte und keine revitalisierte „Volksaktion“ unterstützte – vor allem nicht in einer Region, wo die FR seit langem tief verwurzelt war. Diese konnte deshalb mit der FNC Schulter an Schulter in die nächsten Wahlen ziehen und von der katholischen Mobilisierung profitieren²⁹².

In den Wahlen 1928 kam es im großen und ganzen zu keinen großen Rivalitäten zwischen FR und dem katholischen Lager. Alle FR-Kandidaten unterschrieben die Minimalforderung der FNC, insbesondere bezüglich der vollen Herstellung der Unterrichtsfreiheit und der Revision der Kongregationsgesetzgebung²⁹³. Meist unterstützten die UC die Kandidaten der FR, auch wenn diese teilweise keine Garantien zur Revision aller Laizitätsgesetze abgaben, um, wie de Castelnau schrieb, keine „politique du pire“ zu betreiben, sondern „notre concours [...] à la défense de l'ordre social et à la conservation nationale“ zu bezeugen²⁹⁴. Umge-

²⁹⁰ Notiz vom 18. 3. 1927 über ein Gespräch mit Gasparri und Ceretti. Note confidentielle vom 8. 5. 1927: „Je me retirerai de la vie politique définitivement et sans esprit de retour.“ Mit ihm hörte auch die katholische *Presse Régionale* unter Jules Dassonville auf, nur katholische Anliegen zu vertreten, in: AN 142, AP 14.

²⁹¹ Der *Comité Régional Lyon* umfaßte die Départements Ain, Ardèche, Drôme, Isère, Jura, Loire, Haute-Loire, Saône-et-Loire, Savoie, Haute-Savoie, Rhône. Vgl. Brief Monges an Guiraud vom 28. 3. 1927, in: AN 362, AP 149: „M. Grousseau a été agréablement surpris parce que je lui ai appris sur la vitalité de l'ALP du Rhône“, nach einer Unterredung mit de Castelnau habe dieser gesagt: „Que l'ALP aurait dans son dessin politique tout ce que revendiquerait la FNC, dont elle était l'expression politique“. Monge fuhr fort: „Nous comptons en même temps nous mettre en relations avec les parlementaires des autres régions de la France où les libéraux sont encore restés fidèles à l'ALP.“ Mangels Unterstützung von Paris und einer Blockade der FR mußte dies aber aufgegeben werden, vgl. Bernhard, *La dérive*, S. 325.

²⁹² Seit Januar 1927 hat die FR-Zeitung *La Nation* zudem die Propaganda gegen die Logen und Freimaurer in ihr Repertoire übernommen, die seither ausschließlich ein Privileg katholischer Zeitungen war, vgl. *La Nation* vom 22. 1. 1927.

²⁹³ Die Taktik der FNC sah vor, an alle Kandidaten bezüglich ihrer Forderungen heranzutreten, d. h. nicht von vorneherein nur eine bestimmte Partei zu unterstützen. Die Minimalforderungen waren aber derart, daß sie allein von der gemäßigten Rechten oder vereinzelt Monarchisten erfüllt wurden. Vgl. Bonafoux-Verax, *Fédération*, S. 240f., und speziell für die FR die Ausgabe *Credo* vom Februar 1928, S. 20.

²⁹⁴ *Correspondance hebdomadaire* vom 24. 12. 1927. Eine Durchsicht der verschiedenen Wahllaufrufe der Bischöfe als Vorsitzende der UC ergab, daß die überwiegende Mehrzahl, darunter selbst Kardinal Andrieu, die Katholiken zur Wahl eines nationalen und antikommunistischen Kandidaten aufrief, der eine Revision der Kongregationsgesetzgebung versprach. Dies traf in dieser Kombination nur auf die FR zu. Die Aufrufe in: DC 19 (1928), S. 259ff. Selbst Guiraud stellte, wohl unter päpstlichem Druck, in *La Croix* vom 13. 12. 1927 fest, daß die „liberalen“ Forderungen der FR „se rencontrent exactement avec les revendications catholiques“.

kehrt beharrte auch ein de Wendel darauf, sich als Politiker keine öffentlichen Bedingungen von der UC de Nancy stellen zu lassen, zumal er seit langem die Interessen der Katholiken verteidige²⁹⁵. Dieser Linie folgte selbst der Erzbischof von Toulouse, Germain, der dazu aufrief, im Zweifelsfall einen laizistischen Kandidaten zu wählen, solange er nur gegen „désordre et révolution“ kämpfe: *minus malum est aliquid boni*, war seine Devise²⁹⁶. Nach den Wahlen reklamierte die FNC für sich, über 190 Abgeordnete der neuen Kammer unterstützt zu haben, darunter alle 131 der FR/URD, die als „groupe Marin“ ausdrücklich als stärkste Vertreterin katholischer Interessen deklariert wurde²⁹⁷.

Um interne Differenzen im katholischen Lager zu verhindern, hatte General de Castelnau zuvor festgelegt, daß nicht die FNC als zentraler Dachverband, sondern ihre Diözesanverbände über die lokalen Kandidaten zu entscheiden hätten, wobei in der Regel bei diesen die Furcht vor einer Neuauflage des Linkskartells stärker war als eventuelle Differenzen mit den *Progressisten*. Die Kandidaten der FR wurden alle von den gesamten UC unterstützt, mit Ausnahme der Fälle, in denen ein katholischer PDP-Kandidat gegen einen FR-Kandidaten antrat. Um dies im Vorfeld bereits zu verhindern, wurde in Paris eine Schlichtungskommission aus den Generalsekretären der FR, des PDP und der AD eingerichtet²⁹⁸. Nur in 19 Fällen mußte zwischen der FR und dem sehr ambitioniert auftretenden PDP ein Schiedsspruch gefällt werden, der in der Regel zugunsten des Mandatsinhabers – gleich welcher Partei – entschieden wurde. In elf Fällen hielt der PDP eigene Kandidaten gegen die FR aufrecht, zog sie aber im zweiten Wahlgang zurück²⁹⁹.

²⁹⁵ In einer *note personnelle* vom 22. 7. 1927: „J’ai la prétention d’avoir suffisamment bien depuis deux ans conduit l’opposition avec mes amis pour ne pas me laisser donner des ordres par qui que soit [...]. Je ne répons pas à l’UC de Nancy.“ In: AN 190, AQ 15. Gerade in den katholisch-ländlichen Gebieten des Ostens gab es auf den Dörfern häufig eine Personalunion zwischen dem Vorsitzenden der *Union républicaine*, dem FR-Verband, und der *Union catholique*, z. B. der Bauer Angelier in Savoyen, Brief an Marin vom 11. 3. 1927, in: AN 317, AP 73.

²⁹⁶ Abgedruckt in: DC 19 (1928), S. 971.

²⁹⁷ Die übrigen Abgeordneten entstammten dem PDP, der extremen Rechten und der AD. Vgl. die *Correspondance Hebdomadaire* vom 26. 5. 1928, ausgewertet bei Bonafoux-Verax, *Fédération*, S. 243. Ebendort die Kritik der Radikalen, die FR sei als „Droite“ nicht mehr von der FNC zu unterscheiden.

²⁹⁸ Dem Schiedsgericht gehörten auch die *Ligue des Patriotes* und die LRN an, nicht jedoch die FNC. Vgl. Bericht vom 11. 1. 1928, in: AN, F/7 13255. Die Wahlen 1928 fanden wieder unter dem Einerwahlkreissystem statt. Ein Louis Marin konnte auf den gesamten Rückhalt des Klerus und des Vereinskatholizismus zählen, vgl. den Brief des *curé* aus Faulx an Marin vom 30. 4. 1928, in: AN 317, AP 240.

²⁹⁹ Der Generalsekretär des PDP wollte 30 Kandidaten vor allem in den Hochburgen der FR aufstellen; in 11 Fällen kam es zu einer Vorabereinigung, 8 wurden mit dem Schiedsgericht entschieden, 11 weitere erst nach dem ersten Wahlgang. Die Konflikte betrafen vor allem die katholisch geprägten Industriezentren Rouen, Lille und die Haute-Loire, vgl. Delbreil, *Centrisme*, S. 190. De Warren reagierte empört über das Manöver der PDP: „Comme si nous prétendions avoir 200 députés de la FR, quitte à faire battre nos amis de l’AD.“ Brief an Marin vom 16. 11. 1927, in: AN 317, AP 183. Auch im proletarischen 18. Arrondissement von Paris wird über das plötzliche Auftauchen des PDP berichtet, das fast alle Sektionen der FR de la Seine zum Bersten bringt, weil es die sozialkatholischen Elemente absorbiert, vgl. Eintrag vom 4. 6. 1928 in das Protokoll der FR de la Seine, in: AN 317, AP 81.

Da wir durch einen intensiven Briefwechsel der beiden *Progressisten* de Warren und Marin über einen der 19 Konflikte sehr gut informiert sind³⁰⁰, lohnt es sich, einen kurzen Blick auf den Ablauf dieses Prozesses im Vorfeld der Wahlen 1928 zu richten. Es wird dabei deutlich werden, daß sich PDP und FR zu dieser Zeit nicht nur in ihrer Programmatik, sondern auch in ihrer Vorstellung von der Anbindung an die katholische Subgesellschaft unterschieden haben.

(III) Wenn man sich die Programmatik der beiden Parteien in Erinnerung ruft, so stellt man zunächst große Übereinstimmungen fest: Beide unterstützten eine regionale Verwaltungsreform mit z. T. korporatistischen Zügen, beide hatten sich den *Familialismus* auf ihre Fahnen geschrieben und beide traten für eine liberale Laizität und die Revision der Kongregationsgesetzgebung ein. Dennoch gab es zwei große Unterschiede, die FR und PDP immer mehr zu separieren begannen und eine Zusammenarbeit in den 1930er Jahren sogar unmöglich machten. Zum einen war dies die Frage der Außenpolitik, insbesondere die Haltung gegenüber Deutschland. Während der PDP den Versöhnungskurs Briands und die päpstliche Direktive von der internationalen Verständigung voll mitrug³⁰¹, lehnte die FR, und insbesondere ihre nationalistische Parteiführung um Marin, dies als *politique d'abandons* ab³⁰². Zum andern unterschieden sich FR und PDP grundsätzlich in ihrer Herangehensweise an soziale Probleme der Industriegesellschaft. Der PDP unterstützte eine staatliche Kontrolle der sozialen Sicherungssysteme, Nationalisierungsprogramme und betriebliche Mitbestimmung, blieb also dem ideengeschichtlichen Erbe des Sozialkatholizismus stark verpflichtet³⁰³. Die FR hingegen war stets um eine Balance ihrer *laisser-faire*-liberalen und sozialliberalen Kräfte bemüht, lehnte jedoch grundsätzlich staatliche Einmischung in Fragen des Arbeitsrechts und des Arbeitsschutzes als „Etatisme“ ab³⁰⁴. Damit waren die beiden Konfliktfelder abgesteckt, auf denen der lokale Wahlkampf ausgetragen werden konnte.

Bei dem zu erörternden Fall handelt es sich um den Wahlkreis Nancy-2 in Meurthe-et-Moselle, wo sich ab 1926 eine Kandidatur des PDP-Kandidaten Henri Teitgen gegen den FR-Kandidaten de Warren abzuzeichnen begann³⁰⁵. Wir hatten

³⁰⁰ Der Briefwechsel findet sich in: AN 317, AP 183. Alle Briefe, sofern kein anderer Ort angegeben ist, entstammen dieser Akte des Nachlasses Marin.

³⁰¹ Unter führender Mitwirkung des PDP wurde 1925 in Paris der *Sécretariat International des Partis Démocratiques d'Inspiration Chrétienne* gegründet, an dessen Veranstaltungen auch der damalige Zentrumspolitiker Konrad Adenauer teilnahm. Für diese Entwicklung vgl. Jean-Claude Delbreil, *Les Catholiques français*.

³⁰² Vgl. hierfür den Streit des FR-nahen *Echo de Paris* mit dem christlich-demokratischen *Ouest-Eclair* über die Außenpolitik Briands im Februar 1928.

³⁰³ Vgl. Delbreil, *Centrisme*, S. 237 ff.

³⁰⁴ Zu den sozialliberalen Kräften der FR in der Tradition von Frédéric Le Play gehörte Duval-Arnould, der sich lange Zeit gemeinsam mit der PDP für Arbeiterinteressen eingesetzt hatte, sich aber ab 1929 zunehmend von diesen distanzierte. Er wollte einen „capitalisme populaire“ bzw. „capitalisme modéré“, jedoch keine „démocratisation du travail“. Vgl. Delbreil, *Centrisme*, S. 243. Typisch auch die Aussage von Isaac: „Ce qui me sépare le plus des milieux catholiques sociaux est leur faible pour la législation sociale, pour l'intervention de l'Etat, pour l'obligation“, Eintrag vom 15. 3. 1927, *Carnets*, S. 448.

³⁰⁵ Über das Gründungsmitglied Henri Teitgen und seine spätere Karriere vgl. Pierre-Henri Teitgen, *Faites entrer le témoin suivant*, S. 11.

bereits gesehen, daß de Warren mit Unterstützung des Industriellen de Wendel das katholische Blatt *L'Eclair de l'Est* aufgekauft hatte und somit das katholische Lager politisch auf seine Linie gebracht zu haben glaubte³⁰⁶. Dennoch betonte er in einem Brief gegenüber Marin, daß die Organisation eines Departementalverbandes der FR in Meurthe-et-Moselle unabdingbar sei, da man sich nicht mehr allein auf die Zeitungen als Zentren der politischen Propaganda verlassen könne: „L'Esprit générale est à l'organisation et non plus au combats individuels. Il faut évoluer avec son époque.“³⁰⁷ De Warrens Wunsch wurde immer dringlicher, je mehr er bemerkte, daß sich die Kampagne Teitgens mit neuen politischen Methoden vollzog, die seinem eigenen honoratiorenpolitischen Verständnis von Wahlkampf widersprachen. Auch wenn de Warren Marin zur Etablierung eines FR-Departementalverbandes drängte, so verstand er doch darunter eher eine erweiterte Basis für den Wahlkampf, jedoch keine Beteiligung dieser Basis an der Politik selbst. Partizipatorische Elemente enthielten seine Vorstellungen nicht³⁰⁸. De Warren vertraute in bezug auf seinen politischen Einfluß als *modéré* auf die soziale Autorität, die er vor Ort als Großgrundbesitzer und als Vorstand des regionalen Bauernverbandes genoß. Er unterhielt gute Beziehungen zum Erzbistum in Nancy und zu den lokalen Industriellen und saß sogar in seinem Kanton den sozialkatholischen *Semaines Sociales* vor³⁰⁹. Parteipolitik vor Ort war für ihn im Grunde das, was man in Frankreich landläufig als *cuisine* zu bezeichnen pflegt, d. h. die politische Absprache der Repräsentanten einer sozialen Elite z. B. in den Räumen der eigenen Tageszeitung. Die Beziehung zum Wähler und zu vorpolitischen Vereinen fand weiterhin ausschließlich über ausgesuchte Milieumanager – z. B. Vereinsvorsitzende – statt und manifestierte sich konkret in der Gegenwart des Abgeordneten bei wichtigen Anlässen oder gegebenenfalls einer Rede dort³¹⁰.

Einen ganz anderen Politikstil vertraten die Gruppen der *Démocrates Populaires*, die ihre Politik „von unten“, d. h. von einer in einem Sozialmilieu verankerten Mitgliederbasis aus organisierten. Sie fuhren mit dem Auto von Fabrik zu Fabrik und hielten regelmäßige Konferenzen und Veranstaltungen ab. Ihre Themen

³⁰⁶ Brief de Warrens an Marin vom 19. 5. 1927. Der Chefredakteur des *Eclair* Sordoillet wurde durch einen Getreuen de Warrens, Meyer, ersetzt, in: AN 317, AP 183.

³⁰⁷ Brief an Marin am 7. 11. 1926, ebenso am 16. 5. 1927: „Il faut absolument organiser politique et journal parallèlement“; und am 9. 9. 1927: „Pour établir une solide organisation politique d'aspect vraiment Fédération républicaine [...] en introduisant du sang nouveaux et plus libéral en même temps que de nouveaux capitaux“. Ibidem.

³⁰⁸ Dies zeigt auch sein Verhältnis zu den christlichen Gewerkschaften: Während der PDP versuchte, sich aus diesen zu rekrutieren und mit ihnen Versammlungen abhielt, beschränkte sich de Warren auf ein vom ihm finanziertes Mittagessen z. B. vor den *cheminots et métallurgistes catholiques*, Brief an Marin vom 14. 7. 1927, ibidem.

³⁰⁹ Noch im Herbst 1928 versprach er dem Erzbischof de la Celle, er werde nicht zulassen, daß man den *Eclair de l'Est* „dekatholisiert“, Brief Dassonvilles an de Warren vom 27. 9. 1928. Sein gutes Verhältnis zu den Unternehmern Peyerimhoff und Geisthodt zeigt ein Brief an Marin vom 6. 9. 1927, ibidem.

³¹⁰ Als de Warren nicht dazu eingeladen wurde, in der Präsenz von Poincaré, Ferry und Marschall Lyautey eine Rede zur Aufstellung eines Denkmals für Maurice Barrès in Nancy zu halten, schrieb er empört an Marin, daß damit die Autorität des Abgeordneten untergraben würde. Brief an Marin vom 1. 8. 1928 und Brief von Lyautey an de Warren vom 4. 8. 1928. De Warren konnte schließlich doch durchsetzen, daß er spricht. Ibidem.

waren dabei sozialpolitischer und internationaler Natur, und gerade die *Semaines Sociales* behandelten häufig das Thema der internationalen Aussöhnung z.T. in Gegenwart deutscher Delegierter³¹¹. Der PDP bemühte sich, die obere Schicht der Arbeiterschaft, z. B. die Vorarbeiter (*contre-maîtres*) und die jungen sozialkatholischen Kräfte einzugliedern und zögerte auch nicht, diese, zum Ausdruck seiner Verhaftung im *peuple*, als Kandidaten in Wahlen auf niederer Ebene antreten zu lassen³¹². Dadurch gelang es der Gruppe um Teitgen, immer mehr katholische Arbeiter und Bauern in die Struktur des PDP einzubinden und sie aus der losen sozialmoralischen Bindung an den Comte de Warren zu lösen³¹³. Sozialkatholische Dorfvereine traten teilweise geschlossen in den PDP über und zeigen die Absorptionskraft, die der PDP im katholischen Lager erreicht hatte. Für den Comte de Warren stellte sich hingegen ganz konkret die Frage nach dem Umgang mit dem katholischen Lager, das bisher zu einem Teil seiner Wählerschaft gezählt hatte und sich nun aufzuspalten drohte. Er selbst verstand sich als Kandidat aller „ordnungsliebenden“ Elemente³¹⁴, der republikanischen wie der katholischen, wollte aber zugleich auch alle Katholiken in seinem Wahlkreis, d. h. konservative wie soziale, repräsentieren. Diese doppelte Scharnierfunktion war für einen FR-Kandidaten nicht gerade einfach zu meistern, vor allem nicht, wenn die Konkurrenz neue Methoden des Wahlkampfes verwendete.

In einer ebenso schwierigen Lage befand sich auch die starke UC von Nancy, die eine Entscheidung zwischen de Warren und Teitgen treffen mußte. De Castelnau hatte als Vorsitzender der FNC angeordnet, daß Fragen der Unterstützung von Wahlkampfkandidaten in der jeweiligen Diözese zu lösen seien, da er genau wußte, daß die Situation der einzelnen Departements zu unterschiedlich für eine nationale Strategie der FNC war. Dies bedeutete, daß die UC von Nancy und der Bischof eine Entscheidung über die Unterstützung von de Warren oder Teit-

³¹¹ So im August 1927 in Nancy, wo de Warren Marin aufforderte, für die FR bei den *Semaines Sociales* zu sprechen: „La question internationale est délicate à cause des boches, délicate au point de vue national comme au point de vue religieux, nous avons à ce sujet en Lorraine l'épiderme sursible.“ Brief vom 29. 7. 1927 an Marin, *ibidem*.

³¹² Brief de Warrens an Marin vom 12. 6. 1928: man liege weit hinter dem PDP in den Konferenzen: „On nous accuse de ne pas assez parler aux gens.“ Der Bericht über das Auto und die täglichen Konferenzen der PDP vom 1. 8. 1928: „Ils ont beaucoup d'argent, ils noyautent fort habilement tous les groupements catholiques, même l'Evêché les écoute“, in: AN 317, AP 183. De Warren bezeichnete in einem Brief an Marin vom 17. 1. 1928 den PDP als „parti de jeunes“ mit „programme du mysticisme“, *ibidem*. Ganz ähnlich auch der Brief des Chefs des Reservebataillons von Nancy vom 7. 11. 1927 an Marin, der dem PDP eine starke Aktivität bescheinigte, in: AN 317, AP 20.

³¹³ Im ländlichen Bereich griff der PDP dabei auf die sozialkatholisch engagierten Abbés zurück, die oft den lokalen Bauernverbänden vorsäßen, vgl. de Warren an Marin am 5. 2. 1927. De Warren mußte, wie er Marin am 31. 3. 1927 schrieb, schnell feststellen: „Quand nous voudrions former des groupements, nous constaterons que presque tous ceux sur lesquelles nous pouvions compter ont déjà été pris par les Comités démocrates.“ Ferner konstatierte er: „J'avais 80 jeunes ruraux des mes semaines sociales, réunis par moi, pour visiter l'exposition et les expériences de motoculture [...] dont 10 sont déjà attirés par les démocrates.“ Brief an Marin vom 1. 8. 1928. Alle Briefe in: AN 317, AP 183.

³¹⁴ So hatte er es in einem Treffen mit allen Industriellen des Departements formuliert, Brief an Marin vom 18. 11. 1927, *ibidem*.

gen zu fällen hatten, die, ganz gleich wie sie ausfiel, zu einer Spaltung des katholischen Lagers in der Diözese von Nancy geführt hätte³¹⁵. De Warren war zunächst noch optimistisch und vertraute auf seine Freunde im katholischen Lager: „Nos amis catholiques vont organiser une sorte de plébiscite chez les catholiques pour combattre la trahison de Teitgen.“³¹⁶ Als er aber die solide Bastion Teitgens in der UC von Nancy und deren Machtpotential erkannte, erklärte er sich plötzlich nicht mehr bereit, eine Entscheidung anzuerkennen, die nicht von einem politischen, sondern einem religiösen Gremium getroffen wurde. Er bestand auf einer Lösung der Frage durch die Schiedskommission der großen Parteien in Paris, wo die FR natürlich ein viel größeres Gewicht als der kleine PDP hatte³¹⁷. Selbst der Vorschlag der UC, General de Castelnau, seinen ehemaligen Kollegen in der ERD, als Schiedsrichter zu bestellen, wurde von de Warren nicht akzeptiert: er sei Kandidat der „Union Nationale, c’est à-dire pour tous les électeurs du département, membres ou non de l’Union catholique, catholiques ou non, groupés dans une union patriotique pour le redressement de la France par la famille, le travail, l’épargne, la propriété, le progrès social, la liberté de conscience, l’ordre et la sécurité.“³¹⁸

De Warren konnte sich schließlich mit seinem Ansinnen durchsetzen, daß die Schiedskommission aller antikartellistischen Parteien in Paris und nicht die UC von Nancy das letzte Wort haben sollte, nachdem auch General de Castelnau Vermittlungsdienste abgelehnt hatte. Auf Grund des Gewichts der FR mußte der kleinere PDP weichen und Teitgen machte den Weg frei für de Warren, trotz seiner sehr erfolgreichen Kampagne in Nancy. Die Grundproblematik des Umgangs der FR mit dem katholischen Lager, insbesondere mit der besonderen Konstellation FNC – PDP, war damit aber keinesfalls gelöst. Wie in einem Brennglas hatte sie sich vielmehr im Falle de Warren – Teitgen verdichtet und den Protagonisten eingebrannt. Die Strategie der FR, eine Anbindung des katholischen Sozialmilieus zu verfolgen, ohne eine allzu große offizielle Verflechtung mit den katholischen Interessengruppen einzugehen, erwies sich als äußerst problematisch. General de Castelnau selbst hatte dies in einem Brief an de Warren angemahnt: „Il semble que vous vous trouvez là en présence d’un regrettable défaut de liaison avec une organisation catholique dont il serait puéril de méconnaître le valeur moral et l’importance numérique.“³¹⁹ Die folgende Entwicklung in Lothringen, aber auch in anderen Teilen Frankreichs sah daher auch eine Zuspitzung der Beziehungen zwischen PDP und FR und ein langsames Auseinanderbrechen des katholischen Lagers in einen demokratisch-sozialen und in einen nationalkonservativen Flügel.

³¹⁵ Teitgen war bereits unter dem Protest von de Warren als offizieller Redner der UC aufgetreten. Brief an Marin vom 14. 10. 1927, *ibidem*. Erzbischof de la Celle von Nancy hatte das Schiedsgericht den *partis anticartellistes* übertragen wollen, um den Bruch in der UC de Nancy zu verhindern, Brief an de Warren vom 28. 12. 1927, in: AN 317, AP 170.

³¹⁶ De Warren an Marin am 16. 10. 1927, in: AN 317, AP 183.

³¹⁷ Er bestand sogar auf einer Lösung durch Marin selbst, weil er den Generalsekretär Guiter für zu jung hielt, Brief vom 16. 12. 1927, *ibidem*.

³¹⁸ Brief an die UC de Nancy vom 13. 12. 1927, vgl. auch Brief an de Castelnau vom 18. 12. 1927, *ibidem*.

³¹⁹ Brief an de Warren vom 17. 12. 1927, in: AN 317, AP 170.

Der Rückzug Teitgens 1928 blieb nur von kurzer Dauer, und er begann bereits kurz nach den Wahlen erneut, eigene Kantonalwahlkandidaten aufzustellen und die FR-Positionen überall im Departement zu untergraben³²⁰. Diese allmähliche Unterwanderung des katholischen Lagers durch den PDP führte 1932 bei den Kammerwahlen sogar zu einem Sieg Teitgens über de Warren und damit zum Triumph des modernen Wahlkampfstils der PDP über die Honoratioren der FR³²¹.

Zusammenfassung

Die Untersuchung der Parteigenese der FR nach dem Kartellsieg 1924 hat gezeigt, daß sie im wesentlichen einem breiten politischen Mobilisierungsschub aller bürgerlich-nationalen Kräfte geschuldet war, der alles bisher Dagewesene in den Schatten stellte. Zum ersten Mal in der französischen Parteiengeschichte entwickelten sich auch bei den bürgerlichen Gruppierungen Lokal- und Departementalverbände, die sehr eng mit der Pariser Zentrale der *Ligue Millerand* verknüpft waren. Der Politikstil der *modérés*, der auf dem sozialmoralischen Einfluß der Honoratiorenpolitiker im Wahlkreis basierte, wurde durch das Prinzip der zentralen Organisation, der Strukturierung und der programmatischen Festlegung auf lokaler und nationaler Basis verdrängt und allmählich ersetzt. Als die *Ligue Millerand* auf Grund des latenten inneren Konfliktes um die Laizität paralysiert wurde, gelang es der FR-Führung um Marin und Guiter, die vorhandenen Teilverbände der LRN zu übernehmen und zum Aufbau der eigenen Partei zu nutzen. Dies war der Ursprung der FR als erster großer liberal-konservativer Partei Frankreichs und, wie der Parteivorsitzende Marin 1938 retrospektivisch schrieb, die entscheidende Wendung in der FR-Geschichte nach dem Ersten Weltkrieg³²².

Die gleichzeitig stattfindende Mobilisierung der katholischen Kräfte Frankreichs, die auf der unteren Ebene oft durchaus deckungsgleich mit den bürgerlich-nationalen waren, brachte für die FR die Chance mit sich, den Zugriff auf das katholische Sozialmilieu zu verstärken, ohne selbst die Gruppen der FNC de Castelnaus in sich aufnehmen zu müssen. Man kann daher grundsätzlich von einer inoffiziellen Allianz der FR mit der katholischen FNC in den Jahren 1926–1928

³²⁰ Vor allem kam es dabei zu einer Konfrontation von Teitgen mit dem „nationalen“ Kandidaten Baron de Turckheim, der eng mit den faschistischen Ligen zusammenarbeitete, vgl. Dassonville an de Warren am 28. 9. 1928, *ibidem*.

³²¹ De Warren bemühte sich sogar verzweifelt, *La Croix* und Guiraud auf seine Seite zu bringen und schrieb an diesen am 21. 10. 1931: „Il est dangereux pour nos libertés religieuses, comme pour la France elle-même, que, sous prétexte de faire de la politique du centre, les catholiques, sous le nom de démocrates, s’allient avec des franc-maçons avérés.“ In: AN 362, AP 149. Auch der Stahlindustrielle de Wendel mußte 1932 gegen einen sozialkatholischen PDP-Kandidaten in seinem Wahlkreis antreten, konnte jedoch gewinnen.

³²² „Le premier effort avait été de créer un lien entre tous nos adeptes, qui, en 1924, ne s’étaient pas, depuis plus d’un quart de siècle, groupés hors des élections [...]. A l’ensemble des troupes il fallait fournir des directives, des programmes, des solutions cadrant avec leurs instincts d’ordre, de tolérance, de libéralisme, de propriété et d’épargne, de patriotisme etc. [...] et leur donner une doctrine cohérente qui fasse figure de doctrine de parti.“ Marin an Guiter am 27. 7. 1938, zitiert nach Jeanneney, de Wendel, S. 442.

sprechen. Der exemplarisch besprochene Fall de Warren – Teitgen hat allerdings auch die möglichen Bruchlinien dieser Konstellation aufgezeigt, die gerade nicht auf einer strukturellen Durchdringung von Partei und katholischer Subgesellschaft aufbaute³²³. Die Verschränkung von religiös-gesellschaftlicher und politischer Ebene war damit aus zwei Gründen unvollkommen. Einerseits konnte die FR nämlich nicht von ihrem Ziel abgehen, alle „nationalen Ordnungskräfte“ sammeln zu wollen, d. h. republikanische und katholische gleichermaßen, und scheute deshalb eine direkte Verflechtung mit der FNC und dem katholischen Lager, mit Ausnahme des Verbandes Abbé Bergeys. Zu keiner Zeit hat die FR dieselbe organisatorische Verzahnung mit der katholischen Subgesellschaft erreicht oder erstrebt, wie die „Volksaktion“ ALP vor 1914.

Andererseits gehörte das katholische Sozialmilieu als Ganzes zu ihrem traditionellen Wählerstamm und sorgte dafür, daß sie in den Gebieten mit hoher Frömmigkeit besonders starke Bastionen hatte. Die Entstehung einer christlich-demokratischen Partei und die damit verbundene Herauslösung der sozialkatholischen Elemente aus dem katholischen Lager mußte daher die Position der FR unterminieren, zumal der PDP wesentlich direkter mit der katholischen Subgesellschaft vor Ort verbunden war. Die FR wurde immer mehr nur noch für die nationalkonservativen Elemente des Katholizismus attraktiv, nicht mehr aber für die Masse der katholischen Arbeiterschaft und die Jugend. De Warren hatte weitsichtig schon 1927 erkannt, daß darin die eigentliche Schwäche seiner Position lag: Gegen das Sozialprogramm des PDP und seine modernen Wahlkampfmethoden war seine nationalistische und antikommunistische Propaganda machtlos, und auch die Unterstützung der nationalkatholischen Elemente in der UC von Nancy beschleunigte eher die Spaltung im katholischen Lager, als de Warren zu helfen: „Les démocrates, [...] tous catholiques pratiquants [...] affichent et pratiquent sincèrement un libéralisme de bon aloi et possèdent un programme social, qui, bien qu'un peu démagogique, leur attire bien des sympathies dans la masse, qui, entre nous, se soucie peu du communisme.“³²⁴ Nationalismus und Antikommunismus als wesentliche Teile einer „eigenen“ politischen Kultur der liberal-konservativen FR hatten also bei weitem nicht den erhofften Effekt auf die katholische Wählerbasis.

Obwohl das doppeldeutige Verhältnis der FR zum katholischen Lager, insbesondere der FNC, bei den Wahlen 1928 noch keine großen Auswirkungen auf den Erfolg der FR/URD hatte, sollte es sich doch in den 1930er Jahren als zunehmend problematisch erweisen. Der Versuch, als eine Art nationaler Bürgerblock die katholischen Elemente anzusprechen, ohne eine zu enge Verbindung mit deren vopolitischen Strukturen einzugehen, stieß auf Widerstand. Insbesondere die Aufspaltung des katholischen Lagers selbst in christlich-demokratische, nationalkonservative und monarchistische Elemente sollte sich als eine Ursache des schwindenden Einflusses der FR im katholischen Sozialmilieu erweisen. Eben

³²³ In anderen Fällen, z. B. dem Konflikt zwischen dem PDP-Kandidaten Pezet und dem Royalisten de Chabannes in Morbihan, unterstützte die FR aber ohne Umschweife den PDP, vgl. den Brief Pezets an die *délegués républicains nationaux, libéraux et démocrates* vom 18. 3. 1928, in: AFNSP, PE 4, Dossier 1.

³²⁴ Briefe an Marin vom 31. 3. 1927 und 15. 6. 1927, in: AN 317, AP 183.

weil die FR niemals zu einem „politischen Aktionsausschuß“ der Katholiken wie das deutsche Zentrum avancierte, sondern immer ihren bürgerlich-nationalen Charakter über die Glaubensinhalte stellte, verlor sie an Boden in den katholischen Gebieten, die lieber einem dezidierten Katholiken des PDP ihre Stimme gaben. Die christlichen Demokraten des PDP hingegen begannen einen langsamen Siegeszug, der sie nach mehreren Windungen und Brüchen nach 1945 zur stärksten nicht-sozialistischen Partei, der MRP, machen sollte. Sie profitierten dabei insbesondere von ihrer direkten Anknüpfung und Verbindung mit den Strukturen des Sozialkatholizismus, dessen untere Trägerschichten sie an der politischen Macht partizipieren ließen, anders als die immer noch sehr dem honoratiorenpolitischen Verständnis verhaftete FR, die unter Marins Führung auf halbem Weg von der Honoratiorenpartei zur Mitgliederpartei stehen geblieben war.

3. Zwischen Kooperation und Opposition: Die FR/URD in der *Union Nationale* 1926–1928

Das folgende Kapitel will sich nun der Frage widmen, wie sich das Zusammenspiel von parlamentarischer Fraktion (URD) und Partei (FR) vom Juli 1926 bis zu den Kammerwahlen im Mai 1928 gestaltet hat. Der besondere Fokus soll dabei auf dem Verhältnis zwischen Parteilinie bzw. Parteibeschluss und parlamentarischer Praxis liegen und somit zeigen, ob man bei FR/URD von einer politischen Partei modernen Zuschnitts, d. h. mit einer besonders engen Verbindung von Fraktion und Partei, sprechen kann, oder ob sich das honoratiorenpolitische Verhaltensmuster der *modérés* – ohne Fraktionsdisziplin – fortgesetzt hat. Der Zeitraum zwischen Juli 1926 und Mai 1928 wurde aus zwei Gründen gewählt. Erstens war im Sommer 1926 die erste Gründungswelle der FR-Departementalverbände erfolgreich abgeschlossen, d. h. die FR befand sich auf dem besten Wege, der liberal-konservativen Fraktion URD eine permanente Parteioorganisation an die Seite zu stellen. Zweitens war am 21. Juli 1926 die letzte Regierung des Linkskartells zurückgetreten und hatte einer großen Regierung der *Union Nationale* unter Poincaré Platz gemacht. Der andauernde Fall des *Franc* und die unüberbrückbare Differenz zwischen dem radikalen Finanzminister Caillaux und den Sozialisten hatten das Linkskartell zersetzt und schließlich einer der *Union sacrée* nachempfundenen Regierung aller bürgerlichen Kräfte, von den Radikalen bis zur URD, den Weg geebnet³²⁵. Als Gegengewicht zu den linken Vertretern in der Regierung (Herriot, Briand) wählte Poincaré den FR/URD-Vorsitzenden Louis Marin als Minister für Pensionen aus, nicht zuletzt um sich selbst damit eine schiedsrichterliche Rolle zwischen rechts und links zukommen zu lassen. Louis Marin stand damit vor der großen Herausforderung, daß er einerseits FR/URD auf ein klares Programm festlegen wollte, daß er aber andererseits in der großen Koalition zu Kompromissen in vielen Dingen gezwungen sein sollte, die dem FR-Programm widersprachen. Diese Balance zwischen Kooperation und Opposition wird an-

³²⁵ Vgl. für das Krisenverhalten in der Kammer während der Inflationszeit Raitel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus, S. 425–500.

hand der Debatte um Briands Außenpolitik, der Wahlrechtsreform und der Vorbereitung auf die Wahlen 1928 erörtert werden.

*Briands Verständigungspolitik, die Wahlrechtsreform
und die Aporie des Louis Marin*

Als Louis Marin der Regierung Poincaré als Pensionsminister beitrug, konnte er bereits auf eine 23-jährige parlamentarische Karriere zurückblicken und hatte sich durch seinen Arbeitseifer und seinen Fleiß zumindest den Respekt, wenn auch nicht die Bewunderung vieler Parlamentarier erworben. Zudem hatte er mit dem Sekretär der Gruppe URD, seinem alten lothringischen Freund Edouard de Warren, die Fraktion zu koordinieren versucht und damit den Charakter dessen, was man zeitgenössisch unter *modéré* verstand, verändert. Wie der oben erwähnte Bruch mit dem FR-Abgeordneten Bonnevey im Mai 1926 illustriert, verlangte Marin eine Unterordnung der Parlamentarier der URD unter das vom Parteitag der FR beschlossene Programm, um somit ein konzertiertes Vorgehen der URD gegen die sehr diszipliniert auftretenden Sozialisten und Radikalen zu ermöglichen. Er beschnitt damit die einem honoratiorenpolitischen Verständnis innewohnende Entscheidungsfreiheit des Abgeordneten und wurde von Bonnevey deshalb als „autoritär“ kritisiert³²⁶. Ein *modéré* war, in den Augen de Warrens und Marins, nicht mehr nur ein undefinierbarer „nicht-radikaler“ Abgeordneter, der im losen Verband mit Gleichgesinnten *ad-hoc*-Mehrheiten beschaffte³²⁷, sondern ein an ein politisches Programm gebundener Abgeordneter einer konservativen Fraktion, der daher auch besser gleich als „*républicain national*“ bezeichnet würde³²⁸.

„Fraktionsdisziplin“ in einem modernen Sinne war freilich im französischen Parlamentarismus der 1920er Jahre ein unbekanntes Wort, und so meinte der Anspruch Marins auch nicht den Gehorsam des einzelnen und der Fraktion gegenüber ihrem Vorsitzenden, sondern lediglich die Befolgung des verabschiedeten FR-Programms, im Zweifelsfall auch gegen die eigene Auffassung. Um diesen Prozeß zu forcieren, hatte Marin 1924 zum ersten Mal ein eigenes Sekretariat der URD mit thematischen Kommissionen und einem Dokumentationszentrum eingerichtet³²⁹. Ein neunseitiges Satzungsprotokoll legte zudem wöchentliche Treffen und Berichte der URD fest und verlangte in kritischen Fragen eine Vorabstim-

³²⁶ Die Debatte in *La Nation* vom 1. 5., 15. 5. und 21. 5. 1926, sowie ein Dossier in: AN 317, AP 75.

³²⁷ So hatte es der Comte de Fels in der *Revue de Paris* vom 15. Januar 1928 behauptet.

³²⁸ Vgl. die Kritik de Warrens an dem Artikel von de Fels in einem Brief an Marin vom Februar 1928, in: AN 317, AP 183, und den Artikel von Jacques Bardoux im *Echo de Paris* vom 6. 1. 1926 über die Organisation der *modérés*: er fordert eine „*armature électorale*“ durch Jugend- und Propagandaabteilungen in starken regionalen Verbänden wie im *Plateau Central*: Die FR sei immer noch zu parlamentslastig.

³²⁹ Brief de Warrens an Marin vom 23. 6. 1924. Die Koordinierung zwischen Parteiprogramm und Fraktionsprogramm sollte der Abgeordnete Poitou-Duplessy übernehmen. Es gab folgende acht Kommissionen: *Défense Nationale, Economie Nationale, Enseignement, Action sociale, Communications, Finances, Extérieure, Elsaß-Lothringen*, Brief in: AN 317, AP 85. Ein ausführlicher Bericht auch im *Journal des Débats* vom 15. 5. 1925.

mung der Gruppe und die Aufzeichnung der Voten³³⁰. Von einem Zwang oder gar einem drohenden Ausschlußverfahren bei „falscher“ Abstimmung ist nirgendwo die Rede, aber natürlich bedeuteten diese Schritte eine wichtige Veränderung im Hinblick auf die Tradition des französischen Parlamentarismus, gerade auch wenn man sie mit der unkoordinierten Struktur vergleicht, die die ERD noch charakterisiert hatte.

Die Ordnung der Fraktion erwies sich im ersten Jahr der Kartellregierung als besonders erfolgreich, und Marin rühmte sich im Dezember 1924, daß seine Fraktion die höchste Homogenität aller Gruppen in Abstimmungen habe und nur stets einen Redner auf das Podium entsende³³¹. Je mehr sich aber die Sozialisten in finanzpolitischen Fragen von den „bürgerlichen“ Radikalen distanzieren und der Finanzminister Caillaux mit orthodox-liberalen Mitteln die Inflation des Francs zu bekämpfen suchte, um so mehr fühlten sich gerade die wirtschaftsliberalen Kräfte der URD um de Lasteyrie, Plichon, Lefebvre du Prey und de Tinguy dazu veranlaßt, Caillaux von Fall zu Fall zu unterstützen. Sie widersprachen damit dem FR-Programm, das eindeutig eine strikte Opposition bis zum Sturz des Linkskartells verlangte, und im übrigen auch dem Kurs Marins und de Wendels³³². In der entscheidenden Abstimmung zu den Finanzprojekten Caillaux' am 10. Juli 1926 teilte sich daher auch die URD in 32 Pro- und 60 Contrastimmen, trotz aller verzweifelten Versuche Marins, die Fraktion zusammenzuhalten. Kurz darauf verbreiteten sich sogar Gerüchte über eine Spaltung der URD in einen wirtschaftsliberalen und einen nationalkonservativen Flügel³³³. In der parlamentarischen Praxis war Marins Ordnungsstrategie also bei weitem nicht so erfolgreich, wie er es sich versprochen hatte.

Dieses Verhalten offenbarte sich im übrigen nicht nur auf finanzpolitischem, sondern auch auf außenpolitischem Gebiet. Die Zeit des Linkskartells von 1924 bis 1926 war von einem erheblichen Wandel der französischen Außenpolitik gekennzeichnet gewesen, die im wesentlichen mit dem Namen Aristide Briand verbunden ist. Die strikte Exekutionspolitik der Regierungen des *Bloc National* gegenüber Deutschland wich einer Politik der Verständigung und Entspannung, die

³³⁰ Das Satzungsprotokoll *ibidem*, v. a. die §II.1.c.a und I.2.1.b. Vgl. auch den Brief des elsässischen Abgeordneten Pflieger an Marin vom Juni 1924: „Je suis décidé de ne plus faire partie d'un groupe comme l'ERD où la débandade arrivait fatalement chaque fois qu'une bataille sérieuse devait être livrée. Il faudra agir dorénavant et ne pas se contester de parler.“ In: AN 317, AP 239.

³³¹ Das „Mit-einer-Stimme“-Sprechen kann im französischen Parlamentarismus als gutes Zeichen innerer Kohärenz gelten, vgl. *Bulletin de la FR* vom Dezember 1924.

³³² Für die Aktion des Stahlindustriellen und *Régent* der *Banque de France* de Wendel vgl. Jeanneney, de Wendel, S.200–316. Die unterschiedliche Haltung der URD vermerkt auch ein Bericht der *sûreté* vom 15. 1. 1926 und 31. 3. 1926, in: AN, F/7 12954.

³³³ „Entre ceux qui mettent les susceptibilités nationales, notamment à propos des dettes interalliées et des crédits extérieurs, au-dessus de la défense immédiate contre le socialisme, et ceux qu'obsède la menace socialiste“. *Le Figaro* vom 12. 7. 1926, zitiert nach Jeanneney, de Wendel, S.309. Für die Spaltungsgerüchte vgl. die Berichte vom 19. und 20. 7. 1926, in: AN, F/7 12954, die von vielen Austritten und einer neuen Gruppe der *Progressisten* berichtet. Auch Isaac kritisierte die obstruktive Oppositionsrolle Marins: „Il aurait mieux fait de se borner à s'abstenir [...]. Cet abus des crises ministérielles me paraît très dangereux.“ Eintrag vom 18. 7. 1926, Carnets, S. 425.

im Vertrag von Locarno ihren ersten Höhepunkt fand. Mit Briand und seinem deutschen Widerpart Stresemann schien eine neue Zeit der deutsch-französischen Beziehungen angebrochen zu sein, die den Weltkrieg nicht nur faktisch, sondern auch in den Köpfen der Regierenden beendet hatte³³⁴. Die Verständigungspolitik Briands widersprach jedoch den nationalistischen Vorstellungen der URD, zu deren ideologischen Konsens, wie wir gesehen hatten, eine strikte Beharrung auf der hegemonialen Position Frankreichs durch den Versailler Vertrag gehörte. Der Triumph des Krieges hatte eine innere Aussöhnung der Katholiken mit der Republik möglich gemacht, sein Ergebnis mußte daher so lange wie möglich aufrechterhalten bleiben, da es einen Pfeiler für den Konsens innerhalb der liberal-konservativen Sammlung bildete. Gleichwohl hatte das Vertragswerk von Locarno nicht zu einer einhelligen Ablehnung seitens der URD geführt, sondern vielmehr zu deren Spaltung in der Schlußabstimmung am 26. Februar 1926: ein 28-Stimmen starker nationalistischer Flügel um Marin stimmte dagegen, ein 23 Stimmen starker „briandistischer“ Flügel um Bonnefous dafür, und 47 enthielten sich³³⁵. Diejenigen URD-Abgeordneten, die international ausgehandelte Verträge aus Gründen der Staatsräson und zur Demonstration der inneren Einheit aus Prinzip mittrugen, stimmten also in der Schlußabstimmung über den Locarno-Vertrag schweren Herzens mit der Regierung Briand.

Wie erklärt sich nun dieses Verhalten der URD, die doch gemäß ihrem Parteiprogramm und ihren nationalistischen Grundüberzeugungen hätte geschlossen dagegen stimmen müssen? Wenn man sich die Liste der Abgeordneten anschaut, die für den Vertrag von Locarno gestimmt haben, so sind mit Bonnefous und de Lasteyrie zwei renommierte Persönlichkeiten der FR-Führung darunter, die in ihren Grundüberzeugungen nicht viel anders dachten als Louis Marin, und die maßgeblich das FR-Programm mitgestaltet hatten. Die Divergenz ihres Votums von dem des Parteivorsitzenden erklärt sich daher nicht aus einer prinzipiellen inhaltlichen Differenz, sondern ist einer unterschiedlichen Vorstellung von parlamentarischem Verhalten geschuldet. Der „briandistische“ Flügel um Bonnefous und de Lasteyrie, der außer den liberalen Katholiken Pernot und Duval-Arnauld nur über wenige Verständigungspolitikern verfügte, hatte auf Grund politischer Opportunität für den Außenminister gestimmt, sowie auch in den 1880er Jahren die sogenannten Opportunisten, und ihre Nachfolger, die *Progressisten*, gerade in außenpolitischen Fragen oft mit einer linken Regierung gestimmt hatten. Neben Motiven der persönlichen Anbiederung und der Karrieremöglichkeiten, die niemals vergessen werden dürfen, war es vor allem das Gebot der nationalen Einheit im internationalen Auftreten, daß die „Briandisten“ zu ihrem Votum veranlaßte³³⁶. Sie stellten mithin die Staatsräson, im Sinne einer geschlossenen Haltung in

³³⁴ Aus der abundanten Literatur vgl. Bariéty, Der Versuch der europäischen Befriedung, S. 32–63, Jacobson, Locarno Diplomacy, Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Hagspiel, Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, Wurm, Die französische Sicherheitspolitik, und Duroselle, The Spirit of Locarno.

³³⁵ Die Abstimmungsergebnisse und die Debatten bei Hagspiel, Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, S. 270, und Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 244.

³³⁶ So betont es die *République Française* vom 27. 2. 1926 und kritisiert Marins Intransigenz. Eine ganz ähnliche Haltung nahm auch René Pinon bei der RDDM ein, der erklärte,

der Außenpolitik, vor eine Oppositionsräson, die die URD als eigenständiges Gegengewicht zum Linkskartell verankert hätte. Ihr Verhalten war das eines typischen *modéré*, bei dem mit Sicherheit parlamentarische Handlungsformen der Vorkriegszeit nachwirkten, weil schon damals die *Progressisten*, die ja als „antibombistische“ Opposition angetreten waren, immer öfter mit den radikalen Regierungen stimmten und dem katholischen Lager die alleinige Oppositionsrolle überließen³³⁷.

Unter diesen Vorraussetzungen eines relativ instabilen Gruppenverhaltens der URD trat ihr Vorsitzender Louis Marin im Juli 1926 in die Regierung Poincaré ein, nicht, wie de Warren gehofft hatte, in das wichtige Amt des Kriegsministers, sondern als eher unbedeutender Pensionsminister³³⁸. Angesichts der notwendigen finanzpolitischen Sanierungsmaßnahmen wechselte der nationalistische Flügel um Marin aus der Oppositionsrolle in die Koalitionsrolle und unterstützte die Regierung Poincaré ohne Vorbehalte³³⁹. Obwohl ein großer Teil der URD um Marin und de Wendel zu den sogenannten *révalorisateurs* gehört hatte, die eine frühzeitige Stabilisierung des stärker werdenden *Francs* ablehnten, stimmte die URD doch mit 97 Stimmen für die Stabilisierungsmaßnahmen Poincarés und gegen ihre eigene Überzeugung³⁴⁰. Dieser Schritt ist um so bemerkenswerter, als die liberal-konservative URD-Fraktion der aus den Reihen der rechten Ligen erfolgten Mobilisation der Straßen weder nachgab noch auf eine Auflösung der

daß er nur „schweren Herzens“ zustimmen könne, vgl. *Chronique de la Quinzaine*, in: RDDM vom 1. 2. 1926, S. 710-720, und RDDM vom 15. 7. 1926, S. 469-480. Die Haltung Marins führte sogar zu einem Austritt des URD-Abgeordneten Peyroux und seines FR-Verbandes in Elbeuf aus der FR.

³³⁷ Als Marin beim Sturz der Regierung Briand-Caillaux im Juli 1926 beteiligt war, empörte sich dieser linke Flügel erneut. Es traten viele gemäßigte Provinzvertreter aus und es gingen Gerüchte in Paris um, daß sich wieder ein eigener *groupe progressiste* konstituieren könne, Bericht vom 20. 7. 1926, in: AN, F/7 12954.

³³⁸ Vgl. Brief de Warrens an Marin, zitiert nach Jeanneney, de Wendel, S. 397. So beschwert sich auch die URD-Führung 1927 über die proportionale Unterrepräsentation im Kabinett, vgl. das Sitzungsprotokoll in: AN 317, AP 74. Marin wurde wohl auch deshalb zum Pensionsminister ernannt, weil er in den anstehenden Abstimmungen über die interalliierten Schulden auf die Veteranenverbände beruhigend wirken konnte. Auch an de la Rochefoucauld schrieb de Warren am 17. 7. 1926: „Marin a bien du mal dans cette équipe ministérielle. Bokanowski nous a complètement laché et Tardieu presque autant.“ In: AN 142, AP 14.

³³⁹ Vor allem die Abschaffung von 100 Unterpräfekturen, 150 staatlichen Steuerbüros und 700 anderer Behördenstellen kann als ein Entgegenkommen an die URD-Fraktion gewertet werden, deren Antietatismus, wie wir gesehen hatten, ja wesentlich zu ihrem Programm gehörte. Bedenken gab es lediglich von manchen Katholiken wie Desjardins gegenüber Innenminister Sarraut, der z. B. in der Aisne die Freimaurerlogen unterstützte und am Karfreitag antikatholische Prozessionen erlaubte, vgl. Brief Desjardins an Marin vom 1. 8. 1926, in: AN 317, AP 234. Freudig hat man das Pensionsministerium gleichwohl nicht begrüßt: Jules Dassonville (*Presse Régionale*) schrieb an de la Rochefoucauld am 24. 7. 1926: „Chez nos amis de la FR, il n'y a pas eu d'emballlement pour l'acceptation par M. Marin du petit ministère de pensions.“ De la Rochefoucauld selbst kritisierte den Eintritt Marins in die große Koalition, Brief an Dassonville vom 10. 8. 1926, beide Briefe in: AN 142, AP 14.

³⁴⁰ Für die Debatte zwischen *révalorisateurs* und *stabilisateurs* in der URD vgl. Jeanneney, de Wendel, S. 342f.

Kammer drängte, sondern das dem Parlamentarismus inhärente Spiel des Wechsels der Mehrheiten „mitspielte“ und Regierungsverantwortung übernahm³⁴¹. Wie jüngste wirtschaftsgeschichtliche Untersuchungen ergeben haben, gab dieses Votum der URD für die *de-facto*-Stabilisierung des *Franc* einen entscheidenden Ausschlag für die Rückkehr des finanzpolitischen Vertrauens im In- und Ausland³⁴². Auch in der Außenpolitik mußte die URD einige ihrer Grundprinzipien aufgeben und tolerierte den zweiten Höhepunkt der Verständigungspolitik Briands im Herbst 1926, der durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund (8. September 1926) und die sogenannten Thoiry-Gespräche (17. September 1926) charakterisiert war. Die URD bewies daher als größte Fraktion der parlamentarischen Rechten in Frankreich nicht nur ein hohes Maß an innerer Disziplin, sondern auch an Systemtreue. Während in Deutschland zur gleichen Zeit die parlamentarische Rechte der DNVP derartige Krisenlagen der bürgerlichen Koalition ausnutzte, um ihre Systemfeindlichkeit zum Ausdruck zu bringen oder eine prinzipielle Oppositionspolitik zu betreiben³⁴³, ließ sich die URD samt ihres rechten Flügels in eine große Regierungskoalition einbinden und trug so zur Stabilisierung des Systems bei. Sie führte mit anderen Worten das bereits 1919–1924 eingeübte Handlungsmuster fort, wonach pragmatische Kompromißfindung und Bereitschaft zur Verantwortung höher geschätzt wurden als die durchaus leichtere Flucht in eine ideologische Obstruktion. Marin brachte diese Haltung 1927 auf den Punkt: „Nous ne partageons pas pratiquement le pouvoir, le sacrifice que nous faisons au pays est de n'en connaître que les responsabilités.“³⁴⁴

Die Einbindung der gesamten URD in die Regierung Poincaré war also eine der wesentlichen Leistungen Marins in der zweiten Jahreshälfte 1926, wobei er oft gegen seine persönliche Überzeugung handelte. Die Problematik bestand für Marin aber nicht nur darin, daß er seine Prinzipien aufgeben mußte, sondern daß auch die gerade von ihm geschaffene Parteistruktur ihre Konturen verlor. Entgegen der programmatischen Beschlüsse und vieler Reden trug die URD als parlamentarische Fraktion eine Regierungspolitik mit, die dem widersprach, was die FR auf den verschiedenen Konferenzen zur Mitgliederwerbung propagiert hatte³⁴⁵. Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß Marin mehrmals mit Demission gegenüber Poincaré drohte, und jener, in großer Verbitterung, die URD

³⁴¹ Beim Sturz der letzten Kartell-Regierung Herriot II am 21. 7. 1926 hatten sich über 2000 Mitglieder der AF, des *Faisceau* und der *Jeunesses patriotes* unter Taittinger vor der Kammer versammelt und die Abgeordneten beschimpft. Die meisten URD-Politiker hielten sich von einer derartigen Agitation aber fern. Zum Hintergrund vgl. Raitzel, *Das schwierige Spiel des Parlamentarismus*, S. 494f.

³⁴² Vgl. Mouré, *The Gold Standard Illusion. France*, S. 108ff. Dieser *de-facto*-Stabilisierung folgte am 25. 6. 1928 die Stabilisierung *de iure*, der trotz der Bedenken de Wendels und Marins 78 der 102 URD-Abgeordneten zustimmten.

³⁴³ Vgl. Stürmer, *Koalition und Opposition in der Weimarer Republik*, S. 144ff., 190–196, 225f. und 249–254.

³⁴⁴ Vgl. das Sitzungsprotokoll (wie in Anm. 338) der URD, in: AN 317, AP 74.

³⁴⁵ Die volle Wiederaufwertung des *Franc* und eine chauvinistische Außenpolitik waren beliebte Themen beim nationalistisch-kleinbürgerlichen Publikum während der Konferenzserie gewesen.

gar als „gens du 16 mai“, also als Konterrevolutionäre, bezeichnete³⁴⁶. Marin und die Parteiführung der FR konnten nicht umhin, der FR wieder eine eigene Gestalt zu geben, die sie einerseits von den anderen Gruppierungen der großen Koalition unterschied, und die andererseits auch wieder stärker am Parteiprogramm orientiert war. Der Vorsitzende des FR-Departementalverbandes Dordogne, Commandant Comte, warnte sogar davor, daß, wenn man weiter alle Regierungsbeschlüsse mittrage und keine „impression de force et de volonté“ mache, die Basis zu den Extremisten überlaufen würde: „Les populations rurales [...] iraient, en masses nombreuses, à l'AF, au Faisceau, au Communisme [...]“.³⁴⁷

Die erste Reaktion Marins auf die Kritik aus den eigenen Reihen war eine Rede auf dem FR-Kongreß im November 1926, in der er die Radikalen, die ja mit ihm in der Koalition saßen, scharf attackierte. Sie hätten nicht nur durch ihre katastrophale Politik Frankreich an den Rand des Abgrunds gebracht und würden mit Hilfe ihrer Positionen in der öffentlichen Verwaltung eine „sektiererische“ Politik betreiben, sondern bereiteten auch für die nächsten Senatswahlen im Januar 1927 Koalitionen mit den Sozialisten vor, obgleich sie doch an der Regierung der *Union Nationale* partizipierten³⁴⁸. Marin hatte damit deutlich gemacht, daß sich die FR weiterhin als antikartellistische Fraktion verstand, die sich von den Radikalen distanzierte, auch wenn diese in der gleichen Regierung saßen. Die Reaktionen der Presse und der Radikalen auf diese Rede waren um so heftiger, weil Marin auf geschickte Weise seinen Finger in eine Wunde gelegt hatte, die die Radikalen seit längerem plagte. Vor allem in den industrialisierten Gebieten des Nordens oder des Pariser Beckens (v. a. Seine-et-Oise) sahen diese sich einer starken sozialistischen Arbeiterbewegung gegenüber und waren uneins, ob sie als bürgerliche Linksrepublikaner mit dieser Bewegung koalieren konnten oder nicht³⁴⁹. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung fühlten sich die Radikalen düpiert und beschwerten sich bei Poincaré über das Verhalten Marins. Poincaré hingegen verwies in einer ganz eigenen Politikauffassung darauf, daß Marin nicht im Namen der

³⁴⁶ Rücktrittsgerüchte am 22. 9. 1926 und 12. 10. 1926, vgl. AN, F/7 12954. Der aufgebrachte Kommentar Poincarés, der über François-Poncet de Wendel mitgeteilt wurde, ist ausführlich zitiert in: Jeanneney, de Wendel, S. 364.

³⁴⁷ Brief an Guiter von 1927 (undatiert), in: AN 317, AP 73. Ebenso ein Brief von Maurice Bovet von der *Action Républicaine Nationale* vom 18. 8. 1926, ibidem. Besonders unbeliebt war auch die Erhöhung der Diäten der Diäten Ende 1926 gewesen.

³⁴⁸ Selbst der Vorgänger Marins, Isaac, war über den harschen Ton, die „language aussi violent“ Marins überrascht. Auf englisch fügte er in seinem Tagebuch hinzu: „Things might be said otherwise“. Eintrag vom 18. 11. 1926, Carnets, S. 435.

³⁴⁹ Diese innere Aufreibung des Radikalismus zwischen den Fronten des Bürgertums und der Arbeiterklasse, die den ganzen europäischen Liberalismus im Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft erfaßte, bestimmte die radikale Partei in der Zwischenkriegszeit. Der national-bürgerliche Flügel wurde repräsentiert von Franklin-Bouillon, der linke von Daladier. Herriot versuchte teilweise vergebens die mittlere Linie zu fahren. Die Radikalen-Gruppen von Seine-et-Oise und dem Nord hatten sich im Herbst 1926 gespalten, vgl. Pinon, *Chronique de la Quinzaine*, in: RDDM vom 1. 12. 1926, S. 713. Der Parteikongreß der Radikalen im Oktober 1927 verlief unter heftigen internen Spannungen und führte zum Parteiaustritt des ehemaligen Vorsitzenden Franklin-Bouillon, vgl. Berstein, *Parti radical*, S. 25ff. und 42–49.

Regierung, sondern als Privatperson gesprochen habe³⁵⁰. Trotz der folgenden Irritationen war es Marin also gelungen, der FR wieder eine eigene „anti-radikale“ Kontur zu verleihen, nicht nur, weil er sich taktisch von den Radikalen distanzierte, sondern weil er damit auch den Unterschied zur benachbarten AD deutlich gemacht hatte, die den Radikalen einen Wahlpakt für die Senatswahlen 1927 angeboten hatte³⁵¹.

Jenseits von Parteitaktik und Koalitionsaussagen spielten im Jahr 1927 aber die großen politischen Leitwerte, ja die politische Kultur der FR als liberal-konservativer Sammlung eine viel bedeutendere Rolle in der Entscheidung zwischen Koalitionsdisziplin und Oppositionsrolle. Mit dem Gespräch von Thoiry am 17. September 1926 zwischen Stresemann und Briand, wo letzterer angeblich eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes in Aussicht gestellt haben soll, hatte Briand den Zenit seiner Verständigungspolitik überschritten und war deutlich über das hinausgegangen, was die Regierung Poincaré zu ertragen bereit war³⁵². Vor allem Marin kündigte ohne Umschweife an, daß er und seine 100 Abgeordnete starke Gruppe die Regierung der *Union Nationale* nicht mehr unterstützen würde, wenn auch nur die Diskussion über eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes aufkäme³⁵³. Marin hatte damit deutlich gemacht, wie weit seine Kompromißbereitschaft ging und daß er im Zweifelsfalle nun auch bereit sei, eine „nationale Opposition“ zu bilden. Vor eine ähnliche Entscheidung sollte er auch kurz darauf gestellt werden, als mit der Frage der interalliierten Schulden (I) und der Wahlrechtsform (II) zwei Kernelemente des FR-Programmes bzw. ihrer politischen Grundwerte in der großen Koalition debattiert wurden.

(I) Bei den interalliierten Schulden handelte es sich um Kredite, die der französische Staat während des Ersten Weltkriegs bei den Nationalbanken Großbritanniens und der USA aufgenommen hatte, und die nun in den 1920er Jahren zurückzahlen waren. In den sogenannten Verträgen von London und Washington (29. April 1926) wurden die zu zahlende Summe und die jährlichen Raten festgeschrieben und die Rückzahlung formell besiegelt. Der Vertrag mußte nur noch von den jeweiligen Parlamenten gegengezeichnet werden. Die Brisanz dieser Abmachung bestand nun nicht nur in ihrem materiellen Wert, der sich mit über 6 Milliarden *Francs*, die an Washington zu zahlen waren, auf ein gutes Siebtel des Gesamthaushaltes Frankreichs von 1926 belief³⁵⁴, sondern in ihrem ideellen Charakter. Gerade in den Reihen der URD/FR war ja, wie wir gesehen hatten, die

³⁵⁰ Die Rede Marins wurde in allen Tageszeitungen debattiert, und sogar die RDDM, die sich so gut wie nie mit Parteikongressen befaßte, berichtete darüber (RDDM vom 1. 12. 1926, S. 710ff.). Vgl. auch den Polizeibericht am 18. 11. 1926 in: AN, F/7 12954. Für weitere Kritik an den Radikalen und den Freimaurern vgl. *La Nation* vom 8. 1. 1927 und 22. 1. 1927.

³⁵¹ Über die Gespaltenheit der AD zwischen linkem und rechtem Kurs vgl. Grüner, Paul Reynaud, S. 124ff.

³⁵² Zum Hintergrund vgl. Jacobson/Walker, *The Impulse for a Franco-German Entente*, und für die französischen Reaktionen Hagspiel, *Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich*, S. 316ff.

³⁵³ So ein Bericht vom 5. 1. 1927, in: AN, F/7 12955.

³⁵⁴ Die auf 62 Jahre zu zahlenden Raten lagen natürlich wesentlich niedriger, bei 30–35 Millionen *Francs*, vgl. grundlegend Artaud, *La question des dettes interalliées*.

Auffassung verbreitet, Frankreich sei seiner weltgeschichtlichen Mission zum Sieg von „Recht und Gerechtigkeit“ im Ersten Weltkrieg besonders nachgekommen und habe dies im Interesse der ganzen Menschheit mit hohem Blutzoll bezahlt. Insofern seien die „Schulden“ mehr als abgegolten und der amerikanische Finanzkapitalismus, man sprach des öfteren vom *Sbylock*, müsse seine materiellen Interessen hinter dieses moralische Guthaben zurückstellen³⁵⁵. Besonders heftig wurde aber in den Reihen der FR die Tatsache kritisiert, daß die amerikanische Regierung kein Junktim zwischen dem Zahlungseingang der deutschen Reparationen und der Überweisung der französischen Tilgungen zulassen wollte. Bei einem Bankrott des deutschen Reiches, so die Argumentation, müßte daher der französische Steuerzahler auch allein die Zahlungen aufbringen. Moralisch sei damit das Kriegsergebnis auf den Kopf gestellt, denn nachdem die Franzosen bereits die Hauptlast des Krieges getragen hätten, müßten sie nun auch noch die Hauptlast der Schulden tragen³⁵⁶.

Die Argumentation der FR fiel im gesamten bürgerlichen Lager Frankreichs auf fruchtbaren Boden und auch der größte konservative Veteranenbund UNC, der sich sonst dezidiert von politischen Parteien fernhielt, scheute sich nicht, mit Marin und der FR gemeinsame Kampagnen gegen den Vertrag von Washington zu unternehmen³⁵⁷. Obwohl viele in der Regierung Poincaré sicherlich ähnlich dachten, erkannten sie doch auch die Gefahr, die in einer Nichtratifizierung des Vertrages lag. Gerade der „moderne“ Konservative Tardieu, der lange in den USA gelebt hatte, drängte als Minister für öffentliche Arbeiten auf eine schnelle Ratifizierung, da nur so die USA weiterhin in finanzpolitischen und internationalen Fragen an der Seite Frankreichs gehalten werden könnten³⁵⁸. Differenzen in der Regierung konnten daher auch nicht ausbleiben: Poincaré geriet mit Marin nach dem oben zitierten Artikel von *La Nation* gegen die Ratifizierung heftig aneinander. Kurz zuvor hatten sich auch schon François de Wendel und der Herausgeber des gemäßigt liberalen *Journal des Débats*, Etienne de Nalèche, in dieser Frage zerstritten und ihre Freundschaft beendet³⁵⁹. Der Riß über das weitere Procedere in der Debatte um die interalliierten Schulden lief also mitten durch die parlamentarische Rechte hindurch und bedrohte die Regierung der *Union Nationale* ernsthaft. Als Poincaré ohne parlamentarische Ratifizierung des Vertrages von Washington erste Überweisungen an die USA in den Haushalt des Jahres 1927 eintragen ließ, kam es zu einer Interpellation des URD-Abgeordneten Louis Dubois in der Kammer, der Poincaré vehement kritisierte. Zwar verteidigte der sich mit dem

³⁵⁵ Vgl. Marins Rede am 21.1.1925 in der Kammer, die als Broschüre 1925 vom *Comité Duplex* veröffentlicht wurde.

³⁵⁶ Vgl. *La Nation* vom 1.10.1926.

³⁵⁷ Vgl. Prost, *Les Anciens Combattants*, Bd.1, S.99–100, 120–121 und 148, und den Beschluß der UNC von 1927, wo postuliert wurde: „Se défendre contre l'emprise étrangère [...] prendre des mesures énergiques en vue de la révalorisation du Franc.“ Die Ähnlichkeit mit der Position Marins ist frappierend, der Beschluß als Zeichen der Kooperation in: AN 317, AP 249.

³⁵⁸ Vgl. Monnet, *Refaire la République*, S.99–101, 105ff. Ähnlich auch die RDDM vom 15.7.1926, S.469–480.

³⁵⁹ So ein Bericht vom 12.10.1926, in: AN, F/7 13954, zu de Nalèche vgl. Jeanenney, de Wendel, S.358.

Verweis darauf, daß eine Änderung des Vertrages von Washington auch jetzt noch möglich sei, stellte aber, um die URD zu prüfen, die Vertrauensfrage. Resigniert stimmte die URD mit der Mehrheit für eine Hinnahme der ersten Zahlungen und bestätigte damit faktisch den Vertrag von Washington – gegen ihre eigene Propaganda³⁶⁰.

Auf der anderen Seite wußte Poincaré, daß er in einer allgemeinen parlamentarischen Ratifizierungsdebatte nicht so glimpflich davonkommen würde. Louis Dubois und auch Louis Marin waren Experten auf dem Gebiet der internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen und würden sich nicht so leicht abservieren lassen. Im Dezember 1927 hatte die FR die Ablehnung des Vertrages von Washington sogar ausdrücklich in das Parteiprogramm aufgenommen³⁶¹. Poincaré legte daher die Ratifizierung auf Eis und verschaffte sowohl sich selbst wie auch Marin eine Atempause, um die Wahlen im Frühjahr 1928 ohne Bruch innerhalb der antikartellistischen Kräfte vorbereiten zu können. Erst das Ablaufen anderer Handelskredite mit den USA im August 1929 brachte den Vertrag von Washington wieder auf die Tagesordnung. Nun sollte sich zeigen, daß die FR/URD der inneren Ambivalenz zwischen Koalitionsdisziplin und Oppositionsrolle nicht mehr standhalten konnte³⁶². Ein nationalkonservativer Flügel um Marin, der weiterhin im Verbund mit der Veteranenbewegung Protestkundgebungen veranstaltete, entschied sich für eine Ablehnung des Vertrages und stimmte gegen die Regierungsmehrheit der großen Koalition, in der die URD vertreten war. Ein reformistisch-gemäßigter Flügel, dem vor allem die liberalen Katholiken um Pernot, die Tardieu-Anhänger um Désiré Ferry und die Opportunisten um de Lasteyrie angehörten, entschied sich für die Staatsräson und gegen das eigene Programm. Damit waren erneut die beiden Flügel in Erscheinung getreten, die schon die ERD ab 1922 gekannt hatte, und die auch 1925/6 immer wieder zu erkennen gewesen waren. Aus den „*Blocisten*“ und „*Ententisten*“ von damals waren nun gemäßigte Reformer und Nationalkonservative geworden, deren zunehmende Konflikte die weitere Entwicklung der FR in den 1930er Jahren bestimmen und in erheblichem Maße zu deren innerer Auflösung beitragen sollten.

(II) Es wurde bereits darüber gesprochen, wie sehr die Forderung nach dem proportionalen Verhältniswahlrecht (RPI) zu den Kernpunkten des Programms

³⁶⁰ Warnend schrieb Bellet dazu in *La Nation* vom 26. 3. 1927: „Si M. Poincaré veut achever l'œuvre qu'il a commencé, il faut qu'il conserve ses amis fidèles“. Gleichzeitig erklärte Marin, daß er sofort demissionieren würde, wenn die Räumung des Rheinlandes auch nur Gegenstand einer Kabinettsdebatte werden würde. So Polizeibericht vom 5. 1. 1927, in: AN, F/7 12955.

³⁶¹ Nicht zuletzt auf Druck der Departementalverbände, denn „Depuis plus d'un an, chaque dimanche, nous allons de commune en commune affirmant la volonté absolue de notre parti de se refuser à toutes les abdications: nous voici complètement paralysés.“ Brief Vavasseurs, FR de Tours, an Guiter vom 26. 2. 1927, in: AN 317, AP 73.

³⁶² Vgl. den Brief von Peissel (Rhône) vom 6. 9. 1929, der zeigt, daß die URD Marin und Dubois das Mandat, im Namen der Gruppe gegen den Vertrag von Washington zu sprechen, entzogen hat, ebenso de Lasteyrie an Guiter vom 8. 9. 1929 und Henri Becquart (FR de Lille) am 2. 2. 1929: „Si je critique la politique actuelle de M. Marin, c'est parce que je l'estime périlleuse pour l'union des Partis Nationaux.“ In: AN 317, AP 73. Marin selbst sprach in einer maschinenschriftlichen Notiz aus dem Jahr 1930 von „deux clans“ innerhalb der Partei, in: AN 317, AP 244.

der ERD und der FR gehört hatte. Die RPI wurde nicht nur als eine „technische“ Maßnahme mit dem Hintergedanken der Steigerung der eigenen Mandate propagiert, sondern entsprang einem gewissen Mißtrauen gegen die ungeordnete Wählermasse, die unter den Verhältnissen des Mehrheitswahlrechts in der Kirchturmpolitik auf dem Lande am ehesten dem größten Demagogen die Stimme zu geben schien. In Verbindung mit dem *vote familial* und dem *vote obligatoire* sollte die RPI daher der Strukturierung der Wählermasse entlang politischer Ideen, nicht entlang persönlicher Umstände dienen. Da das 1919 eingeführte Listenwahlrecht mit *prime à la majorité* eine unglückliche Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht zu sein schien, hatten FR-Politiker wie Georges Bonnefous immer wieder Gesetzesinitiativen zur Einführung der vollständigen, d. h. „integralen“ RPI eingebracht, ohne Erfolg im übrigen³⁶³. Der Poincaré nahestehende radikale Innenminister Albert Sarraut plante nun im Sommer 1926, das bestehende Listenwahlrecht von 1919 abzuändern, und zwar nicht in die RPI, wie Marin und Bonnefous gehofft hatten, sondern zurück zum ursprünglichen Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen. So wie die Verwaltungsreform 1926 den Vorstellungen der rechten Hälfte der Poincaré-Mehrheit entgegengekommen war, so sollte diese Wahlrechtsänderung einen Köder für die Radikalen darstellen, die Regierung der *Union Nationale* weiter zu unterstützen. Das dem Ursprung nach jakobinische Mehrheitswahlrecht gehörte nämlich nicht nur zur politischen Kultur der Radikalen, sondern sollte auch zukünftige Siege der Sozialisten und Kommunisten, die die linken Hochburgen der Radikalen bedrohten, verhindern³⁶⁴. Als die Pläne Sarrauts daher der Öffentlichkeit bekannt wurden, war die Empörung bei URD/FR groß; Louis Marins Position im Kabinett begann immer schwieriger zu werden.

Noch bevor Sarraut sein Wahlreformprojekt als Gesetzesinitiative am 10. März 1927 einreichen konnte, hatte die Vorstandssitzung der FR am 9. Februar 1927 bereits beschlossen, vom Ziel der RPI nicht abzuweichen. Man war entschlossen, entweder am bisherigen Wahlrecht festzuhalten oder gar die RPI einzuführen, eine Rückkehr zum Mehrheitswahlrecht sollte es aber mit der FR nicht geben. Als Sarraut plante, die von den Radikalen dominierten *Conseils Généraux* über die Wahlreform zu befragen, um bei einem zu erwartenden positiven Votum mehr Legitimität für sein Projekt beanspruchen zu können, gab de Warren an alle *modérés* im Land die Initiative aus, die Befragungen zu unterlaufen. Man solle die „voeux“ der *Conseils Généraux* durch Aufforderungen zur Reduzierung der Abgeordnetenzahl oder zur Einführung des Frauenwahlrechts ergänzen, „pour annihiler l'effet“ der Regierungsbefragung³⁶⁵. Gleichzeitig erhöhte man auch den propagandistischen Druck auf Sarraut: man bezeichnete die Rückkehr zum Mehrheitswahlrecht als „crime contre la patrie“³⁶⁶ und trat geschlossen aus der

³⁶³ Da Georges Bonnefous ein so eifriger Verfechter der RPI war, hat er auch in seiner *Histoire politique* das Thema ausführlich behandelt, zum folgenden siehe: Bd. 4, S. 221–227, Vasseur-Desperriers, *Culture*, S. 334ff. und oben S. 222–226.

³⁶⁴ V.a. die französischen Freimaurer forderten schon seit 1921 die Rückkehr zum Mehrheitswahlrecht, vgl. *Bulletin Officielle de la Grande Loge de France* 16, Dezember 1921, S. 25.

³⁶⁵ De Warren an Guiter vom 30. 4. 1927, in: AN 317, AP 75.

³⁶⁶ *La Nation* vom 19. 2. 1927 und 16. 7. 1927.

Wahlrechtskommission aus, als diese das Regierungsprojekt mehrheitlich für gut befand³⁶⁷. Jacques Bardoux, der liberale Vorsitzende der FR du Plateau Central, hatte sogar an Poincaré persönlich geschrieben, daß das Mehrheitswahlrecht bei der gegenwärtigen Bundesgenossenschaft von Radikalen und Sozialisten „un attentat contre la Nation“ darstelle, und seine Partei auch vor „obstruction“ und „agitation“ nicht zurückschrecke³⁶⁸. Damit war mehr als deutlich die Drohkulisse aufgebaut, mit der man Poincaré zeigen wollte, daß man zu allem bereit war, auch zum Bruch der Koalition.

Die Haltung in der Debatte um die Wahlrechtsreform war für die URD/FR jedoch nicht nur eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit bzw. der Durchsetzung der eigenen Prinzipien. Sie erhielt ihre besondere Virulenz auch dadurch, daß gerade die Departementalverbände deutlich auf einen Austritt aus der großen Koalition drängten. Für sie war es eine „question vitale“, daß das Mehrheitswahlrecht verhindert wurde, denn erstens war zu erwarten, daß die notwendige Neugliederung der Wahlkreise von den Radikalen benutzt würde, um konservative Wahlkreise zu zerschlagen³⁶⁹. Zweitens befürchtete man, Vorkommnisse wie 1926 in Paris, wo sich die Radikalen zugunsten der Kommunisten enthalten hatten, könnten sich nun in allen Wahlkreisen wiederholen. Ein Bauer aus der Oise schrieb an Marin, es dürfe keinen Unterschied zwischen den „idées“ und der „conduite“ einer Partei geben und rief Marin zum Verlassen der Regierung auf: „Le Gouvernement actuel par inaction et par faiblesse risque donc, nouveau Krenski, de nous livrer au bolchevisme et moi attaché aux idées d'ordre, de liberté, de respect de l'individu, je m'indigne.“³⁷⁰

Im Gegensatz zu diesen Departementalverbänden aus der Provinz war allerdings nicht jeder Abgeordnete der URD ein prinzipieller Gegner des alten Wahlrechts. Einige *modérés*, darunter auch Leute der URD, konnten sich mit einem Zugeständnis an die Radikalen abfinden, auch wenn es die parteipolitische Konsenslinie verließ. Von einem de Tinguy wußte man es schon lange und auch manche anderen Katholiken des Westens hatten nichts gegen das Mehrheitswahlrecht einzuwenden³⁷¹; die bedeutendste Wendung vollzog aber André Tardieu, der als rechter Flügelmann der AD der URD/FR sehr nahe stand. Nicht aus grundsätz-

³⁶⁷ Ausgetreten sind alle 11 URD-Mitglieder sowie Grousseau von den *Non-Inscrits*.

³⁶⁸ Von dem Brief an Poincaré vom 1. 3. 1927 ist eine Kopie an Madelin vom 9. 3. 1927 erhalten: „Etant donné aussi les contacts locaux entre militants communistes et socialistes [...] instituer le second tour, c'est commettre un crime contre la Patrie, et il va sans dire que nous recourrons à tous les moyens, obstruction au Parlement et agitation dans le Pays, pour empêcher cet odieux attentat contre la Nation.“ In: AN 355, AP 1.

³⁶⁹ So Brief der URN aus Savoyen vom 17. 2. 1927, wo man mit 3–4 verlorenen Wahlkreisen rechnete, in: AN 317, AP 75, und Brief Jean Baudouins (Seine-Inférieure) vom 24. 6. 1927, *ibidem*.

³⁷⁰ Am 29. 7. 1927 an Marin, in: AN 317, AP 75.

³⁷¹ Vgl. Marcellin im *Bulletin de l'ALP* vom 15. 2. 1927. Die Zeitung schien aber selbst unentschieden, da am 1. 3. Salvetti sich ausdrücklich für die RPI aussprach. Über die Eigenwilligkeit des liberalen Katholiken de Tinguy, der mit Pernot und anderen die FR 1932 verließ, schrieb der FR-Abgeordnete Victor Rochereau an Marin am 19. 11. 1932, daß dessen „égoïsme légendaire“ sei, in: AN 317, AP 7. Die Gespaltenheit der FR zu dieser Frage belegt auch Isaac, Eintrag vom 13. 2. 1927, Carnets, S. 445, der über einen Flügel gegen Marin berichtet.

licher Überzeugung, sondern aus politischer Opportunität unterstützte er die Wahlreform und zog manche URD-Abgeordnete wie Désiré Ferry mit in seinen Bann³⁷². In dem Maße, wie die Departementalverbände der Provinz ihren Druck auf einen Oppositionskurs erhöhten, drängten also linke Teile der URD auf die Koalitionsdisziplin und drohten in der Abstimmung von der URD abzufallen, wenn diese gegen das Projekt Sarraut stimmen würde.

Vor der entscheidenden Debatte über das Projekt Sarraut zwischen dem 1. und 12. Juli 1927 befand sich Marin und mit ihm die URD daher in einer Aporie. Zu oft schon hatte man im letzten Jahr die eigenen Prinzipien verraten und den Mißmut der Basis geerntet; zu wenig Vertrauen brachte einem andererseits Regierungschef Poincaré entgegen, als daß es die Selbstaufgabe wert war. Die Debatte in der Kammer, die ausnahmsweise zum Bersten voll war, zog sich über viele Sitzungen hin, vor allem weil über die einzelnen Wahlkreiseinteilungen abgestimmt wurde und jeder möglichst seinen eigenen Wahlkreis verteidigte. Ein kritischer Beobachter des Parlaments wie Kardinal Baudrillart konstatierte angeekelt: „Le Parlement tombe de plus en plus bas“ [6. Juli], „La honte continue [...] Comment le régime parlementaire survit-il à ce déchainement d'appétits et à cette succession de faiblesses?“ [8. Juli], „On en est à la décomposition totale“ [10. Juli]³⁷³. Inmitten dieser aufgewühlten Atmosphäre versuchten Marin und die URD, das Projekt Sarraut abzuwenden, ohne die Regierung aufzulösen. Nicht weniger als 24 Gegenanträge wurden von der URD eingebracht, die alle abgelehnt wurden, manchmal, wie im Falle des RPI-Vorschlags von Bonnefous, sogar durch eigene Mitglieder der URD³⁷⁴. Am 12. Juli wurde schließlich das gesamte Projekt mit 320 zu 234 Stimmen verabschiedet, wobei mehr als drei Viertel der Abgeordneten der URD dagegen waren. Noch am selben Abend stand Marin daher vor der Frage, ob dieses Votum, das eindeutig gegen das Programm der FR erfolgt war, seine Präsenz im Namen der URD in der Regierung Poincaré noch rechtfertigte. Aus einem Brief Generalsekretär Guiters vom selben Abend wissen wir, daß die Führungsriege der FR uneinig und entschlußunfähig war, vor allem auch angesichts der erwarteten Enttäuschung der „militants“ im Land³⁷⁵. Um so mehr mußte die Entscheidung Marins zählen, entweder gegen das Parteiprogramm oder gegen die Koalition: „Vous êtes le chef: vous déciderez !“ mahnte Guitier treffend.

Marin fällt den Entschluß gegen das Parteiprogramm und für die Koalition. Er entschied sich damit bewußt auch für eine größere Bedeutung der parlamentarischen Freiheit der Abgeordneten und gegen eine zu strikte Bindung an das Parteiprogramm und die Departementalverbände. Ausgerechnet er, der den Ehrgeiz ge-

³⁷² Zur Geschichte des Abendessens Tardieu, Ferry, de Wendel, wo letzterer empört Tardieus Wendung vernimmt, vgl. Jeanneney, de Wendel, S. 368.

³⁷³ Baudrillart, Carnets, S. 717–719.

³⁷⁴ Bonnefous hatte in einer Verzweiflungstat die volle RPI gefordert und damit auch seine eigene Fraktion auf die Probe gestellt. Er wurde nur von 76 der 92 Mitglieder unterstützt, vgl. Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 324f.

³⁷⁵ Für eine Demission und den Sturz der Regierung waren Bellet, Bouteille, Desjardins, Fougère, Poitou-Duplessy, Soulier, François-Poncet, Maginot, de Warren, Bonnefous, Join-Lambert; für Poincaré waren Blaisot, Chassigne-Goyon, Escudier, Lefebvre du Prey, de Wendel, Reynaud, Brief Guiters an Marin vom 12. 7. 1926, in: AN 317, AP 75.

habt hatte, die *modérés* in eine programmatisch disziplinierte Partei zu zwingen, zog die Regierung der *Union Nationale* dem Willen der eigenen Partei vor³⁷⁶. Noch am 9. Juli hatte ihn der Departementalverband FR de la Dordogne dazu aufgerufen „à prévoir le jour où l'intérêt de la Nation pourrait leur faire un devoir de se désolidariser d'avec le grand homme incomplet“ [Poincaré]³⁷⁷. Marin fügte sich aber in die Aufrechterhaltung der Koalition und ertrug den Tadel der Provinzverbände³⁷⁸. Es ist nun schwierig, die exakte Ursache dieses Verhaltens herauszufinden, da sich vermutlich mehrere Motivationen vermischt haben. Einerseits hatte er wohl den Worten de Wendels und Reynauds Glauben geschenkt, daß sein möglicher Austritt aus der Regierung vielleicht gar keinen Sturz derselben nach sich ziehen würde, statt dessen aber eine mehr nach links orientierte Koalition. Dann hätte man seinen Einfluß verloren und könnte das Wahlrecht erst nicht mehr ändern³⁷⁹. Die eigentliche Ursache dürfte jedoch darin gelegen haben, daß die *Union Nationale*, durch ihren Anklang an die *Union sacrée* während des Krieges und ihre Leistung zur Rettung des *Franc*, eine starke „Koalitionsräsön“ entwickelt hatte, der sich ein liberaler *Progressist* wie Marin unterbewußt sicherlich nicht entziehen konnte³⁸⁰.

Die *Union sacrée*, ohnehin als Wiederentdeckung französischer Eintracht mythisch verklärt, war die Garantin für den Sieg und, zumindest in den Augen der liberal-konservativen Sammlung, für ein Ende des Kampfes der *deux France* gewesen³⁸¹. Sie trug für Marin eine eigene Koalitionsräsön in sich, was bedeutete, daß ihr Zusammenhalt ein Wert an sich war, weil er sich in mehreren Situationen als konstitutiv für die „Rettung“ Frankreichs erwiesen hatte: „La paix entre les partis est un bien en elle-même³⁸²“, hatte Marin in einer persönlichen Notiz geschrieben. Nicht umsonst hatte man vom *Verdun financier* 1926 gesprochen, wo

³⁷⁶ Noch auf dem Kongreß 1926 hatte der Fürsprecher der Departementalverbände, Jean Baudouin gesagt: „En 1912, le congrès de la FR était une sorte de tournoi parlementaire: la province spectatrice [...] ne se risquait pas à discuter“. Erst unter dem „homme de province“ Marin hatte dieses parlamentarische Übergewicht aufgehört. Bericht vom 11. 3. 1926, in: AN 317, AP 85.

³⁷⁷ Brief an Guiter vom 9. 7. 1927, in: AN 317, AP 75.

³⁷⁸ Eine Sammlung von mehr als zehn Briefen von Ende Juli 1927 zum Verbleib in der Regierung, *ibidem*.

³⁷⁹ So die Überlegungen von Jeanneney, de Wendel, S. 369.

³⁸⁰ In einem undatierten 30seitigen Manuskript zur *Union Nationale* schreibt Marin: „Elle permet de ne pas diminuer tous les principes essentiels des sociétés et notamment la conscience patriotique.“ In: AN 317, AP 168. Außerdem lobte er auf dem FR-Kongreß im Dezember 1928 die Regierung der *Union Nationale*, der er selbst zu diesem Zeitpunkt nicht mehr angehörte, als aus den Schützengräben (*tranchées*) geboren. Selbst zu Zeiten des Linkskartells hatte Marin keine systematische Oppositionspolitik betrieben: „L'opposition a voté avec discipline pour le Gouvernement chaque fois que l'intérêt du pays le lui a commandé.“ *La Nation* vom 25. 8. 1925.

³⁸¹ So betonten es auch *Les Cahiers du Bloc National Républicain* vom Januar 1924: „L'Union sacrée, telle qu'elle s'est manifestée durant la période des hostilités, a infirmé les conclusions du discours prononcé, à Toulouse, le 28 octobre 1900.“ Gemeint ist die berühmte Rede Waldeck-Rousseaus, in der dieser die Existenz von „*deux jeunesses*“ als Ausdruck der *deux France* beklagt hatte. Zur mythischen Aufladung vgl. auch Becker, *La Première Guerre mondiale dans la mémoire des droites*.

³⁸² So Marin in dem in Anm. 380 zitierten Manuskript.

man nach großen Verlusten in nationaler Eintracht die Krise überwunden hatte³⁸³. Diese Logik, die sich beispielsweise aus einem diametral anderen Erfahrungshorizont als dem der deutschen DNVP entwickelt hatte³⁸⁴, brachte Marin dazu, eine nationale Opposition (noch) nicht einzugehen. Er folgte vielmehr einem Handlungsmuster, dem Burgfrieden, das sich 1914–18, 1919–1924 und 1926/7 bewährt hatte. Der linke Flügel der URD begrüßte Marins Entscheidung erfreut, während der nationalkonservative, obwohl dessen Anführer Marin selbst und de Warren waren, murrend folgte³⁸⁵. Die URD blieb daher nicht auf Grund ihrer politischen Prinzipien, sondern auf Grund einer parlamentarischen Tradition in die Regierung der *Union Nationale* eingebunden, die etwas überspitzt formuliert geradezu als Flucht in die Verantwortung bezeichnet werden kann. Die Aufgabe der Fraktionsräsön, bzw. der Parteiräsön zugunsten einer Koalitionsräsön besaß eben eine höhere Legitimität, als dies zur selben Zeit in Deutschland der Fall war.

Gegen das Establishment: Junge Nachwuchspolitiker und ihre langsame Entfremdung von der FR

Das Verweilen Marins in der Regierung der *Union-Nationale* war also dem Inhalt wie der Form nach ein Sieg der parlamentarischen Tradition der *modérés* über eine außerparlamentarische Radikalisierungstendenz der rechten Wählerschaft, die seit 1924 zu bemerken war. Marin hatte wissend viele *militants* in den Departementalverbänden verprellt, v. a. die jüngeren Mitglieder, für die das parlamentarische Spiel ein undurchsichtiger Postenschacher älterer Herren war. Besonders deutlich wird dies durch die Flut von Gratulationsbriefen, die Marin im November 1928 erreichte, als er die Regierung der *Union-Nationale* endlich verlassen hatte³⁸⁶. Die Gefahr für die eben erst konstituierte FR als politische Partei mit regionalen Strukturen und einem parlamentarischen Pendant lag daher auf der Hand: Ihre Anhänger, darunter viele Katholiken und konservative Veteranen, waren im Namen der antikartellistischen Opposition gesammelt worden, d. h. mit einem defensiven Programm, das Gegner der Kartellregierung und Feinde der parlamentarischen Republik gleichermaßen verbündet hatte. Scharenweise waren die Katholiken nach der Verurteilung der AF durch den Papst in die Reihen der FR übergelaufen³⁸⁷ und hatten sich zumindest eine systemkritische Haltung bewahrt.

³⁸³ Über das Auftreten Poincarés als „Retter“ in Analogie zu Clemenceau 1917 sowie das Kammerverhalten vgl. Raithel, *Das schwierige Spiel des Parlamentarismus*, S. 517ff.

³⁸⁴ Zu den radikalisierenden Tendenzen in der DNVP seit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Hugenberg vgl. Hiller von Gaertringen, *Die Deutschnationale Volkspartei, und Leopold, Alfred Hugenberg*.

³⁸⁵ Noch am 9. Juni 1928 schrieb der Agrarexperte der FR, de Monicault, im Namen der liberalen Teile der Fraktion an Marin: „La majorité de groupe a la notion que la manœuvre politique doit être moins dingue peut-être mais plus souple.“ In: AN 317, AP 183.

³⁸⁶ Poincaré hatte Marin durch die gemäßigteren URD-Abgeordneten Bonnefous und Oberkirch ersetzt. Glückwunschschriften an Marin aus den Departementalverbänden, so z. B. Calais (14. 11.), Nièvre (25. 11.), Oise (14. 11.), Cannes (16. 11.), Seine-Inférieure und auch von Auguste Isaac vom 14. 11. 1928, alle in: AN 317, AP 236.

³⁸⁷ So Soulier an de la Rochefoucauld, 9. 9. 1926: „Les lettres du Cardinal Andrieu et du Pape contre l'AF qui orientent indirectement mais nettement les fidèles catholiques vers

Während die Basis daher eher eine prinzipientreue Haltung der FR als „nationaler Opposition“ befürwortete, wurde sie durch die Koalitionsdisziplin ihres Parteivorsitzenden eines Besseren belehrt. Paul Reynaud, ein junger Vertreter des rechten Flügels der AD, hatte daher schon 1926 an Marin mit Weitsicht geschrieben, daß die *modérés* den Eintritt in die Regierung der *Union Nationale* noch bitter bezahlen könnten³⁸⁸.

Im Juli 1927 lag die Erwartungshaltung noch anders, zumindest in der FR-Führung, wo de Warren Louis Marin sogar als Nachfolger Poincarés in der Funktion des Regierungschefs erblickte: „Il n’y a que toi qui puisse nous tirer du pétrin. Poincaré prépare ton heure. Mais alors il faudra en mettre comme on disait sur le Front.“³⁸⁹ Da aber Poincaré weder daran dachte, Marin zu seinem Nachfolger zu bestellen noch überhaupt die große Koalition mit den Radikalen aufzugeben, blieben die Konturen der URD und damit der FR weiter unscharf. Marin war im Laufe der Zeit sogar noch zu weiteren Zugeständnissen an die große Koalition gezwungen. Dies führte dazu, daß gerade die jungen Elemente in der FR, die oftmals aktiv als Frontoffiziere den Ersten Weltkrieg durchlebt hatten und 1919 mit dem Ziel einer „unpolitischen“ nationalen Erneuerungspolitik in die Wahlen gezogen waren, zunehmend desillusioniert wurden und sich eigene Wege der politischen Artikulation suchten. Es sind dabei zwei große Linien zu unterscheiden, eine linke (I) und eine rechte (II), die sich am Anfang noch nicht entfremdet hatten, sondern durch eine gewisse Generationensolidarität verbunden waren. Beide Gruppen verschwanden bis zu den Wahlen im Mai 1928 zunehmend aus dem Gravitationsfeld der FR, um dann in den Jahren der Weltwirtschaftskrise und der Systemkrise der Dritten Republik 1928-1934 die FR und ihre Organisation ganz zu verlassen.

(I) Bei den „linken“ Abweichlern der jungen FR-Generation handelte es sich vor allem um zwei Personen, die stellvertretend für eine ganze Reihe von jungen FR-Aktivistinnen stehen können: Henri de Kerillis und Désiré Ferry. Beide sind um 1890 geboren worden und entstammten einer Generation, deren frühe Jugend noch von den weltanschaulichen Kämpfen der Dreyfus-Affäre geprägt wurde, die aber ihre eigentliche Politisierungsphase in der nationalistisch erhitzten Vorkriegszeit erfahren hatten. Während Henri de Kerillis einem katholischen Bürgertum entstammte, also eher bei der *Droite* beheimatet war, gehörte Désiré Ferry einer alten republikanischen Dynastie in Lothringen an, die zwar stets national dachte,

nous, ont été averées par toute notre action.“ In: AN 142, AP 14. Auch die Antwort de la Rochefoucaulds unterstützte diese definitive Trennung von Katholizismus und Monarchismus, *ibidem*. Abbé Bergéy berichtet, daß seine URP in der Gironde nach dem Verbot der AF zwar 160 Austritte, aber auch 220 Eintritte zu verzeichnen gehabt hätte, in: *Action catholique* vom 5. 10. 1926.

³⁸⁸ Brief Reynauds an Marin vom 7. 8. 1926: „Je crois que ce fut une grande erreur politique semblable aux grands erreurs de M. Poincaré pendant la dernière législature, que de ne pas avoir dissous cette Chambre au moment où la politique du Cartel était honni par le pays.“ In: AN 317, AP 234.

³⁸⁹ Brief de Warrens an Marin vom 28. 7. 1927. De Warren hatte an Poincaré geschrieben, er habe „pas le courage de comprendre vraiment la situation politique de la France et de se laisser aussi dominer par un sentiment de méfiance vis-à-vis de nous et de faiblesse vis-à-vis de ceux qui l’abandonnent toujours.“ In: AN 317, AP 183.

aber ohne Zweifel in das politische Lager der *Gauche* gehörte³⁹⁰. Aufgrund ihres Alters – sie hatten die Kämpfe um die Republik 1870-1889 ja nicht miterlebt – spielte für beide die religiöse Frage eine untergeordnete Rolle, und sie betrachteten vieles nur noch unter dem Blickwinkel einer neuen Weltanschauung, des Nationalismus³⁹¹. Diese Haltung verstärkte sich noch durch ihre Fronterfahrung im Ersten Weltkrieg, in der die inneren Differenzen um Kirche und Religion angesichts des äußeren Feindes zu Imponderabilien reduziert schienen. Mit dem Anspruch, jenseits des Parteienhaders um die religiöse Frage eine nationale und moderne Politik machen zu wollen, waren sie in den Wahlkampf gezogen, Ferry bereits 1919, de Kerillis 1926.

Bei beiden war dabei zu erkennen, daß sie sich im Laufe der 1920er Jahre in wesentlichen Grundprinzipien von der FR-Führung zu unterscheiden begannen. Zunächst einmal vertraten sie politisch einen eher reformorientierten Liberalismus, d. h. sie akzeptierten, daß dem modernen Staat nach den Umwälzungen des Ersten Weltkriegs eine größere Rolle als die eines Nachwächters in der Gesellschaft zukam. Gerade Ferry schloß sich deshalb früh dem „modernen“ Konservativen André Tardieu an, dessen Staatsreformpläne eben auch eine *wirtschaftspolitische* Aufgabe für den Staat vorsahen³⁹². Wirtschaftspolitik sollte nicht nur ein Teil der internationalen Politik sein, um die Staaten durch Handelsinteressen aneinander zu binden, sondern auch ein Mittel zur Steuerung und Stabilisierung des heimischen Marktes³⁹³. Tardieus Reformpläne gingen den Altliberalen in der FR viel zu weit. Ferry war daher früh bemüht, vor allem mit den jüngeren Kräften der benachbarten PDP und selbst der Radikalen Verbindungen zu halten, um zu gegebener Zeit die alte Generation durch eine für die Modernität aufgeschlossene abzulösen. 1929, als er sich bereits ein Jahr lang von der URD im Parlament separiert hatte – ohne aus der FR auszutreten – schrieb er resigniert an Tardieu: „Il nous reste aujourd’hui bien peu de chose de la victoire. J’en ai assez de donner ma confiance à ceux qui défendent si mal les intérêts et le prestige de la France.“

³⁹⁰ Zu de Kerillis vgl. Lovighi, Henri de Kerillis, und Boulic/Lavaure, Henri de Kerillis. Kerillis war als Commodore des Geschwaders beim Luftangriff auf Karlsruhe am 22.6.1916 dabei, der 257 Todesopfer, v. a. Kinder, forderte. Zum ideengeschichtlichen Hintergrund der Familie Ferry vgl. Barral, Jules Ferry, S. 111-127, und Claude Ferry, Charles Ferry, S. 101ff. Ferry gehörte in der Legislatur von 1919-1924 zu den Heißspornen der ERD, der auch nicht davon zurückschreckte, Poincaré anzugreifen, weshalb ihm dieser mit einem Duell drohte. (Protokoll eines Gesprächs Ferry-Poincaré vom 8.2.1924, in: AN 317, AP 168).

³⁹¹ So war Ferry z. B. Vorsitzender der nationalrepublikanischen Studentenuion in Paris, die um Ausgleich aller nationalen und republikanischen Kräfte bemüht war, vgl. Le Béguet, Entrée, S. 1228.

³⁹² Ferry unterstützte den Wahlkampf Tardieus in Belfort 1926 und gab ihm Hinweise, wie er mit der Bevölkerung an der Grenze am besten umgehen sollte. Briefe an Tardieu vom 29.1. und 10.2.1926, in: AN 324, AP 7. Umgekehrt half Tardieu Ferry, als dieser Probleme mit der Verwaltung in Meurthe-et-Moselle bekam. Ferry an Tardieu vom 17.7. und 31.7.1926, *ibidem*. De Warren warnte Marin, daß Ferry „cherche à nous équilibrer vers la gauche“. In: AN 317, AP 172.

³⁹³ Für die Pläne Tardieus zu den internationalen Handelsverflechtungen und der Wirtschaftspolitik, die später im *plan d’outillage national* enden sollten, vgl. Monnet, Refaire la République, S. 140-145, 153-161 und Rousselier, André Tardieu, S. 58ff.

Quand donc mettra-t-on à la retraite le vieux personnel politique qui est à bout de souffle?»³⁹⁴

Wenn die Frage nach der Durchsetzung eines reformorientierten Liberalismus also nicht so sehr eine Frage der politischen Couleur, sondern eine Frage der Generationen war, so ergab sich als logische Konsequenz daraus die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit mit gleichaltrigen Personen aus anderen Parteien. Daher löste sich Ferry ab 1926 zunehmend von den dominanten Figuren Marin und de Warren und arbeitete mit seinem Journal, dem *Impartial de l'Est*, vor allem im Departement *Meurthe-et-Moselle* auf eine Koalition aller jungen, reformorientierten und antikartellistischen Kräfte hin. Sein Verbindungsmann nach links war dabei der Veteran Georges Mazerand, der zum nationalen Flügel der Radikalen gehörte und ein enger Vertrauter des Herausgebers des *Est républicain*, Michel, war³⁹⁵. Wie wir aus der Korrespondenz von de Warren mit Marin wissen, schreckte Ferry auch nicht davor zurück, den PDP gegen seinen eigenen Parteifreund de Warren zu unterstützen, sei es in Kantonal- oder Kammerwahlen³⁹⁶. Es zeigte sich Ferrys Neigung für die jungen, reformorientierten Kräfte, wenn er Henri Teitgen, den gleichaltrigen sozialkatholischen Redner des PDP seinem eigenen Fraktionskollegen vorzog. Ferrys Aktion war aber nicht nur auf die politischen Strukturen in Lothringen beschränkt, sondern wirkte sich auch im Parlament aus. Er versuchte die jungen Kräfte um sich zu sammeln und sie in eine Allianz mit dem reformorientierten Flügel der AD um Maginot, Reynaud und eben Tardieu zu führen³⁹⁷. Tardieu galt ihm dabei, nicht ganz zu Unrecht, als der Regierungschef der künftigen Generation³⁹⁸.

Die Rivalität der Generationen als Ausdruck einer unterschiedlichen Auffassung von Liberalismus und der Rolle des Staates in der Gesellschaft wurde besonders virulent, wenn die parteipolitischen Konturen in der großen Regierung der *Union-Nationale* verblaßten und die Regierung mehr durch die Loyalität von Personen als durch programmatische Übereinstimmungen zusammengehalten wurde. Ab Mitte 1926 bestand für die FR/URD daher die Gefahr, ihren politischen Nachwuchs zu verlieren. Daß es im Konflikt der Generationen aber nicht nur um unterschiedliche Vorstellungen von der Rolle des Staates in der Gesellschaft ging, zeigte sich insbesondere in der Debatte um den Vertrag von Washing-

³⁹⁴ Ferry an Tardieu am 30. 8. 1929, in: AN 324, AP 7.

³⁹⁵ Vgl. Brief de Warrens an Marin vom 1. 8. 1928, in: AN 317, AP 183. De Warren sprach bereits von einer „groupe naissant de Ferry“. Noch deutlicher ein warnender Brief Marins vom 1. 4. 1927 an Ferry: „Je garde, si vous voulez bien, toute la politique locale. Il faut que cela soit bien entendu entre nous.“ Ibidem.

³⁹⁶ Brief de Warrens an Marin vom 16. 10. 1927, ibidem.

³⁹⁷ Eine maschinenschriftliche Notiz Marins von 1928 hielt fest, daß Ferry die „dislocation“ der URD betreibe und dabei von Lebrun, Laniel und Chabanier unterstützt werde, in: AN 317, AP 183. Kurz darauf kursierten auch Gerüchte, wonach sich eine Gruppe von „Progressisten“ um Plichon (Ex-ALP!) von der URD abspalten wollte, vgl. Bericht vom 18. 5. 1928 in: AN, F/7 12556.

³⁹⁸ Brief de Warrens an Marin vom 14. 11. 1928: Ferry unterstütze weiterhin „cet «excellent Tardieu» qu'il place à la tête de la jeune Chambre“, ibidem. Auch Polizeiberichte vom 4. 5. und 11. 5. 1928 vermerkten ein Abwandern der jungen URD-Abgeordneten zu den *républicains de gauche*, in: AN, F/7 12956.

ton. Beide, Ferry wie auch Tardieu, wollten ihn ratifizieren, um die wirtschaftlichen und außenpolitischen Beziehungen zu den USA nicht zu gefährden. Um Poincaré in dieser Entscheidung zu unterstützen und den Druck der Veteranenverbände abzuschwächen, unternahm Ferry mit den *Anciens Combattants* Mazerand und Michel Propagandateuren für die Unterzeichnung des Vertrages von Washington, und zwar nirgendwo anders als in Nancy, der Heimat des größten Gegners des Vertrages, Marin³⁹⁹. Auf beiden Politikfeldern, Staatsreform und interalliierte Schulden, bekundeten Ferry und Tardieu daher eine neuartige Verständnis von Politik, das pragmatisch, undogmatisch und für die Modernität aufgeschlossen war, während die FR-Führung zumindest im Programm weiterhin an einem doktrinären Liberalismus und Nationalismus festhielt.

Daß diese Entfremdung der jüngeren Generation in der FR auch zu einer Zersetzung der Parteistrukturen führen konnte, wird im Fall des zweiten ambitionierten Nachwuchspolitikers, Henri de Kerillis, deutlich. Als innenpolitischer Redakteur des nationalkatholischen *Echo de Paris* war de Kerillis durch seine scharfen Attacken gegen die Kartellregierung seit 1925 aufgefallen⁴⁰⁰. Seine spektakuläre Niederlage mit Paul Reynaud in den Nachwahlen des 2. Sektors in Paris 1926 gegen zwei Kommunisten hatte ihn zudem von einer gründlichen Revision der parteipolitischen Organisation aller antikartellistischen Kräfte in Frankreich überzeugt. Nicht mehr die alten, entlang den weltanschaulichen Debatten der Jahrhundertwende entstandenen Parteigruppierungen, sondern eine einzige, antikartellistische Organisation sollte dem Kommunismus und Sozialismus Einhalt gebieten. Er versuchte daher, ähnlich wie die LRN in ihren Anfangstagen, alle bürgerlichen Kräfte zu sammeln und gründete zu diesem Zwecke ein *Centre de Propagande des Républicains Nationaux (CPRN)*⁴⁰¹. Auf Grund seiner Erfahrungen in England, wo de Kerillis die Parteiorganisation der Konservativen studiert hatte, wollte er auch in Frankreich einen *parti tory* etablieren, der nicht nur im Wahlkampf, sondern permanent als politisches Corpus zur Konzertierung aller „national-republikanischen“ Kräfte dienen konnte. Das Rednerideal des *modéré*, das den deliberativen Parlamentarismus der Vorkriegszeit geprägt hatte, wurde von ihm komplett aufgegeben und durch das eines Volkstribunen ersetzt, der

³⁹⁹ Vgl. *L'Est républicain* vom 8. 7. 1929. Eine ähnliche Entwicklung vollzog der Vorsitzende der *Fédération du Massif Central*, Jacques Bardoux, der in seinem fünf Départements umfassenden Verband AD, FR und ALP gruppiert hatte, aber deutliche Tendenzen zur politischen Mitte zeigte. Vor allem in Tardieu sah er den kommenden Mann und separierte sich immer mehr von Louis Marin und dem „extremisme de droite“. Vgl. seine Briefe an Tardieu vom 7. 5. 1927, 21. 3. 1929, 3. 9. 1930 und 6. 10. 1930 (dort das Zitat), in: AN 324, AP 3, und Bardoux, Frédéric François-Marsal, *La Fédération républicaine et sociale du Plateau central. Sa méthode, son congrès, son programme*, Clermont Ferrand, 1926. Noch 1933 beschwerte sich Guiter in einem Brief an Marin vom 8. 9. 1933, daß Bardoux, obwohl 90% seiner FRS (*troups et chefs*) zur FR gehörten, eine unabhängige Linie fahren wollte und mit einem „enthousiasme un peu enfantin“ von einem großen „parti modéré“ träume, in: AN 317, AP 86.

⁴⁰⁰ Vgl. die Eintragungen Kardinal Baudrillarts, *Carnets*, S. 161, 198, 260 und 386.

⁴⁰¹ Dieses Zentrum sollte die Propaganda und den Wahlkampf der FR, der LRN, der AD, des PDP, der nationalen Radikalen, des *Redressement Français* und der *Union des Intérêts Economiques* bündeln. Vgl. Grüner, Paul Reynaud, S. 124–126, Anderson, *Conservative Politics*, S. 209–213, und Le Béguec, *Entrée*, S. 1053–1055.

Massen emotional ansprechen und mobilisieren konnte⁴⁰². Seine Vorstellungen der Parteiorganisation gingen ferner bei weitem über die Restrukturierungspläne Marins und der FR-Führung hinaus. Zwar hatten auch diese die FR von einem lockeren Verband von Honoratiorenpolitikern zu einer eher auf die Basisverbände orientierten Parteiorganisation umgestaltet. Sie waren aber in der Mitte zwischen Honoratiorenverbund und Mitgliederpartei stehengeblieben, da immer noch die Parlamentarier das entscheidende Übergewicht in der Partei hatten. De Kerillis strebte hingegen eine noch stärkere Gewichtsverlagerung von den Abgeordneten und der Fraktion auf die Basis an: So sollten alle konservativen Wähler in Paris in einer „agence électorale“ katalogisiert werden, und in jedem „quartier“ sollten politische Informanten operieren, die die Haltung potentieller Wähler auskundschafteten und so eine effektive Zuteilung von Propagandatraktaten möglich machten⁴⁰³.

Um diese Organisation auf den Weg zu bringen, mußte de Kerillis auf eine Vielzahl von engagierten Mitgliedern zurückgreifen, die im Gegenzug natürlich auch einen gewissen Einfluß auf die Politik verlangten. Dieses partizipatorische Element widersprach den honoratiorenpolitischen Überzeugungen der *modérés*, v. a. wenn es sich bei den neuen *militants* um Kräfte aus vopolitischen Vereinen handelte. Hatte sich die FR schon immer davor gescheut, sozialkatholische Verbände unter klerikaler Führung in ihre regionalen Komitees aufzunehmen, so bekannte de Kerillis ganz offen, daß diese Sozialkatholiken und ihre Priester zu den aktivsten Mitgliedern seines CPRN gehörten⁴⁰⁴. Auch in den Fabriken der Hauptstadt, wohin sich FR-Politiker noch nicht einmal zu Wahlkampfzwecken verirrt hatten, hatte er bereits erste „cellules“ organisiert⁴⁰⁵. *Modéré* im Sinne eines Politikers, der seine Position nicht durch ein Programm, sondern durch seine soziale Autorität errungen hat, wurde für de Kerillis geradezu zu einem Schimpfwort, da es im Grunde nur „manque d'action“ bedeutete⁴⁰⁶.

Es konnte daher auch nicht ausbleiben, daß de Kerillis in Konflikt mit manchen FR-Abgeordneten geriet, die diese moderne Linie nicht akzeptieren konnten⁴⁰⁷. Wir hatten bereits gesehen, wie die Umstrukturierung von FR/URD zu einem heftigen Zerwürfnis zwischen Marin und dem langjährigen *Progressisten* Bonneville geführt hatte. Je mehr organisatorische Macht aber de Kerillis bekam, um so ge-

⁴⁰² So de Kerillis in einer Rede am 17.2.1927, in: AN, F/7 13237. Zum Bruch des rhetorischen Stils im CPRN vgl. Le Béguet, *République des avocats*, S. 140.

⁴⁰³ Die Pläne von de Kerillis sind in einem Polizeibericht vom 19.1.1927 zu einer Versammlung am Vortag aufgelistet, in: AN, F/7 13237. Ausführlich zitiert ist dieser Bericht bei Grüner, Paul Reynaud, S. 126, Fußnote 68.

⁴⁰⁴ So am 17.2.1927 in Paris „surtout avec les prêtres [...] les agents les plus agissants de la prospection“, in: AN, F/7 13237.

⁴⁰⁵ So auf einem Treffen des CPRN des 13. Arrondissements von Paris am 22.12.1927, Bericht in: AN, F/7 13237.

⁴⁰⁶ So de Kerillis am 18.12.1926, in: AN, F/7 13237. Zusammengefaßt ist seine „Abrechnung“ mit den bürgerlichen Honoratiorenpolitikern in Henri de Kerillis, *Faisons le Point* (1936).

⁴⁰⁷ Bereits 1922 war er in Konflikt mit den beiden *progressistischen* Politikern Roulleau-Dugage und François-Marsal gekommen, die ihre Kandidatur zu den Munizipalwahlen in Paris ohne Rücksprache mit den Komitees und gegen Kerillis bekanntgegeben hatten, vgl. Brief de Kerillis an Millerand vom 20.1.1922, in: AN 479, AP 194.

wichtiger wurde sein Einfluß in der politischen Öffentlichkeit, zumal er mit dem *Echo de Paris* über eines der auflagenstärksten konservativen Blätter überhaupt verfügte. Auch in seinem Fall war es schließlich die Frage um die Ratifizierung des Vertrages von Washington, die den Bruch mit der FR und mit seinem langjährigen Gönner Marin herbeiführte. De Kerillis war zwar nicht aus politischer Überzeugung, aber auf Grund seines Willens zum Pragmatismus und zur Erhaltung der Poincaré-Regierung bereit, den Vertrag von Washington zu akzeptieren. Nur so konnte er die verschiedenen Temperamente seiner CPRN-Truppen zusammenhalten, zu denen ja immerhin nicht wenige PDP oder AD-Mitglieder gehörten⁴⁰⁸. Nach heftigen Wortgefechten mit Marin führte diese Haltung im Winter 1929/30 sogar zum Austritt von de Kerillis aus der FR, die damit eine nicht unerhebliche Basisorganisation mit vielen jungen Mitgliedern verlor⁴⁰⁹. Michel Missoffe, der zu den jungen Kadern der FR gehört hatte, schrieb im gleichen Jahr verbittert: „La génération de Verdun n'était-elle pas plus qualifiée pour diriger la République après la victoire que la génération de la Tour Eiffel?“⁴¹⁰

Die eher „linke“ Strömung der jungen Generation in der FR unterschied sich also in zwei grundlegenden Auffassungen von der FR-Führung um Marin. Zum ersten sollte Politik in ihren Augen pragmatisch sein, d. h. sie sollte sich den Erfordernissen der Zeit anpassen und keine doktrinären Positionen vertreten. Dies galt für das Verständnis von der liberalen Ordnung der Gesellschaft genauso wie für die konziliante Haltung in außenpolitischen Fragen, wo die Staatsräson über eine nationalistische Ideologie gestellt wurde. Es galt im übrigen auch in der religiösen Frage, die von diesen jungen Kräften bewußt nicht thematisiert wurde. So gab de Kerillis vor dem *Institut Catholique* in Paris ausdrücklich die Parole aus, daß die national-republikanischen Kandidaten außer dem Bekenntnis zur „liberté religieuse“ keine Präzisierungen zur religiösen Frage in ihr Programm aufnehmen sollten, vor allem nicht zur Laizität oder den Kongregationen⁴¹¹. Zum zweiten traten Leute wie de Kerillis und Ferry für eine Neuorganisation aller *républicains nationaux*, d. h. aller antikartellistischen Elemente mit Ausnahme der AF ein, die die alten Trennlinien der Parteien überwinden sollte. Anders als die FR-Partei-führung kooperierten sie daher mit den jungen Kräften der AD um Tardieu oder Reynaud, die ähnliche Ziele, eine moderne Sammlungspartei rechts der politischen Mitte zu gründen, verfolgten.

Der CPRN von de Kerillis versuchte, den Weg von der Honoratiorenpartei zur Mitgliederpartei, wo Marin und die FR in der Mitte stehengeblieben waren, zu Ende zu gehen und eine den britischen Konservativen nachgebildete Parteiorgani-

⁴⁰⁸ Ein weiterer Verbindungsmann zwischen de Kerillis und dem rechten Flügel der AD um Tardieu und Reynaud war der junge Pariser Abgeordnete Michel Missoffe, der lange Zeit zum *Conseil National* der FR gehörte. Vgl. sein Buch *La vie volontaire d'André Tardieu*, S. 200, über die „gérontes usés“ wie Arago oder Marin.

⁴⁰⁹ Zum Streit de Kerillis-Marin vgl. Irvine, *French Conservatism in Crisis*, S. 56–58, und den *Echo de Paris* vom 25. 7. 1931, wo de Kerillis eine Grundsatzserklärung gegen Marin abgab.

⁴¹⁰ Missoffe, *La vie volontaire d'André Tardieu*, S. 236.

⁴¹¹ Am 10. 2. 1927, Bericht in: AN, F/7 13237. De Kerillis sagte: „Le moment n'est pas encore venu d'en parler au peuple qui ne compte qu'une minorité de catholiques“.

sation auf die Beine zu stellen. Die feste Struktur und die Gewichtsverlagerung hin zur Basis sollten dabei die bestehenden Differenzen zwischen den einzelnen Parlamentariern, z. B. über die religiöse Frage, auffangen und neutralisieren⁴¹². Je mehr dieser linke Flügel der jungen Generation an Einfluß gewann, um so mehr stieß er sich an dem immer unerbittlicher werdenden Marin, der weder das FR-Programm noch ihre Organisation zu modifizieren bereit war⁴¹³. Die Konsequenz daraus war eine langsame Erosion der FR „von unten“, da die jungen Mitglieder ausstiegen oder ferngehalten wurden und im Laufe der 1930er Jahre vom CPRN oder den verschiedenen rechten Ligen absorbiert wurden. Obwohl diese von William D. Irvine vorzüglich analysierte Entwicklung auch mit der besonderen Dynamik der 1930er Jahre zusammenhing, man denke nur an die Machtübernahme Hitlers in Deutschland oder die Wirtschaftskrise in Frankreich, so lag eine Ursache dafür sicherlich auch in der verpaßten Reformierung der FR Ende der 1920er Jahre, als diese es nicht vermochte, die jungen Kräfte einzubinden.

(II) Der zweite Flügel der jungen Generation in der FR, den wir oben den „rechten“ genannt haben, war zunächst von einer ähnlichen Motivation getrieben wie der linke, nämlich der Umgestaltung politischer Handlungsformen angesichts neuartiger Herausforderungen in der Nachkriegszeit. Er wird v. a. repräsentiert von den ehemaligen Bonapartisten Pierre Taittinger und Jean Ybarnégaray⁴¹⁴. Alle beide waren wie Ferry und de Kerillis dekorierte Weltkriegsveteranen, Ybarnégaray genoß auf Grund seines „kämpferischen Temperaments“ besonders großes Ansehen bei seinen Kollegen und auch in der Frauenwelt⁴¹⁵. Als ehemalige Offiziere mit Fronterfahrung repräsentierten sie jenen neuen Typus des Parlamentariers, der 1919 allenthalben wegen seiner militärischen Auszeichnungen gewählt worden war und der der Kammer von 1919 den Beinamen *Chambre Bleu Horizon* eingetragen hat⁴¹⁶. Ihr politisches Selbstverständnis beschränkte sich daher von Anfang an nicht auf die Arbeit in Kommissionen, Ausschüssen und den Kammersitzungen, was z. B. für einen Marin oder Isaac immer noch die einzig denkbare Möglichkeit politischen Engagements war, sondern war von einer Vorliebe für „Aktion“

⁴¹² Die FR bewahrte dagegen weiterhin eine Distanz zur AD und umgekehrt. In der Seine-et-Oise, im Finistère und auch in den Vogesen kam es zwischen 1924–1928 immer wieder zu Konflikten zwischen FR und AD, die schließlich auch unterschiedliche Kandidaten in den Wahlen präsentierten.

⁴¹³ Vor allem beschwerte er sich über die linken Vertreter der AD um Lebrun und Mamelet, die die *Union Nationale* immer verraten hätten. Ein außerparlamentarisches Zusammengehen mit der AD war für Marin daher undenkbar, statt dessen forderte er „un programme qui prime tout, la sincérité la plus absolue et la subordination des idées généraux“. Manuskript zur *Union Nationale* in: AN 317, AP 168.

⁴¹⁴ Zu Pierre Taittinger als Pressebaron vgl. Frustier, Pierre Taittinger, zu Ybarnégaray vgl. die Bemerkungen von Irvine, *French Conservatism in Crisis*, S. 14 und 107f.

⁴¹⁵ Der Gutsbesitzer Ybarnégaray war vor 1914 v. a. als Meister im baskischen Pelotaspiel sehr populär. Ein Polizeibericht sagt über ihn: „Y. est toujours prêt au combat et surtout à l'attaque, sans grand souci des conseils de modération ou de prudence.“ Bericht vom Juni 1926, in: APP, BA 2036 Jean Ybarnégaray.

⁴¹⁶ Ybarnégaray war schon 1914–1919 Abgeordneter in den Reihen der *Indépendants* (er war auf einer ALP-Liste gewählt worden), verbrachte aber während des Krieges die meiste Zeit an der Front.

und „Organisation“ geprägt⁴¹⁷. So trat Taittinger 1919 der *Ligue des Chefs de Section* bei, einer Art politisierter Bürgergarde gegen Streiks und kommunistische Aufmärsche, sowie der nationalistischen *Ligue des Patriotes*, deren Jugendabteilung er übernahm. Aus dieser schuf er 1924 die militante Jugendbewegung der *Jeunesses Patriotes* (JP) mit dem erklärten Ziel, die innenpolitische Ordnung gegen Aufmärsche von Kommunisten und Anarchisten aufrechtzuerhalten⁴¹⁸. Auch Ybarnégaray sollte ab 1924 in vielfältigen Organisationen wie der FNC, den JP, der *Ligue des Patriotes* und dem *Comité Duplex* aktiv werden.

Sowohl Taittinger wie auch Ybarnégaray gehörten damit zu jenen ehemaligen Vertretern der *Droite*, die sich zwar an die Republik *ralliiert* hatten, das parlamentarische Spiel aber keinesfalls als einzige Möglichkeit politischen Wirkens anerkannten. Ihr altes Mißtrauen gegenüber der parlamentarischen Republik schlug sich vielmehr in außerparlamentarischer „Aktion“ nieder, die die Republik selbst nicht in Frage stellte, aber zur Aufrechterhaltung der „öffentlichen Ordnung“ auch durch den Einsatz paramilitärischer Formationen beizutragen bereit war. Das honoratiorenpolitische Establishment der ERD um Arago oder Isaac schreckte sie ab⁴¹⁹, und beide hielten sich daher auch von der liberal-konservativen Sammlung eher fern: Taittinger gehörte 1919–1924 der revisionistischen Gruppe der ARS an, und Ybarnégaray bildete den rechten Rand der ERD, übernahm aber keinerlei politische Funktion in der Gruppe und stimmte sehr oft sogar gegen diese⁴²⁰. Bezeichnend für ihren politischen Schwerpunkt war ferner, daß sie sich nicht allzu sehr den konstruktiven Themen im Umfeld der ERD und ARS wie Staatsreform, Regionalismus oder Familienpolitik widmeten. Statt dessen riefen sie in ihren ersten parlamentarischen Interventionen in der Legislaturperiode des *Bloc National* zu einem fortgesetzten Kampf gegen die Feinde Frankreichs im Inneren wie im Äußeren auf⁴²¹, betonten also die Verschränkung von innerer und äußerer Gefahr und transportierten so das dem Weltkrieg entsprungene Freund-Feind-Denken in die innenpolitische Auseinandersetzung. An die Stelle programmatischer Vorschläge waren bei ihnen ein ausgeprägter Antigermanismus und Antikommunismus getreten, die, sich gegenseitig verstärkend, die Matrix ihres politischen Denkens und Handelns bildeten. Natürlich gehörten „negative“ Ideologien auch zum Repertoire der anderen Abgeordneten von ERD und später der FR, in

⁴¹⁷ Deshalb übte Isaac auch Kritik an den rechten Ligen, vor allem der AF, weil sie die Straßengewalt fördere und den Staat destabilisiere, Eintrag vom 3. 9. 1926, Isaac, Carnets, S. 428.

⁴¹⁸ Vgl. den Polizeibericht vom 28. 4. 1924, in: APP, T6 Pierre Taittinger. Zur *Ligue des Chefs de Section* vgl. Machefer, *Ligues et fascisme*.

⁴¹⁹ Vgl. den Bericht vom 27. 4. 1922, in: AN, F/7 12951: „Arago manque totalement de prestige“, vor allem bei den jungen Kräften um Taittinger.

⁴²⁰ Vgl. das Schaubild bei Rousselier, *Phénomène*, S. 175.

⁴²¹ Taittinger am 18. 5. 1920 (JO, Débats, Chambre, S. 1531–1533) und Ybarnégaray am 26. 3. 1920 (JO, Débats, Chambre, S. 747f.). Bezeichnend ist auch ein Brief Taittingers an Poincaré von 1921, in dem er gegen die Ausschreitungen gegen die nationalen Veteranenvereine am Begräbnis Marschall Fochs durch die Kommunisten protestierte. Die Regierung müsse gegen diese „ennemis de la patrie“ vorgehen, um zu verhindern, daß sich die Veteranen nicht „avec violence“ gegen die Regierung wenden. Brief undatiert von 1921, in: APP, T6 Pierre Taittinger.

nur wenigen Fällen nahmen sie aber diesen leitmotivischen Charakter an wie bei Taittinger und Ybarnégaray.

Dies zeigte sich zuerst nach dem Kartellsieg 1924, als Ybarnégaray und vor allem Taittinger zu den Anführern jener außerparlamentarischen Gegenmobilisierung des bürgerlich-nationalen Lagers gehörten, die später als „first fasciste wave“ bezeichnet worden ist⁴²². Taittinger hatte mit den nationalistischen Honoratioren der *Ligue des Patriotes* gebrochen und mit den JP eine eigene Bewegung gegründet, die im Zweifelsfall auch den Kampf mit den kommunistischen Organisationen zur Herstellung der inneren Ordnung aufnehmen wollte. Die Vorstellung vom Bürgerkrieg als Kampf zwischen Ordnung und Revolution hatte sich mit klassenkämpferischen Motiven der bürgerlichen Besitzstandswahrung vermischt und war zu einem nationalistisch-antikommunistischen Konsens geronnen⁴²³. Taittinger und Ybarnégaray, der eine als Präsident, der andere als Vorstandsmitglied der JP, hatten die Handlungsformen der Rechten modernisiert und radikalisiert⁴²⁴. Sie saßen den großen Treffen der JP ab 1925 in Paris vor⁴²⁵ und kamen erst im Zuge der Mobilisierungskampagne der LRN wieder in das Umfeld der noch von der alten Generation dominierten FR. Für diese stellten die JP ab 1926 die Saalordner bei großen Kongressen, umgekehrt stiegen Taittinger und Ybarnégaray zu landesweit bekannten Figuren im Führungsgremium der FR auf. Es ist allerdings zu betonen, daß beide nicht deshalb zur liberal-konservativen Sammlung gestoßen sind, weil sie etwa die politischen Handlungsformen der ehemaligen *Progressisten* und Katholiken teilten, sondern weil die FR eben die größte nationalistische und antikommunistische Partei Frankreichs war. Daher scheute sich Ybarnégaray auch nicht, auf dem FR-Kongreß von 1927 und von 1928 auszusprechen, was kein überzeugter *Progressist* oder liberaler Katholik je gewagt hätte: „Nous sommes un parti de droite.“⁴²⁶

Der Eintritt Taittingers und Ybarnégarays in die FR darf nicht als isolierter Vorgang auf parteipolitischer Ebene betrachtet werden, sondern war gefolgt von einem

⁴²² Ganz ähnlich argumentierte der junge Veteran und Generalsekretär der FR de la Seine, Dufresne: „Il montre que le système de l'organisation communiste est parfaitement établi et il précise des moyens de défense sur les mêmes bases pour y répondre, en créant notamment, d'accord ou non avec les patrons, des cellules d'usine anticommunistes.“ Sitzungsprotokoll vom 11.12.1924 der FR de la Seine, in: AN 317, AP 81. Zum Problem, ob es sich bei dieser Mobilisierung bereits um ein „faschistisches“ Phänomen in Frankreich handelte, vgl. Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?*, S.611ff., und Müller, *Protest – Modernisierung – Integration*. Das Zitat nach dem Buch von Robert Soucy, *French Facism. The First Wave*, zu den JP dort, S.40ff.

⁴²³ Wirsching stellt zu Recht gegen Müller das antikommunistische Element wieder in den Vordergrund.

⁴²⁴ Den durch dieses Handeln eingeleiteten Modernisierungsprozeß, der auf weiter zurückliegende Anfänge als nur das Linkskartell zurückreicht, hat besonders Müller, *Protest – Modernisierung – Integration*, und ders., „Faschismus“ in Frankreichs Dritter Republik, S.107f., betont.

⁴²⁵ Z. B. am 27.1.1926 vor 3500 Personen und am 23.3.1928 vor 5000 Personen, in: APP, BA 2036 Ybarnégaray.

⁴²⁶ Der Polizeibericht vom 10.12.1927 über den Kongreß findet sich in: AN, F/7 13962. Ybarnégaray hatte deutlich zu Poincaré und zur Großen Koalition gesagt: „Nous sommes la droite de l'armée républicaine [...] Poincaré, malgré tout, est un homme de gauche.“

breiten Zustrom junger Kräfte des rechten Lagers in die FR. Insbesondere nach der Verurteilung der AF, zu der Ybarnégaray stets gute Beziehungen unterhalten hatte, absorbierten die JP die nationalistischen Kräfte katholischer Herkunft und avancierten zur halboffiziellen Jugendorganisation der FR⁴²⁷. Allenthalben zeigten sich ab 1926 FR-Politiker auf Veranstaltungen der JP in der Provinz und in Paris und gratulierten zu den großen Mobilisierungserfolgen, wobei von jungen FR-Mitgliedern wie Michel Missoffe auch ausdrücklich die Kampfbereitschaft der JP hervorgehoben wurde⁴²⁸. Je mehr die JP und ihre Anführer aber an Gewicht innerhalb der FR erhielten, umso deutlicher zeigte sich die mangelnde Integrationskraft der FR und die Verschiedenheit der politischen Handlungsformen, die die Vorstellungen- und Erfahrungswelt der alten und der jungen Generation prägten. Weil die FR nicht gewillt war, lokale JP-Chefs, oftmals junge Kriegsveteranen, schnell in politische Positionen zu bringen und die etablierten FR-Honoratioren zu ersetzen, machte sich bald Unmut in den Reihen der JP breit. De Warren schrieb schon 1927 an Marin, daß er ein Abdriften der JP in Lothringen befürchte, da ihr Generalsekretär aus seinem Dunstkreis verschwinden würde⁴²⁹. Auf dem FR-Kongreß im Dezember 1927 kam es dann zu unterschiedlichen Einschätzungen der JP, denen Perret aus Lyon ihre Herkunft von der konterrevolutionären AF vorwarf, während Ybarnégaray sie lediglich als „hommes d'action“ und „défenseurs de l'ordre“ verstanden wissen wollte⁴³⁰. Hier prallten zum ersten Mal innerhalb der FR die unterschiedlichen Vorstellungen von Ordnung – polizeilich-legale Ordnung bei Perret, Ordnung durch halblegale Selbstverteidigung bei Ybarnégaray – aufeinander⁴³¹. Erste markante Risse zwischen JP und FR zeigten sich bei den Wahlen 1928, als der liberale FR-Politiker de Lasteyrie im 16. Pariser Arrondissement von dem ehemaligen Bonapartisten Le Provost de Launay Konkurrenz bekam. Obwohl de Lasteyrie von der FR de la Seine aufgestellt worden war, trat de Launay, ebenfalls im Namen der FR, als Kandidat aller nationalen Kräfte an⁴³². Ohne Zweifel erhielt er dabei die Unterstützung der Camelots du Roi der AF, aber selbst Taittinger, der eigentlich zur Aufstellung von de Lasteyrie hätte stehen müssen, zeigte sich kein

⁴²⁷ Dazu gehört z. B. die sogenannte *deuxieme vague nationaliste* im Pariser Stadtrat, die der liberal-konservativen Fraktion beitraten, zu nennen sind Gaston Le Provost de Launay, Charles des Isnards, Frédéric-Dupont, Pierre Dailly, Noël Pinelli, René Gillouin, vgl. Combeau, Paris et les élections municipales, S. 83.

⁴²⁸ *La Nation* vom 3. 9. 1927: „Il est evident [...] qu'une entente disciplinée des Patriotes est une question de vie ou de mort et que, contre des groupes de combat, instruits et armés, on ne se défend pas par des discours.“

⁴²⁹ Brief de Warrens an Marin vom 4. 8. 1927. Der junge JP-Chef Simon, ein Getreuer de Warrens, sei zu schwach, um den JP-Verband zu führen, der täglich um 7-800 Mitglieder anwachse. Er befürchte daher „de les voir glisser ailleurs“, in: AN 317, AP 183.

⁴³⁰ Vgl. den ausführlichen Bericht über den FR-Kongreß vom 10. und 11. 12. 1927 in: AN, F/7 13962.

⁴³¹ Im Kapitel III.4. wurde dieses schillernde Ordnungsverständnis herausgearbeitet, das Ende der 1920er Jahre zu ersten Konflikten in der FR führte.

⁴³² Ein von de Lasteyrie angerufenes Parteischiedsgericht der FR hatte Provost nicht akzeptiert. De Lasteyrie gehörte ohne Zweifel zu den *modérés*, die eine bürgerliche Interessenpolitik betrieben und stets die großen Koalitionen unterstützt haben. So läßt er sich auch in diesem Wahlkampf von Poincaré aufstellen und verspricht ihm Gefolgschaft, vgl. die Briefe an Poincaré vom 19. 4. und 2. 5. 1928, in: BN, NAF Papiers Poincaré, 16005.

einziges Mal auf dessen Veranstaltungen und scheint insgeheim sogar seinen alten bonapartistischen Freund Provost unterstützt zu haben⁴³³.

Wie auch schon bei den jungen reformistischen Kräften gelang es daher auch im Falle der jungen nationalistischen Kräfte der FR nicht, diese dauerhaft in ihre Organisation einzubinden. Das größte Hindernis war dabei immer noch ein meritokratisches Verständnis von Politik, wonach erst ein gewisser *cursus honorum* durchlaufen werden mußte, bevor bestimmte Ämter bekleidet werden konnten⁴³⁴. Diese honoratiorenpolitische Tradition hatte auch in der erneuerten FR von Marin nicht aufgehört zu bestehen und entfremdete die Nachwuchschefs der JP, die ganz in der Tradition des Weltkriegs ihren persönlichen Einsatz, ihre „Tapferkeit vor dem innenpolitischen Feind“, als einzigen Maßstab politischen Aufstiegs anerkennen wollten⁴³⁵. Taittinger, der wie auch Ferry und de Kerillis mit Marin in der Außenpolitik divergierte, zog sich und seine Truppen zwischen 1928 und 1930 sukzessive aus der FR zurück und beraubte diese ihrer aktivsten *militants*⁴³⁶. Bereits 1929 beklagte sich der Präsident des stärksten FR-Departementalverbandes, Perret, in Lyon gegenüber Taittinger, daß er überhaupt keinen Einfluß mehr auf die JP in seiner Stadt habe⁴³⁷. Die nächsten Etappen der Abwanderung waren der – fehlgeschlagene – Versuch Taittingers 1930, einen eigenen *Parti Républicain National et Social* zu gründen, die Kandidatur Ybarnégarays gegen einen Kandidaten der FR 1932 und die Gründung des *Parti républicain national et social* aus den aufgelösten JP 1936. Obwohl auch dies Entwicklungen waren, die maßgeblich mit der Dynamik der 1930er Jahre in Zusammenhang standen, so muß doch festgestellt werden, daß sie in ihrem Ursprung auf eine unüberbrückbare Verschiedenheit im Verständnis der politischen Handlungsformen zurückgeführt werden können, die die Integration und Partizipation der jüngeren nationalistischen Frontkämpfer in die FR verhindert hat⁴³⁸.

⁴³³ Erhalten ist ein umfangreiches Dossier über de Lasteyrie, das ausführliche Berichte über seinen Wahlkampf gegen Provost 1928 enthält, in: APP, BA 2013, sowie ein kleines Dossier über Provost, *ibidem*, GA P5.

⁴³⁴ Dieses Prinzip galt im übrigen für alle bürgerlichen Parteien und wurde von Gilles Le Béguec für das Beispiel von Auguste Isaac klar aufgezeigt, vgl. *Entrée*, S. 1447.

⁴³⁵ Ein weiteres Beispiel hierfür bietet die aus fünf FR und AD-Honoratioren zusammengesetzte Liste in den Vogesen unter der Führung von Louis Madelin. Die örtliche JP unter ihrem Vorsitzenden Liebenguth akzeptierte den „antinationalen“ Kandidaten Amet auf dieser Liste nicht und wollte sogar einen eigenen Gegenkandidaten, einen jungen Berufsoffizier, aufstellen. Dies konnte gerade noch von Guiter verhindert werden, hielt die JP aber nicht von ihrer Ablehnung Amets ab. Vgl. Briefe Liebenguths an Marin (10. 1. 1928) und Taittinger (9. 12. 1927) sowie Guiters an Taittinger vom 28. 11. 1927, in: AN 317, AP 170, sowie ein Brief Madelins an Poincaré vom 2. 3. 1928 über „certains éléments de Droite“ gegen Amet, in: BN NAF, Papiers Poincaré, 16008.

⁴³⁶ Darunter z. B. der langjährige URD-Sekretär Robert Simon, der mit Taittinger aus der FR verschwand, vgl. Brief an Guiter vom 7. 11. 1931, in: AN 317, AP 84, sowie weitere Kritik der JP an den Honoratioren wie Castelnau bei Bonafoux-Verax, *Fédération*, S. 264.

⁴³⁷ Kopie eines Briefes an Taittinger vom 4. 8. 1929, in: AN 317, AP 7. Der Vorsitzende der JP in Lyon hatte Beziehungen zur Unterwelt, und Perret hatte seit langem dazu gemahnt, ihn abzusetzen. Erst nach dessen Verhaftung und der öffentlichen Schmähung der JP habe man auf ihn gehört.

⁴³⁸ Sehr illustrativ dafür sind zwei Briefe von zur PSF übergetretenen FR-Mitgliedern 1937 (29. 11. 1937 und 1. 12. 1937). Im ersten heißt es: „La FR représente donc actuellement pour moi un groupement de gens pour la plupart totalement inertes.“ In: AN 317, AP 87.

Wenn man nun versucht, die Position der FR/URD als politischer Partei mit parlamentarischer Fraktion zwischen Juni 1926 und Mai 1928 zu umreißen, so muß man feststellen, daß die FR von zwei Herausforderungen maßgeblich geprägt wurde. Die erste Herausforderung war die Wahl zwischen dem Erhalt der großen Koalition durch programmatische Zugeständnisse oder ihrem Bruch durch ein Festhalten am Parteiprogramm. Obwohl dem FR-Präsidenten und Fraktionsvorsitzenden Marin die Entscheidung nicht leicht fiel, traf er sie letztlich doch zugunsten der Koalition und gegen die Parteiräson. Die Ursache dafür lag vor allem in einer mentalen Disposition Marins, der die *Union Nationale*, als Fortsetzung der *Union Sacrée* des Krieges, als ein „Gut an sich“ betrachtete und sie daher höher als seine programmatischen Postulate setzte. Marin zeigte sich darin als ein Parlamentarier in liberaler Tradition, der im Zweifelsfall der Notwendigkeit des parlamentarischen Spiels für den Machterhalt den Vorzug vor einem vor allem von der Parteibasis eingeforderten Oppositionskurs gab. Obwohl Marin in Zusammenarbeit mit Guiter und de Warren den Honoratiorencharakter der FR deutlich beschnitten hatte, waren sie dennoch nicht bereit, konsequent den Schritt zu einer programmatisch festgelegten und von einer aktiven Mitgliederbasis getragenen Partei zu vollziehen. Hierin liegt einer der wesentlichsten Unterschiede zwischen der FR und den deutschen Nationalkonservativen unter Hugenberg, der zur selben Zeit die Parlamentarier entmachtete und die DNVP ganz auf die von den Landesverbänden unterstützte extremistisch-oppositionelle Programmlinie brachte⁴³⁹. Marin selbst reflektierte sogar diesen Unterschied zu den deutschen Nationalkonservativen und hob sich demonstrativ positiv davon ab⁴⁴⁰.

Mit diesem Manko an parteipolitischer Veränderung auf dem Weg zur Mitgliederpartei korrespondierte die Unfähigkeit, eine dem Weltkrieg entstammende Frontkämpfergeneration dauerhaft in die Partei zu integrieren. Sowohl deren reformistischer (Ferry, de Kerillis) wie nationalistischer (Taittinger, Ybarnégaray) Flügel suchten sich andere politische Handlungsformen, weil sie mit den auf die Jahrhundertwende zurückgehenden Parteigrenzen nicht zufrieden waren. Der Unterschied zwischen ihnen und der FR-Führung war nur in einem geringeren Maße programmatisch, betraf aber besonders die Vorstellung von politischer Aktion. Während der linke Flügel auf eine innige Allianz mit allen antikartellistischen Kräften hinarbeitete und besonders die Reformvorschläge von Tardieu unterstützte, verlagerte sich der rechte Flügel zunehmend auf die außerparlamentarische Aktion, die im Verlauf der 1930er Jahre auch regimekritische Züge annehmen konnte. Nicht zuletzt war es Taittinger, der die JP am berühmten 6. Februar 1934 aufmarschieren ließ und Ybarnégaray, der am gleichen Tag Daladier zum Rück-

⁴³⁹ Vgl. Holzbach, Das „System Hugenberg“, und Mergel, Das Scheitern des deutschen Tory-Konservatismus. Hugenberg hatte vor allem die gemäßigt konservativen Elemente wie Treviranus aus der Partei gedrängt und diese ganz dem Diktat der radikalen Landesvorsitzenden unterworfen.

⁴⁴⁰ So würden DNVP-Abgeordnete wie Westarp, Hugenberg und Oberföhrden den Bruch im bürgerlichen Lager in Kauf nehmen, er sei jedoch immer zum *Bloc National* gestanden, *La Nation* vom 10. 1. 1931. Die Aussage Marins ist freilich nur bedingt richtig, da er gerade in dieser Zeit in außenpolitischen Fragen stets gegen die bürgerlichen Regierungen Tardieu und Laval stimmte, lediglich im Vertrauensvotum diese unterstützte.

tritt veranlaßt haben soll⁴⁴¹. Mit der mangelnden Fähigkeit zur Integration der Nachwuchsgeneration, die dem autoritären Auftreten Marins und einem starken Establishment der Abgeordneten in der Partei geschuldet war, setzte die FR damit nicht nur ihr zukünftiges Überleben aufs Spiel, sondern schuf auch ungewollt die Voraussetzungen für den enormen Aufstieg rechter oder wenn man so will „faschistischer“ Ligen in den 1930er Jahren. Bei den letzten Wahlen der Dritten Republik im Jahre 1936 verlor die FR daher auch viele Sitze an die aus den Ligen entstandenen Rechtsparteien, und es kann kein Zweifel bestehen, daß sich dieser Prozeß bei den Wahlen 1940 fortgesetzt hätte, wenn Frankreich nicht kurz zuvor von der deutschen Wehrmacht besetzt worden wäre⁴⁴².

Obwohl die Entfremdung der jungen Generation im wesentlichen ein Prozeß der 1930er Jahre war, erkannten weitsichtige Beobachter wie Pastor Soulier doch schon 1928 die ersten Anzeichen dieser inneren Erosion. Zwar war die FR/URD gestärkt aus den Wahlen 1928 hervorgegangen⁴⁴³, die Erschütterungen bei den Landesverbänden durch den Verbleib in der großen Koalition und das zunehmende Abdriften des Nachwuchses hielten aber unvermindert an⁴⁴⁴: „La situation politique de la FR n'est plus soit devant l'opinion, soit en fait, ce qu'elle était il y a un an et demi.“ Hätten sich noch 1924–1926 Programm, Propaganda und „action parlementaire“ der FR entsprochen und ein hohes Maß an „cohésion“ in der Partei erzeugt, sei dieser Zustand seit Sommer 1927 vorüber: „En une année, de Juillet 1927 à Juillet 1928, cette excellente situation [...] a pris fin, parce que nous sommes tombés dans l'illogisme et l'incohérence.“ Als Gründe für diese Entwicklung machte Soulier die gleichen Phänomene aus, die oben besprochen wurden: Zunächst verstand man es nicht, das eigene Programm durchzusetzen, man habe auf den Gebieten der „monopoles d'Etat“, der RPI und der „révalorisation“ spektakuläre Niederlagen („retentissants échecs“) erlitten und die Basis verprellt. Doch selbst die Entrüstung der Basis habe nichts an dem „ministérielisme sans faille“ der FR verändert. Der offene Widerspruch zwischen den Artikeln von *La Nation* und dem Verhalten von Louis Marin, also zwischen „le porte-drapeau et le Colonel“, könne nicht anders als eine „condamnation“ des FR-Präsidenten beurteilt werden. Darin liege nun der zweite Grund für die innere Zersetzung der FR, denn

⁴⁴¹ Ein Polizeibericht vermerkt, daß Ybarnégaray am 7.2.1934 in eine Verhandlung zwischen Daladier und Herriot hineingeplatzt sei und den Bürgerkrieg angekündigt habe, wenn Daladier nicht zurücktrete. In: APP, BA 2036. Zum 6. Februar vgl. Berstein, Le 6 février 1934, und Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 467–475.

⁴⁴² Für die Uneinigkeit in der Partei und die Konflikte mit den Ligen kurz vor Beginn des deutschen Überfalls auf Frankreich vgl. Irvine, French Conservatism in Crisis, S. 204.

⁴⁴³ Marin hatte, bei bleibender Eigenständigkeit der Partei, doch alle „groupes républicains du centre, entre la droite monarchiste et les extrême-gauches radical-socialiste“ zur Einheit aufgerufen. Die unter dem Banner der *Union républicaine démocratique* angetretenen Kandidaten beliefen sich auf knapp 130, wovon sich aber nur 104 bei der URD einschrieben, die anderen bei einer nach links orientierten *Action démocratique et sociale*. Vgl. Brief Marins an Guiter vor den Wahlen 1928, in: AN 317, AP 75.

⁴⁴⁴ Der ausführliche Brief Souliers an Guiter vom 24.10.1928, in: AN 317, AP 75. Im Mai 1928 hatte Soulier noch selbst angeboten, den Fraktionsvorsitz zu übernehmen, solange Marin Minister war. Er war aber von einigen Fraktionsmitgliedern abgelehnt worden, zu seiner großen Empörung im übrigen. Brief Soulier an de Warren vom 27.5.1928, in: AN 317, AP 183.

man habe es nicht verstanden, den Honoratiorencharakter der FR zu überwinden und diese auf eine Mitgliederbasis zu stellen. Obwohl sie immer wieder auf den FR-Veranstaltungen in der Provinz der Jugend versprochen hatten, daß man nicht mehr *modérés* genannt werden wolle, weil an dem Wort der Makel des Opportunismus hafte, habe man doch nach deren klassischer Manier gehandelt: „Nous nous sommes conduits comme de vieux modérés.“

Soulier bestätigt damit als Zeitgenosse die Analyse über den Beginn der inneren Zersetzung der FR zwischen 1927 und 1928. Wie kein zweiter FR-Politiker mußte er schon zu dieser Zeit die Entfremdung der jungen Generation von der FR miterleben, denn es gelang selbst ihm nicht, seinen Sohn Henri Soulier, einen Aktivist der JP, in die FR einzubinden⁴⁴⁵. Souliers Brief beweist ferner, daß die eigentliche Konfliktlinie in der Partei nicht inhaltlicher Natur war, also beispielsweise zwischen *Progressisten* und Katholiken, sondern die politische Handlungsform betraf. Die mittlere Linie von Marin zwischen einer programmatisch orientierten Mitgliederpartei und einer Honoratiorenpartei befriedigte weder die eine noch die andere Tendenz. Die jungen Kräfte und die Departementalverbände wurden genauso verprellt wie der liberale Flügel um Chabrun, de Lasteyrie oder Pernot, die zwischen 1928 und 1932 aus der FR austraten, weil sie den doktrinären Nationalismus Marins nicht teilten⁴⁴⁶. Der Mobilisierungserfolg der FR und der erste Versuch in Frankreich, eine große Partei der parlamentarischen Rechten auf die Beine zu stellen, barg also bereits in seinem Anfangsstadium den Keim zur inneren Zersetzung. Erst der gaullistische *Mouvement républicaine populaire* sollte nach 1945 dank seines Chefs und dank seiner stärkeren Fixierung auf der Mitgliederbasis einen größeren Erfolg haben.

Zusammenfassung

Die Entstehung der liberal-konservativen Sammlung in Frankreich fiel in eine Zeit, in der sich nicht nur die politischen Inhalte, sondern auch der Stil und das Verständnis von Politik grundlegend geändert haben. Noch vor dem Ersten Weltkrieg waren die verschiedenen politischen Strömungen von der linken Mitte bis zur konservativ-katholischen Rechten einem honoratiorenpolitischen Politikverständnis verpflichtet, das die Exponenten einer bürgerlichen, oder manchmal noch adligen Führungsschicht zu den prädestinierten Kandidaten bei politischen Wahlen machte. Ihre Macht im Wahlbezirk beruhte auf sozialer, wirtschaftlicher und,

⁴⁴⁵ Henri Soulier blieb bei den JP und später beim PSF. Schon 1926 sorgte er mit einem großen Zeitungsartikel für Aufsehen, als er in der *Revue du Siècle* die Gründung eines wahren *parti national* aller Nuancen propagierte. Vgl. Bericht vom 10. 4. 1926 in: AN, F/7 12954. Soulier trat 1928 in Toul unter dem Banner der *Union Nationale*-FR an, ging nach seiner Niederlage jedoch ganz zu den JP über.

⁴⁴⁶ Der Flügel um Pernot, de Lasteyrie und de Tinguay war vor allem nicht mit der intransigenten Haltung Marins in der Deutschlandpolitik einverstanden, vgl. Brief Pernots an Poincaré vom 22. 3. 1930, in: BN, NAF Papiers Poincaré, 16012, sowie Vavasseur-Desperriers, *Culture*, S. 362. Auch Thibaudet, *La République des Professeurs*, S. 19, hat der gemäßigten Rechten den Vorwurf gemacht, sie habe es versäumt, ihre jungen Mitglieder fest zu integrieren.

damit verbunden, moralischer Autorität und war nur in geringem Umfang an eine Parteiorganisation gebunden. Diese beschränkte sich in der Regel auf elitäre Zirkel und eine lokale Tageszeitung, die den Wähler politisch beeinflussen sollte. Ansonsten verließ man sich auf die Vorfeldorganisationen der *Gauche* oder der *Droite*, d. h. des laizistisch-republikanischen oder des katholischen Vereinswesens zur Mobilisierung der Wähler. Gerade die Volksaktion ALP hat über diese Form der weltanschaulichen Mobilisierung organisatorische Erfolge verbuchen können. Ein direkter Kontakt zum Wähler, oder gar dessen dauerhafte Anbindung und Partizipation an Entscheidungsprozessen in der Partei gehörte nicht zu diesem Verständnis von Politik. Der *Progressist* Charles Benoist berichtete in seinen Memoiren auf sehr eindringliche Weise darüber, wie im Rahmen der Kampagne für das integrale Verhältniswahlrecht 1910 der gemäßigte Republikaner Deschanel, der Orleanist Denys Cochin und er selbst vor einer großen Arbeiterversammlung in Clichy sprachen. Dechanel und Cochin hätten vor der Versammlung große Beunruhigung geäußert, „parce qu'ils n'étaient pas parfaitement accordés à ce milieu populaire.“⁴⁴⁷

Auch die ersten fünf Jahre der Nachkriegszeit änderten an dieser Abgeschlossenheit der politischen Klasse von der Wählerschaft, zumindest bei der Mitte und der Rechten, kaum etwas. Die *Chambre Bleu Horizon* war, wie Rousselier gezeigt hat⁴⁴⁸, immer noch ein *parlement d'éloquence*, in der die *ars dicendi* nicht selten den entscheidenden Faktor bei der Beschaffung von Mehrheiten darstellte. Die liberal-konservative ERD stand ferner die ganze Zeit über vor dem Problem, den Zusammenhalt zu wahren, so daß sie keine Kräfte entwickeln konnte, auch außerhalb des Parlaments parallele Strukturen aufzubauen. Die wenigen existierenden liberal-konservativen Sammlungen auf Departementebene dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich im Grunde der Zustand der Vorkriegszeit fortsetzte. Die um Zeitungen und akademische oder wohltätige Vereine gruppierten Honoratiorenzirkel blieben erhalten und die ALP hatte ihre Verbindungen zum katholischen Sozialmilieu sogar eingebüßt. Eine grundlegende Änderung trat erst mit dem Sieg des Linkskartells 1924 ein, als zum ersten Mal eine klassensolidarisch aufgestellte SFIO zur Regierungsmehrheit gehörte. Gegen dieses Linkskartell entstand eine Art von nationalem Lager aus der bürgerlichen und katholischen Rechten, die zum ersten Mal bereit waren, dauerhaft ihre Wählerschaft für politische Zwecke zu mobilisieren und in eine nationale Struktur einzugliedern. Auf Grund der anhaltenden Virulenz der religiösen Frage bildeten sich jedoch nicht eine, sondern zwei Formationen des antikartellistischen Protestes heraus: Die LRN und die FNC. Durch gezielten Einsatz von Rednern, Konferenzserien und Propagandatraktaten schafften sie eine Mobilisierung aller bürgerlich-nationalen Schichten, und zwar in weit größerem Umfang, als es der ALP 1902 und 1906 gegen die laizistische Gesetzgebung gelungen war. Dies war eine wesentliche Voraussetzung für die (Neu-)Entstehung der FR 1924/5 als politischer Partei mit vertikalen Strukturen.

⁴⁴⁷ Benoist, *Souvenirs*, Bd. 3, S. 359.

⁴⁴⁸ Zusammenfassend Rousselier, *Phénomène*, S. 275ff.

Es konnte gezeigt werden, daß die FR von einer allmählichen Erosion des Führungsstabes der LRN profitierte, die vor allem der anhaltenden Virulenz der religiösen Frage geschuldet war. Unter ihrem Präsidenten Marin übernahm sie die Komitees der LRN und führte sie in eigene Departementalkomitees über; sie hielt, so weit es ging, engen Kontakt mit der FNC und dem katholischen Vereinsmilieu, vor allem nach der päpstlichen Verurteilung der *Action Française*. Zum ersten Mal in der französischen Geschichte entwickelte die parlamentarische Rechte damit eine einheitliche, landesweite Organisationsstruktur. Allerdings ist festzustellen, daß die Führungsebene der FR weiterhin von Parlamentariern dominiert blieb, obwohl Präsident Marin darauf achtete, daß auch Vorsitzende der Departementalverbände in den *Conseil national* aufsteigen konnten. Diese Vorsitzenden erreichten jedoch zu keinem Zeitpunkt entscheidendes Gewicht, und es konnte gezeigt werden, daß sich selbst Marin in einer kritischen Phase gegen die Mehrheit der Departementalverbände und für die von den Parlamentariern der FR gewollte große Koalition der *Union Nationale* entschied. Nicht nur der zur bürgerlichen Mitte tendierende linke Flügel der FR, sondern auch die Nationalkonservativen um Marin gaben dabei Teile ihrer Grundüberzeugungen auf und schlossen sich, in bewußter Abkehr von ihrer gesellschaftlichen Basis und dem Wählermilieu, der Regierung Poincaré an. Diese für den Erhalt des liberalen Systems in den Krisen der 1920er Jahre wichtige Koalitionstreue resultierte aus dem hohen symbolischen Gehalt, den die nationale Eintracht in der *Union Nationale* seit dem Weltkrieg hatte. Weder die *Ententisten* (1919–1924) noch die Nationalkonservativen um Marin (1926–1928) haben eine Flucht aus der Verantwortung angetreten oder gar die liberale Republik in Frage gestellt. Marin und die FR verhielten sich damit anders als die parlamentarische Rechte (DNVP) in Deutschland, die unter Hugenberg gerade die konsensbereiten Parlamentarier mit Hilfe der Landesverbände entmachtete, die große Koalition torpedierte und nicht unerheblich zur Destabilisierung der Weimarer Republik beitrug⁴⁴⁹.

Aus der nur halbherzigen Integration der Landesverbände erwachsen der FR jedoch auch große Probleme, die sich ab Ende 1927 abzuzeichnen begannen und die die ganzen 1930er Jahre über wirksam werden sollten. Die junge Politikergeneration, die meist den Ersten Weltkrieg aktiv mitgemacht hatte, konnte mit dem hierarchischen und meritokratischen Stil der FR-Führung nichts mehr anfangen und entfernte sich aus deren Gravitationsfeld. Die einen, wie de Kerillis oder Ferry, strebten eine große, gemäßigt konservative Partei mit den jungen Kräften der benachbarten AD um Tardieu an, während die anderen, wie Taittinger oder Ybarnégaray, Führungspositionen in den außerparlamentarischen Ligen der Rechten übernahmen. Die Parlamentslastigkeit der FR, die auf der einen Seite den Bestand der großen Koalition gewährleistet hatte, führte auf der anderen Seite zu einem Defizit bei der Integration der jungen Kräfte. Es sollte im übrigen auch bis 1933 dauern, bis die FR eine eigene Jugendorganisation aufstellte, um engagierten Elementen aus den Provinzen den Aufstieg in die Parteispitze zu ermöglichen⁴⁵⁰.

⁴⁴⁹ Vgl. Wirsching, Koalition, Opposition, Interessenpolitik, S. 55 ff.

⁴⁵⁰ Die 1920er Jahre über verließ sie sich ganz auf die informellen Netzwerke der Pariser Advokatenzünfte, vgl. Le Béguec, *République des avocats*, S. 130–132.

Ferner wurden weder die FNC noch die konservativen Veteranenverbände dauerhaft an die FR angegliedert. Es schien dem Politikverständnis eines Marin und seiner Parteiführung nicht zu entsprechen, eine personale und organisatorische Verflechtung mit vorpolitischen Interessenverbänden oder der Substruktur des katholischen Sozialmilieus zu suchen. Zu keinem Zeitpunkt verfügte die FR daher über eine Vorfeldorganisation, wie sie die britischen Konservativen in der Prime-Rose-Ligue hatten⁴⁵¹. Was die Anbindung an das katholische Milieu und den Vereinskatholizismus betrifft, blieb sie weit hinter den Erfolgen der ALP zurück, hatte aber auch den völlig isolierten Charakter der *modérés* überwunden.

Die FR als erste Parteiorganisation der parlamentarischen Rechten in Frankreich blieb daher auf halbem Weg zwischen Honoratioren- und Mitgliederpartei stehen. Zwar adaptierten ihre Anführer 1924/5 neue Methoden der öffentlichen Mobilisierung, indem sie vor großen Versammlungen sprachen und durch die Aufstellung von Lokalkomitees auch partizipatorische Elemente in der Partei akzeptierten. Nebenbei änderte sich auch ihre Rhetorik, die nun seltener der klassischen parlamentarischen Redekunst, sondern öfters der populistischen Propaganda entsprach. Zu keiner Zeit sollte die Mitgliederbasis jedoch Entscheidungsgewalt bei der Aufstellung von Kandidaten oder der Bestimmung des Programms erhalten. Die Rekrutierung des Führungspersonals erfolgte weiterhin aus den verschiedenen bildungsbürgerlichen Zirkeln, wie z. B. der *conférence du stage* oder der *conférence Molé-Tocqueville*, nicht jedoch über Parteikarrieren. Dieses Politikverständnis, das man als einen modernisierten Honoratiorenparlamentarismus bezeichnen kann, kostete die FR während der 1930er Jahre zunehmend an Rückhalt und führte schließlich nach dem Zweiten Weltkrieg zu ihrem Ende. Nur die jungen Kräfte wie Jacques Bardoux, Désiré Ferry oder auch ein Georges Pernot begriffen, daß konservative Politik in der parlamentarischen Republik programmatisch sein und direkten Kontakt zum Wähler halten mußte. Sie stellten sich auf die Seite Tardieus, der mit ersten Radioansprachen als Ministerpräsident den direkten Zugang in jedes Dorf und jedes Haus suchte. Bereits nach dessen erster Ansprache im September 1930 konstatierte Bardoux, daß die Programmatik und der „accent d'autorité“ eine „vive impression“ bei der ländlichen Bevölkerung produziert haben, die sich zum ersten Mal in ihren Bedürfnissen „angesprochen“ fühle⁴⁵². Der honoratiorenpolitischen Führungsriege der FR war ein derartiges Vorgehen, das in seiner Qualität bereits auf den plebiszitären Stil de Gaulles verweist, fremd⁴⁵³. Weil sie sich Modernisierungsprozessen bei der politischen Wil-

⁴⁵¹ Vgl. für die Primerose-League und die Tories Pugh, *The Tories and the People*, S. 19ff. und 38ff., für andere Basisverbände der Tories wie die Navy-League vgl. Coetzee, *For Party or Country*, S. 22ff. und 64ff.

⁴⁵² Brief Bardoux' an Tardieu vom 3. 9. 1930, in: AN 324, AP 3. Bardoux hatte mehrere programmatische Schriften verfaßt, die alle einen gemäßigt konservativen Kurs widerspiegeln und zur Zusammenarbeit mit allen bürgerlichen Gruppen, auch den Radikalen, aufrufen, vgl.: Jacques Bardoux, *Le socialisme au pouvoir, l'expérience de 1924, (1930)*, und ders., *Hors du marais: la route de France (1925)*, und ders., *L'Affaire Millerand (1924)*.

⁴⁵³ Zur Präfiguration des Stils de Gaulles bei Tardieu vgl. Monnet, *Refaire la République*, S. 173ff. Die FR tat sich in den 1930er Jahren gerade auch gegen die christlich-demokra-

lensbildung und insbesondere bei der Parteiorganisation zum Teil verweigert hat, blieb die FR als erste Partei der parlamentarischen Rechten auf die Zwischenkriegszeit beschränkt und fand nach dem Zweiten Weltkrieg nur ephemere Nachfolger⁴⁵⁴.

tische PDP immer schwerer, weil diese die modernen Formen der Partizipation der Basis und des direkten Kontakts zum Wähler zur Strategie erhob.

⁴⁵⁴ Darunter der *Parti Républicain de la Liberté*, dem alte FR-Abgeordnete wie Pinay oder Pernot angehörten, der aber auf Grund des losen Charakters über keinen nennenswerten Einfluß mehr verfügte.